

## Vorwort

Zu beiden Seiten des Atlantiks befinden sich zwei der reichsten Regionen der Erde – die Europäische Union und die USA. Europa hat über Jahrhunderte die Welt beherrscht und Kolonien errichtet, bevor es sich in zwei fürchterlichen Weltkriegen selbst vernichtet hat. Die USA füllten das entstandene Machtvakuum und sind mittlerweile zur einzig verbliebenen Supermacht aufgestiegen. Von Außenstehenden werden diese beiden Regionen nur all zu leicht zum „Westen“ zusammengefasst und z.B. derzeit von radikalen Islamisten zum Feindbild erklärt. Tatsächlich verbindet uns viel: Neben engen wirtschaftlichen und historischen Verflechtungen bildet die NATO ein militärisches Bindeglied. Mehr als 80 Prozent der US-Bevölkerung stammt von Europäern ab und in beiden Regionen bekennt sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zum Christentum. Demokratie und der Einsatz für Menschenrechte bilden in beiden Regionen Grundpfeiler der Gesellschaft, so dass in vielen Bereichen sicher von verwandten Kulturen gesprochen werden kann.

Gleichzeitig gibt es aber auch prägnante Unterschiede, die in der Zeit des Kalten Krieges oft von der Angst vor der Sowjetunion überdeckt wurden, die aber in den letzten Jahren immer deutlicher zu Tage treten. Speziell seit dem Amtsantritt von George W. Bush wird vielen Europäern immer klarer, wie grundlegend verschieden viele Grundüberzeugungen auf beiden Seiten des Atlantiks sind. Während etwa in Europa eine prinzipielle Ablehnung gegen Krieg und Todesstrafe und eine weitgehende Zurückdrängung der Religion dominieren, sehen sich viele US-Amerikaner im Zentrum einer Weltmacht, die nach ihren Anschauungen ganz selbstverständlich nach dem Prinzip Aug’ um Aug’ ihre Verbrecher richtet und auch im Ausland Macht ausübt, wenn es ihren Zielen dienlich ist. Angriffskriege werden in den USA von der offiziellen Politik ebenso wie von einem Großteil der Bevölkerung befürwortet. Das ist eine Überzeugung, die vielen Europäern und auch mir Angst einflößt, wenn ich mir vergegenwärtige, dass die größte Militärmacht der Gegenwart von Menschen gelenkt wird, die keine Skrupel haben, ihr reichhaltiges Waffenarsenal auch einzusetzen.

In diesem Buch werden immer wieder sehr pointiert „Amerikaner“ und „Europäer“ unterschieden. Klarerweise sind Pauschalierungen immer schwierig, vielleicht sogar gefährlich, denn natürlich passen sie nie für alle – so gibt es in den USA Millionen von Menschen mit durchaus „europäischen“ Einstellungen, die die derzeitige US-Politik ebenso ablehnen wie viele Europäer, während umgekehrt einige Europäer Bushs Religiosität, die Ablehnung der Abtreibung und seine Entschlossenheit bewundern. Dennoch bin ich überzeugt, dass dies Minderheiten sind und dass man durchaus Grundstimmungen in beiden Regionen gegenüberstellen kann.

In diesem Buch will ich zuerst klären, warum Grundüberzeugungen zweier ähnlicher Kulturen in wichtigen Punkten doch diametral entgegengesetzt sein können. Individuen werden durch ihre Erziehung, durch die Schule und die Erfahrungen, die sie machen, geprägt. Ähnliches gilt für Völker, die durch ihre Geschichte geformt werden. Daher werden in den ersten Kapiteln die prägenden Erfahrungen auf beiden Seiten des Atlantiks verglichen. Im Kern versuche ich zu zeigen, dass die Europäer durch zwei der furchtbarsten Kriege der Menschheitsgeschichte geläutert wurden und wissen wie furchtbar Krieg ist. In den beiden Weltkriegen starben nicht nur viele Millionen Menschen, es gingen auch die europäischen Großreiche unter, denn wenig später verloren auch die Sieger ihre Kolonien. In diesen Kriegen hat sich eine ganze Zivilisation förmlich selbst vernichtet und schließlich im Naziterror und der Judenvernichtung geradezu die Antithese zu zivilisiertem Verhalten offenbart.

US-Amerikaner hingegen haben seit 1865 keine Kampfhandlungen mehr auf eigenem Gebiet erlebt. Sie haben zwar an beiden Weltkriegen teilgenommen, diese jedoch ganz anders erlebt als die Europäer: Als ungeheuren Machtzuwachs und Wirtschaftsboom. Während seit damals von Europa kein Krieg mehr ausgegangen ist, haben sich die USA nie gescheut Waffen auch einzusetzen, so etwa in Korea, Vietnam und im Irak.

Aufbauend auf den Erkenntnissen der ersten Kapitel zeige ich anschließend, wie die derzeitige Politik der USA deren eigenen Werte untergräbt und dadurch letztlich auch uns gefährdet. Auch wenn ich von Europas Politikern nicht immer begeistert bin, so sehe ich doch jene der USA als die derzeit größere Gefahr.

Ich glaube, dass von den USA auf Jahre kaum eine konstruktive Politik zu erwarten ist, so dass ich es als Aufgabe des sich vereinigenden Europa sehe, in der Welt mehr Verantwortung zu übernehmen und eine Alternative zur aggressiven Politik der USA zu bieten. Das ist eine große Aufgabe für unseren Kontinent, der auf seinem Weg des friedlichen Zusammenrückens immer wieder Rückschläge zu verkraften hat – zuletzt etwa die Ablehnung der gemeinsamen Verfassung bei Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden. Aber es gibt sonst niemanden – entweder wir übernehmen wieder eine aktive Rolle in der Welt oder wir überlassen dieses Feld weiterhin allein den USA bzw. bald auch China. Das wäre bedauerlich, denn Chinas autoritäres Regime und die amerikanische Machtpolitik sind kein Umfeld, in dem die Armut der Welt abnehmen wird oder in dem auch die Schwächeren gehört werden.

Europa kann hier glaubhaft eine Alternative der Toleranz für andere und der Solidarität bieten, denn wir leben seit Jahrzehnten vor, wie ehemals verfeindete Völker friedlich zusammenarbeiten und so den Wohlstand aller vermehren können. Dieses friedliche, demokratische und multikulturelle Europa ist ein Modell, das auf andere Regionen ausstrahlt, das Menschen rund um den Globus

inspiriert – nur in Europa vergessen dies allzu leicht gelangweilte Bürger oft. Die Afrikanische Union hat sich ebenso wie die südostasiatische ASEAN und eine Vereinigung pazifischer Kleinstaaten dezidiert die EU zum Vorbild ihres Einigungsprozesses genommen, denn dieses Europa, das für Stabilität, Reichtum und außenpolitische Mäßigung steht, ist attraktiv.

Heute inspiriert die EU selbst ohne sich darum zu bemühen. Wenn wir den Weg der friedlichen Einigung, des Respekts auch vor Schwächeren und der Betonung von Hilfe anstatt von Drohungen und Krieg konsequent weitergehen, so schaffen wir damit nicht nur ein gutes Umfeld für uns selbst, sondern auch eine attraktive Vision für andere. Die demokratische Revolution in der Ukraine 2004 sowie demokratische Reformen in der Türkei speisten und speisen sich primär aus dem Wunsch, irgendwann Teil dieses Europa zu sein. Unser Kontinent zeigt, dass Demokratie, Rechtsstaat, soziale Marktwirtschaft und Verzicht auf Nationalismus Frieden und Wohlstand bringen. Wenn andere Länder auch diesen Weg gehen wollen, dann sollten wir helfen – nicht immer durch volle Mitgliedschaft, aber zumindest durch politische und wirtschaftliche Hilfe und Unterstützung.

Die zweite Hälfte des Buches befasst sich daher mit der EU, wie sie sein könnte und vielleicht sollte. Ich gehe sowohl auf Institutionen und Wirtschaftspolitik als auch auf die Außenpolitik ein, um zu zeigen wie ein reformiertes und dynamischeres Europa eine konstruktive Rolle in der Welt spielen kann.



## INHALTSVERZEICHNIS

<b>1) AUFSTIEG, FALL UND WIEDERGEBURT EUROPAS</b>	<b>13</b>
1.1) Der Aufstieg	13
1.2) Die Selbstzerstörung	16
1.3) Europa heute: Zwischen Aufbruch und Zukunftsangst	19
<b>2) DIE WELTPOLITIK DER LETZTEN JAHRE: EUROPA ALS STATIST, UND WAS WIR VON EINER „PAX AMERICANA“ ZU ERWARTEN HABEN</b>	<b>25</b>
2.1) „Spiele“ und Dankbarkeit unter „Freunden“	27
2.2) Teile und herrsche	29
2.3) Imperium der Angst	32
2.4) Hegemonialpolitik heute	41
2.5) Die neue Zauberformel: „9/11“ und der Krieg gegen den Terror	47
2.6) Der Irakkrieg (2003 bis heute)	53
2.7) Der Irak nach dem Krieg	60
2.8) Untergrabung der Werte des Westens und des Völkerrechts	63
2.9) 2001-2006 – eine Bilanz nach fünf Jahren Krieg gegen den Terror	68
2.10) Schwächung der UNO durch die USA	71
<b>3) EINE VISION FÜR EUROPA</b>	<b>77</b>
<b>4) EIN NEUER WEG FÜR EUROPA</b>	<b>85</b>
<b>4.1) Ein Europa der Bürger</b>	<b>85</b>
A) Echte Einheit in Europa	88
B) Endlich eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik	89
C) Effizientere Organisation nach innen für mehr Effektivität nach außen – Institutionen in der Union	91

<b>4.2) Nicht Festung Europa, sondern Offenheit und Hilfe für andere</b>	<b>96</b>
A) Immigranten – Die neuen Europäer	96
B) Trennung der Religionen überwinden	100
C) Wo endet Europa?	105
D) Aufnahme neuer Mitglieder	107
E) Aktive Außenpolitik – Europa als Friedensstifter und Helfer	115
F) Ein alternativer Plan gegen den Terrorismus und eine Perspektive für den Nahen Osten	123
G) Partnerschaft mit Lateinamerika und Afrika	137
<b>4.3) Eine neue Wirtschaftspolitik</b>	<b>144</b>
A) Abbau von Subventionen und Zöllen	146
B) Strategische Industrie- und Forschungsförderung um die Führungsposition in ausgewählten Wirtschaftssektoren zu erreichen	152
C) Smart regulation	158
D) EU-Steuern zur Finanzierung der Aufgaben	160
G) Komparative Vorteile nützen	161
E) Wachstum, Produktivität, Neue Ziele und Horizonte	164
F) Nachhaltigkeit bei der Umweltpolitik und in anderen Bereichen	169
H) Umverteilung, Pensionen und Sozialstaat	172
I) Bildung und Forschung als Schlüssel zur Zukunft	179
<b>5) EIN APPELL ZUM SCHLUSS</b>	<b>185</b>
<b>LITERATURVERZEICHNIS</b>	<b>187</b>

## **1) Aufstieg, Fall und Wiedergeburt Europas**

1494 wurde im Vertrag von Tordesillas die Neue Welt zwischen Spanien und Portugal aufgeteilt, 1763 wurde bei der Pariser Friedenskonferenz die Welt wiederum unter europäischen Mächten aufgeteilt, 1815 erneut in Wien und 1884/85 traf man sich in Berlin um Streitigkeiten um den Besitz Afrikas beizulegen. Bei den Friedensverträgen in den Pariser Vororten 1918/19 hatte mit den USA erstmals seit Jahrhunderten eine außereuropäische Macht ein gewichtiges Wort mitzureden. Nur wenige Jahrzehnte später wurde in Jalta von Roosevelt und Stalin über den Kopf der Europäer hinweg die Spaltung Europas beschlossen. In nur drei Jahrzehnten nach seinem Machthöhepunkt zu Beginn des 20. Jahrhunderts, hatte sich Europa in zwei blutigen Kriegen so sehr geschwächt, dass es von der Weltbühne, die es Jahrhunderte lang vollkommen dominiert hatte, abtrat. Auch 60 Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist Europa außenpolitisch fast ohnmächtig und oft zerstritten. In diesem Kapitel wird der Weg unseres Kontinents kurz nachgezeichnet. Dies dient als „Bestandsaufnahme“, um davon ausgehend eine Vision und einen Fahrplan für ein aktiveres Europa zu entwerfen, welches dazu beitragen kann, dass die Welt für die Menschen sicherer und lebenswerter wird.

### **1.1) Der Aufstieg**

Hätte jemand mit umfassendem Wissen um 1430 die Weltregionen verglichen und ihre Zukunftschancen abgeschätzt, so hätte er wohl kaum auf Europa als dominierende Kraft der Zukunft getippt. Zu zurückgeblieben und zerstritten schien unser Kontinent damals im Vergleich zu anderen Regionen.

Beispielsweise hatte China rund doppelt so viele Einwohner wie ganz Europa, es war als Reich geeint und gefestigt, verfügte über eine straff organisierte Verwaltung und über eine Armee von rund einer Million Soldaten. In den blühenden Städten gab es regen Handel bei dem bereits Papiergeld verwendet wurde. Der Buchdruck mit beweglichen Lettern wurde dort 400 Jahre vor Gutenberg erfunden und bei Eisenguss und Papierherstellung war China uns sogar über tausend Jahre voraus. Um 1430 hatten die Erkundungsflotten des Admirals Zheng He mit Schiffen, die zehn mal größer waren als jene von Kolumbus, gerade Mekka in Arabien und Sansibar in Ostafrika erreicht, während die Europäer noch in ihren Küstengewässern herumdümpelten. Damals schien es wesentlich wahrscheinlicher, dass die Chinesen bald Europa „entdecken“ würden, als dass Portugiesen in den Indischen Ozean vordringen könnten.

Auch die moslemische Welt war damals dynamischer, fortschrittlicher und reicher als Europa. Die Wissenschaften (speziell Mathematik und Medizin) blühten, die moslemischen Städte waren größer als ihre europäischen Gegenstücke und mit dem Fall Konstantinopels im Jahre 1453 und dem Aufstieg des

Osmanischen Reiches, entstand für den Großteil der Muslime eine einheitliche Herrschaft. Die Araber betrieben regen Handel in Afrika, Indien und Ostasien und, anders als die Chinesen, missionierten sie auch.

Europa dagegen war eine Ansammlung armseliger kleiner Königreiche und Fürstentümer, die ständig gegeneinander Krieg führten und dabei den Reichtum des Kontinents aufzehrten, ohne dass eine Macht als Sieger hervorging.

Trotzdem war es Europa, das letztendlich die Welt erkundete und beherrschte. Durch ihre Not, die Zersplitterung, Habgier und die Rivalitäten wurden die Europäer zu großen Taten getrieben. Ob aus religiösem Eifer, Profitsucht oder Machthunger, immer wieder wagten Abenteurer den Aufbruch in unbekannte Gegenden, immer wieder gelang es klugen Köpfen neue Erfindungen zu machen um das Los der Menschen zu erleichtern. Diese Errungenschaften resultierten meist aus Schwäche und Not und nicht aus Stärke, denn sie zeigten, wie viele Dinge den Europäern fehlten. Doch war gerade dies unseren Vorfahren Antrieb zu großen Leistungen. Was Europa damals von anderen Regionen unterschied, war in erster Linie der Wunsch, mehr zu erreichen. Die Chinesen erkundeten von 1405 bis 1433 unter dem legendären Eunuchen-Admiral Zheng He den ganzen indischen Ozean und formal unterwarfen sich fast alle Reiche und Städte von Thailand über Indien bis Tansania dem chinesischen Kaiser.<sup>1</sup> Doch wo immer die Chinesen auch hinkamen, nirgends fanden sie etwas, das sie beeindruckte, denn ihre Wissenschaft und Technologie war damals weit überlegen. Daher beschlossen sie, die kostspielige Seefahrt einzustellen und die Flotte zu verschrotten. China war mit sich selbst zufrieden, empfand sich als Zentrum der Welt und sah keinen Sinn darin, sich mit den „primitiven“ Völkern außerhalb seines Reiches abzugeben. Diese Überheblichkeit rächte sich später, denn andere Länder holten auf und ließen China später weit hinter sich. Es fehlte China (glücklicherweise) auch der Wunsch nach Missionierung anderer Völker, der Europa vorwärts trieb und dabei so viel Elend und Gewalt über andere Völker brachte.

Die damals ebenfalls weit entwickelte und sehr dynamische Kultur der Muslime entwickelte zwar auch missionarischen Eifer, jedoch lagen ihre Gebiete weit günstiger als Europa, denn sie kontrollierten den Gewürzhandel und hatten Zugang zu den Reichtümern Indiens. Dort – speziell in Indonesien – wurde auch eifrig missioniert. Ein wirklicher Antrieb für weitere Entdeckungen fehlte aber, da die Muslime bereits Zugang zu all jenen Gütern hatten, die die Europäer anstrebten.

Von diesen Regionen litt damals nur Europa Not. Viele Europäer strebten nach Höherem, wollten ihre Religion verbreiten, suchten das Paradies und die

---

<sup>1</sup> Diese Unterwerfungsgeste war rein formal, jedoch war sie notwendig, um Zugang zum lukrativen Handel mit China zu erhalten. Tatsächlich übten die Chinesen in den genannten Regionen kaum Macht aus. Quelle: „Die großen Entdecker“, Novaresio 1996, S. 88ff.



Reichtümer Indiens, sehnten sich nach Gewürzen und Gold. Die Konkurrenz der einzelnen Mächte und das Ruhm- und Gewinnstreben Einzelner ebnete so den Weg für den Aufstieg und Erfolg Europas. Die Erkundung der Welt und ihre Kolonialisierung führten so zu einer ersten Welle der Globalisierung. Die Expansion Europas brachte damals aber auch viel Leid und Unterdrückung für andere Völker.

Europa hat in seiner Zeit des Aufstiegs aber nicht nur auf militärischem Gebiet Erfolge erzielt. Die kulturellen Errungenschaften waren und sind für uns prägender und geben mehr Anlass zum Stolz, weil sie nicht mit dem Blut eigener und anderer Völker errungen wurden, sondern schöpferischen Menschen entsprangen.

- Künstler wie Bach, Beethoven, Cervantes, Dante, da Vinci, Dostojewski, Goethe, Haydn, Michelangelo, Mozart, Picasso, Rembrand, Rubens, Schiller und Shakespeare zeigen Inspiration und Kreativität, die die Kultur zu höchster Blüte bringen und die Sinne erfreuen.
- Erfinder und Denker wie Bohr, Daimler und Benz, Einstein, Freud, Galilei, Kepler, Kopernikus, Lilienthal, Marx, Mongolfier, Montesquieu, Rousseau, Adam Smith und Watt zeigen Erfindergeist, der den Menschen das Leben erleichtert.
- Entdecker und Forscher wie Amundsen, Cook, Da Gama, Darwin, Kolumbus, Magellan und Marco Polo zeigen Neugierde und Wagemut, die uns so weit gebracht haben.
- Menschenfreunde wie Charlie Chaplin, Pierre de Coubertin, Henry Dunant, Nobel, Schindler, Schweizer, Sacharow, Bertha von Suttner und Mutter Theresa zeigen edle menschliche Züge, zu denen wir fähig sind und denen wir nacheifern sollten.
- Errungenschaften wie die Menschenrechte, die Europäische Union oder die Partisanen gegen Nazi-Deutschland zeigen, wie viele Einzelne Großes leisten können.

Obige Aufzählung soll keineswegs suggerieren, dass alle Großen der Geschichte Europäer waren (Edison, Gandhi, Mandela und Zheng He sind ebenso bewundernswert wie die größten Europäer) und sie soll keinesfalls Europa-Nationalismus fördern. Ich will Europa nur an sein Erbe erinnern, das zu leicht vergessen wird. Was ich mir heute für Europa wünsche, sind nicht neue Eroberungen, sondern die Tatkraft dieser vergangenen Zeit und den Mut Neues und Großes zu wagen. Was wir anstreben sollten, sind jener Aufbruchgeist, Unternehmertum und Selbstvertrauen, die damals Europa prägten. Wir Europäer sollten wieder bewusst nach kulturellen und wissenschaftlichen Höchstleistungen trachten und uns auch unserer Verantwortung in der Welt stellen.

## 1.2) Die Selbstzerstörung

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte Europa in der Welt eine absolut überragende Stellung erlangt. Mit Ausnahme Lateinamerikas, Japans und der USA wurde faktisch die ganze Welt direkt (Kolonien) oder indirekt (China) von Europa beherrscht. Rund 70 Prozent der Weltbevölkerung waren unter direkter europäischer Herrschaft, große Handelsflotten verbanden alle Kontinente und auch für viele Bürger und Arbeiter wurde ein nie gekannter Wohlstand erreicht.<sup>2</sup> Wohl niemand hätte sich 1913 träumen lassen, dass nur gut dreißig Jahre später der ganze Kontinent in Trümmern liegen würde. Der blühende Kontinent wäre dann verarmt und machtlos, während wenige Jahre später (glücklicherweise) auch die Kolonien ihre Unabhängigkeit erhielten und Europa nur noch ein Statist in der Weltpolitik sein würde. 1913 war dies unvorstellbar, denn die europäischen Mächte allein gaben weltweit den Ton an, während die wirtschaftlich bereits starken USA eine Armee hatten, die in Größe selbst von der serbischen oder bulgarischen in den Schatten gestellt wurde. Doch all die Pracht und der Reichtum Europas wurden in zwei fürchterlichen Kriegen zerstört. Wir brauchen dieser außergewöhnlichen Machtstellung vor knapp hundert Jahren nicht nachzutruern, denn sie wurde nur durch brutale Eroberungskriege und Unterdrückung unzähliger Völker erreicht. Das Ziel der europäischen Kolonialmächte war nicht das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen zum gegenseitigen Vorteil, sondern die Ausbeutung der Menschen und Rohstoffe ferner Regionen zur Mehrung der eigenen Macht.

Was führte zur Katastrophe? Die latenten ethnischen Konflikte vor allem auf dem Balkan, gepaart mit Spannungen zwischen dem aufstrebenden Deutschland und den etablierten Mächten Großbritannien und Frankreich, hatten zu rasanter Aufrüstung, verbunden mit intensiver Bündnispolitik, geführt. In den Generalstäben wurden schon lange vor dem Ausbruch des Krieges verschiedene Kriegsszenarien durchgespielt, denn man war sich einig, dass ein großer Krieg bevorstand. Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajevo, war nur der Auslöser, nicht die Ursache, denn auch ohne dieses Attentat wäre es wohl innerhalb weniger Jahre zu einem großen Krieg gekommen. Die wichtigste Einzelentscheidung, die das Gleichgewicht in Europa kippte und so zur Katastrophe führte, war wohl der Beschluss Deutschlands zur intensiven Flottenrüstung nach der Entlassung des vorausschauenden Kanzlers Bismarck 1890 durch Kaiser Wilhelm II. Damit wurde Großbritanniens Stellung in der Welt direkt bedroht, woraufhin London einer Allianz gegen Deutschland beitrug. Bis dahin hatten Bismarcks Bündnispolitik und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland für Frieden gesorgt. Keine außereuropäische Macht hätte zu diesem Zeitpunkt Europa bedrohen können: Hier befanden sich alle bedeutenden Wissenschaftszentren – von den

---

<sup>2</sup> Quelle: Kennedy 1987, S. 298ff.

bis 1914 vergebenen 79 Nobelpreisen waren allein 73 (92,4 Prozent) an Europäer gegangen. In Europa wurden rund zwei Drittel aller Industriegüter produziert, die europäischen Mächte beherrschten rund 70 Prozent der Fläche der Erde und einen ebenso großen Anteil der Weltbevölkerung.<sup>3</sup> Die Zerstörung dieser herausragenden Position konnte nur von Europa selbst ausgehen, weil auf Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte, niemand sonst sie hätte bedrohen können.

Die Verluste des Ersten Weltkrieges übertrafen alles, was die Menschheit sich bis dahin angetan hatte: Über acht Millionen Soldaten waren gefallen, weitere sieben Millionen für immer kriegsversehrt. In Europa – Russland ausgenommen – waren zusätzlich rund fünf Millionen Zivilisten an kriegsbedingten Ursachen (vor allem Hunger) gestorben. Die russischen Verluste waren infolge des Bürgerkrieges noch wesentlich höher. Die meisten dieser Opfer waren zwischen 20 und 35 Jahre alt und damit am Höhepunkt ihres produktiven Lebens – womit Europa fast eine ganze Generation verlor. Auch die materiellen Schäden waren unermesslich: Verwüstete Landschaften in Nordfrankreich, Polen und Serbien. Die gesamte Infrastruktur war zerstört und große Landstriche wegen Minen und Blindgängern nicht mehr nutzbar. Eine schreckliche Grippeepidemie im Winter nach dem Krieg raffte noch einmal rund zehn Millionen, durch Hunger und Entbehrungen ausgezehrte, Menschen dahin, so dass diesem Krieg in Europa insgesamt rund 30 Millionen Menschen zum Opfer fielen.<sup>4</sup>

Die USA waren erst 1917 in den Krieg eingetreten und hatten mit knapp 50.000 Gefallenen vergleichsweise geringe Verluste. Was sie für diese Opfer gewannen war gewaltig: Vor dem Krieg waren die USA vom europäischen (vor allem britischen) Kapital abhängig und der größte Schuldner der Welt. Ihre umfangreichen Lieferungen während des Krieges kehrten dieses Verhältnis um, da die Westmächte ihren ganzen Reichtum zur Bezahlung der Rüstungsgüter und Nahrungsmittel einsetzen mussten. Schon 1918 waren die USA zum größten Gläubiger der Welt geworden. Dominierte Europa vor dem Krieg bei Welthandel und Industrieproduktion, so übernahmen nun die USA die Führungsrolle, denn ihre Wirtschaft war im Krieg stark gewachsen, während die europäischen Länder sich und ihre Industrien gegenseitig zerstörten, so dass ihre Produktion noch 1920 um ein Viertel niedriger lag als vor dem Krieg.<sup>5</sup> In Russland, das durch den Krieg, die Oktoberrevolution und die Intervention der Westmächte die schlimmsten Zerstörungen zu erdulden hatte, betrug die Industrieproduktion 1920 nur ein Achtel des Werts vor dem Krieg.

---

<sup>3</sup> Quelle: Kennedy 1987, S. 311.

<sup>4</sup> Quelle: Kennedy 1987, S. 420f.

<sup>5</sup> So stieg die Industrieproduktion in den USA von 1913 bis 1920 um über 22 Prozent, während jene Europas um rund 23 Prozent sank (Kennedy 1987, S. 422).

Auch nach dem Krieg kam Europa nicht zur Ruhe, denn die harten und von den Verliererstaaten als ungerecht empfundenen Friedensverträge der Pariser Vororte, führten in der Türkei zu einer nationalistischen Erhebung, in Deutschland zu Enttäuschung und ohnmächtiger Wut und in vielen anderen Staaten zu politischer Instabilität.. Offene Kriege, Rebellionen und Bürgerkriege erschütterten zwischen 1918 und 1939 viele europäische Staaten. In den Geschichtsbüchern wird die Periode von 1914 bis 1945 daher wohl als ein zweiter 30-jähriger Krieg in Erinnerung bleiben. Mit Ausnahme weniger westeuropäischer Länder setzten sich in den 20 Jahren nach dem Ersten Weltkrieg fast in ganz Europa nationalistische, kommunistische oder faschistische Diktaturen durch.

Die USA zogen sich nach dem Krieg wieder von der Weltbühne zurück, die weiter nur von Europa dominiert wurde. Die Wirtschaft in Europa erholte sich, so dass vor dem Zweiten Weltkrieg der Anteil der USA an der Weltindustrieproduktion sogar niedriger war als vor dem Ersten.<sup>6</sup> Auch in der Wissenschaft und Forschung blieb Europa weiter führend. Doch Hitlers Deutschland versetzte mit dem von ihm begonnenen Krieg der Vormacht Europas in der Welt schließlich den Todesstoß.

Rund 55 Millionen Menschen starben in diesem sechsjährigen Albtraum – wie im Ersten Weltkrieg war wieder rund die Hälfte der Opfer Russen. Während Europas Bevölkerung um rund 10 Prozent sank, waren die Verluste der USA mit 259.000 Toten wiederum relativ gering.<sup>7</sup> Wie im Ersten Weltkrieg wuchs ihre Macht aber ungeheuer an und nach dem Krieg waren die USA wieder die reichste und mächtigste Nation der Erde. Europa hat sich und seine herausragende Stellung in der Welt in diesem langen Krieg vernichtet und sich dabei geschwächt, wie kaum eine Region in der Geschichte zuvor. Dabei zerstörten die europäischen Mächte einen großen Teil ihres kulturellen und materiellen Reichtums. Mit rund 85 Millionen Toten in diesen beiden Kriegen, unendlichem Leid und schrecklichen Verbrechen erreichte man letztendlich, sich so weit zu schwächen, dass nun andere in der Welt den Ton angeben. Das einzig Positive, was sich über diese Kriege sagen lässt, ist, dass sie so schrecklich waren, dass Europa danach tatsächlich – zumindest bis heute – nie wieder Krieg wollte und bis heute auch keinen großen Krieg mehr geführt hat.<sup>8</sup> Die europäischen Völker haben erkannt, dass sie sich genug Schmerzen und gegenseitiges Leid gebracht hatten.

Im Laufe der vergangenen Jahrhunderte hat praktisch jedes europäische Volk irgendwann seine Nachbarn und viele Völker dieser Welt angegriffen und

---

<sup>6</sup> Quelle: Kennedy 1987, S. 311.

<sup>7</sup> Quelle: Putzger/Lendl/Wagner 1981, S. 145.

<sup>8</sup> Die einzige Ausnahme außerhalb von Russland sind die furchtbaren Jugoslawienkriege der 1990er, in denen erneuet entsetzliche Verbrechen begangen wurden.

unterdrückt – das gilt gleichermaßen für Franzosen wie Deutsche, Engländer wie Spanier, Italiener wie Polen, Russen wie Türken. Diese Gräueltaten sollen nie vergessen werden, aber sie müssen verziehen werden – und sie sind glücklicherweise verziehen worden. Die Deutschen, die als letzte großes Leid über Europa gebracht haben, haben sich wie selten ein Volk zuvor zu ihrer Schuld bekannt, Abbitte geleistet und sich bescheiden in die europäische Familie eingegliedert.

Anders als nach dem Ersten, zogen sich die USA nach dem Zweiten Weltkrieg nicht von der Weltbühne zurück, sondern dominierten diese fortan. Großbritannien und Frankreich wurde spätestens 1956 in der Suezkrise von den USA und der UdSSR vor Augen geführt, wer die neuen Herren der Welt sind. Noch bevor die alten europäischen Mächte den Großteil ihrer Kolonien verloren, zwangen die beiden neuen Supermächte sie, sich aus Ägypten zurückzuziehen und diese alte Einflussphäre aufzugeben.

Bemerkenswert ist, dass die beiden europäischen Länder daraus gegensätzliche Lektionen zogen, die bis heute nachwirken: Während Großbritannien schloss, dass es gegen die USA nichts unternehmen könnte, im Bund mit den USA aber einen Teil seines alten Einflusses aufrecht erhalten kann, tat Frankreich das Gegenteil. Es beharrte auf einer unabhängigen und an den eigenen Interessen orientierten Außenpolitik und nahm dabei bewusst Konfrontationen mit den USA in Kauf.

### **1.3) Europa heute: Zwischen Aufbruch und Zukunftsangst**

Jenes Mädchen Europa, das von Zeus in Stiergestalt von Phönizien nach Kreta entführt und damit die Namensgeberin Europas wurde, war die Tochter von Phönix, der sich selbst ins Feuer stürzt, verbrennt und aus seiner Asche wiederaufersteht. Dieselbe Fähigkeit scheint unser Kontinent geerbt zu haben, denn mehrmals hat er sich durch das Feuer des Krieges praktisch ausgelöscht, ist dann aber zu neuem Glanz auferstanden.

Wir Europäer können stolz sein auf das, was unsere Großeltern, Eltern und wir aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges aufgebaut haben. Durch Fleiß, Engagement und die Bereitschaft umzuverteilen, haben wir heute eine Gesellschaft, in der ein großer Teil der Einwohner beträchtlichen Wohlstand genießen kann. Alte Feindschaften sind beseitigt, die Trennung des Kontinents ist überwunden und ein Krieg in Europa scheint ausgeschlossen.<sup>9</sup> Selbst weniger qualifizierte Arbeiter haben Anspruch auf fünf bis sechs Wochen bezahlten Urlaub, in dem sie es sich leisten können, an jeden Ort der Welt zu fliegen. Und das, obwohl wir nur noch 35 bis 40 statt früher 70 bis 80 Stunden pro Woche

---

<sup>9</sup> Der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien in den frühen 90er Jahren hat aber gezeigt, dass wir uns dieses Friedens nicht zu sicher sein sollten!

arbeiten. Viele Menschen aus anderen Teilen der Erde versuchen – legal oder illegal – nach Europa zu kommen, denn hier lohnt es sich zu leben!

Wenn man den Erfolg bzw. Wohlstand einer Gesellschaft danach bemisst, welcher Anteil der Bevölkerung einen sorgenfreien, wohlhabenden Lebensstandard pflegen kann, dann liegt Europa weit vor den USA und anderen Gesellschaften.<sup>10</sup> Zwar gibt es selbst in Entwicklungsländern wie Indien oder Indonesien viele Menschen, die reich sind und die ihre Kinder auf die teuersten westlichen Schulen schicken können, doch stellen diese vielleicht ein Prozent der Bevölkerung. Selbst in den USA gibt es neben vielen reichen auch viele sehr arme Menschen. Europa scheint mir hier die weltweit beste Kombination aus Umverteilung und Leistungsanreizen geschaffen zu haben, um eine Gesellschaft des Wohlstands für möglichst viele zu garantieren.

Eigentlich müsste unglaublicher Stolz das Lebensgefühl der heutigen Europäer bestimmen: Aus dem Trümmerhaufen nach dem Zweiten Weltkrieg haben wir einen reichen Kontinent aufgebaut, der im Überfluss schwimmt. Doch prägen Stolz und Optimismus unser Lebensgefühl? Oft nicht, denn Zukunftsangst und Anspruchsdenken bestimmen oft unsere Handlungen. Auch wenn es viele junge und aktive Menschen gibt: Sehr oft vermisse ich an und in Europa Dynamik und das Streben nach Zielen. Ganze Völker sind saturiert, passiv und letztlich reformunfähig! Daher fallen wir hinter andere zurück.

Natürlich, es geht uns gut, und wenn wir Glück haben, bleibt das noch eine Zeit, vielleicht sogar einige Jahrzehnte so. Wer damit zufrieden ist, sollte dieses Buch am Besten wieder weglegen, denn ich bin es nicht und dieses Buch ist ein Aufruf, einiges in Europa zu ändern. Ich will die Sehnsucht und das Feuer, die unseren Kontinent groß gemacht haben, in den Herzen der Europäer wieder entfachen. Doch soll es diesmal nicht um Entdeckungen und Eroberungen gehen, sondern um Lebensqualität, Frieden und Stabilität. Entweder wir entdecken unsere Neugier wieder oder wir finden uns damit ab, in der Welt keine Rolle mehr zu spielen.

Warum sollten wir uns sorgen? Europa ist eine der reichsten Regionen der Erde und uns geht es gut. Das stimmt, doch es kann sich schnell ändern! Noch 1800 war China so reich wie Europa, und produzierte mehr Güter als unser Kontinent, doch schon 60 Jahre später übertraf die europäische Industrieproduktion jene Chinas um das dreifache, weitere 40 Jahre später um das zehnfache.<sup>11</sup> In nur 100 Jahren war China vom weltgrößten Produzenten zu einer rückständigen Macht geworden. Heute, in der Zeit der rasant voranschreitenden Technik, der globalen Finanzströme und des schnellen Wissenstransfers sind alte Vormachtstellungen noch unbeständiger und Europa ist schlecht beraten, wenn es sich auf seinen oft schon welken Lorbeeren ausruhen will. Sollten die Wirtschaftsbedingungen in

---

<sup>10</sup> Daten dazu liefern z.B. Kluge/Fassbender 2003.

<sup>11</sup> Quelle: Kennedy 1987, S. 237.

anderen Weltregionen wesentlich besser sein als hier, so werden unsere Firmen abwandern oder Bankrott gehen. Europa kann verarmen – und das noch zu unseren Lebzeiten. Um das zu verhindern, muss ein Ruck durch Europa gehen – anstatt Anspruchsdenken und Trägheit müssen wieder Leistungsbereitschaft und Engagement treten.

Dass so ein Aufbruch möglich ist, zeigt uns unsere eigene Geschichte. Joachim Fernau beschreibt in seinem Buch „Rosen für Apoll“ bemerkenswerte Vorgänge in Athen vor über zweieinhalb Jahrtausenden: 594 v. Chr. lag in Athen einiges im Argen. Der Staat hatte zwar keinen Krieg verloren und stand auch nicht vor dem Bankrott, aber dennoch spürten viele, dass nicht mehr alles so lief wie es sollte. Viele Menschen, die hart arbeiteten, schafften es nicht, ihre Schulden abzubezahlen, der Reichtum konzentrierte sich bei wenigen Bürgern und Banken (Geldverleihern), das Handwerk starb erschreckend ab, die Rechtsprechung versagte, die Mutigsten wanderten aus, die Politiker waren korrupt und auf ihren eigenen Vorteil bedacht, die Gemeinschaft war nicht mehr liebenswert, der Staat als Ganzes verächtlich.<sup>12</sup>

Erinnert Sie das an etwas? An Europa heute? Mich bisweilen auch. Also schauen wir, was Athen, das ja erst in den darauf folgenden 180 Jahren seine Blütezeit erlebte, tat, denn es gibt viel daraus zu lernen: Die Athener spürten, dass etwas nicht stimmte – so wie es auch heute in Europa wohl viele spüren. Doch Athen spürte nicht nur – es tat etwas! Es setzte eine Handlung, die so außergewöhnlich war, dass wir sie heute kaum begreifen können. Das ganze Volk berief einen Mann – den allgemein als am Weisesten erachteten – zum Regenten und übertrug ihm die alleinige Macht eine neue Verfassung auszuarbeiten. Keine Kommission, kein Konvent – ein Mann, denn man wusste, dass jede Versammlung wieder nur Kompromisse machen würde, ohne die wahren Probleme anzugehen. Das war gewagt, denn oft genug haben sich Menschen, denen man Macht gab, zu Tyrannen entwickelt. Die Athener aber hatten klug gewählt, denn es sollte von diesem Mann kluge Gesetze erhalten, die der Stadt ihre unvergleichliche Entwicklung ermöglichten.

Dieser Mann war Solon, damals 47 Jahre, aus altem, reichen Adel. Ein kritischer Dichter und Denker, der schon in den Jahren davor als Mahner auftrat und viele Missstände anprangerte. Das ganze Volk leistete den Schwur, Solons neue Gesetze ohne Diskussion anzunehmen und diese unveränderlich festzuschreiben. Die Athener schworen dies, BEVOR es diese Gesetze gab oder auch nur Solon sie gekannt hätte.<sup>13</sup> Welch ein Akt der Größe vom Volk und Welch ein großer Mann, in den ein ganzes Volk solch blindes Vertrauen haben kann!

---

<sup>12</sup> Quelle: Fernau 2000, S. 67.

<sup>13</sup> Quelle: Fernau 2000, S. 71.

Stellen Sie sich vor, dass ein ganzes Volk – Industrielle, Bauern, Militärs, Gelehrte, Kaufleute und Bankiers, Beamte und Handwerker – zu einem Mann (oder einer Frau) kommen und ihr Schicksal ohne Bedingungen in seine Hände legen. Nicht aus purer Verzweiflung, oder weil diese Person nach der Macht greift, sondern weil das Volk fühlt, dass etwas nicht stimmt und dass diese eine Person das alles zum Besseren verändern kann. Wenn Sie sich das vorstellen können, erkennen sie die Größe, die beide Seiten – das Volk und Solon – hier hatten. Selbst die reichen Familien, die ohne weiteres opponieren oder sogar mit Söldnern jegliches derartiges Ansinnen hätten niederschlagen können, stimmten zu – wir können nur annehmen, aus einem Verantwortungsbewusstsein und einer Liebe zur Gemeinschaft, wie es leider sehr selten anzutreffen ist. Was Solon nun innerhalb eines Jahres verkündete, wurde sofort Gesetz in Athen – und es veränderte die Welt.

Als erstes strich Solon alle Schulden und verbot für alle Zeit die Beleihung des eigenen Körpers (Schuldsklaverei) – über Nacht verloren die reichen Familien einen großen Teil ihres Vermögens. Sie nahmen den Schlag hin, denn sie hatten geschworen es zu tun! Weitere Gesetze folgten, doch ich will mich hier nicht in Details verlieren, sondern nur noch ein Gesetz erwähnen: Solon legte fest, dass über Krieg und Frieden in Hinkunft das ganze Volk zu entscheiden hätte. Dabei durfte sich niemand der Stimme enthalten – jeder hatte klar mit Ja oder Nein zu stimmen. Dies zeigt Solons tiefe Menschenkenntnis und es kann als die Geburtsstunde des demokratischen Bewusstseins gesehen werden.

Nach einem Jahr war das Werk Solons vollendet (wenn nur alles so schnell ginge!), die Gesetze wurden in Stein gemeißelt und ganz Athen hob die Hand zum Schwur. Es gelobte, niemals einen Buchstaben an dieser Verfassung zu ändern, ohne Solon gefragt zu haben. Ein großer Augenblick, dem ein noch größerer folgte. Vielleicht einer der Größten der Menschheitsgeschichte: Solon ging nach Hause, packte die Koffer und verließ Athen für immer – damit man ihn nicht fragen könnte! Welch ein Mann und welche Zeit!

Auch in Europa liegt heute einiges im Argen und vieles „läuft nicht ganz rund.“ Während viele das erkennen und auch einige, das ihnen mögliche tun, um die Lage zu verbessern, fehlt doch noch eine allgemeine Aufbruchstimmung. Weder ist ein neuer Solon erkennbar, noch die Bereitschaft zu tief greifenden Reformen. Dies zeigt z.B. die Diskussion um die europäische Verfassung. Ein Verfassungskonvent mit rund 125 Mitgliedern arbeitete dieses Dokument in jahrelanger Arbeit aus. Natürlich war das ganze Unterfangen von Anfang an ein einziges Suchen nach Kompromissen, doch letztlich konnte ein durchaus vorzeigbares Dokument präsentiert werden. Nun, Anfang 2006, ist die Verfassung zwar unterzeichnet, doch noch immer nicht in Kraft und der Prozess der Ratifizierung wird – wenn die gescheiterten Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden ihn nicht bereits beendet haben – wohl noch eine Weile



dauern. Vergleicht man dieses kleinliche Gezerre mit der Größe der alten Athener, dann schäme ich mich vor unseren Ahnen für unser heutiges Europa! Welch Kleingeister sind wir geworden!

Natürlich ist heute nicht alles furchtbar – im Gegenteil: Ich bin überzeugt, dass wir in einer wunderbaren Zeit von Frieden und Reichtum leben. Wir leben länger und gesünder, arbeiten weniger und konsumieren mehr als jede frühere Generation.<sup>14</sup> Dies ist zweifellos ein goldenes Zeitalter in dem wir leben. Aber dasselbe taten Athen 50 Jahre und Rom 100 Jahre vor ihrem Untergang auch. Und ihnen war ihr möglicher Untergang ebenso wenig bewusst, wie wir ihn uns heute vorstellen können – was soll uns schon passieren? Nun, wie wäre es mit Wirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit, Radikalisierung der Politik, Bürgerkrieg, Pogromen gegen Ausländer und Zuwanderer, dem Zerfall der EU, Kriegen innerhalb Europas, etc.?

Ich weiß nicht, ob und wann es dazu kommt, und ich hoffe, dass es nie kommt, aber ich weiß, dass unsere Generation momentan ebenso überheblich und unwissend ist, wie die letzten Generationen der früheren goldenen Zeitalter.

Heißt das, dass Europa unausweichlich dem Untergang geweiht ist? Natürlich nicht – ebenso wenig wie andere kann ich in die Zukunft sehen. Ich weiß nur, dass fast allen unseren Politikern heute der Mut fehlt, dringend notwendige Reformen anzupacken. Ich weiß, dass viele unserer klügsten Köpfe in andere Länder gehen, weil sie dort bessere Chancen vorfinden, und ich sehe, wie viele Menschen und Gesellschaftsgruppen nur damit beschäftigt sind, ihre eignen Ansprüche zu sichern, anstatt in die Zukunft zu blicken und für alle etwas zu schaffen. Mit diesem Buch will ich einen Anstoß geben, einige dieser Entwicklungen zu ändern – und selbst wenn das nur bei einem einzigen Leser gelänge, so wäre schon was gewonnen.

Noch ist viel Potential in Europa: Bei sieben Prozent der Fläche und rund elf Prozent der Bevölkerung der Erde, haben wir nach wie vor mehr als die Hälfte aller je gewürdigten Nobelpreisträger in Europa, auch waren die europäischen Länder bei allen Olympischen Spielen stets erfolgreicher als irgend ein anderer Kontinent.<sup>15</sup> Die Menschen Europas sind fähig, auf allen Gebieten Außergewöhnliches zu leisten. Die Tatsache, dass früher viele vertrieben wurden und auch heute einige der Fähigsten auswandern zeigt aber, dass Verbesserungspotential vorhanden ist. Europa muss wieder zum Magnet für die Fähigsten der Welt werden!

---

<sup>14</sup> So musste noch vor 150 Jahren beispielsweise mehr als die Hälfte der gesamten nutzbaren Zeit (rund 14 Stunden am Tag) zum Arbeiten verwendet werden. Heute ist diese Zahl auf weniger als ein Viertel gesunken. Quelle: Lomborg 2002, S. 107.

<sup>15</sup> Auch bei den letzten Spielen in Athen 2004 errangen die Athleten der EU-Länder mit 82 vs. 35 Goldmedaillen mehr als doppelt so viele wie jene der USA.

Bedauerlicherweise ist Europa aber heute weder für seine eigenen noch für internationale Forscher und Spitzenkräfte besonders attraktiv – die Managergehälter in den USA sind um ein vielfaches höher als in Europa und die Bezahlung der Forscher sowie die Ausstattung der Forschungseinrichtungen ist nach wie vor in den USA und in Japan wesentlich besser. Auch wenn ich das europäische System relativ geringer Gehaltsunterschiede für generell gut und erhaltenswert halte, müssen wir Wege finden, gerade Spitzenforschern jene Bedingungen zu bieten, die sie brauchen. Das wird vor allem über eine großzügigere Ausstattung mit Forschungsmittel und durch die Etablierung von Spitzenuniversitäten und Labors zu erreichen sein. Während in den USA jährlich rund 100.000 ausländische Forscher tätig sind und bereits fast ein Drittel aller Forscher aus dem Ausland kommt, leidet Europa an einem „Brain Drain“ in die USA, denn es gehen wesentlich mehr Spitzenforscher nach Übersee als umgekehrt zu uns kommen. Das war noch vor 100 Jahren anders und genau das muss es auch wieder werden, damit wieder in Europa die zukunftsweisenden Erfindungen gemacht und die innovativsten Firmen gegründet werden.<sup>16</sup>

Heute sieht es so aus, als würden die USA auf absehbare Zeit die Weltpolitik alleine dominieren. Die einzige Macht, die sich ihrem Diktat zu verweigern wagt, ist China, doch dieses braucht noch Jahrzehnte, um den USA ebenbürtig zu werden. Einiges deutet darauf hin, dass sich eine neue bipolare Welt bilden wird – mit dem Machtzentren Peking und Washington. Doch ist diese Entwicklung keineswegs fix oder unumkehrbar. Oft hat sich die Welt ganz anders entwickelt als die meisten glaubten. Zur Jahrhundertwende 1900 war Europa auf dem Höhepunkt seiner Macht, seine Flotten beherrschten die Meere, seine Künstler formten die Kultur, seine Erfinder und Ingenieure schufen neue Wunderwerke der Technik und die Überlegenheit bei Waffen und Militär war so gewaltig, dass niemand glaubte, dass sie im Laufe des 20. Jahrhunderts gebrochen werden könnte. So wie damals niemand ahnen konnte, dass Europa nur 45 Jahre später in Trümmern liegen würde, so wissen auch wir heute nicht, was in wenigen Jahrzehnten sein wird – aber wir können es mitbestimmen, denn wir haben das Privileg in einer reichen Gesellschaft zu leben, die über die Mittel verfügt, ihr eigenes Schicksal und jenes der Welt mit zu formen. Wenn wir uns umsehen, wie die USA Weltpolitik betreiben, dann wird es auch dringend Zeit, dass wir uns unserer Verantwortung für den Frieden in der Welt stellen!

---

<sup>16</sup> Quelle: Kluge/Fassbender 2003, S. 112ff.

## 2) Die Weltpolitik der letzten Jahre: Europa als Statist, und was wir von einer „Pax Americana“ zu erwarten haben

*„Amerika? Das ist die Entwicklung von der Barbarei zur Dekadenz ohne den Umweg über die Kultur“*

Clemenceau

Immer wieder hört man in Anspielung auf das römische Reich den Ausdruck von der „Pax Americana“, die nach dem Zerfall der Sowjetunion anbrechen würde bzw. angebrochen sei. Pax bedeutet Friede und wohl niemand – mit Ausnahme von Militärs und Waffenproduzenten – hat etwas gegen Frieden, daher könnten wir gut mit einer Pax Americana leben, wenn es wirklich Friede wäre, den die USA der Welt brächten. Doch die derzeitige Dominanz der USA auf der weltpolitischen Bühne bringt nicht Frieden, sondern Angriffskriege, religiöse Polarisierung und letztlich Terror, die die Welt zu einem unsichereren Ort machen.

Lange Zeit – etwa vom Mittelalter bis 1945 – waren es Europäer, die in der Welt die schlimmsten Verbrechen begingen. Die USA waren in dieser Zeit oft „moralischer“ und anständiger, denn die imperialistischen europäischen Mächte traten damals die Rechte anderer Gesellschaften mit Füßen. Wenn die USA damals gegen solche Verbrechen auftraten, so gebührt ihnen Lob. Doch heute hat sich das Blatt gewendet. Heute sind die USA die mächtigste Nation der Erde und sie agieren oft als arrogante und rücksichtslose Macht, die internationales Recht bricht und aus Machtkalkül und nicht wie vorgegeben aus gutem Willen (Demokratisierung, etc.) Länder besetzt, um ihre Interessen durchzusetzen. Heute ist es an Europa, sich der Moral zu besinnen, diese falsche Politik zu stoppen und einen besseren Weg aufzuzeigen und zu gehen.

Dies muss nicht notwendigerweise zu einem Konflikt mit den USA führen, denn man muss nicht Amerika hassen, um den Frieden oder Europa zu lieben. Die USA und ihre Bürger haben viele bewundernswerte Eigenschaften und eine Partnerschaft mit ihnen ist jedem Konflikt vorzuziehen. Doch wenn wir überzeugt sind, dass die US-Führung einen falschen Weg geht, dann müssen wir jene Werte hochhalten, die auch vielen US-Bürgern wichtig sind. Viele von ihnen werden dabei unsere Freunde und Verbündeten sein, denn es ist vor allem die politische und militärische Elite, die internationales Recht mit Füßen tritt und weltweit Kriege führt. Leider ist es diesen Leuten gelungen, auch die religiösen Rechte, die in den USA sehr stark ist, zu mobilisieren. Große Teile der US-Bevölkerung denken aber anders und artikulieren dies auch. Vergessen wir nicht, dass über Jahrhunderte die Mutigsten und die Verzweifeltsten nach Amerika gingen und dort ein großartiges Land erbauten. Die Nachfahren dieser Menschen sollen und werden unsere Partner für die Zukunft sein. Ein Ausspruch des, von mir wenig geliebten, George W. Bush bringt das Schlechteste und

Beste an den USA in einem Satz zum Ausdruck: „*Amerika war immer entschlossen, das zu tun, was es für richtig hält*“. Darin liegt all die Willenskraft und Entschlossenheit, die Europa heute oft fehlt. Darin liegt aber auch die Rücksichtslosigkeit und Arroganz, die, von den Indianerkriegen bis hin zu den Angriffen im Irak, so vielen Unschuldigen das Leben gekostet hat.

Die USA sehen sich gerne als das „Land der Freiheit“, als „*god's own country*“ und viele Amerikaner betrachten sich als ein auserwähltes Volk, welches daher auch das Recht hat, über andere zu bestimmen. Schlimmer noch, sie schaffen es vielfach – gerade durch Hollywood – dieses Bild der eigenen Überlegenheit nach außen zu tragen, so dass die Jugend der Welt die USA als „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ wahrnimmt. Dabei ist dieses Bild extrem verzerrt: Die USA sind nicht schlechter, aber auch nicht besser als andere Länder, über die unbegrenzten Möglichkeiten kann ein Schwarzer in der Bronx wohl nur lachen, denn durch seine Herkunft und Hautfarbe sind ihm praktisch alle Wege verschlossen.

In diesem Kapitel wird ein Überblick über die Triebkräfte der US-dominierten Weltpolitik der letzten Jahre gegeben. Dies halte ich für notwendig, um allen Europäern zu zeigen, wie nötig es ist, dass wir endlich handeln. Dabei geht es nicht darum, als prinzipieller Gegenpol zu den USA aufzutreten, denn unser Leitfaden sollte Friedenssicherung, Vernunft und moralisches Verantwortungsbewusstsein und nicht Fundamentalopposition sein. Auch soll, bei aller Kritik, nicht vergessen werden, dass die USA ein Land der Hoffnung war und für viele noch immer ist, in das jahrhundertlang Millionen von Europäern flüchteten, um den Knechtschaften in Europa zu entkommen.

Sehr viele Amerikaner missbilligen die Politik ihrer Regierung, doch meist werden sie nicht gehört oder bewusst ignoriert. Sichtbar wurde dies z.B. am Film „*Bowling for Columbine*“ des Amerikaners Michael Moore. Der Film war in Europa ein absoluter Hit, in den USA blieb er hingegen lange Zeit weitgehend unbekannt, weil die großen Kinoketten den Film nicht ins Programm aufnahmen. Erst als er mit einem Oscar ausgezeichnet wurde, war er auch in den USA in aller Munde. Der nächste Moore-Film „*Fahrenheit 9/11*“ war hingegen 2004 auf beiden Seiten des Atlantiks ein großer Erfolg, da sich bis dahin in den USA die Anti-Bush Stimmung verstärkt hatte.

Ein kritischer Faktor, der es US-Politikern erlaubt, eine aggressive Außenpolitik zu betreiben, ist die Tatsache, dass sich viele Amerikaner nicht für Außenpolitik interessieren. Dies äußert sich nicht nur in niedriger Wahlbeteiligung, sondern auch in Unwissenheit bezüglich vieler internationaler Vorgänge und Zusammenhänge. So etwas macht das Volk steuerbar – durch die Medien lässt sich die öffentliche Meinung lenken und beeinflussen. Ein Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit ist die Haltung gegenüber einem Irakkrieg. Während anfänglich nur 20% für einen Krieg auch ohne UNO-Mandat waren, stieg diese Zahl

innerhalb weniger Wochen auf 55%.<sup>17</sup> Dies war möglich, weil den Bürgern eingetrichtert wurde, wie böse und gefährlich Saddam, wie blind gleichzeitig die UNO und wie machtgierig und unverantwortlich Frankreich (das mit einem Veto drohte) ist.

Vieles was über die USA verbreitet wird, stimmt nicht mit der Wahrheit überein. Vor allem das Bild der edlen USA, die stets gegen das Unrecht kämpfen und die Freiheit hoch halten, passt heute kaum noch mit der Realität zusammen. Ebenso wie andere Völker, haben die USA auch in ihrer Geschichte viel Unrecht begangen und Schuld auf sich geladen. So wie die Deutschen den Juden unsägliches Unrecht angetan haben oder wie die Spanier an den Indios Völkermord begingen, so haben die USA die Indianer systematisch ausgerottet.<sup>18</sup>

## 2.1) „Spiele“ und Dankbarkeit unter „Freunden“

*„Die Geschichte hat keinen Zweck,  
aber wir können ihr einen geben“*

Karl Popper

Westeuropa und die USA waren den ganzen Kalten Krieg hindurch eng miteinander verbündet und auch heute sehen viele Europäer in den USA den einzigen Garanten für die Sicherheit Europas. Ich sehe das nicht so. Selbst wenn wir bis 1989 vielleicht vor der UdSSR geschützt werden mussten, ist diese Notwendigkeit heute nicht mehr existent. Kein Land der Welt bedroht uns, denn eine geeinte EU ist eine der stärksten Mächte der Erde. Kulturell, wirtschaftlich und geopolitisch sind wir nach allen Kriterien den USA zumindest ebenbürtig, dennoch überlassen wir es alleine den USA, Weltpolitik zu gestalten – selbst wenn sie dabei und damit Verbrechen begehen, wie jüngst im Irak. Eine Führungsmacht, die vorgibt gegen den Terror zu kämpfen, dabei aber nur immer mehr Verbitterung, Hass und Terror erzeugt, hat versagt. Nun ist es Zeit Alternativen zu diesem kriegerischen Weg aufzuzeigen und diese dann auch konsequent umsetzen. Das humanitäre, politische und zunehmend auch wirtschaftliche Desaster im Irak darf nicht länger von Europäern mitgetragen werden. Die Staaten der Europäischen Union dürfen ihre Positionen in der internationalen Politik nicht länger nur unter Bezugnahme auf jene der USA definieren. Sie müssen zu einer gemeinsamen Position kommen und selbst wieder als gestaltender Faktor der Weltpolitik Verantwortung übernehmen.

Eines der Instrumente, mit denen die USA Europa „auf Linie“ halten, ist die Dankbarkeit, die wir ihnen angeblich für die Befreiung von den Nazis und den

<sup>17</sup> Quelle: NY Times 9. März 2003 – zitiert im Standard 12. März 2003.

<sup>18</sup> Siehe dazu etwa den beklemmenden Bericht von Dee Brown (1999).

Schutz gegen die Sowjets schulden. Auch in Kolumnen europäischer Zeitungen findet sich dieses Argument immer wieder. Tatsächlich waren unsere Eltern und Großeltern den damaligen US-Amerikanern sehr dankbar für ihren Kampf gegen Hitler-Deutschland.

Es sei aber die Frage erlaubt, ob das auch uns zu „Gehorsam“ verpflichtet. Damals waren in den USA andere Menschen an der Macht, Truman sprach ehrlich von einem Machtverzicht, den die USA gerne in Kauf nehmen würden, um eine starke UNO zu ermöglichen – Bush praktiziert heute das Gegenteil. Ich und meine Generation waren an den damaligen Ereignissen genauso wenig beteiligt, wie an den napoleonischen Kriegen. Und auch die heutigen US-Bürger haben nichts zur Befreiung von den Nazis beigetragen, denn sie waren noch nicht geboren. Wenn wir trotzdem nach wie vor dankbar sein sollen, wo bleibt dann die amerikanische Dankbarkeit für die vielen Millionen Einwanderer oder für die französische Hilfe beim Unabhängigkeitskrieg? Historiker sind sich einig, dass erst das Eingreifen Frankreichs mit Diplomatie, Schiffen und einer beträchtlichen Armee die Unabhängigkeit der USA ermöglichte – in der letzten Schlacht bei Yorktown standen den 8.000 Engländern neben 9.000 Amerikanern auch 7.800 Franzosen gegenüber. Wo ist hier die Dankbarkeit?

Wann verjährt die Schuldigkeit für Dankbarkeit?

Nie? Dann müssen die USA uns genauso dankbar sein wie wir ihnen!

Sofort? Worüber reden wir dann?!

Nach 50 Jahren? Warum dann und nicht früher oder später?

Wir sollten solche alten Rechnungen vergessen. Was einzig zählt, ist die Politik und die Menschen von heute. Die Freundschaft von Völkern beruht häufig auf der Vergangenheit, doch muss sie heute gepflegt und gelebt werden. Wenn die USA eine kluge Politik betreiben, so werden kluge Europäer sich selbstverständlich auf ihrer Seite finden. Wenn die USA dumme Politik betreiben, dann müssen wir ebenso selbstverständlich dagegen auftreten. Indem die USA Völkerrecht und die Meinung ihrer Verbündeten mit Füßen treten, haben sie den „Pfad der Tugend“ verlassen. Frankreich, Deutschland und andere haben sich im Irakkrieg 2003 nicht aus Arroganz oder Machtgier von den USA abgewendet, sondern weil Bush das Völkerrecht brach und die Ideale von Gerechtigkeit und Freiheit aufgab!

Bei jeder richtig verstandenen Politik geht und ging es immer darum, die Zukunft zu gestalten, und dazu müssen wir alle Länder an ihrer heutigen, nicht der vergangenen Politik messen. Und genau bei der heutigen Politik will ich ansetzen um darzulegen, warum sich Europa wieder aktiver in die Weltpolitik einbringen muss. Die USA haben nach dem Ende des Kalten Krieges sukzessive den Weg des Multilateralismus verlassen und nehmen bei ihren Entscheidungen kaum Rücksicht auf andere. Zweifelsohne können sie diesen Weg nicht auf Dauer erfolgreich beschreiten, denn dazu ist ihr Anteil an der Weltbevölkerung

(unter fünf Prozent) zu gering und ihre wirtschaftliche Dominanz nicht ausreichend. Die Frage ist nur, wer ihnen wann und mit welchen Mitteln Einhalt gebietet. Ich bevorzuge hier eine reiche und multilaterale Vereinigung wie die EU, die durch bestimmten aber friedlichen Widerstand eingreift, gegenüber z.B. einem autoritär regierten China, das in zehn oder zwanzig Jahren stark genug sein dürfte, den USA militärisch und politisch die Stirn zu bieten.

Seit dem Irakkrieg 2003 ist der von US-Verteidigungsminister Rumsfeld geprägte Begriff vom „alten Europa“ (für alle Europäer, die nicht das tun, was die USA wollen, speziell Frankreich und Deutschland) oft verwendet worden – von den USA abwertend, in Europa durchaus auch mit Trotz und Stolz. Einmal mehr zeigen sich hier kulturelle Unterschiede: In den USA wird Altes verachtet, während es in anderen Kulturen (z.B. in China) hoch verehrt wird, denn das Alter verkörpert Weisheit. Vielleicht trifft genau das den Kern der Sache: Während der alte Kontinent Europa, geläutert durch blutige Kriege, bedächtig ist, lässt sich das junge, ungestüme und unerfahrene Amerika kaum bändigen und richtet dabei viel Schaden an, den es später noch bedauern könnte.

## 2.2) Teile und herrsche

„Divide et impera“ war bereits ein geflügeltes Wort im römischen Reich – und doch wird es oft missverstanden. Mit „teile und herrsche“ ist nicht gemeint, dass mehrere Parteien etwas untereinander aufteilen und jeder seinen Teil beherrscht, sondern es ist gemeint, teile (entzweie) deine Gegner und beherrsche sie so. Schafft man im Lager seiner Widersacher Misstrauen und Streit so ist es ein Leichtes, sie zu beherrschen.

Genau diese Taktik verwenden die USA weltweit seit Jahrzehnten mit großem Erfolg. Sie sind Meister darin, ihre Gegner gegeneinander auszuspielen und so zu beherrschen. Dass Europa dabei häufig „Opfer“ ist, ist nicht den USA, sondern uns selbst vorzuwerfen – denn all das müsste nicht sein, wenn Europa endlich zu einer einheitlichen Außenpolitik finden würde. Das jüngste traurige Beispiel liefert uns der Irakkrieg 2003 bzw. das diplomatische Tauziehen vorher. Während vor allem Frankreich, Deutschland und Russland deutlich gegen den Krieg auftraten, waren die Regierungen von Großbritannien und Spanien für den Krieg. Später stellten sich auch Italien, Dänemark und Polen auf die Seite der USA und zerstörten damit endgültig die Hoffnung auf eine einheitliche europäische Linie in diesem Konflikt. Folgerichtig nahmen die USA keinerlei Rücksicht auf die europäischen Bedenken und zogen schließlich (aufgrund angekündigter Vetos von Frankreich und Russland) ohne UNO-Resolution und damit völkerrechtswidrig in diesen Krieg. Im Jänner 2004, also fast ein Jahr nach dem Krieg, resümierte ein nachdenklicher EU-Kommissionspräsident Prodi *„Wäre Europa einig gewesen, hätten wir den Irak-Krieg nicht erlebt.“*

Doch auch in anderen Regionen verwenden die USA diese Strategie mit großem Erfolg – etwa in der arabischen Welt. Die Araber stellen mit über 300 Millionen Menschen eine der größten Völkergruppen der Erde. Sie haben eine einheitliche Sprache,<sup>19</sup> dieselbe Religion und ein weitgehend geschlossenes Siedlungsgebiet. Mit der 1945 gegründeten Arabischen Liga gibt es schließlich eine Organisation, die 22 arabische Staaten eint. Die Voraussetzungen für eine selbstbewusste und einheitliche Außenpolitik wären damit hervorragend. Dennoch ist davon nur wenig zu sehen. Wie wir Europäer, lassen sich auch die Araber von den USA spalten und für ihre Zwecke benützen. Während Länder wie Syrien, der Jemen und der Sudan von den USA häufig verbal (und manchmal auch militärisch) angegriffen werden und wurden, pflegen die USA gute Kontakte zu Kuwait, Bahrain, Katar und Ägypten und unterhalten in den meisten dieser Länder auch Militärstützpunkte. Die Beziehungen der USA zu Saudi-Arabien waren in den 1990er Jahren sehr gut, haben sich in den letzten Jahren aber verschlechtert, was vor allem auf Gerüchte, das Land unterhalte Kontakte mit Terroristen, zurückzuführen ist.<sup>20</sup>

Im Irakkrieg 2003 verweigerten zwar einige arabische Staaten den USA Stützpunkte für ihren Angriff (u.a. Saudi-Arabien), doch fanden sich mit Kuwait, Bahrain, Katar und dem Oman genügend Länder, die den USA den dringend benötigten Aufmarschplatz gewährten.<sup>21</sup> Durch ihre Uneinigkeit ermöglichten die Araber den USA letztendlich ihren Feldzug gegen den Bruderstaat Irak. Analog beraubt sich Europa durch seine innere Uneinigkeit seiner potentiellen Macht. Dies erlaubt es den USA mit weniger als fünf Prozent der Weltbevölkerung diese Welt fast nach Belieben zu beherrschen.

Die USA sind dabei nicht „böser“ als es Großbritannien, Frankreich oder Spanien zu ihrer Zeit als Weltmacht waren. Die fast unbeschränkten Möglichkeiten einer Weltmacht ihre Interessen durchzusetzen, verführen immer wieder deren Machthaber, sich über anerkannte moralische Prinzipien hinwegzusetzen und sich Rechte herauszunehmen, die sie nicht haben – speziell andere Völker anzugreifen und zu unterjochen. Die Aufgabe anderer Länder – und damit die heutige Aufgabe Europas – ist es, die Weltmacht an moralische Prinzipien zu erinnern und in ihrem Machtrausch zu stoppen. Dies dient indirekt auch den Interessen der Weltmacht, denn diese schadet mit Aggressionskriegen nicht nur anderen Völkern, sondern auch ihren eigenen Zielen. Dies wird an der heutigen

---

<sup>19</sup> Wenn es auch viele lokale Dialekte gibt, so ist die Schriftsprache doch von Marokko bis in den Irak gleich.

<sup>20</sup> So werden den Familien palästinensischer Attentäter regelmäßig Zahlungen aus Saudi-Arabien geleistet, Al Kaida finanziert sich überwiegend aus diesem Land und auch die meisten der Attentäter vom 11. September 2001 waren Saudis.

<sup>21</sup> Dabei wurde in Kuwait ein Drittel, in Katar ein Zehntel der gesamten Staatsfläche für das US-Militär bereitgestellt.



Politik der USA nur zu deutlich, denn sie erzeugt und fördert meines Erachtens den Terror, anstatt ihn einzudämmen. Durch unsere Schwäche kennt die US-Außenpolitik heute aber keine Schranken mehr. Auf die Weltmeinung und der Forderung der UNO, wird dabei kaum Rücksicht genommen, denn wie sehr dabei internationales Recht gebrochen wird, scheint den derzeitigen Machthabern egal zu sein.

Die Hoffnung vieler auf eine wesentliche Kursänderung unter einer späteren demokratischen Regierung teile ich nicht, denn auch die Demokraten sind für Aggressionskriege. So verkündete etwa 2004 der demokratische Präsidentschaftskandidat John Kerry, dass er Krieg führen würde, wenn er die Sicherheit Amerikas bedroht sähe und dass er die Entscheidung über Krieg und Frieden nie von internationalen Organisationen (UNO) abhängig machen würde. Die neue aggressive und unilaterale Doktrin ist damit in beiden politischen Lagern akzeptiert. Die Hoffnung vieler Europäer, dass dies nur eine Episode unter Bush bleiben würde, halte ich für vergebens – ich stimme dem amerikanischen Politikwissenschaftler Jeremy Rifkin zu, der meint:

*„...einige Kritiker der Regierung Bush hoffen, ein Regimewechsel könnte zu einer Änderung der seit langem etablierten amerikanischen Sicherheitspolitik gegenüber Europa und der Welt führen. Sie haben Unrecht. Selbst wenn wieder ein liberaler Demokrat Präsident würde, wäre es unwahrscheinlich, dass Amerika von seinem Hegemonialanspruch in der Außenpolitik abgehen würde, der letztlich die Kontrolle über die europäischen Sicherheitsinteressen einschließt.“<sup>22</sup>*

Dass sie Macht nützen, die ihnen andere überlassen, kann man den USA nicht vorwerfen. Dass sie sich dabei aber bisweilen über das Völkerrecht hinwegsetzen, das MUSS man ihnen aber vorwerfen. Dabei sollten wir uns aber im Umgang mit US-Bürgern bewusst sein, dass es wie in jedem Volk auch bei „den Amerikanern“ sehr viele kluge, gebildete und einsichtige Menschen gibt, die die Politik ihrer derzeitigen Regierung missbilligen. Die betroffene und traurige Reaktion vieler demokratischer Wähler nach der Wiederwahl Bushs 2004 zeigte dies deutlich.

Pauschalverurteilung, die es leider immer wieder gibt, sind ungerecht und wenn wir für uns in Anspruch nehmen „klüger“ zu sein und nicht wie „die Amerikaner“ nur schwarz-weiß zu sehen, dann sollten wir das auch wirklich praktizieren und die Vielfalt der Meinungen im amerikanischen Volk anerkennen, denn wir werden am ehesten Erfolg haben, wenn wir diese als Partner gewinnen.

---

<sup>22</sup> Quelle: Rifkin 2004, S. 336.

### 2.3) Imperium der Angst

Die Machthaber der USA haben im Kalten Krieg immer wieder gesehen, wie sich andere Länder hinter ihnen versammelt haben, wenn sie sich bedroht sahen. Diese Macht wollen sie auch nach dem Ende der Sowjetunion nicht aufgeben. Sie herrschen, indem sie einen Feind konstruieren, vor dem sie dann alle schützen. Damit dieser Schutz erfolgreich sein kann, müssen nach ihrer Überzeugung aber alle zusammenhalten – ein Abweichen von der Linie der USA bzw. Kritik daran ist daher nicht erlaubt.

Von 1945 bis 1990 war der Feind die Sowjetunion – und sie spielte ihre Rolle gut, denn durch aggressive Rhetorik, militärische Interventionen und interne Unterdrückung machten sie es dem Westen leicht, sie als „Reich des Bösen“ wahrzunehmen – dementsprechend gab es auch kaum Kritik am Wettrüstungskurs der USA. Dabei wurden in dieser Zeit auch von den USA viele Verbrechen verübt und oft wurde schlechte Politik betrieben und unterstützt – so etwa bei der Ermordung Allendes in Chile, der Unterstützung der Contras in Nicaragua, oder der korrupten Regime in Südvietnam und Kuba (bis 1959). Vielleicht hätten wir uns schon früher von den USA abwenden sollen – etwa während des Vietnamkrieges oder in den Reagan-Jahren, als der Präsident einen massiven Aufrüstungskurs fuhr und die UdSSR zum „*empire of evil*“ erklärte. Doch damals einte uns noch die Furcht vor der UdSSR.

Wohl zum Bedauern vieler US-Strategen, kam ihnen dieser Gegner aber 1990 abhanden. Saddam Hussein, der neue Schurke, gegen den man 1991 einen schnellen Sieg errang, war kein adäquater „Feind-Ersatz“ um Europa und andere Staaten dauerhaft an die USA zu binden. Die ganzen 90er Jahre hindurch erlebten wir daher eine Regionalisierung der internationalen politischen Landschaft und von einer neuen „Multipolarität“ war die Rede. Diese entspricht auch der durch die Verteilung von Bevölkerung und Wirtschaftskraft zu erwartenden Machtverteilung auf der Erde. Sie entspricht aber sicher nicht den Wünschen der Mächtigen der USA.

Die „Erlösung“ kam für CIA, Pentagon und Rüstungskonzerne am 11. September 2001. Eine abscheuliche Tat vereinte die ganze Welt wieder hinter den USA, denn in dieser Stunde der Not wollte niemand ihre Führung kritisieren. Selbst der libysche Revolutionsführer Gaddhafi und die chinesischen Regierung stimmten in den allgemeinen Solidaritätschor ein. Unwidersprochen war dann auch der Angriff der USA auf das Taliban-Regime in Afghanistan, denn die Welt erkannte, dass dieser Krieg gerechtfertigt war. Als jedoch die Bush-Administration 2003 unter fadenscheinigen Vorwänden den Irak angriff, stellten sich viele Länder gegen sie – und wurden dafür von den USA mit Beschimpfungen und Hohn bedacht. „*Der Krieg gegen den Terror erfordert, dass der Westen geschlossen auftritt*“, hören wir immer wieder von Bush und seinen Leuten, denn sie wollen die Welt, und speziell Europa, wieder auf ihren

Kurs einschwören. Sie versuchen uns eine neue Furcht einzureden – jene vor dem islamischen Extremismus bzw. vor dem Islam generell. Das ist dumm, einfältig und schlicht falsch!

***Box I: Der Islam als aggressive Religion – Das konstruierte Feindbild***

*Manche Meinungsmacher wollen uns weiß machen, dass der Islam als Religion bzw. die Muslime als Religionsgemeinschaft aggressiver, brutaler oder kriegerischer wären als andere. Auch in Europa sind derartige Vorurteile nicht selten. Doch dieses Pauschalurteil über eine Milliarde Menschen ist falsch und absurd. Betrachtet man die heiligen Bücher der verschiedenen Religionen, so findet sich zwar im Koran eine Rechtfertigung für die bewaffnete Verteidigung des Glaubens (Jihad), doch auch die Bibel strotzt im Alten Testament von Bluttaten, Mord und Rache. Jede richtig verstandene Religion ist aber eine Religion des Friedens, der Solidarität und der gegenseitigen Unterstützung. Diese Elemente dominieren auch in Koran und Bibel.*

*Dabei hat jede Glaubensgemeinschaft auch Zeiten durchlebt, in denen von diesen Prinzipien abgewichen wurde – das christliche Mittelalter mit Hexenverbrennungen, Kreuzzügen und Gemetzeln an Indios muss den damals wesentlich toleranteren Muslimen als sehr barbarisch vorgekommen sein. Auch im 19. und 20. Jahrhundert waren es stets christliche Staaten, die die großen Kriege vom Zaun brachen, andere unterjochten und unendliches Leid über viele Menschen brachten. Wenn heute so viele Muslime zornig sind, dann sollten wir darüber nachdenken, warum das so ist und wie wir uns in ihrer Lage fühlen würden – etwa als junger Palästinenser, der nie zur Schule gehen konnte, dessen Vater vor seiner Geburt und dessen Bruder vor wenigen Monaten von israelischen Soldaten erschossen wurde, dessen Haus niedergewalzt wurde und der seit Jahren ohne Arbeit und Hoffnung ist...*

*Auch sollten wir uns bewusst sein, dass die wenigen Terroristen und Selbstmordattentäter nur einen verschwindend kleinen Teil der muslimischen Bevölkerung darstellen, während die überwiegende Mehrheit Gewalttaten ebenso ablehnt wie wir.*

*Wenn im Westen heute Bin Laden und die Al Kaida, die iranischen Mullahs und die palästinensische Intifada als „Schreckensbild des Islam“ wahrgenommen werden, dann sollten wir auch nicht vergessen, dass die Politik der USA an der Entstehung aller drei Phänomene wesentlichen Anteil hatte:*

*In Afghanistan wurde während der sowjetischen Besatzung in den 80er Jahren der islamische Fundamentalismus und Nationalismus von den USA geschürt und über Pakistan massiv mit Waffen und Geld unterstützt, um den Islam für den Kampf gegen den Kommunismus zu instrumentalisieren. Bin Laden wurde in dieser Zeit vom pakistanischen Geheimdienst ausgebildet, und die Parole „die Ungläubigen“ vom Boden islamischer Länder zu*

vertreiben, wurde damals ausgegeben – genau dieses Ziel hat die Al Kaida auch heute noch.<sup>23</sup> Wie der Zauberlehrling, werden die USA den Geistern, die sie dort riefen, nicht mehr Herr.

Im Iran stürzten die USA 1953 Präsident Mossadegh, nachdem dieser die Ölindustrie des Landes verstaatlicht hatte. Der von den USA eingesetzte und autoritär regierende Schah Resa Palawi überließ den Ölreichtum des Landes wieder den US-Firmen und wurde dafür von den USA massiv unterstützt. Der Unmut der Bevölkerung wuchs aber so stark, dass der Schah schließlich 1979 von der Islamischen Revolution unter Ajatollah Khomeini vertrieben wurde. Nur ein Jahr später griff der Irak unter Saddam Hussein, ausgerüstet und unterstützt von den USA den Iran an, was den Kampfeswillen der Mullahs aber nur anstachelte und sie u.a. zur Unterstützung der radikalislamischen Hisbollah veranlasste. Wir sollten uns auch vorsehen, ein Regime, das wir nur wenig bzw. nur durch die Darstellung in unseren Medien kennen, zu be- bzw. verurteilen. Beispielsweise wird in den Medien oft über die Unterdrückung der Frauen im Iran berichtet. Dass aber dort mittlerweile mehr Frauen als Männer studieren und dass die Analphabetenrate von Frauen und Mädchen von über 50 Prozent vor der islamischen Revolution auf heute weniger als 3 Prozent gesunken ist, zeigt, dass sich die Lage der Frauen zumindest in einigen Bereichen verbessert hat.<sup>24</sup>

Auch am derzeitigen Elend und der Gewalt in Palästina trägt der Westen Mitverantwortung, denn die Schaffung des Staates Israel im Jahr 1948 aus einem britischen Mandatsgebiet, ging maßgeblich auf die zionistische Bewegung in den USA und Großbritannien zurück. Die USA sind es auch, die seit damals mit massiver Wirtschaftshilfe und Waffenlieferungen das Überleben des jungen Staates sichern. Nach Jahrhunderten in der Diaspora und dem Holocaust war es richtig, den Juden ein eigenes Heimatland zu geben, doch dass man damit den in Palästina lebenden 1,2 Millionen Arabern ihre Heimat nahm und eine unsägliche menschliche Tragödie auslöste, wurde zu wenig bedacht. 1948 lebten in dem Gebiet 650.000 Juden, heute sind es über 6 Millionen – um für diese Menschen Platz zu schaffen, müssen immer mehr Araber weichen – die nach wie vor andauernde Neugründung und der Ausbau jüdischer Siedlungen in den Palästinensergebieten führt dies drastisch vor Augen. Die jahrzehntelange Unterdrückung durch die Israelis und die einseitige Unterstützung Israels durch die USA, die unter Bush schließlich in purer Einseitigkeit zugunsten Israels eskalierte, ließ den Palästinensern keine andere Wahl, als sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu wehren.

<sup>23</sup> Quelle: Pohly/Duran, 2001.

<sup>24</sup> Quelle: The Economist, 18. Oktober 2003, S. 23; zum Vergleich: Im arabischen Raum ist die Analphabetenquote nach wie vor bei etwa 40 Prozent – zwei Drittel davon Frauen, Quelle: The 9/11 Commission Report, 2004, S. 376.

*Die USA haben Ende 2003 mit Genugtuung darauf reagiert, dass der libysche Staatschef Gaddhafi die Schuld am Lockerbie-Attentat von 1988 eingestand und sich bereit erklärte, Schadenersatz zu zahlen. Dass aber auch dieses Attentat letztendlich durch ihre Politik ausgelöst wurde, darüber sprachen sie nicht. Denn der Anschlag wird vielfach als Vergeltung Gaddhafis für den Tod seiner Adoptivtochter bei einem US-Bomberangriff auf seine Privatresidenz 1986 gesehen. Wieder hat ein Angriff der USA letztendlich auch für sie nur Leid gebracht.*

*Ohne die Eingriffe der USA gäbe es heute keine Al Kaida und wahrscheinlich nicht einmal militanten islamischen Fundamentalismus wie er uns heute begegnet. Anfang August 2003 erklärte dann auch Gaddhafi, dass der amerikanische Krieg gegen den Terrorismus die Al Kaida nur gestärkt hat, weil Muslime auf der ganzen Welt die Kriege in Afghanistan und im Irak als Aggression gegen den Islam und als Versuch den amerikanischen Einfluss zu vergrößern, wahrgenommen haben. Mit dem militärischen Vorgehen im Irak haben die USA in der islamischen Welt unglaublich an Ansehen verloren; so sank der Anteil jener, die eine „positive Einstellung zu den USA“ haben in Indonesien von 61 Prozent vor dem Krieg auf 15 nachher, in der Türkei von 52 auf 15 und in Jordanien von 25 auf nur noch ein Prozent!<sup>25</sup> Ich gebe Präsident Mubarak von Ägypten Recht, als er am 20. April 2004 feststellt „Die USA haben mit dem Missbrauch der Religion, ihrem Vorgehen im Irak und der bedingungslosen Unterstützung Israels beispiellosen Amerika-Hass erzeugt.“ Die USA schüren mit ihrer Politik die Unzufriedenheit und den Terror – entweder aus Dummheit oder Berechnung – und beides ist gefährlich! Europa muss sehr aufpassen, sich hier nicht in einen primär, entlang religiöser Spannungslinien geführten, Konflikt reinziehen zu lassen.*

Zwar sehen viele in Europa und auch in den USA, dass der gegenwärtige Kurs falsch ist, doch fehlt es den meisten an Mut oder Möglichkeiten, dagegen aufzutreten. Vor allem viele der damals führenden europäischen Politiker – Blair, Aznar, Berlusconi, u.a. – unterstützten auch gegen den massiven Widerstand ihrer Bevölkerungen (in Umfragen vor dem Krieg sprachen sich in Großbritannien 90, in Spanien 91 und in Italien 61 Prozent der Bevölkerung gegen einen Krieg aus, dies wurde auch durch Massendemonstrationen, an denen Millionen teilnahmen, unterstrichen<sup>26</sup>) den Konfrontationskurs, den Bush vorgab. Frankreich, Deutschland und andere Staaten traten entschlossen gegen den Krieg auf, doch letztlich konnten sie nichts ausrichten, da Europa nicht mit einer Stimme sprach. Die Führer der USA würden es zweifellos vorziehen, wenn ganz Europa wieder, wie im Kalten Krieg, widerspruchslos ihrem Kurs

<sup>25</sup> Quelle: The Economist, 18. Oktober 2003, S. 42.

<sup>26</sup> Quelle: Fischer 2004, Abbildung II.

folgen würde, doch sind sie auch zufrieden, wenn die Europäer untereinander streiten, und sich so jeglicher außenpolitischen Handlungsfähigkeit berauben – divide et impera!

Wie lange wollen wir dieses Spiel noch mitspielen? Als der Gegner noch UdSSR hieß, war ein Zusammenrücken noch verständlich, denn mit Millionen von Soldaten, zigtausenden Panzern und Atomraketen war der Warschauer Pakt eine reale Bedrohung für den ganzen Kontinent. Doch die Al Kaida bzw. der Islamische Terrorismus hat andere Dimensionen: Die höchste Schätzung, die ich je für die Anzahl der in Al Kaida-Lagern ausgebildeten Kämpfer fand, ist 20.000. Die Anzahl der Al Kaida-Mitglieder wird auch von den USA mit „wenigen Hundert“ angegeben.<sup>27</sup> Die Organisation verfügt kaum über moderne Waffen, hat keine sicheren Rückzugsbasen und muss stets im Untergrund operieren. Die USA mit 1,4 Millionen Soldaten, Tarnkappenbomben, Satelliten und Geheimdiensten sind wirklich auf die bedingungslose Unterstützung der ganzen Welt sowie die Aufgabe existentieller Bürgerrechte und des Internationalen Rechts angewiesen, um mit diesem Häuflein fertig zu werden? Das bezweifle ich! Würden die USA eine intelligentere Politik betreiben und nicht die Muslime in aller Welt immer weiter gegen den Westen aufbringen, dann wäre die Lage nie so eskaliert und verfahren wie sie es heute ist.

Das Arbeiten mit der Angst der Menschen wird von der US-Führung auch nach Innen angewendet und hat dazu geführt, dass die US-Bürger bereitwillig auf viele Freiheiten und Bürgerrechte verzichtet haben. Der „9/11 Commission Report“ warnt die Bürger und die Regierung eindringlich, bei ihrem Versuch, Freiheit und Sicherheit zu schützen, nicht ihre offene Gesellschaft und ihre Prinzipien aufzugeben.<sup>28</sup> Die Vorspiegelung der akuten Bedrohung von Außen hat zu drastischen Verhaltensänderungen und ständigen Angstgefühlen geführt. Speziell für viele Muslime in den USA ist das Leben heute unerträglich und die Ausübung ihrer Religion im „Land der Freiheit“ fast unmöglich.

Ich glaube, die harten Maßnahmen bzw. die Ausgrenzung der Muslime war deswegen so leicht möglich, weil die US-Bürger seit Jahrzehnten gewohnt sind, große Bevölkerungsgruppen abzustempeln und vieler Rechte zu berauben. In hohem Ausmaß gilt dies für die Schwarzen, aber auch einige andere Bevölkerungsgruppen sind stark benachteiligt. Die US-Gesellschaft pocht zwar auf ihre stolze Tradition der Bürgerrechte, tatsächlich sperrt sie aber um ein Vielfaches mehr Menschen ins Gefängnis, als andere Länder: Pro 100.000 Einwohner sitzen in Europa weniger als 100 Menschen im Gefängnis, in den USA aber 546, davon weit überdurchschnittlich viele Schwarze!<sup>29</sup> Insgesamt

<sup>27</sup> Quelle: The 9/11 Commission Report, 2004, S. 67.

<sup>28</sup> Quelle: The 9/11 Commission Report, 2004, S. S des Vorworts.

<sup>29</sup> Quelle: Kluge/Faßbender 2003, S. 159.

sind im „Land der Freiheit“ rund zwei Millionen Menschen im Gefängnis.<sup>30</sup> Teilweise ist dies sicherlich auf eine höhere Kriminalität zurückzuführen, die wiederum durch die extrem ungleiche Einkommensverteilung und das weitgehende Fehlen sozialer Sicherungsnetze gefördert wird (so liegt die Mordrate in den USA rund zehn Mal höher als in Europa). Doch es hängt auch damit zusammen, dass in den USA Straftäter wesentlich schneller und länger eingesperrt werden.

Heute leben viele Menschen weltweit in ständiger Angst vor Anschlägen. Terrorwarnungen, schärfere Sicherheitsvorkehrungen und die Omnipräsenz des Terrors in den Medien, erzeugen Angst und Unsicherheit. Doch ist die Angst berechtigt? Zweifelsohne haben die Terroristen mit ihren Taten gezeigt, dass sie zu allem entschlossen sind. Doch wie viel Terror erleben wir in Europa und den USA wirklich? Es gab die Anschläge vom 11. September 2001, dreieinhalb Jahre später den Anschlag von Madrid und dann den Anschlag von London. Drei Anschläge in fünf Jahren – rechtfertigt dies all die Maßnahmen die ergriffen wurden? Die Zahl der Terroropfer in Europa (ohne Russland) betrug von 1995 bis 2003 jährlich vier bis zwanzig.<sup>31</sup> 2004 waren es durch den Anschlag von Madrid 200. 200 Tote sind 200 zu viel, doch jeden Tag werden auf Europas Straßen über 100 Menschen getötet (das sind rund 40.000 im Jahr!), und trotzdem fährt weiterhin jeder mit dem Auto. Wir sollten uns auch bewusst sein, dass die Terrorgefahr von den Medien und den Militärs bewusst hochgespielt wird, um Verkaufszahlen bzw. Verteidigungsbudgets zu erhöhen. Dass diese Taktik funktioniert, beweist eine Eurobarometer-Umfrage von Oktober 2003: Dabei gaben 56 Prozent der Europäer an, sich von Terrorismus stark bedroht zu fühlen – in Großbritannien und Italien waren es sogar je 76 Prozent.<sup>32</sup> Einzig die Finnen, Dänen und Österreicher fühlten sich mit jeweils weniger als 15% „Geängstigten“ relativ sicher vor Terrorismus – ich glaube zu Recht. Während viele mittlerweile bei jedem Stromausfall oder Feuerwerkskörper an Terror denken und Einschränkungen ihrer persönlichen Freiheit in Kauf nehmen, unternimmt wegen des hundertfach opferreicheren Straßenverkehrs oder tödlicher Krankheiten niemand etwas. Warum? Ich schätze, weil uns die Gefahr und die Toten nicht so bewusst sind, von den Medien nicht so drastisch präsentiert werden, und wohl auch, weil wir uns daran gewöhnt haben. Weltweit starben im letzten Jahrzehnt pro Jahr zwischen 307 und 8.000 Menschen bei Terroranschlägen – eine schaurige Zahl.<sup>33</sup> Jedoch muss man sie in der richtigen Relation sehen: Im Straßenverkehr waren es jedes Jahr über 250.000, durch Selbstmord rund eine Million und durch Tuberkulose über zwei

---

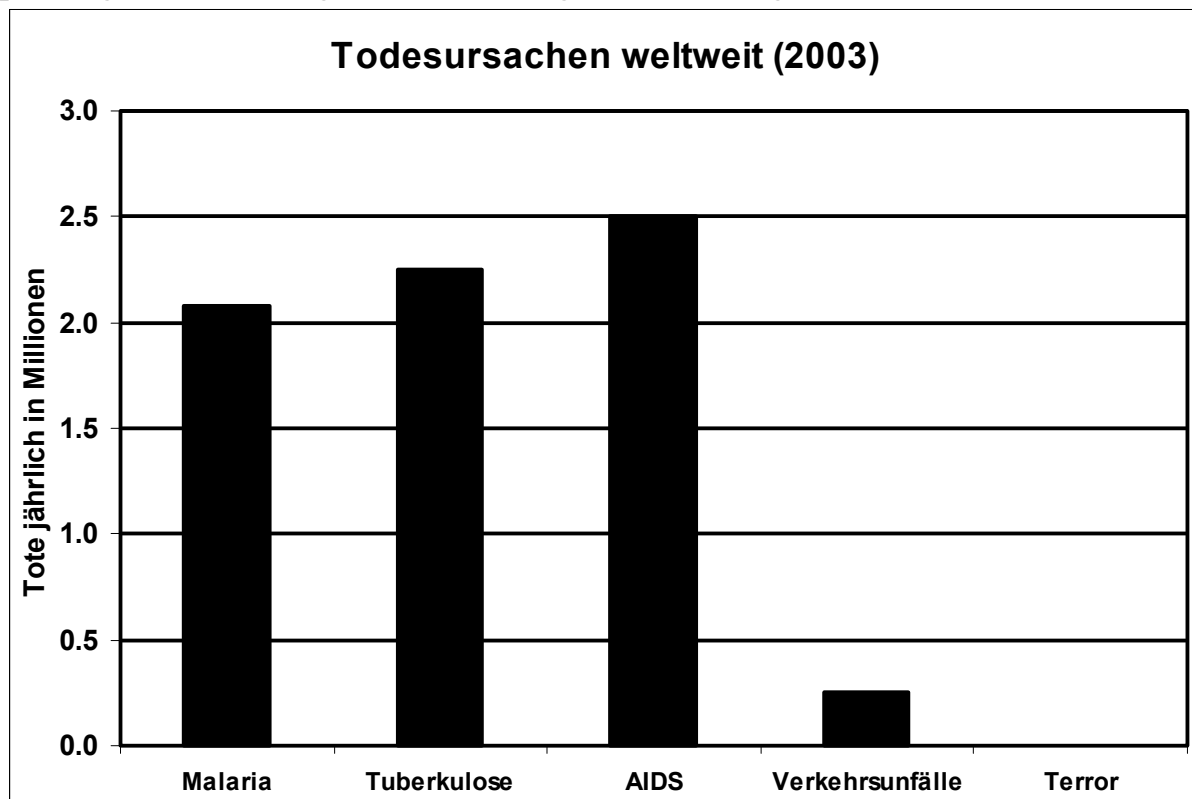
<sup>30</sup> Quelle: Rifkin 2004, S. 65.

<sup>31</sup> Quelle: Fischer 2004, S. 41-42.

<sup>32</sup> Quelle: Eurobarometer Nr. 151, S. 75.

<sup>33</sup> Die niedrigste Zahl der letzten Jahre wurde 2003 mit 307 erreicht.

Millionen Todesopfer. Das heißt, dass alleine an Tuberkulose 5.000 Menschen pro Tag sterben – wegen Terror weniger als zwanzig.



**Abbildung 1: Todesursachen weltweit 2003, Quelle: Fischer (2004), WHO**

Auch durch mangelnden Zugang zu sauberem Trinkwasser und durch Unterernährung sterben jeden Tag mehr Menschen als durch Terror in einem ganzen Jahr! Wir sollten endlich hinterfragen, ob wir unsere begrenzten Mittel wirklich sinnvoll einsetzen, wenn wir nur den Terror bekämpfen, aber nicht die Armut in Afrika. Unser Ziel sollte es sein, möglichst vielen Menschen ein langes und gesundes Leben zu ermöglichen. Mit den hunderten Milliarden Euro, die derzeit vor allem für Waffen verwendet werden, rettet man vielleicht wenige hundert Leben pro Jahr, die sonst durch Terror verloren gingen. Würde man dasselbe Geld – oder auch nur ein Zehntel davon – für die Verbesserung von Hygiene und medizinischer Versorgung sowie die Trinkwasseraufbereitung und AIDS-Aufklärung in armen Ländern verwenden, ließen sich wahrscheinlich Millionen Menschenleben retten!

Die „Global Marshall Plan Initiative“ zeigt auf, dass sich mit einem Bruchteil des finanziellen Aufwands, der gegen den Terror bisher betrieben wurde, alle Menschen weltweit mit sauberem Trinkwasser und einer Grundversorgung an Nahrung versorgen ließen.<sup>34</sup> Krankheit und Hunger treffen ebenso unschuldige

<sup>34</sup> Global Marshall Plan Initiative, [www.globalmarshallplan.org](http://www.globalmarshallplan.org).



Menschen wie Terror! Ich will hier nichts verharmlosen, aber wir sollten die Probleme in der richtigen Perspektive sehen und uns überlegen, welche Probleme wir mit den begrenzten Mitteln die wir haben, bekämpfen wollen. Die finanziellen und emotionalen Kosten der derzeit speziell in den USA, aber auch bei uns, gepflegten Angst-Gesellschaft halte ich für übertrieben, und dabei bewusst von den Medien (aus Profitstreben), Militärs und Politikern (aus machtpolitischen Interessen) hochgespielt.

Bush präsentiert sich gerne als „Kriegspräsident“, denn die USA sind laut ihm im „Krieg gegen den Terror“. Tatsächlich haben weder Bush noch die meisten US-Amerikaner eine Ahnung, was Krieg überhaupt heißt. Bush selbst konnte einem Einsatz in Vietnam durch die Position seines Vaters entgehen, doch auch die USA haben die Fürchterlichkeit des Krieges seit 1865 nicht mehr im eigenen Land erlebt. Heute verlieren sie im Irak vielleicht zwei oder drei Soldaten am Tag. Selbst in Vietnam und im Zweiten Weltkrieg waren die Verluste geringer als 200 Soldaten am Tag – dabei kämpften sie immer auf fremdem Boden, ihre Städte blieben unberührt und keine Zivilisten starben. Vergleicht man das mit der UdSSR im Zweiten Weltkrieg, so sieht man was Krieg ist: Diese verloren im Schnitt 18.000 Menschen pro Tag. Jeden Tag! Vier Jahre lang. Dabei wurden ihre Städte zerstört, Zivilisten vertrieben oder getötet und riesige Landstriche verwüstet. Das ist Krieg! Was die USA heute führen sind selbstherrliche Polizeiaktionen gegen hoffnungslos unterlegene Gegner.

Dabei wird hauptsächlich die US-Gesellschaft durch den Anti-Terrorkampf, der doch kaum Erfolge bringt, auch finanziell enorm belastet. Alleine der Unterhalt der US-Soldaten im Irak kostet jährlich rund 60 Milliarden Euro und ist damit um ein Vielfaches teurer als die gesamte jährliche US-Entwicklungshilfe. Würde man dieses Geld in Projekte zur Bekämpfung der Armut und zum Aufbau der Infrastruktur und Wirtschaft im Nahen Osten verwenden, so würden die ökonomischen Probleme der Menschen wirklich gelindert und dem Terrorismus würde die Basis – nämlich das weit verbreitete Elend – entzogen. Stattdessen werden weiter die Ängste im Westen geschürt, und die Taten der amerikanischen Soldaten sorgen für Wut und Verzweiflung im arabischen Raum.

Natürlich muss – und kann – das nicht immer so bleiben. Sollte eine spätere US-Führung die derzeitigen Fehler erkennen und korrigieren, so können wir gleichberechtigt und gemeinsam an besseren Lösungen arbeiten. Solange aber die unilaterale und aggressive Außenpolitik wie heute unter Bush fortgesetzt wird – und zu unilateralen Präventivkriegen bekennen sich auch die Demokraten – muss Europa alleine versuchen, als ausgleichende Kraft international tätig zu sein.

Die derzeitige US-Führung gibt vor, durch militärische Gewalt den Terrorismus besiegen zu können oder zumindest besiegen zu wollen. Das Problem dabei ist, dass jene Regionen in denen Kriege geführt wurden, nicht sicherer, sondern

unsicherer wurden. Während der Sieg in Afghanistan 2001 leicht errungen wurde, konnte tatsächlich kaum mehr als die Hauptstadt Kabul von den US-geführten UN-Truppen gesichert werden. Heute ist das Land in einzelne Herrschaftsgebiete zerfallen, die Taliban haben sich neu formiert und Angriffe von hunderten Kämpfern sind keine Seltenheit mehr. Der Krieg hat weder Frieden noch Menschenrechte gebracht, oder die alten Machthaber wirklich beseitigt – er ist bisher gescheitert!

Doch die USA verkündeten ihren Sieg und zogen bald darauf in den nächsten Krieg gegen ein muslimisches Land, ohne in Afghanistan für geordnete Zustände gesorgt zu haben. Dank ihrer überlegenen Waffen gewinnen die USA ihre Kriege sehr leicht und mit minimalen Verlusten, doch den Frieden verlieren sie regelmäßig mangels Einfühlungsvermögen, Diplomatie und auch mangels der Bereitschaft die nötigen Mittel zum Wiederaufbau und zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Während zur Sicherung des Friedens in Bosnien ab 1995 über 60.000 (vorwiegend europäische) Soldaten zum Einsatz kamen, sicherten ab 2002 gerade einmal 17.000 Soldaten das zwölf Mal so große und sieben Mal so bevölkerungsreiche Afghanistan.

Der Mangel an wirtschaftlicher Hilfe hat zu einem Aufschwung im Drogenanbau geführt, weil viele Bauern keine andere Chance sehen, ihre Familien zu ernähren. Laut Economist, produzierte Afghanistan bereits ein Jahr nach dem Ende der Talibanherrschaft rund drei Viertel des weltweit hergestellten Opiums, und der Drogenanbau machte 2004 rund die Hälfte der afghanischen Wirtschaftsleistung aus.<sup>35</sup> Im Dezember 2003 beklagte UN-Generalsekretär Kofi Annan in seinem Bericht an die UNO-Generalversammlung die desaströse Sicherheitslage im Land. Er bemängelte auch, dass nicht alle Hilfszusagen eingehalten wurden. Während in Bosnien in den ersten drei Jahren der Besatzung pro Bürger rund 350 Euro an Hilfgeldern für den Wiederaufbau investiert wurden,<sup>36</sup> liegt die Vergleichszahl in Afghanistan unter 100 Euro.<sup>37</sup> Wenn aber die Bereitschaft, genügend Truppen und Geld in ein „befreites“ Land zu schicken, fehlt, so scheitert man logischerweise an der Aufgabe, dort für stabile Verhältnisse zu sorgen. Die jüngsten Erfahrungen im Irak belegen das nur zu deutlich – das Land wurde zu einem Sammelbecken für Terrorgruppen und ist heute unsicherer als je zuvor. Durch das geradezu tollpatschige Vorgehen der USA werden die Terroristen zu immer weiteren Taten aufgestachelt, während die US-Politik ihnen massenweise Sympathisanten zutreibt.

---

<sup>35</sup> Quelle: The Economist, 16. August 2003, S. 43. Mitte 2004 stammten bereits 90 Prozent des in Europa konsumierten Heroins aus Afghanistan.

<sup>36</sup> Bis Mitte 2004 wurden rund 70 Milliarden Euro investiert – 1700 Euro pro Einwohner.

<sup>37</sup> The Economist, 16. August 2003, S. 43.

## 2.4) Hegemonialpolitik heute

*„Es handelt sich in diesem Krieg –  
jawohl, es handelt sich in diesem Krieg“*

Karl Kraus

Wie auch immer Washington seine geopolitischen Ziele gerade erklärt – ob als Krieg gegen den Terror, Feldzug gegen Tyrannen oder als präventive Warnungen gegen die „Achse des Bösen“, tatsächlich geht es meist nur um den Ausbau der amerikanischen Hegemoniestellung. Seit dem Untergang der Sowjetunion sehen die so genannten Neocons (Neokonservativen) der USA die Chance, die Welt zu dominieren und nach ihren Vorstellungen und Bedürfnissen zu formen. Mittlerweile geht das so weit, dass sich beide großen Parteien in den USA offen zu präventiven Kriegen auch ohne die Zustimmung der UNO, bekennen. Wir Europäer müssen nun entscheiden, wie wir dieser aggressiven Politik in Zukunft begegnen wollen.

Wie konnte es im „Land der Freiheit“ so weit kommen? Ich glaube, dass die korrumpierende Kraft von Macht eine wesentliche Rolle spielt, denn Macht verändert Menschen und Gesellschaften. Während etwa die meisten frühen Kommunisten idealistische „Träumer“ waren, wurden die kommunistischen Machthaber in der Sowjetunion sehr bald zu diktatorischen und rücksichtslosen Herrschern, während der gesamte Regierungsapparat und die Partei zunehmend korrupt wurden. Schon nach wenigen Jahrzehnten an der Macht, betrieb die UdSSR selbst jene imperialistische Politik, die ihre Vordenker verurteilten und beenden wollten.

Ähnlich drastisch war der Wandel in den USA: Entstanden aus einem Befreiungskrieg gegen die Briten, verfolgten die USA bei allen Schwächen (z.B. Sklaverei) lange Zeit eine Politik des Selbstbestimmungsrechts der Völker (außer gegenüber den Indianern). In ihrer außenpolitischen Ausrichtung blieben sie trotz einiger Interventionen bis zum Zweiten Weltkrieg meist isolationistisch. Seit 1945 sind sie jedoch außenpolitisch sehr aktiv und setzen neben diplomatischen Mitteln auch immer wieder Militär und Geheimdienste ein, um ihre Interessen durchzusetzen. Bis zum Ende des Kalten Krieges ging es dabei meist um die „Eindämmung“ des Kommunismus, während seit 1990 überwiegend eine Ausrichtung an der Sicherung der Ölversorgung der USA zu erkennen ist.

Der Wandel der Ausrichtung war dabei durch ihre relative Stärke bestimmt: Als verhältnismäßig schwaches Land im 19. Jahrhundert, pochten die USA auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und protestierten zu Recht gegen europäische Großmächte, die sich in „innere Angelegenheiten“ andere Völker einmischten oder diese besetzten. Nach dem Ersten Weltkrieg war es US-Präsident Wilson, der die Gründung des Völkerbunds durchsetzte – doch traten die USA selbst diesem jedoch nie bei, da der isolationistisch eingestellte Kongress dies verweigerte. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es wieder die

USA, die die Neugründung des Völkerbunds in Form der UNO betrieben. An ihrem Umgang mit der UNO kann man auch deutlich den Wandel der US-Einstellung zum Selbstbestimmungsrecht der Völker nachvollziehen: Mit gutem Willen gegründet, diente die UNO den USA schon in den ersten Jahren vielfach als Machtinstrument, da die UdSSR sich faktisch aus dem Gremium zurückzog und der Sitz Chinas im Sicherheitsrat vom US-freundlichen Taiwan besetzt war. Immer wieder versuchten die USA in den Gremien der UNO ihren Willen durchzusetzen. Gelingt dies nicht, ließen sie sich dadurch nicht von ihren Zielen abhalten. Das bislang letzte und drastischste Beispiel ist der Irakkrieg 2003: Nachdem selbst massiver US-Druck nicht zu einer Resolution führte, die den Krieg gerechtfertigt hätte, zogen die USA trotzdem – völkerrechtswidrig – in den Krieg. Ähnliche Aktionen europäischer Kolonialmächte wurden hundert Jahre zuvor von den USA auf das Schärfste verurteilt, so wie 2003 der machtpolitisch motivierte Irakkrieg der USA von den, nun deutlich schwächeren, europäischen Staaten verurteilt wurde.

Warum wurde der Irakkrieg 2003 geführt? Vorgegeben wurden angebliche Massenvernichtungswaffen des irakischen Diktators und Verbindungen zu internationalen Terroristen, doch mittlerweile ist klar, dass beides nicht existierte.<sup>38</sup> Der Schlussbericht des obersten US-Waffeninspektors Charles Duelfer zeigt, dass Saddam nicht nur keine Massenvernichtungswaffen mehr besaß, sondern auch keine Programme zu deren Entwicklung verfolgte, so dass nicht einmal ein mittelfristige Bedrohung für die USA bestanden hat.<sup>39</sup> Auch die Verbesserung der Menschenrechtssituation und die Etablierung der Demokratie wurden als Kriegsgründe genannt – doch die Lage im Irak nach dem Krieg und die Folterungen durch die US-Soldaten führen dieses Arguments ad absurdum.

Vermutet und umfassend in den Medien diskutiert, wurde auch der Wunsch der USA, die irakischen Ölreserven zu kontrollieren. Tatsächlich dürfte dies eine wichtige Rolle bei der Kriegsentscheidung gespielt haben. Doch der letztliche Auslöser dürften strategische Gründe gewesen sein: Spannungen mit dem saudischen Königshaus und die zunehmend unsicherere politische Lage im Wüstenkönigreich, ließen es unsicher erscheinen, wie lange Saudi-Arabien noch ein zuverlässiger Öllieferant und Verbündeter sein würde. Die US-Strategen suchten nach einer Alternative und fanden sie im Irak. Das Land hat große Ölreserven, liegt strategisch noch besser als Saudi-Arabien, da es geeignet ist, von dort auch Syrien und den Iran zu bedrohen, und ein Kriegsgrund ließ sich gegen Saddam leicht finden, da dieser bekanntermaßen leicht provozierbar war.

---

<sup>38</sup> Saddam hat in den 1980er Jahren sehr wohl Giftgas besessen, doch dürfte die Produktion in den 1990ern eingestellt worden sein, so dass 2003 keine Massenvernichtungswaffen im Irak waren. Dies wurde am 10. September 2004 schließlich von der Iraq Survey Group in ihrem Abschlussbericht offiziell festgestellt, Quelle: ORF Online, 10. September 2004, [www.orf.at/ticker/157953.html?tmp=18105](http://www.orf.at/ticker/157953.html?tmp=18105).

<sup>39</sup> Quelle: ORF Online, 8. Oktober 2004, [www.orf.at/041008-79314/index.html](http://www.orf.at/041008-79314/index.html).

Krieg ist ein Geschäft – jeder Krieg! Vor allem Rüstungskonzerne, aber auch Militärs, Geheimdienste und viele andere denken beim Wort „Krieg“ vor allem an das Geld, das er ihnen bringt. Durch enge personelle Verflechtungen, die meist bereits in den Elitehochschulen begründet werden, dominiert eine relativ kleine und homogene Gruppe sowohl Politik als auch Wirtschaft und Militär der USA. Das Netzwerk an der Spitze ist dabei kaum durchlässig für Newcomer. Generell ist die Demokratie in USA weniger entwickelt als viele glauben: Indien, Pakistan und viele andere Staaten, die nicht gerade als Vorbilder der Demokratie gelten, hatten oder haben weibliche Staatschefs und Angehörige von Minderheiten waren Präsidenten. Derzeit ist etwa in Indien ein Sikh Premierminister, ein Moslem Präsident und eine in Italien geborene Christin die Vorsitzende der Regierungspartei. Im Gegensatz dazu kam in den USA jeder Präsident, mit einer Ausnahme, aus der kleinen Gruppe der so genannten WASPs (white anglosaxon protestants, weiße angelsächsische Protestanten), die darüber hinaus fast ausnahmslos auf dieselben Eliteschulen gingen. Die bisher einzige Ausnahme war John F. Kennedy, der Katholik war – sonst aber auch ins Schema passt. Noch nie war eine Frau, geschweige denn ein Schwarzer, Präsident oder Vizepräsident. Revolutionäre, „Linke“ oder Volksführer, die regierten, gab es ebenfalls noch nie.<sup>40</sup>

Lassen wir uns nicht zu sehr blenden von den Reden über die vorbildliche Demokratie in den USA: Tatsächlich handelt es sich dabei eher um eine Plutokratie – eine Herrschaft des Geldes. So dienen etwa, durch Lobbying und Spendengelder gelenkt, viele Kongressabgeordneten den Interessen der Lobbies mehr als denen des Volkes. Der derzeitige Vizepräsident Dick Cheney war bis zu seinem Amtsantritt Präsident der Erdölfirma Halliburton – und er verschaffte seiner Ex-Firma durch die Vergabe lukrativer Geschäfte beim Wiederaufbau des Irak und dessen erdölverarbeitender Industrie, Einnahmen von über 8 Milliarden US-Dollar.<sup>41</sup> Ende Oktober 2004 wurden vom FBI Ermittlungen gegen die Firma wegen möglicher illegaler Methoden bei der Erlangung dieser Aufträge eingeleitet.<sup>42</sup>

Ebenfalls nicht unüblich ist in den USA der Wechsel vom Militär in die Wirtschaft, denn die großen Firmen bekommen auch dadurch Aufträge vom Pentagon, dass sie ehemalige Offiziere in ihre Vorstandsetagen setzen. Deren persönliche Beziehungen sowie die Aussicht der vergebenden Beamten, später selbst ihre Pension durch einen Aufsichtsratsposten „aufzufetten“, sorgen in der Regel für den gewünschten Erfolg. Die Luftfahrtfirma Lockheed Martin etwa

---

<sup>40</sup> Wer George Washington als Revolutionär und Volksführer einstuft, sollte dessen Biographie lesen – als Großgrundbesitzer hielt sich sein revolutionärer Geist in Grenzen.

<sup>41</sup> Halliburton war auch für den ersten Skandal bei Geschäften im Irak nach dem Krieg verantwortlich, denn es hatte der US-Armee in nur sechs Monaten für Treibstoffe 60 Millionen US-Dollar zu viel verrechnet.

<sup>42</sup> Quelle: ORF Online 29. Oktober 2004, [www.orf.at/041029-80021/80021abs\\_news.html](http://www.orf.at/041029-80021/80021abs_news.html).

hatte schon in den 60er Jahren 21 ehemalige Admiräle als Mitarbeiter. Parsons engagierte Ende 2003 zwei ranghohe Mitarbeiter des Energieministeriums und einen ehemaligen Luftwaffengeneral – eine Investition die sich lohnte, denn Anfang Jänner 2004 erhielt das Unternehmen den Zuschlag für den Wiederaufbau der Elektrizitäts- und Wasserversorgung im Irak und lukrierte damit 1,8 Milliarden US-Dollar.<sup>43</sup>

Anrühlich ist in solchen Kreisen nur eins: Der Pazifismus! Er ist der eigentliche Feind, denn er verdirbt das Geschäft. Der auswärtige Feind, auch – und gerade – der Schlimmste, ist im Grunde ein Freund – ein Bundesgenosse, der dafür sorgt, dass man immer neue Gelder bekommt, dass man wächst.<sup>44</sup> Die Aufrüstung der jeweils anderen Seite, diente den militärisch-industriellen Komplexen in den USA und der UdSSR im Kalten Krieg gleichermaßen zur Rechtfertigung immer neuer Rüstung – und damit der Stärkung ihrer eigenen Macht und Privilegien.

Dieses „Spiel“ der Mächtigen ist nicht neu: 1921 stellte der Völkerbund in einem Bericht über die Ursachen des 1. Weltkrieges fest:

*„Die Rüstungsfirmen haben die Kriegspolitik großgezogen und ihre eigenen Länder überredet, Kriegspolitik zu betreiben und ihre Rüstungen zu steigern. Im In- und Ausland versuchten die Rüstungsfirmen Regierungsbeamte zu bestechen. Die Rüstungsfirmen haben Falschmeldungen über die Militär- und Marineprogramme verschiedener Länder verbreitet, um die Ausgaben für Rüstung hochzutreiben. Durch Kontrolle der eigenen und ausländischen Zeitungen, versuchten die Rüstungsfirmen die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die Rüstungsfirmen haben internationale Rüstungsringe organisiert, die den Rüstungswettstreit durch das Auspielen eines Landes gegen das andere förderten. Internationale Rüstungstrusts wurden organisiert, die die Preise für Rüstungen erhöht haben.“<sup>45</sup>*

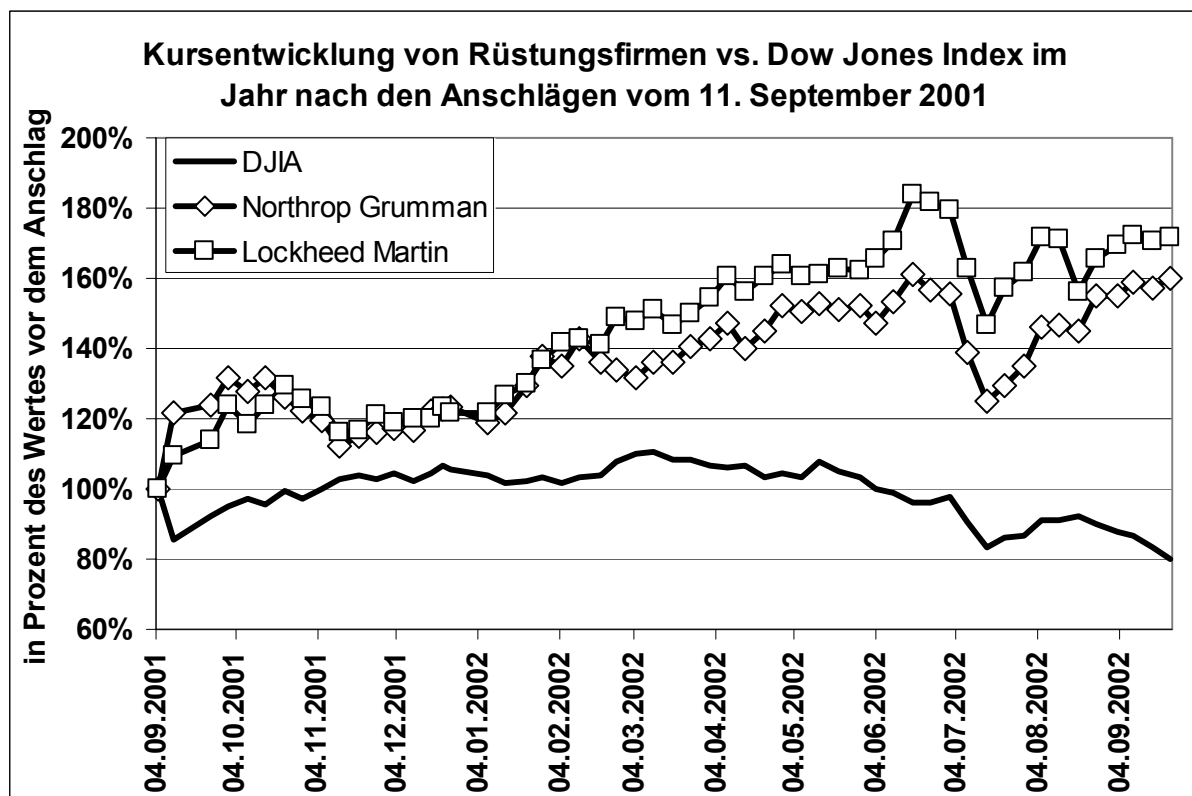
Ähnliches lässt sich über die sowjetischen und US-Rüstungskonzerne während des Kalten Krieges sagen und so gerne ich annehmen würde, dass die Zustände heute anders sind, ich sehe keinen Grund, wieso sie es sein sollten. Heute wie damals, besitzen Rüstungskonzerne wichtige Medien, nehmen Einfluss auf die Politik, übertreiben die Gefahr durch Gegner und rufen zu immer neuen Rüstungsanstrengungen auf.

<sup>43</sup> Quelle: ORF Online 7. Jänner 2004, <http://orf.at/ticker/134617.html/tmp=4998>.

<sup>44</sup> Die USA, als größte Militärmacht der Erde, haben heute 725 militärische Einrichtungen im Ausland, darunter 17 voll ausgerüstete Militärbasen. Von den rund 1,4 Millionen Soldaten sind derzeit rund 350.000 im Ausland stationiert (darunter rund 140.000 im Irak). Seit dem 2. Weltkrieg gab es nach Angaben der Historiker Kaplan und Bleichmann, 215 Interventionen der USA im Ausland – und jede war ein Geschäft für die Rüstungskonzerne. Quelle: The Economist, 29. Juni 2002, S. 8.

<sup>45</sup> Deschner 2002, S. 192.

In der Kriminalistik forscht man bei der Suche nach Tätern zuerst nach Menschen, die ein Motiv haben – Milliardengewinne sind eines und Rüstungsfirmen damit verdächtig, für Kriege verantwortlich zu sein! Der beste Gradmesser, ob das Hirngespinnste sind, ist wohl die Entwicklung der Aktienkurse und damit der Firmenwerte in letzter Zeit sowie des Rüstungsbudgets der USA. Während die wichtigsten Aktienindizes in den USA ein Jahr nach den Anschlägen vom 11. September 2001 durchschnittlich um 20 bis 28 Prozent gesunken waren,<sup>46</sup> konnten große Rüstungskonzerne im selben Zeitraum deutliche Kursanstiege verbuchen. So stieg etwa der Kurs des größten Lieferanten von Militärflugzeugen, Lockheed Martin, von 37 Dollar in der Woche vor dem Anschlag auf 64 Dollar ein Jahr später – ein Zuwachs von 73 Prozent. Auch der Waffenproduzent Northrop Grumman konnte sich von 37 auf 59 Dollar verbessern – ein Anstieg von knapp 60 Prozent. Diese und viele andere Firmen der Rüstungsbranche profitieren enorm von Kriegen – heißen und kalten – während Abrüstung für sie Verluste bedeutet.



**Abbildung 2: Relative Kursänderung des Dow-Jones Index sowie zweier großer Rüstungskonzerne im Jahr nach den Anschlägen vom 11. September 2001**

<sup>46</sup> Der Dow Jones Industrial Average verlor ebenso wie der Standard and Poor's 500 knapp über 20 Prozent, während die Technologiebörse Nasdaq am 11.9.2002 um 27,8 Prozent niedriger lag als ein Jahr zuvor.

Auch die Ausgaben der US-Regierung für Rüstungs- und Verteidigung steigen seit dem 11. September 2001 von jährlich 354 auf 547 Milliarden Dollar 2005 – ein Plus von 55 Prozent und ein absoluter Rekordwert in der Geschichte der USA.<sup>47</sup> Dieses zusätzliche Geld haben die Geheimdienste nur erhalten, weil es die Anschläge gab. Würde der Terrorismus vollständig „besiegt“, so würde der Geldfluss wohl wieder abnehmen.

Der weiter oben zitierte Ausschnitt aus dem Völkerbundbericht zu den Ursachen des Ersten Weltkriegs zeigt sehr deutlich, dass Konzerne früher mitschuldig an Kriegen waren – und sie sind es wohl auch heute. Sicherlich hatten US-Konzerne kein Wissen über die Anschläge, geschweige denn eine Beteiligung daran. An der anschließenden kriegerischen Reaktion der USA und vor allem der Kampagne gegen den Irak, hatten und haben sie über Lobbying aber sehr wohl Einfluss. Nur indem man diesen Firmen jeglichen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse entzieht, lässt sich die Situation verbessern – doch da wir in Europa diesen Prozess in den USA kaum beeinflussen können, müssen wir andere Wege finden, den USA bisweilen Einhalt zu gebieten – z.B. durch internationale Allianzen und die Stärkung der Rolle der UNO sowie durch das Verweigern von Militärbasen und sonstigen Hilfestellungen.

Es sollte nun auch klar sein, dass nicht Bush alleine das Problem ist und dass auch nach seinem Abgang nicht „alles gut“ sein wird. Wir können es uns nicht leisten, darauf zu hoffen oder zu warten, dass in den USA ein friedliebender und multilateral denkender Präsident an die Macht kommt. Erstens könnte das noch einige Jahre dauern und zweitens darf und kann sich die EU nicht länger nur in ihrer Relation zu den USA definieren. Wir müssen uns emanzipieren und wieder eine eigenständige und aktive Außenpolitik verwirklichen, die sich an den Menschenrechten, Frieden und Gerechtigkeit orientiert – unabhängig davon, wer in den USA gerade an der Macht ist. Langfristige Lösungen müssen dabei kurzfristigem Krisenmanagement vorgezogen werden und Europa muss bereit sein, einen seinem Reichtum entsprechenden Beitrag zur Sicherung des Friedens in der Welt zu leisten.

Lange Zeit waren die USA und Europa Partner und beide Seiten haben von dieser Partnerschaft profitiert, doch nun ist es an der Zeit für Europa, sich von den USA zu emanzipieren. Wir Europäer müssen die Kraft und den Willen aufbringen, für das, was wir als richtig erkennen einzutreten und unseren Weg zu gehen – am liebsten mit den USA, aber wenn nötig ohne sie. Die Belange der betroffenen Menschen und die Meinung der Weltöffentlichkeit sollen dabei eine wichtige Rolle spielen, denn Unilateralismus verstärkt Konflikte nur, anstatt sie zu lösen. Die US-Politik der letzten Jahre ist aber geradezu die Antithese zum Multilateralismus. Von der Kündigung internationaler Verträge (ABM-Vertrag, Atomteststoppabkommen), der Verweigerung der Mitwirkung bei Klimaschutz

---

<sup>47</sup> Quelle: The 9/11 Commission Report, 2004, S. 361.



(Kyoto-Protokoll) und der Verfolgung von Kriegsverbrechern (Internationaler Strafgerichtshof) bis zu völkerrechtswidrigen Aggressionskriegen, hat die Bush-Administration die UNO und die internationale Gemeinschaft ignoriert und das Völkerrecht geschwächt. Das Aufzeigen von Alternativen durch Europa ist hier dringend nötig. Dies wird und soll nicht gleich zu einem „Kalten Krieg“ EU-USA führen, aber wenn jemand auf den falschen Weg gerät, dann müssen unter Freunden auch deutliche Worte erlaubt sein. Wenn später andere, offenere Männer und Frauen in den USA regieren, so werden wir uns ganz selbstverständlich meist auf derselben Seite finden und die Frage eines Konfliktes mit den USA wird sich erst gar nicht stellen. Heute aber müssen wir die Kraft und den Mut haben, auch harte Konflikte mit den USA zu bestehen. Europa und die ganze Welt können gewinnen, wenn wir den USA die Stirn bieten, wenn es außer Washington auch Brüssel als Ansprechpartner für andere Länder gibt.

## 2.5) Die neue Zauberformel: „9/11“ und der Krieg gegen den Terror

*„In fact, presidents rarely fail to trot out ‘democracy’ as a justification for acting abroad. ... But if it’s democracy we’re after, we are failing miserably. Between World War II and the present the U.S. intervened more than 35 times in developing countries around the world. But research shows that only in one case – Colombia after the American decision in 1989 to engage in the war on drugs – did a full-fledged, stable democracy emerge within 10 years. That’s a success rate of less than 3 percent.”*

Los Angeles Times, 8. Februar 2004

Seit dem 11. September wird uns unablässig eingeredet, dass die Welt nun eine ganz andere sei, dabei hat sich im Grunde nichts geändert – jene die von Krieg profitieren haben nur einen neuen Grund zum Rüsten ge- und erfunden. Nach Jahren der Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Krieges ist man nun „endlich“ wieder im Krieg – und lauthals wird verkündet, dass dieser Krieg Jahrzehnte dauern wird, nicht schnell gewonnen werden kann und dass er viele neuartige Technologien und Waffen erfordert – Technologien und Waffen, die zu entwickeln sich Rüstungsfirmen gegen horrenden Summen gerne bereit finden! Wir haben oben bereits gesehen, dass die Aktien von Rüstungsfirmen gegen den allgemeinen Trend stark gestiegen sind – denn die Finanzwelt hat erkannt, wohin in den nächsten Jahren das Geld fließen wird.

Wie es zu den Anschlägen kam oder gar das Abtauchen in Verschwörungstheorien, ist nicht Thema dieses Buches. Der Untersuchungsbericht des US-Kongresses zum 11. September (unter der Leitung von Senator Graham, veröffentlicht im Juli 2003) erklärte es mit „unglaublicher Stümperei“. Dieser

Bericht kommt zum Ergebnis, dass die Anschläge zu verhindern gewesen wären, wenn man die vorhandenen Hinweise nur richtig gedeutet hätte. Der 584-seitige „The 9/11 Commission Report“, der im Juli 2004 veröffentlicht wurde, bestätigt dieses Urteil, gibt aber niemandem direkt Schuld am Versagen aller Abwehrmechanismen. Ich empfehle jedem dringend die Lektüre dieses Berichts, denn darin wird ein sehr objektiver und spannender Überblick über die Ereignisse vor, während und nach den Terroranschlägen gegeben.<sup>48</sup>

**Box II: Die angeblich so unvorhersehbaren Anschläge**

*(Anm.: alle Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf die entsprechenden Seiten im 9/11 Commission Report, 2004)*

*Die Bedrohung durch Terror ist nichts Neues. Neu an den Anschlägen vom 11. September 2001 war nur, dass die Ziele in den USA lagen und dass Zivilflugzeuge als Waffen eingesetzt wurden. Beide Komponenten wurden von den US-Geheimdiensten aufgrund eines „Mangels an Vorstellungskraft“ nicht vorab erkannt und daher nur sehr ineffektiv bekämpft (S. 339-346). 1998 hatte Osama bin Laden den USA öffentlich den Krieg erklärt. Er behauptete, Amerika hätte Allah und seinem Propheten den Krieg erklärt, daher rief er alle Muslime weltweit auf, jeden Amerikaner, den sie könnten zu töten. Er führte weiter aus „wir müssen dabei nicht zwischen Soldaten und Zivilisten unterscheiden. So weit es uns betrifft, sind sie alle Ziele“ (S. 47). Es war klar, dass er von Anfang an die USA selbst treffen wollte. Schon Jahre vor den Anschlägen vom 11. September 2001, gab es Hinweise auf die Bedrohung und warnende Stimmen, doch wurde nicht darauf reagiert. Auch der Einsatz von Flugzeugen als Waffen überraschte nicht alle: Schon in einer 1993 in Auftrag gegebenen Studie des Pentagon mit dem Namen „Terror 2000“ kommen die Autoren zum Schluss, dass Anschläge mit Passagierflugzeugen eine realistische Gefahr darstellen – doch nichts wurde unternommen, um dieser Gefahr zu begegnen.*

*1995 wurde in Manila ein Mitplaner der Anschläge gefasst – doch man glaubte seinem Geständnis über den Plan, Passagierflugzeuge zu entführen und in Regierungsgebäude zu lenken, nicht. Auch die späteren Ziele der Anschläge waren nahe liegend: Das World Trade Center wurde schon 1993 bei einem Bombenanschlag der Al Kaida schwer beschädigt (sechs Menschen starben damals), da es als Symbol des westlichen Kapitalismus galt (S. 71-73). Auch das Pentagon stellt ein logisches Ziel für Angriffe dar.*

*Als 1998 in zwei verheerenden Anschlägen die Botschaften der USA in Kenia und Tansania zerstört wurden, erklärte CIA-Chef George Tenet zwar dem Terror den Krieg, doch zu einem echten Umdenken im Terrorkampf kam es nicht. Man wusste von den Ausbildungslagern in Afghanistan, und schon 1999*

<sup>48</sup> „The 9/11 Commission Report“, Cicero Dossier, 2004.

meldete der deutsche Geheimdienst die späteren Todespiloten der Hamburger Terrorzelle als verdächtig an die CIA, dennoch erhielten diese 2001 Einreisevisen in die USA. Im Jänner 2000 fand in Malaysias Hauptstadt Kuala Lumpur ein Treffen hochrangiger Al Kaida Leute statt, bei dem – wie man heute weiß – die Anschläge besprochen wurden. Der CIA war damals mit acht Teams in der Stadt und beschattete alle Führungsmitglieder der Organisation, doch es gelang ihm nicht, die Wohnung in der die Besprechungen stattfanden zu verwanzeln oder sonst verwertbare Informationen zu gewinnen (S. 215-223). Zwei der Teilnehmer am Treffen reisten anschließend über Bangkok in die USA weiter und mieteten sich in San Diego ein, um Flugunterricht zu nehmen – die Abreise wurde zwar von den asiatischen CIA-Mitarbeitern an die Kollegen in den USA gemeldet, doch dort wurde die Information verschlampt (S. 181f.). Absurderweise wohnten die beiden dann sogar in der Wohnung eines FBI-Informanten, doch schöpfte auch dieser nie Verdacht (S. 223). Als im April 2000 ein gefangener Pakistani von Plänen erzählt, mit fünf Leuten ein Flugzeug zu entführen und in ein Regierungsgebäude zu lenken, glauben ihm die Ermittler nicht. Je näher der September 2001 kam, desto mehr Terrorwarnungen gab es von ausländischen Geheimdiensten, Informanten und durch eigene Quellen, doch weder FBI noch CIA unternahmen effektive Maßnahmen, um die Sicherheit in den USA zu erhöhen (S. 204 und 254-272). Hätte der CIA Al Kaida oder andere Islamistengruppen mit Informanten unterwandert, so hätte er fast zwangsläufig von den Anschlägen erfahren, denn schon Wochen vorher war es in diesen Kreisen ein offenes Geheimnis, dass große Anschläge mit 20 „Märtyrern“ in den USA bevorstünden (S. 251). Selbst in arabischen Fernsehsendern wurden Al Kaida-Führer gezeigt, die offen darüber sprachen, dass es in den nächsten Wochen „wichtige Überraschungen und Angriffe gegen die USA“ geben würde (S. 257).

Am 10. Juli schrieb ein FBI-Mitarbeiter in Phoenix/Arizona einen Bericht über zwei der späteren Todespiloten, die ihm aufgefallen waren. Er fand heraus, dass beide einen Pilotenschein besaßen und forderte seinen Vorgesetzten auf, alle Flugschulen auf arabische Schüler überprüfen zu lassen – doch dies passierte nie (S. 272). Auch bei anderen Gelegenheiten zeigten einzelne Geheimdienst-mitarbeiter großes Engagement und eine gute Intuition, doch meist konnten sie administrative Hürden nicht überwinden (S. 271 und 275). Alle Todespiloten absolvierten letztlich ungehindert ihren Flugunterricht in den USA (S.224).

Am 15. August 2001, nur vier Wochen vor den Anschlägen, verhielt sich ein Al-Kaida Mitglied beim Flugunterricht in Minnesota so auffällig, dass sein Lehrer das FBI alarmierte. Diesmal reagierte die Behörde und der Mann (Zacarias Moussaoui) wurde verhaftet. Im Verhör wurde klar, dass er ein islamistischer Extremist ist, der sich auf einen künftigen Anschlag vorbereitet,

*doch obwohl der bearbeitende Agent es dringend forderte, erwirkte das FBI nicht einmal einen Durchsuchungsbefehl für seine Wohnung und sein Notebook. Der Agent meinte damals wütend, dass er versucht „zu verhindern, dass jemand ein Flugzeug nimmt und damit ins World Trade Center fliegt“ – das war eine Woche vor den Anschlägen! Sein Vorgesetzter meinte nur, dass das nicht passieren würde und dass sie nicht wüssten, ob Moussaoui ein Terrorist sei (S. 273-276). Die Todespiloten lebten mehrere Monate unter richtigem Namen in den USA. Sie bezahlten mit Kreditkarten, die auf ihren echten Namen ausgestellt waren, und obwohl der CIA einige der Namen kannte und durch ausländische Geheimdienste gewarnt war, unternahm er nichts. Die Terroristen machten in der Vorbereitungsphase mehrere Fehler, durch die sie entdeckt werden hätten können, doch führte Versagen bei den US-Geheimdiensten dazu, dass diese Chancen verspielt wurden (S. 265). Obwohl die nötigen Informationen zur Verhinderung der Anschläge vorhanden waren, hatte keine Einzelperson alle Puzzleteile und der notwendige Austausch von Erkenntnissen zwischen und innerhalb der einzelnen Geheimdienste fand nicht statt (S.254-277 und S. 353-356). Die Ermittler waren zwar alarmiert, aber nicht wachsam und nicht fähig, die Puzzleteile zusammenzusetzen. Eine derartige Serie an Schlapereien ist entweder kriminell oder sie zeugt von einem Grad an Unfähigkeit, der beim „besten“ Geheimdienst der Welt eigentlich nicht herrschen sollte.*

1941 fanden sich die Japaner mit ihrem Angriff auf Pearl Harbour, um die USA in einen Krieg zu ziehen, der der US-Industrie gewaltige Gewinne brachte, 2001 waren es moslemische Extremisten, die diese Rolle übernahmen. Entlarvend ist für mich ein Zitat Bushs nach den Anschlägen: Er führte aus, dass seine Regierung auch vor den Anschlägen bereit war, eine Invasion in Afghanistan (Anm.: und wohl auch im Irak) zu machen, doch, *„the problem, he said, would have been how to do that if there had not been another attack on America. To many people, he said, it would have seemed like an ultimate act of unilateralism.“*<sup>49</sup> Er spricht hier sehr offen aus, dass die Anschläge seinen Zielen durchaus nicht ungelegen kamen, denn nun gab es einen Grund, Afghanistan – und später den Irak – anzugreifen. Bereits am Tag der Anschläge meinte er auch, das sei eine *„großartige Gelegenheit“* Russland und China in den Terrorkampf einzubinden.<sup>50</sup> Die Reaktion Bushs auf die Anschläge ist symptomatisch und zeigt die Denkweise dieses Mannes – er meinte am 11. September 2001 um 9.45 – weniger als eine Stunde nach den Anschlägen zu Rumsfeld: *„Sieht aus, als hätten wir hier einen kleinen Krieg, ich habe vom Pentagon gehört. Wir sind im Krieg ... jemand wird dafür bezahlen!“* Vor der

<sup>49</sup> Quelle: The 9/11 Commission Report, 2004, S. 209.

<sup>50</sup> Quelle: The 9/11 Commission Report, 2004, S. 330.

Sorge um Opfer oder Schäden kommt sofort der Gedanke an Rache.<sup>51</sup> Leider haben die Islamisten nicht verstanden, dass sie mit ihren Angriffen letztendlich nur den Rüstungsfirmen der USA in die Hände arbeiten, denn drastisch gesprochen fördern sich Al Kaida und diese Firmen gegenseitig, profitieren voneinander und haben dementsprechend beide ein Interesse daran, dass dieser Konflikt noch lange weitergeht.

Um das Leben der Opfer kümmern sich beiden Seiten nicht. Aber wir sollten es tun und wir sollten diesen Konflikt beenden bzw. ihm den Antrieb nehmen. Die Triebkräfte auf amerikanischer Seite sind Macht und Geld, jene auf islamistischer Seite Armut und Verzweiflung. Können Sie sich vorstellen, dass ein glücklicher Familienvater mit einem guten Job einen Selbstmordanschlag verübt? Ich nicht. Wenn wir die soziale Lage in den ärmeren Ländern des Nahen Ostens verbessern, so bekämpfen wir damit den Terror wohl effektiver als mit allen Panzern und Sperrwällen der Welt.

Mit einem Bruchteil des Geldes, das die Besatzung des Irak kostet, könnte man genügend Schulen und Fabriken bauen, um in der Region eine solide Schulbildung für die Kinder und Arbeitsplätze für die Jugend zu gewährleisten. Doch verfehlte Politik und Kurzsichtigkeit der Entscheidungsträger in allen beteiligten Ländern verhindern eine derartige Lösung.

Heute herrscht selbst in Saudi-Arabien, das so reich an Öl ist, eine Arbeitslosenrate von 30 Prozent, denn es wurde und wird verabsäumt, neben dem Öl andere Industrien aufzubauen. Diese Millionen von frustrierten jungen Männern sind leicht durch religiöse Fanatiker einzufangen und für ihre Ziele zu missbrauchen, und so wundert es nicht, dass sich immer wieder Selbstmordattentäter finden. Speziell in den Palästinensergebieten ist die Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit unbeschreiblich, denn die Menschen dort sind gezwungen, quasi in Ghettos zu leben und tägliche Erniedrigungen zu ertragen. Nur wenn man diesen Menschen eine Perspektive gibt, kann es zu Frieden in der Region kommen.

Der „Krieg gegen den Terror“ ist eine Wendung, mit der die US-Regierung mittlerweile alles rechtfertigt und entschuldigt – von der Beschränkung der Bürgerrechte im eigenen Land bis zum Angriff auf andere Staaten. Durch den bereits sechs Wochen nach den Anschlägen beschlossenen „Patriot Act“, werden wesentliche demokratische Grundrechte beschnitten – so können viele sensible Daten eingesehen und weitergegeben werden und jeder US-Bürger kann festgenommen und ohne Erhebung einer Anklage und ohne Zugang zu einem Rechtsbeistand auf Dauer eingesperrt werden, wenn er verdächtigt wird, ein Terrorist zu sein. Wenn ihn der Präsident zu einem Teilnehmer am Terrorkrieg erklärt, hat er denselben rechtlosen Status wie die Gefangenen auf Guantanamo, wo dieses Prinzip bereits in großem Stil angewendet wird.

---

<sup>51</sup> Quelle: The 9/11 Commission Report, 2004, S. 39.

Die Aushöhlung der amerikanischen Zivilgesellschaft unter der Regierung Bush geht aber noch weiter, denn sie erfasst teils auch die Medien, die früher stets eine kritische Funktion als Kontrollorgan wahrgenommen haben. Durch den Krieg gegen den Terror gilt heute aber jede Kritik an der Regierungspolitik als „unamerikanisch“ und dementsprechend haben die Medien sehr lange zu an sich unakzeptablen Maßnahmen der Regierung Bush im In- und Ausland geschwiegen. Die US-Bevölkerung hätte die maßlose Aufrüstung und die außenpolitischen Abenteuer unter Bush wohl nicht unterstützt, wenn es den 11. September nicht gegeben hätte. Auch der Rest der Welt hätte mehr Widerstand geleistet. Die Anschläge auf die Zwillingstürme des World Trade Centers haben die US-Bevölkerung schockiert. Sie, die sich durch zwei Ozeane sicher glaubten, erlebten, dass sie verwundbar sind. Als Reaktion akzeptiert die Bevölkerung die Einschränkung vieler Bürgerrechte, militärische Rüstung und eine aggressive Außenpolitik, denn man ist „im Krieg“.

Die gefährliche Mischung aus Angriffskriegen und rücksichtslose Durchsetzung von US-Interessen, verbunden mit religiösem Wahn mancher Regierungsvertreter, die wir heute erleben, gab es so früher nicht.<sup>52</sup> Jeremy Rifkin beschreibt die derzeitige Gefahr, wenn die religiöse Bevölkerung, die sich für ein „auserwähltes Volk“ hält, nicht weiß, wofür sie eigentlich auserwählt ist:

*„Religiöse Inbrunst auf der Suche nach einer Mission könnte, vor allem wenn sie mit dem Glauben an eine Sonderstellung in den Augen Gottes gepaart ist, zu bedrohlichen Veränderungen führen, die der Denkweise der Amerikaner fremd sind. Nach dem 11. September haben wir schon Anzeichen gesehen für das, was möglich wäre, als eine Reihe von amerikanischen Predigern, konservativen Politikern und Intellektuellen vom kommenden globalen Endkampf zwischen der zivilisierten Christenheit und der barbarischen Muslimwelt sprachen.“<sup>53</sup>*

In einem sehr religiösen Land, in dem nach wie vor mehr als die Hälfte der Einwohner jede Woche zur Kirche gehen, ist das ein beängstigendes Szenario, das wir im mittlerweile sehr weltlichen Europa, wo nicht einmal 10 Prozent regelmäßig zur Messe gehen, kaum noch verstehen können.<sup>54</sup> Aber vergessen wir nicht, welche grausame Kriege wir in unserer Geschichte mit Inbrunst im Namen der Religion geführt haben. Gegen eine solche Entwicklung in den USA müssen wir uns auflehnen, denn dabei zuzusehen oder gar mitzumachen, wäre ein Verbrechen.

<sup>52</sup> So ortet beispielsweise Prof. Uwe Steinbach eine „unselige Neigung Bushs sich als religiösen Heilsbringer zu sehen.“ Der Präsident bezeichnet sich selbst als „wiedergeborenen Christen“.

<sup>53</sup> Quelle: Rifkin 2004, S. 69.

<sup>54</sup> Quelle: Rifkin 2004, S. 29.

## 2.6) Der Irakkrieg (2003 bis heute)

*„Wir halten uns für ein auserwähltes Volk und daher für berechtigt, mehr als nur einen gerechten Anteil am Überfluss der Erde zu bekommen. Traurigerweise sind unsere Eigeninteressen allmählich zur reinen Selbstsucht geraten. Wir sind eine Todeskultur geworden“*

US-Politikwissenschaftler Jeremy Rifkin über seine Heimat USA

Obwohl die USA sowohl bei Erdöl (nach Saudi-Arabien) als auch bei Erdgas (nach Russland) jeweils der zweitgrößte Produzent weltweit sind, sind sie auch der größte Importeur von Energieträgern. Dies liegt am enormen Energieverbrauch, vor allem im Straßenverkehr, wo benzinfressende Straßenkreuzer nach wie vor kleineren Autos vorgezogen werden. Es liegt aber auch daran, dass in der Industrie noch immer kaum auf umweltschonende Produktion Wert gelegt wird. Dadurch verbrauchen die USA vier Mal so viel Öl wie das viereinhalb Mal so bevölkerungsreiche China und rund doppelt so viel wie ganz Europa. Pro Kopf verbraucht ein US-Bürger achtzehn Mal soviel Öl wie ein Chinese, aber auch rund drei Mal so viel Energie wie ein durchschnittlicher Europäer.<sup>55</sup> Dies macht die USA von Importen abhängig, um ihre Wirtschaft am Laufen zu halten. Anstatt aber Maßnahmen zu ergreifen, um diese Abhängigkeit zu reduzieren (Senkung des Energie- und Treibstoffverbrauchs, der nicht nur insgesamt, sondern auch pro Kopf der höchste der Welt ist,<sup>56</sup> Erschließung alternativer Energien), stieg der Anteil der Ölimporte am Gesamtverbrauch drastisch von rund 28 Prozent Anfang der 80er Jahre auf mehr als 55 Prozent zu Beginn dieses Jahrtausends an.<sup>57</sup> Um diese Importe zu sichern, versuchen die USA seit Jahrzehnten durch offene und geheime Diplomatie sowie durch den Einsatz militärischer Gewalt, die Ölvorkommen des Nahen Ostens für sich zu sichern. Die beiden Kriege gegen den Irak müssen ebenso wie andere Aktivitäten in der Region vor diesem Hintergrund gesehen werden.

Heute sind die USA und Europa zur Deckung ihres Energiebedarfs etwa im gleichen Maß von importiertem Öl abhängig. Doch während dies in Europa wenig bekannt ist und niemanden beunruhigt, reagieren die USA auf diese Abhängigkeit mit einer aggressiven, auf die Sicherung der Ölzufuhr gerichteten Politik. Damit kommen wir wohl langsam dem wahren Grund für den Irakkrieg 2003 näher: Nach einigen Angriffen auf US-Truppen in Saudi-Arabien, sollte eine neue stabile Basis für die Truppen geschaffen werden. Dabei wurde das Land mit den zweitgrößten Ölreserven der Region als Ziel gewählt – der Irak. Saddam Hussein stellte zwar keine akute Bedrohung dar – das wusste man auch im Pentagon – aber die strategische Lage des Irak und seine Ölreserven machten

<sup>55</sup> Quelle: Fischer 2002, Sp. 1186-1208.

<sup>56</sup> Abgesehen von wenigen Zwergstaaten, Quelle: Fischer 2002, Sp. 1186-1208.

<sup>57</sup> Quelle: Le Monde Diplomatique 2003, S. 96.

das Land zur idealen Basis, um den Nahen Osten zu dominieren. Den Machthabern der USA erschien es sicher als „erfreulicher“ Zusatzfaktor, dass sie damit gleichzeitig auch eine alte Rechnung begleichen konnten, denn Saddam war ein früherer Alliiertes, der sich aufgelehnt hatte. Der irakische Präsident wurde von den USA über Jahrzehnte finanziell und militärisch gestützt. Nachdem die USA den achtjährigen Krieg des Irak gegen den Iran voll unterstützt, Saddam in jeder Weise gefördert und seine Verbrechen gegen die Kurden systematisch ignoriert hatten, erklärten sie ihn 1990 zum Feind und bekriegten ihn. Dabei führten sie einen klinisch reinen Fernsehkrieg. Zensur (nach der Erfahrung in Vietnam) und Verharmlosung waren dabei an der Tagesordnung. Für die zigtausenden getöteten Iraker war von US-Seite kein Wort des Bedauerns zu hören.

Wie in George Orwells' Buch „1984“, führen Bündniswechsel immer wieder zu nachträglichen „Veränderungen“ der Geschichte. Gerade Saddam Hussein und der Irak wurden in der Darstellung der USA von Freunden (bis 1958) zu Feinden (1958 bis 1963), wieder zu Freunden (1963 bis 1969), dann wieder Feinde (1969 bis 1979), schließlich Bundesgenossen gegen den Iran (1979-1988), um als internationaler Paria (ab 1990) zu enden. Während Saddam dabei meist dieselbe Politik verfolgte, schwankte die US-Einschätzung dieser Politik des Mordens von Zustimmung (Iran) bis zu Ablehnung (Kuwait).

***Box III: Der Golfkrieg 1991 oder „Die Mutter aller Lügen“***

*Nach dem Krieg gegen den Iran, war der Irak 1989 mit mehr als 100 Milliarden Dollar im Ausland verschuldet und brauchte dringend Öleinnahmen. Die USA drängten aber ab 1988 Kuwait und Saudi-Arabien, ihre Förderung zu erhöhen, um den Ölpreis zu drücken und die Konjunktur zu beleben. Zugleich versorgten die USA Kuwait mit einer neuen Bohrtechnik, mit der Schrägbohrungen möglich wurden – damit bohrten die Kuwaitis die südirakischen Ölfelder von Rumailia an. Saddam geriet durch die niedrigen Ölpreise immer mehr in Bedrängnis und bedrohte schließlich Kuwait, wenn es nicht aufhören würde, irakisches Öl zu fördern. Eine Woche vor dem irakischen Angriff am 25. Juli 1990, ließen die USA durch ihre Botschafterin im Irak, April Glaspie, Saddam in Sicherheit wiegen. Wörtlich sagte sie laut ABC News und New York Times zu Saddam:*

*„Herr Präsident, ich will Ihnen nicht nur versichern, dass Präsident Bush bessere und tiefere Beziehungen mit dem Irak wünscht, sondern er will auch, dass der Irak zum Frieden und zum Wohlstand im Nahen Osten beiträgt. Präsident Bush ist ein intelligenter Mann. Er wird keinen Wirtschaftskrieg gegen den Irak erklären.“ Über den Grenzkonflikt zwischen Kuwait und dem Irak erklärte sie „dass diese Frage Amerika nichts angeht. James Baker (damaliger US-Außenminister) hat unsere offiziellen Sprecher angewiesen, diese Instruktionen zu betonen.“*



*Saddam fiel auf diese scheinbare Einladung zum Einmarsch rein und besetzte eine Woche später Kuwait. In der arabischen Welt war die Empörung kleiner als man heute glaubt, denn die Kuwaitis waren als arrogant und versnobt bei den meisten Arabern verhasst. Auch in der US-Bevölkerung war keine Kriegsbereitschaft zu erkennen, so dass Präsident Bush acht Tage lang nicht zu dem Überfall Stellung nahm. Dann forderte er aber den sofortigen Rückzug.*

*Die Kuwaitis gaben bei der New Yorker Firma Hill&Knowlton eine Studie in Auftrag, um herauszufinden, was die Amerikaner am meisten empörte. Das Ergebnis: Babymord. Kurz darauf erzählte ein fünfzehnjähriges Mädchen namens „Nariyah“, sie hätte mit eigenen Augen gesehen, wie irakische Soldaten in Kuwait, Babys aus den Brutkästen gerissen und auf den Boden geworfen hätten. Die Weltöffentlichkeit war erschüttert und zwei Tage später autorisierte der UNO-Sicherheitsrat militärisches Vorgehen gegen den Irak. Nach dem Krieg gingen Amnesty International und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Vorwürfen nach, fanden jedoch keinerlei Belege. Alle befragten Ärzte in Kuwait erklärten, dass die Vorwürfe nicht stimmten. Bei weiteren Nachforschungen der Medien stellte sich das Mädchen Nariyah als die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA heraus.<sup>58</sup> Die ganze Geschichte war erlogen, doch sie hatte ihren Zweck erfüllt.*

*Die USA belogen nicht nur die Weltöffentlichkeit, sondern auch ihre Verbündeten: Die Saudis waren anfangs gegen eine Stationierung von US-Truppen in ihrem Land, doch damit wäre eine Invasion Kuwaits sehr schwierig geworden. Daher behaupteten die USA, Saddam bereite bereits den Angriff auf Saudi-Arabien vor und sie „untermauerten“ ihre Behauptungen mit gefälschten Satellitenbildern, die den angeblichen irakischen Truppenaufmarsch an der Grenze zeigten. Saudi-Arabien gab nach und die irakischen Truppen wurden nach heftigen Bombardements in nur vier Tagen Bodenoffensive besiegt und aus Kuwait vertrieben. Zur Überraschung vieler, wurde Saddam selbst jedoch nicht gestürzt, denn die USA wollte kein Machtvakuum erzeugen, in das der Iran hätte eindringen können. Die Aufstände der Kurden und Schiiten, die nach dem Krieg, von den USA ermutigt, im Irak losbrachen, konnte Saddam daher mit seinen Elitetruppen, die von den USA verschont wurden, niederschlagen. Selbst der Einsatz von Kampfhubschraubern in den Flugverbotszonen wurde von den USA dabei toleriert!*

Wer sich noch an die systematische Lügen- und Manipulationspolitik der USA vor dem Golfkrieg 2003 erinnert, dürfte über die Lügen vor dem ersten Krieg nicht erstaunt sein – empört sein sollte er allemal. Auch vor dem zweiten Irakkrieg hörten wir monatelang Geschichten über angebliche Massenver-

<sup>58</sup> Quelle: Deschner 2002, S. 361ff.

nichtungswaffen, Urankäufe im Niger und Verbindungen zu Al Kaida<sup>59</sup> – all das hat sich nach dem Krieg als Lügen herausgestellt – aber der Sieger hat immer Recht und in wenigen Jahren wird sich kaum noch jemand an die Dreistigkeit der USA erinnern. Selbst ein Bericht des US-Kongresses vom 16. März 2004, in dem nachgewiesen wird, dass Bush, Cheney, Rumsfeld, Rice und Powell in insgesamt 237 Wortmeldungen (161 vor und 76 während und nach dem Krieg) das Volk irregeführt oder belogen haben, fand kaum Beachtung und zog keine Konsequenzen nach sich. Heute ist einwandfrei bewiesen, dass der Irak keine Massenvernichtungswaffen mehr hatte.<sup>60</sup> Saddam kam dem Westen so weit entgegen, wie er nur konnte – er zerstörte noch wenige Tage vor Kriegsbeginn seine Al-Samud Raketen (die die UNO kritisierte, weil ihre Reichweite 162 statt der erlaubten 150 km war) und erlaubte Inspektionen aller Anlagen, selbst seiner persönlichen Paläste. Doch Bush wiederholte gebets-mühlenartig, dass dies zu wenig sei – was mehr, wäre denn möglich gewesen?

Der Irak hatte 2003 keine biologischen, chemischen oder gar atomaren Waffen – das Land war arm und ausgehungert. Dass die USA das durchaus wussten, sieht man u.a. daran, dass sie nur 250.000 Soldaten schickten – verglichen mit 650.000 im ersten Irakkrieg eine kleine Streitmacht. Saddam war keine akute Bedrohung – die Schnelligkeit seiner Niederlage beweist das deutlich genug, doch die USA wollten diesen Krieg, denn sie wollten den Irak als neue Militärbasis im Nahen Osten. Die vorgebrachten Kriegsgründe waren teils aufgebauscht, teils gefälscht. Mitte September 2003 stellte Bush schließlich in einem Interview klar, dass Saddam Hussein und der Irak nicht in die Anschläge von 11. September verwickelt waren – dank der intensiven Propaganda vor und im Krieg, glaubten zu diesem Zeitpunkt noch 70 Prozent der Amerikaner, dass Saddam der Drahtzieher hinter den Anschlägen war.<sup>61</sup>

Doch niemand in der Welt stellt sich der US-Regierung bisher entschlossen entgegen. Das gilt leider auch in den USA selbst, wo die Republikaner derzeit Kongress, Gerichte und andere Machtzentren kontrollieren, so dass Bush sich nicht bedroht fühlen muss. Präsident Clinton musste sich einem Amtsenthebungsverfahren stellen, weil er ein sexuelles Verhältnis mit einer Praktikantin unterhalten und die Öffentlichkeit darüber belogen hatte. Die Lügen der Bush-

---

<sup>59</sup> Der 9/11 Commission Report stellt klar, dass es keine Verbindung Saddam-Al Kaida gab (S. 228f. und 334), die Urankäufe wurden schon bald nach deren Behauptung als absurd entlarvt, und der Abschlußbericht der US-Waffeninspektoren im Irak vom September 2004 sagt klipp und klar, dass der Irak keine Massenvernichtungswaffen hatte.

<sup>60</sup> Er hatte früher sehr wohl biologische und chemische Waffen besessen – die USA wussten, wonach sie suchen mussten, denn aus offiziellen US-Dokumenten geht hervor, dass sie selbst zwischen 1985 und 1989 große Mengen Giftstoffe und Krankheitserreger zur Unterstützung des Irak gegen den Iran geliefert hatten. Quelle: ORF Online, 10. März 2003, [www.orf.at/300305-60154/60155txt\\_story.html](http://www.orf.at/300305-60154/60155txt_story.html).

<sup>61</sup> Quelle: Umfrage der Washington Post von Mitte September 2003.

Administration mag schon gar niemand mehr zählen, weil deren Folgen so viel Tod und Elend brachten, doch anstatt einer Amtsenthebung wurde Bush sogar wieder gewählt!

Wie heuchlerisch die angeblichen Kriegsgründe waren, zeigt auch der Umgang der USA mit einem anderen Mitglied der „Achse des Bösen“: Nordkorea. Dieses Land hat nachweislich die Waffen, die man im Irak vergeblich sucht und es droht offen, diese einzusetzen. Es verhöhnt die IAEI-Inspektoren und verkündet, dass es Atomwaffen besitzt. Und während Saddam ein zwar böser, aber doch berechenbarer Machthaber war, würden die meisten Psychologen den nordkoreanischen Führer Kim Jong Il wohl als unberechenbar einstufen. Und dieses Nordkorea wird geschont? Ja – eben WEIL es eine Bedrohung ist!

Dies ist beileibe kein Plädoyer für Saddam – es gab gute Gründe, ihn zu entmachten, denn er war ein grausamer Diktator, der sein Volk unterdrückte, der früher schon seine Nachbarn angegriffen hatte und der wiederholt Resolutionen der UNO missachtet hatte. Doch lässt sich dasselbe für Israel, Nordkorea und andere Länder sagen. Gerade Israel unterdrückt seit Jahrzehnten ein anderes Volk und tötete dabei allein von 2001 bis 2004 2.589 Menschen, davon 254 bei außergerichtlichen Hinrichtungen („gezielte Tötungen“; eine ernste Verletzung der 4. Genfer Konvention). Von den palästinensischen Opfern waren 475 unter 18 Jahre alt, 85 Prozent waren Zivilisten.<sup>62</sup> Israel besitzt Massenvernichtungswaffen und ignoriert beharrlich alle Resolutionen und Verurteilungen durch die UNO, Amnesty International und anderen Organisationen, die fordern, die humanitäre Lage der Palästinenser zu verbessern.

Am treffendsten ist obige Charakterisierung eines bedrohlichen Landes aber für die USA selbst: Diese haben in den letzten Jahrzehnten mehr Kriege geführt als irgendein anderes Land, sie missachteten die UNO nicht nur, sondern demontieren sie, sie besitzen die größten Arsenale an Massenvernichtungswaffen und haben als einziges Land bereits alle diese Waffen gegen fremde Völker eingesetzt – wenn Sie mich fragen, wer die größte Bedrohung für den Weltfrieden darstellt, so liegt die Antwort auf der Hand.

Saddam hat sich sehr weit erniedrigt, doch ich bin überzeugt, er hätte bis zur letzten Kanone abrüsten können und doch hätten die USA ihn angegriffen – dieser Krieg war schon lange beschlossen. Der ehemalige Anti-Terrorchef Bushs, Richard Clark, sagte in einem Interview nach seinem Rücktritt, dass er vom Präsidenten sehr klare Anweisungen erhielt, bei der Untersuchung der Anschläge vom 11. September das Ergebnis zu liefern, dass Saddam dahinter steckte.<sup>63</sup> Die Bestätigung, dass der Irakkrieg schon am Beginn der Amtszeit Bushs und nicht erst nach dem 11. September geplant wurde, kam Anfang 2004 von einem ehemaligen Minister Bushs: *„Von Anfang an herrschte die Über-*

<sup>62</sup> Quelle: „Civimed Initiative“ in ORF Online am 29. Februar 2004.

<sup>63</sup> Quelle: Fernsehinterview im Film „Fahrenheit 9/11“ von Michael Moore.

zeugung, dass Saddam eine schlimme Person ist und verschwinden muss“<sup>64</sup> erklärte damals Ex-Finanzminister O’Neill. Dieser Krieg war kein aufgezwungener, sondern ein gewollter Krieg, den die USA aus strategischen Gründen führten. Er war durch keine UN-Resolution gedeckt und damit völkerrechtswidrig. In einem BBC-Interview im September 2004, erklärte UNO-Generalsekretär Kofi Annan den Irakkrieg in ungewöhnlich deutlichen Worten für „illegal“ und eine Verletzung der UNO-Charta.<sup>65</sup> Natürlich wird auch das keine realpolitischen Konsequenzen haben, denn die USA können mit ihrem Veto im Sicherheitsrat jede Politik, die ihren Interessen zuwider läuft, verhindern. Dennoch sind derart klare Worte erfreulich.

Die Opfer des Krieges sind zahlreich – nicht nur zehntausende Iraker starben, sondern auch das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der UNO, die internationale Solidarität und Allianz gegen den Terror, die Einheit der westlichen Welt und das Vertrauen vieler Bürger in ihre führenden Politiker gingen in diesem Krieg verloren. Hinzu kommen Wut und Verzweiflung in der islamischen Welt über diesen „Kreuzzug“ und die Besetzung des Irak, die weltweit dem Islamismus Auftrieb geben. Dass Saddam weg ist, ist gut, doch dieser Preis ist zu hoch!

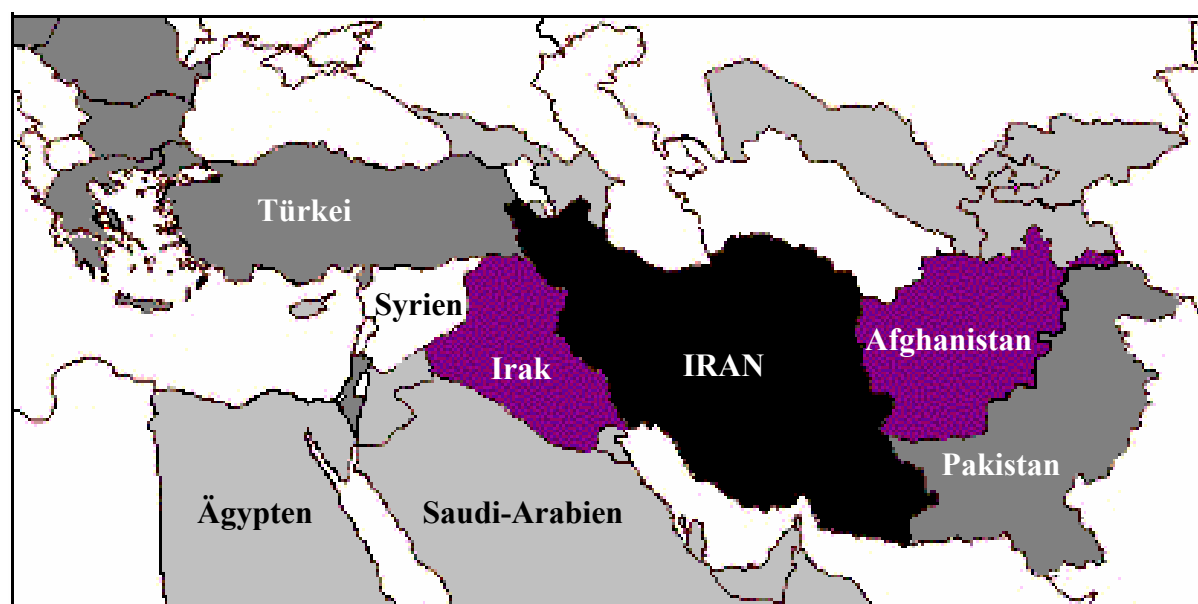
Wir Europäer, die gegen den Krieg waren, wurden dabei von den USA als „wheenies“ (Weicheier) bezeichnet. Welch Fehlurteil – hier brauchte es mehr Mut für den Frieden zu sein als für den Krieg. Europa war weder feige noch ließ es sich von Saddam täuschen, es weiß nur, wie furchtbar Krieg ist und wie schwer der Frieden zu gewinnen ist. Europas Völker haben die furchtbarsten Verwüstungen gesehen. Europa hat so viel geblutet, dass es gelernt hat, wie wertvoll jedes Leben ist. Ich war beeindruckt, dass gerade die Deutschen, deren Vorfahren ein halbes Jahrhundert lang so viel Leid über die Welt gebracht haben, heute überzeugte Pazifisten sind und erstmals entschieden, gegen die USA aufzutreten sind.

Wären die USA nicht die mächtigste Nation der Welt und hätten sie kein Veto im UN-Sicherheitsrat, sondern wären sie eine kleinere Nation, dann wären sie heute mit Sanktionen, Boykotten und eventuell sogar mit dem Einsatz einer UN-Truppe zu ihrer Vertreibung aus den besetzten Gebieten konfrontiert. Am 6. August 2003 warf der Chef-Waffeninspektor der UNO für den Irak, Hans Blix, im schwedischen Rundfunk den USA Völkerrechtsbruch vor. Der Krieg gegen den Irak sei nicht im Einklang mit der UNO-Charta und er fände es befremdlich, dass das US-Verteidigungsministerium vor dem Krieg ständig verkündete, genau zu wissen, welche Waffen der Irak besitze, aber dass es keine Ahnung hatte, wo diese Waffen sein könnten. Der Kriegsverlauf sowie die erfolglose Suche nach diesen Waffen sprechen dabei für sich.

<sup>64</sup> Der frühere Finanzminister O’Neill in einem CBS-Interview am 10. Jänner 2004.

<sup>65</sup> Quelle: Wall Street Journal Europe 20. September 2004, Seite 9.

Eine Befürchtung, die ich hege ist, dass die beiden Kriege in Afghanistan und im Irak vielleicht nur Etappen waren in der Kampagne der USA, sich die reichen kaspischen und zentralasiatischen Öllagerstätten langfristig zu sichern. Während der US-Politik oft Kurzsichtigkeit und Sprunghaftigkeit unterstellt wird, vermute ich in diesem Fall einen längerfristigen Plan. Mit der Türkei, dem Irak, Afghanistan und Pakistan (wo mit Musharaf wieder ein diktatorischer Militärmachthaber, wie früher Chiles Pinochet gestützt wird) fehlt nur noch der Iran und ein Gürtel von Staaten unter starken US-Einfluss zieht sich von Europa bis Indien. Auf der folgenden Karte wird das veranschaulicht: Die NATO-Partner der USA sowie enge Verbündete (Israel und Pakistan) sind dunkelgrau eingezeichnet. Die besetzten Staaten Irak und Afghanistan sind grauschattiert, während Staaten mit US-Militärstützpunkten oder US-Militärhilfe hellgrau sind. Der Iran ist damit fast vollständig von US-freundlichen Staaten umgeben.



**Abbildung 3: Der Einfluss der USA im Mittleren Osten Ende 2005**

Die strategisch wichtige Region am kaspischen Meer mit riesigen Ölreserven sowie der Zugang zu Zentralasien, sind dann fest in US-Hand. Seit Jahren liefern sich die USA und Russland einen Wettlauf um den Bau neuer Pipelines in der Region. Bezeichnenderweise war eine der ersten Amtshandlungen des von den USA in Afghanistan eingesetzten Präsidenten Karsai, die Unterzeichnung eines Vertrages mit dem US-Ölkonzern Unocal zum Bau einer Pipeline durch Afghanistan und Pakistan, um zentral-asiatisches Öl ans Meer zu bringen. Bedenklich ist dies u.a. deshalb, weil Karsai früher selbst als Berater von Unocal tätig war und weil er nur auf Druck der USA zum Präsidenten ernannt wurde.<sup>66</sup>

<sup>66</sup> Quelle: Hans Brandt, in „Der Tagesanzeiger“ vom 19. April 2002.

Der frühere demokratische Präsidentschaftsbewerber und ehemalige General Wesley Clark, deckte Ende 2003 auf, dass die USA bereits im November 2001 einen Plan ausgearbeitet hatten, innerhalb von fünf Jahren sieben moslemische Staaten anzugreifen – neben dem Irak noch Syrien, Libyen, den Iran, den Sudan, den Libanon und Somalia.<sup>67</sup> Die vergleichsweise große Zurückhaltung gegenüber dem hochgerüsteten und wesentlich gefährlicheren Nordkorea beweist, dass es den USA nicht um Massenvernichtungswaffen, sondern um strategische Interessen im Nahen und Mittleren Osten geht. Am 16. Oktober 2004 warnte Kofi Annan in einem ITV-Interview die USA davor, den Iran wegen seines Atomprogramms anzugreifen – die UNO würde dies verurteilen.<sup>68</sup> Tragisch, dass auch er die Gefahr für so groß hält, dass er eine derartige Warnung aussprechen muss.

## 2.7) Der Irak nach dem Krieg

*„Die Menschenrechtslage im Irak ist derzeit ebenso schlecht oder schlechter als unter Saddam. Viele Iraker werden gefoltert oder während Verhören getötet. Zudem gibt es Geheimpolizisten und geheime Folter-Kerker“*  
Iraks erster Premier nach Saddam Allawi im November 2005

Seit dem Einmarsch der US-Amerikaner im Irak vor mittlerweile mehr als drei Jahren sind laut US-Regierung über 35.000 Iraker und mehr als 2.000 US-Soldaten getötet worden. Inoffizielle Angaben sind oft wesentlich höher. Bush erklärte vor dem Krieg, man würde dem Irak Frieden, Sicherheit, Menschenrechte und Wohlstand bringen. Was die Iraker heute erleben ist aber Krieg, Terror, Folter und Armut, denn die US-Soldaten können bisher weder Sicherheit noch die grundlegende Wasser- oder Stromversorgung sicherstellen. Die Lage im Irak stellt sich auch heute noch trostlos dar. Nach UNO-Angaben war die Lebensqualität im Irak sechs Monate nach dem Krieg auf das niedrigste Niveau seit den 50er Jahren gefallen. Millionen Menschen sind heute ohne Arbeit, viele haben weder Strom noch Wasser. In Bagdad gibt es pro Monat durchschnittlich 360 Morde. Damit ist die Mordrate rund dreißig Mal so hoch wie unter Saddam!<sup>69</sup> Alleine durch die Morde ist die Lebenserwartung in der 4-Millionen-Einwohner-Stadt um fast fünf Jahre gesunken! Nach Angaben der Nachrichtenagentur Associated Press, wurden im ersten Jahr der US-Besatzung allein im Großraum Bagdad 5.558 Zivilisten getötet, wobei Unfälle nicht mitgezählt wurden. In dieser Rechnung fehlen auch viele Tote der Rebellengruppen, da

<sup>67</sup> Nachzulesen in seinem Buch „Moderne Kriege gewinnen: Der Irak, der Terrorismus und das amerikanische Imperium“, Clark 2004.

<sup>68</sup> Quelle: Der Standard, 18. Oktober 2004, S. 1.

<sup>69</sup> Quelle: ORF Online am 24. Mai 2004, [www.orf.at/040524-74543/74544txt\\_story.html](http://www.orf.at/040524-74543/74544txt_story.html).

diese ihre Toten meist nicht in die Leichenschauhäuser bringen.<sup>70</sup> Laut einer Studie der John Hopkins School of Public Health vom Oktober 2004 wurden durch diesen Krieg insgesamt über 100.000 Iraker getötet!<sup>71</sup>

Die USA haben gewaltsam die Verantwortung für die Sicherheit im Irak an sich gerissen, doch nun versagen sie, Sicherheit herzustellen. Sie können das Volk und die internationalen Helfer nicht vor der Bedrohung schützen, die erst durch ihre Präsenz im Irak entstanden ist. Fast zwei Jahre nach dem Krieg ist die Angst geblieben – früher war es Angst vor Saddam, heute vor Autobomben und schießwütigen US-Soldaten. Die Folterungen durch US-Soldaten im Gefängnis Abu Ghoraib, zerstörten schließlich jede Hoffnung auf eine Verbesserung der Lage – sie hinterließen die Weltöffentlichkeit und die Araber fassungslos. Ein Land, das eine Moral predigt die es selbst nicht einhalten kann, ist unglaubwürdig. Damit drohen die USA wichtigeres zu verlieren als den Krieg im Irak – ihre moralische Integrität und den Anspruch ein „Land der Freiheit“ zu sein.

Nach dem Einmarsch in den Irak machten die USA entscheidende Fehler, die zu der prekären Sicherheitslage führten, in der sie sich heute befinden. Waffenlager wurden nicht bewacht und 400.000 Soldaten der Armee Saddams wurden ohne Sold nach Hause geschickt. Zusätzlich ließen die Besatzer jegliche kulturelle Sensibilität vermissen, kümmerten sich nicht um Plünderungen und ließen so ein Klima der Gewalt entstehen. Schließlich schafften sie es in den folgenden Wochen und Monaten nicht, die Grundversorgung mit Wasser und Strom zu sichern, was die Unzufriedenheit im Volk steigen ließ – hatten die Amerikaner doch immer versprochen, dass sich das Leben nach Saddam verbessern würde. Tatsächlich verschlechterte es sich massiv und kein Iraker kann sich heute mehr sicher fühlen. Erst dadurch hatte der Widerstand im Irak eine Chance, genügend Anhänger zu finden. Nach wie vor sieht es so aus, als könnten die USA die Iraker nur in einer Hinsicht einen: In ihrem Hass und ihrer Opposition gegen die Okkupation ihres Landes.

Die Politik der USA ist nicht nur zynisch und menschenverachtend, sie ist auch nicht erfolgreich: Erklärtes Ziel vor dem Krieg war ein „Regimewechsel“ im Irak. Was die USA geschafft haben, war jedoch nur ein Sturz des Regimes mit anschließender Anarchie, daher ist ihre Mission bisher als gescheitert zu betrachten. Anstatt Saddam, der zwar böse, jedoch keine akute Bedrohung war, sehen sie sich nun einem selbst geschaffenen Schlangennest von unzähligen Terrorgruppen gegenüber. Ende September 2004 bekannte der damalige US-Außenminister Colin Powell in einem CNN-Interview, dass die Lage im Irak immer schlimmer wird – täglich gab es zu dieser Zeit im Schnitt bereits 70 Angriffe auf die US-Truppen. Auch UNO-Generalsekretär Annan erklärte am 16. Oktober 2004, die Welt sei durch den Irakkrieg nicht sicherer,

---

<sup>70</sup> Quelle: ORF Online am 24. Mai 2004, [www.orf.at/040524-74543/74544txt\\_story.html](http://www.orf.at/040524-74543/74544txt_story.html).

<sup>71</sup> Quelle: ORF Online am 29. Oktober 2004, [www.orf.at/ticker/162545.html](http://www.orf.at/ticker/162545.html).

sondern – mit Blick auf die Lage im Irak selbst, aber auch weltweite Terroranschläge – unsicherer geworden. Ich stelle mir immer wenn ich Bush im Fernsehen sehe die Frage, wie viel Naivität bei einem „Weltlenker“ zulässig ist. Er dachte vielleicht wirklich der Irak würde innerhalb kürzester Zeit zu einem demokratischen Modellstaat werden. Mahnungen, wie sie gerade die Europäer vorbrachten, waren nicht erwünscht. Doch der Irak versinkt seit Jahren immer tiefer im Chaos. Ende September 2003 – vier Monate nach dem Krieg – zog die UNO fast ihr gesamtes Personal (über 620 der 650 Mitarbeiter) ab, da die Sicherheit der Mitarbeiter nicht mehr gewährleistet werden konnte – bis heute sind sie nicht zurückgekehrt. Im November 2003 kapitulierte nach weiteren Anschlägen auch das Rote Kreuz vor der katastrophalen Sicherheitslage und schloss nach 23 Jahren sein Hauptquartier in Bagdad – selbst während des ersten Irakkriegs kam es nie zu einem solchen Schritt.

Der Versuch der USA, im Nachhinein Hilfstruppen aus anderen Ländern für die Besatzung zu bekommen, scheiterte. Viele Länder sind nicht bereit, die als ungerecht empfundene Besatzung des Irak auch noch mit eigenen Truppen zu legitimieren. Später versuchten die USA mit subtilen Drohungen und Druckmitteln die Gegner des Krieges zur Raison zu bringen. So wurden etwa alle Firmen aus Ländern, die gegen den Krieg waren, vom Wiederaufbau im Irak ausgeschlossen.<sup>72</sup> Durch derartige Maßnahmen werden nicht nur US-Unternehmen durch die Aussperrung der Konkurrenz gefördert, es wird auch Druck auf die entsprechenden Regierungen ausgeübt, es sich nächstes Mal genau zu überlegen, auf welcher Seite sie stehen wollen. Auch die Menschenjagd auf Saddam und seine Söhne, die acht Monate nach dem Krieg mit der Festnahme Saddams und dem Tod seiner Söhne endete, ist eine gefährliche Wendung in der offiziellen US-Außenpolitik. Schon früher wurden ausländische Staatsmänner von US-Geheimdiensten bzw. mit deren Hilfe ermordet, doch nie haben sich die USA offiziell zu derartigen Morden bekannt.<sup>73</sup> Solche Attentate wurden von den Präsidenten Ford und Reagan offiziell geächtet. Nun wurde konträr zu dieser Ächtung offiziell mit Kopfgeld Jagd auf Saddam und seine Söhne gemacht. Dies untergräbt die moralische Autorität der USA weiter und lädt gerade zu Vergeltung auf dieselbe Art ein.

---

<sup>72</sup> Auf der Internetseite für den Wiederaufbau des Irak war folgende Anweisung von Vize-Verteidigungsminister Wolfowitz zu lesen: „Zum Schutz der wichtigen Sicherheitsinteressen der USA ist es notwendig, dass der Wettbewerb für Generalunternehmer auf Unternehmen aus den USA, des Irak, der Koalitionspartner und der Streitkräfte entsendenden Nationen begrenzt wird.“ Quelle: [www.rebuliding-iraq.net](http://www.rebuliding-iraq.net) am 10. Dezember 2003.

<sup>73</sup> Zu den Opfern zählen u.a. Präsident Salvador Allende (Chile), Präsident Patrice Lumumba (Zaire), Präsident Abdul Karim Kassem (Irak) und Präsident Rafael Trujillo (Dominikanische Republik). Das bekannteste Ziel, das aber nach wie vor lebt, ist Präsident Fidel Castro (Kuba), Quelle: International Herald Tribune, 14. Juli 2003, S. 4., Siehe auch The 9/11 Commission Report, 2004, S. 90.



## 2.8) Untergrabung der Werte des Westens und des Völkerrechts

*„Im Nahen Osten ist das Symbol Amerikas heute nicht mehr die Freiheitsstatue, sondern der Gefangene mit der schwarzen Kapuze über seinem Kopf, und dem schwarzen Umhang, der auf einer Schachtel steht mit Drähten an seinem Körper und voller Angst vor einem Stromschlag.“*  
 Senator Edward Kennedy im Mai 2004

Machen wir ein kleines Gedankenexperiment, um uns wieder einmal bewusst zu werden, welche Sonderrechte die USA ganz selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen, oft ohne dass wir es überhaupt noch bemerken:

*Stellen Sie sich vor, Ägypten befindet, dass die Regierung Norwegens undemokratisch ist und seine Bürger unterdrückt. Nachdem Bemühungen um UN-Unterstützung erfolglos bleiben, greift Ägypten trotzdem Norwegen an und erobert es, wobei rund 15.000 Norweger sterben. Der norwegische Staatschef wird gejagt, seine Kinder und Getreuen werden getötet. Während Ägypten vor dem Krieg verkündet, Menschenrechte und Freiheit bringen zu wollen, unterdrückt es nach dem Einmarsch jede Opposition und täglich kommt es zu Zusammenstößen und Toten. Schließlich wird auch der Verdacht bestätigt, dass es mehr um Rohstoffe als um Demokratie ging, denn ägyptische Konzerne schließen lukrative Öl-Verträge mit der neu installierten Ägypten-hörigen Regierung Norwegens ab. Nach über einem Jahr Besatzung kommt ans Tageslicht, dass neben den täglichen Kämpfen, Verhaftungen und Menschenrechtsverletzungen, auch systematisch Gefangene gefoltert und entwürdigt wurden – die Bilder schockieren die Weltöffentlichkeit. Trotzdem reagiert die internationale Gemeinschaft nicht und die ägyptische Regierung erklärt, auch zukünftig Angriffskriege führen zu wollen, wenn sie sich bedroht fühlt.*

Stellen Sie sich das ernsthaft vor – man kann es kaum, denn es ist so absurd. Die Weltgemeinschaft wäre den Norwegern hoffentlich schon lange zu Hilfe geeilt, hätte Ägypten mit Sanktionen, wenn nicht gar mit Krieg bestraft. Doch wenn die USA derartiges tun, dann passiert nichts. Selbst bei schlimmsten Verbrechen wagt es niemand, sich von den USA zu distanzieren, geschweige denn, sie mit Sanktionen zu belegen oder einen „Regimewechsel“ zu verlangen. Warum messen wir derart mit zweierlei Maß? Wie konnte es den USA gelingen, dass ihre Aktionen, egal wie ungerecht und falsch sie sind, von der Welt akzeptiert werden? Schreckt uns militärische Macht tatsächlich so sehr, dass wir alle feige werden?

Wie würden die USA reagieren, wenn ihnen der Besitz von Massenvernichtungswaffen vorgeworfen würde, wenn die UNO darauf drängen würde,

Inspektoren in ihr Land zu schicken, alle Anlagen zu öffnen und die Abrüstung zu fordern. Wenn schließlich ihr Präsident von anderen Staatschefs als Kriegstreiber, religiöser Fanatiker oder „Irrer“ beschimpft würde? Genau das tun die USA geradezu selbstverständlich mit dem Irak, Iran, Nordkorea und anderen Staaten – mit welchem Recht? Nur mit dem Recht des Stärkeren, demselben Recht das schon so viel Leid gebracht hat und das spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg in der Weltpolitik nichts mehr zu suchen haben sollte! So wie wir andere beurteilen, so müssen wir auch die USA be- und, wenn nötig, verurteilen. Es muss gelingen, die USA wieder auf dieselbe Stufe wie andere Länder zu stellen und mit den gleichen Maßstäben zu messen!

Der Irakkrieg 2003 stand unter dem Motto „Iraqi Freedom“ – doch tatsächlich hat der den Irakern bisher nicht Freiheit, sondern Tod, Angst und Armut gebracht. Anstatt der „blühenden Musterdemokratie“, die Bush errichten wollte, sehen wir Terror, politische Morde und zornige Volksmassen. In einem Amnesty International Bericht vom 21. Juli 2003 ist zu lesen, dass gefangene Iraker misshandelt, geschlagen und gefoltert wurden. Auch Human Rights Watch klagt ein halbes Jahr später, am 14. Jänner 2004, an, dass die Besatzungstruppen im Irak systematisch Menschenrechte und die Genfer Konvention verletzen. US-Vizeverteidigungsminister Wolfowitz bestätigte vor einem Senatsausschuss im Mai 2004, dass die Verhörmethoden im Irak tatsächlich gegen die Genfer Konvention verstoßen, wobei es sogar eine schriftliche Anweisung des damaligen US-Oberkommandierenden im Irak, General Sanchez, gibt, derartige Methoden anzuwenden.<sup>74</sup>

Ich und die ganze Welt fragen: Wo sind die Menschenrechte und die Freiheit, die die USA dem Irak bringen wollten? Wo sind sie, bei den aus 42 Ländern stammenden rund 650 in Guantanamo auf Kuba internierten Talibankämpfern, die gegen Völker- und Kriegsrecht sowie gegen die Genfer Konventionen ohne Prozess seit Jahren gefangen gehalten werden? Am 10. September 2003 erklärte Verteidigungsminister Rumsfeld vor dem nationalen Presseclub, dass die meisten dieser Gefangenen nie einen Prozess erhalten würden. Ziel sei es, sie daran zu hindern, jemals wieder gegen die USA zu kämpfen. Daher würden sie – ohne Prozess – gefangen gehalten, bis der Krieg gegen den Terror beendet sei. Er räumte ein, dass dies möglicherweise Jahrzehnte dauern könnte, meinte aber nur *„wir haben kein Interesse daran, sie vor Gericht zu stellen oder sie freizulassen.“*<sup>75</sup> Dass drei der Gefangenen Jugendliche zwischen 13 und 15 Jahren sind, verschlimmert das Bild nur weiter.

Zu dieser Ungerechtigkeit kommt noch Scheinheiligkeit, denn während die ausländischen Kämpfer rechtlos in Guantanamo interniert sind, erhielt der einzige US-Talibankämpfer (John Walker Lindh) einen Prozess vor einem

<sup>74</sup> Quelle: ORF Online, 14. Mai 2004, [www.orf.at/040514-74234/74221txt\\_story.html](http://www.orf.at/040514-74234/74221txt_story.html).

<sup>75</sup> Quelle: The Economist, 12. Juli 2003, S. 9.

zivilen US-Gericht. Dasselbe Recht wird selbst zwei britischen und einem australischen Bürger verweigert.<sup>76</sup>

Wieder messen die USA mit zweierlei Maß – selbst bei ihren engsten Verbündeten. Indem die Gefangenen in der Militärbasis Guantanamo auf Kuba interniert werden, ist es auch Medien kaum möglich, zu ihnen vorzudringen. So ein System ist geradezu eine Antithese zur Herrschaft des Rechts und der Freiheit, auf die sich die USA immer berufen und auf die sie sich gegründet wähnen. Im Juni 2004 erklärte der oberste Gerichtshof der USA diese Politik endlich für ungesetzlich. Gleichzeitig billigte er den Gefangenen das Recht zu, vor US-Gerichten gegen ihre Inhaftierung vorzugehen.

Eine harte Reaktion der USA nach den fürchterlichen Anschlägen vom 11. September 2001 ist zwar verständlich, ebenso wie der Wunsch der USA nach Vergeltung, gerade an jenen Männern, die in Afghanistan gegen sie gekämpft haben. Doch dabei zerstören sie vielleicht eine der wichtigsten Waffen gegen den Terrorismus – das internationale Recht und ihren eigenen Ruf, ein Rechtsstaat zu sein. In seiner Ansprache zum 4. Juli 2003 erklärte Bush, dass die amerikanischen Ideale immer ein Strahl der Hoffnung für andere auf der ganzen Welt gewesen seien. Indem die USA diese Ideale selbst mit Füßen treten, verärgern sie nicht nur ihre Verbündeten, sondern geben dem Ärger gegen die USA und die westliche Zivilisation auf der ganzen Welt neue Nahrung. Wenn man gegen ein Unrecht kämpft, darf man es nicht mit einem anderen Unrecht tun! Selbst den obersten Naziführern wurde nach dem Krieg in Nürnberg ein fairer Prozess gemacht – den einfachen Talibankämpfern, die viel weniger Schuld auf sich geladen haben, wird dieses fundamentale Recht aber verweigert. Treffend bemerkt Amnesty International in einem Bericht, der im August 2003 veröffentlicht wurde:

*„Indem die USA Terrorverdächtige monatelang ohne Anklage im US-Militärlager Guantanamo festhielten, setzen sie ein denkbar schlechtes Zeichen für die Verteidigung der Menschenrechte. ... Durch die US-Aktivitäten werden Länder in der ganzen Welt ermutigt, Menschenrechte zu verletzen. Begriffe wie ‚Terror‘ und ‚Krieg‘ dienen dazu, die Verpflichtungen gegenüber internationalen Menschenrechtsvereinbarungen zu ignorieren.“<sup>77</sup>*

Mit diesem Beispiel schaffen die USA einen Vorwand für andere Regime, die gegen angebliche Terroristen vorgehen wollen: Der seit Jahren andauernde

<sup>76</sup> Die britische Regierung protestierte zwar heftig gegen dieses Vorgehen, konnte sich aber nicht durchsetzen.

<sup>77</sup> Quelle: Amnesty International Austria,  
[www.amnesty.at/cgi-bin/navi.pl?aktion=link&filename=presse](http://www.amnesty.at/cgi-bin/navi.pl?aktion=link&filename=presse).

Krieg Russlands in Tschetschenien zählt mittlerweile ebenfalls zum „Krieg gegen den Terror“, womit die USA keine Kritik mehr am brutalen und menschenverachtenden Vorgehen Russlands in dieser Region erheben. Indonesien plant nach dem US-Vorbild zukünftig Unabhängigkeitskämpfer in Aceh auf einer einsamen Insel zu internieren. In China wurde der Gründer eines Pro-Demokratie-Magazins zu lebenslanger Haft verurteilt, weil er angeblich eine terroristische Gruppe organisierte.<sup>78</sup> Schließlich hat Israel für seinen Kampf gegen die Palästinenser, die es ausnahmslos als Terroristen einstuft, von den USA offenbar völlig freie Hand bekommen.

Neben der Unterdrückung und Demütigung anderer Völker, beeinträchtigt das Regime Bush auch die Demokratie in den USA selbst. Wie schon beim ersten Irakkrieg, werden die Medien in ihrer Berichterstattung geknebelt, so sind etwa in den USA Berichte und Bilder über die Heimkehr und Begräbnisse toter Soldaten untersagt. Alle Särge werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit in die USA geflogen. Im Unterschied zu seinen Vorgängern, besucht Präsident Bush auch keine Begräbnisse von Soldaten, denn er will nur mit den (mageren) Erfolgen und nicht mit den Misserfolgen im Irak in Verbindung gebracht werden.

Einen traurigen Gipfel der Heuchelei erreichten die USA am 23. September 2003, als der von ihnen eingesetzte Regierungsrat des Irak den US-kritischen arabischen Sendern Al-Arabija und Al-Jazeera vorübergehend die weitere Berichterstattung untersagte – wieder traten sie die Rede-, Meinungs- und Pressefreiheiten, für die sie angeblich kämpfen, mit Füßen und untergraben die Werte, die sie vorgeben zu verteidigen. Lügen und Gewalt sind scheinbar die einzigen Konstanten der US-Politik im Irak. Das ist umso tragischer, als der Verlust an Ansehen die gesamte westliche Welt trifft. Als bei der wochenlangen ersten Belagerung der Stadt Falludja im April 2004 (ein Jahr nach dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen!) rund 600 Iraker bei Kämpfen starben, zeigte Al-Jazeera aus der Stadt Bilder von Kinderleichen ohne Köpfen und getöteten Irakerinnen, die in Reihen nebeneinander lagen – US-Zivilverwalter Paul Bremer reagierte prompt – doch nicht etwa mit der Bestrafung der Verantwortlichen für derartige Verbrechen – er wies Al-Jazeera aus. Bei der zweiten Belagerung der Stadt im November 2004, starben über 1.500 Iraker – u.a. durch den Einsatz von international geächteten Phosphorgranaten durch die US-Armee.

Jeder vernünftige Mensch sieht, dass dies der falsche Weg ist – doch wer tut etwas dagegen? Wir brauchen nicht auf andere zu warten – wir sind die einzigen, die etwas tun können. Wir müssen danach streben, Menschenrechte, Freiheit und Sicherheit gleichzeitig zu verwirklichen. Eine völlige Überbetonung der Sicherheit auf Kosten der Einschränkung der anderen beiden, wie sie die USA derzeit im In- und Ausland betreiben, ist nicht zielführend.

---

<sup>78</sup> Quelle : The Economist, 1. November 2003, S. 25.

1759 schrieb Benjamin Franklin „*Jene, die bereit sind, essentielle Freiheiten aufzugeben, nur um ein bisschen vorübergehende Sicherheit zu bekommen, verdienen keines von beiden.*“<sup>79</sup> Die derzeitige Führung der USA scheint das vergessen zu haben – es wird Zeit, dass ihre Freunde und Verbündeten sie daran erinnern, bevor sie unüberbrückbare Gräben zwischen Muslimen und dem Westen aufreißt.

Nach 1918 und 1945 waren die USA meist federführend bei der Schaffung des internationalen Rechts und internationaler Organisationen. Dies ist ihnen hoch anzurechnen, denn damals versuchten sie, ihre Ideale umzusetzen und waren dabei sogar bereit, auf einen Teil ihrer Macht zu verzichten. Doch bei der heutigen Führung der USA ist von einer derartigen Bereitschaft nichts zu finden: Sie demontiert das in Jahrzehnten mühsam errichtete Völkerrecht und zerstört damit, was ihre Vorgänger geschaffen haben. Sie ist heute der größte Feind des internationalen Rechts und beschädigt es vielleicht irreversibel. Daher ist es an uns, für unsere Ideale, die lange auch jene Amerikas waren, einzutreten und diese zu verteidigen.

Die Gründer der USA, allen voran Jefferson und Franklin, würden sich gegen die heutige Politik der USA wohl ebenso empören, wie es weltweit viele Millionen Menschen tun. Vielleicht wären sie sogar objektiv genug zu erkennen, dass der Kampf moslemischer Extremisten für die Vertreibung der Ungläubigen aus ihrem Land, ihrem eigenen Kampf gegen die britischen Unterdrücker nicht unähnlich ist. Jeder kämpft mit den Mitteln seiner Zeit, doch gemeinsam ist ihnen, dass sie sich gegen die als ungerecht empfundene Ausbeutung ihres Landes (damals Pelze, Holz und Steuern, heute Öl) und gegen eine von außen aufgezwungene Art zu leben wehren. Eine derartige Auflehnung halte ich für legitim, die Mittel – vor allem die Ermordung von Zivilisten – jedoch nicht. Wenn die Muslime die US-Truppen aus ihren Ländern vertreiben wollen, dann sollen sie diese Truppen bekämpfen, jedoch nicht unschuldige Zivilisten töten!

Seit dem 11. September 2001 sehen sich die USA als die angegriffenen, unschuldigen Opfer, dabei sind sie es, die seit Jahrzehnten zur Sicherung ihrer Ölimporte und zur Durchsetzung ihrer Machtinteressen andere Völker angreifen und unterdrücken, Regierungen stürzen und Kriege anzetteln. Die 3.000 Toten vom 11. September 2001 sind bedauerlich, doch starben im Dienste der amerikanischen Macht- und Ölinteressen in den letzten Jahrzehnten weltweit wesentlich mehr unschuldige Menschen.

---

<sup>79</sup> Quelle: The Economist, 1. November 2003, S. 26.

## 2.9) 2001-2006 – eine Bilanz nach fünf Jahren Krieg gegen den Terror

*„Die Kinder, die auf der Flucht aus ihren Häusern Koffer hinter sich her ziehen, sind die Terroristen von morgen!“*  
 Jossi Sarid, israelischer Oppositionspolitiker im Mai 2004

Die Bilanz nach über vier Jahren Krieg gegen den Terror ist ernüchternd: In Afghanistan, das nachweislich Terroristen unterstützte, und im Irak, wo es keine Hinweise auf Verbindungen zum Terror gibt, wurden die jeweiligen Machthaber militärisch vertrieben. Beide Siege wurden innerhalb weniger Wochen und mit minimalen Verlusten der USA errungen, während in den betreffenden Ländern Zehntausende starben. Doch den Frieden zu gewinnen, erwies sich als wesentlich schwieriger, denn in beiden Ländern herrschen heute chaotische Verhältnisse und täglich sterben bei Anschlägen Menschen. Ebenso hat sich das Sicherheitsgefühl der Menschen im Westen nicht verbessert, denn nach wie vor fühlen sich viele vom Terror bedroht. Das renommierte Londoner Institut für Internationale Studien kommt in einem Bericht Mitte 2004 zum Schluss, dass der Irakkrieg Al Kaida gestärkt hat und dass er der Organisation täglich neue Kämpfer zutreibt.<sup>80</sup>

Die Bilanz der Rolle Europas in diesem Drama ist nicht erfreulich: Unser Kontinent hat sich einmal mehr instrumentalisieren und spalten lassen. Während im berechtigten Krieg in Afghanistan noch ganz Europa hinter den USA stand (und auch heute noch einen großen Teil der UN-Truppen und der Hilfsgelder bereitstellt), hinterließ der Irakkrieg Europa tief gespalten und zerstritten. Sowohl die stärksten Befürworter (allen voran Großbritannien) als auch die stärksten Gegner dieses Krieges (Deutschland, Frankreich) liegen in Europa. Doch anstatt die gegenseitigen Positionen abzustimmen und für unseren Kontinent mit einer Stimme zu sprechen, beschimpfte man sich gegenseitig und demonstrierte einmal mehr vor der ganzen Welt die politische Zerstrittenheit Europas. Damit haben wir uns, wie schon so oft, unseres potentiellen weltpolitischen Einflusses beraubt, denn so konnten die USA ohne effektiven Widerstand Europas ihre Ziele verfolgen.

Bei aller Verbitterung über das Vorgehen der USA vor, während und nach dem Irakkrieg, wäre aber jegliche Schadenfreude über deren derzeitige Probleme unangebracht, denn die Destabilisierung des Irak und die Intensivierung des Terrors bedrohen Europa ebenso wie die USA. Wie die Anschläge von Madrid und London gezeigt haben, kann sich Europa vom Terrorismus nicht abschotten – also sollten wir uns dieses Problems entschlossen annehmen und nicht weiter den USA die alleinige Führung überlassen. Diese haben bei der Lösung des Konflikts bisher versagt und die islamische Welt nur weiter gegen den Westen

<sup>80</sup> Quelle: IISS Strategic Survey 2003/04, [www.iiss.org](http://www.iiss.org).

aufgebracht. Durch unsere Zerstrittenheit haben wir Europäer den USA erlaubt, den Kampf gegen den Terror auf ihre Art zu führen und ihn dabei ständig zu eskalieren. Erst wenn wir geschlossen auftreten, können wir eine sinnvolle Terrorbekämpfung – durch die Reduzierung von Armut und Ungerechtigkeit in der muslimischen Welt – durchsetzen.

US-Verteidigungsminister Rumsfeld gestand im November 2003 ein, dass die Terroristen jeden Tag mehr Zulauf erhielten, als die USA gefangen nehmen könnten. Dies zeigt, dass militärische Gewalt nicht reicht, um den Terror zu besiegen, denn durch diese Gewalt nimmt er nur ständig zu. Die Entwicklung im Irak zeigt dies deutlich – durch das brutale Vorgehen der USA und ihre Rücksichtslosigkeit, ist die Wut der Araber mittlerweile so groß, dass das Land zu einer neuen Brutstätte des Terrors wurde. Die furchtbaren Folterbilder aus Abu Ghoraib sind nicht nur tragisch für die Opfer oder eine propagandistische Katastrophe für die USA, am verheerendsten ist ihre symbolische Wirkung, denn jedes Foto führt den selbstgerechten Anspruch der USA, der Welt Demokratie und Menschenrechte beizubringen ad absurdum. Die US-Streitkräfte müssten im Irak als Friedenssoldaten und Helfer auftreten, nicht als Besatzer, nur dann könnten sie akzeptiert werden. Wer aber über Dörfer fliegt und Bomben abwirft, überzeugt auch den letzten Iraker davon, dass er als Feind kommt. Als von den Amerikanern im April 2004 in Falludja im Irak gar gezielt eine Moschee bombardiert wurde, war dies das denkbar schlechteste Signal, das man den Muslimen in der Welt schicken konnte, denn offener kann man eine Religion nicht angreifen.

Der Schluss, den die USA aus den Problemen im Kampf gegen den Terror ziehen – mehr Soldaten, mehr Waffen, strengere Überwachung und die Einforderung von mehr internationaler Hilfe – ist falsch! Nur eine Bekämpfung der Armut, Verzweiflung und Ungerechtigkeit in den Herkunftsländern des Terrorismus, eine gerechte und ausgewogene Lösung des Nahost-Konflikts, der Abzug der USA aus allen muslimischen Gebieten und eine pluralistische und offene Diskussion mit allen beteiligten Parteien, kann zum Frieden führen.

Dass die US-Soldaten mittlerweile weltweit selbst schlimme Verbrechen begehen, wird in den USA nicht zur Kenntnis genommen. Doch auch dort gilt, dass der Fisch vom Kopf stinkt: *„Nährboden für die Verbrechen im Irak war die absolute Gleichgültigkeit gegenüber Gesetzen und Vorschriften, Rechten und Regeln, die von Anfang an charakteristisch für die Bush-Administration gewesen ist“*, resümiert Tony Judd von der New York University.<sup>81</sup> Wie soll ein einfacher Soldat zivilisiert mit Gefangenen umgehen, wenn er sieht, wie Washington sich ungeniert über internationale Verträge und Völkerrecht hinwegsetzt. Durch die US-Weigerung, dem Internationalen Strafgerichtshof beizutreten, wissen sich die Soldaten zudem vor internationaler Verfolgung ihrer Verbrechen sicher.

---

<sup>81</sup> Quelle: Profil, 17. Mai 2004, S. 151.

Islamische Fundamentalisten werden heute oftmals als Irre dargestellt, dabei sind es letztendlich nur wütende Menschen, die auf ihrem Land dafür kämpfen, auf ihre Art und frei von Besatzern leben zu dürfen. Im amerikanischen Film „Der Patriot“ stellt Mel Gibson einen Bürger der US-Kolonien im Unabhängigkeitskrieg dar, der durch die brutale Politik der Briten und die Ermordung eines seiner Söhne zum Kampf gegen die Besatzer getrieben wird. Dieser „gerechte“ Kampf wird bewundert. Dass aber der Kampf vieler Moslems gegen die USA oder Israel genau dasselbe ist, dass auch sie Familienangehörige verloren, bevor sie die Waffen erhoben, das erkennen die US-Bürger nicht. So wie damals der Unabhängigkeitswille der Amerikaner verständlich und die britische Besatzung falsch war, so ist heute auch die US-Besatzung des Irak und anderer Gebiete falsch! Das erklärte Ziel der Al Kaida ist nicht etwa die Vernichtung der USA, sondern deren Vertreibung aus den muslimischen Ländern. Wenn die Amerikaner einmal objektiv wären, würden sie erkennen, dass die Islamisten damit nur fordern, was auch die Gründer der USA vor rund 230 Jahren als ihr Recht ansahen.

Wer sich die derzeitige Situation aber nur als Kampf „Gute“ gegen „Böse“ vorstellen kann, ist einer komplexen Krise, wie dieser nicht gewachsen. Und ich fürchte, genau das ist bei Bush der Fall, denn er ist die Verkörperung des Schwarz-Weiß-Denkens: Beispielsweise erklärte er am 20. September 2001, kurz nach den Terroranschlägen, vor dem US-Kongress *„Jede Nation, in jeder Region, muss jetzt eine Entscheidung treffen: Entweder ihr seid auf unserer Seite, oder ihr seid auf Seite der Terroristen.“*<sup>82</sup> So einfach ist die Welt nicht – es gibt viele Grauschattierungen. Wenn Menschen mit den falschen Mitteln (Terror bzw. Krieg) für richtige Ziele (Selbstbestimmung bzw. Demokratie) kämpfen und andere für falsche Ziele (Gottesstaat bzw. Öl), wenn auf beiden Seiten Unschuldige sterben und sich Kämpfer schuldig machen, dann reichen die Kategorien „gut“ und „böse“ nicht mehr. Auch die Mittel dieser Schwarz-Weiß-Denker, nämlich die „Bösen“ mit Waffen zu bezwingen, versagen dementsprechend offenkundig, denn sie lösen keine Probleme, sondern verschärfen sie nur! Das Problem, das wir vielleicht am dringendsten lösen müssen, um anschließend den Terrorismus effektiv zu bekämpfen, ist damit vielleicht das Schwarz-Weiß-Denken, das neben den derzeit führenden US-Politikern, ja auch bei vielen der Terroristen vorherrscht.

Auch bei anderen Gegnern als den Terroristen, fehlt in den USA oft die Objektivität: Beispielsweise werden Fidel Castro und die iranische Führung zu Erzfeinden stilisiert, die die USA bedrohen, dabei wurden immer nur sie von den USA bedroht. Der wahre Grund hinter den beiden Konflikten ist, dass jeweils ein US-höriges Regime (das legendär korrupte Batista-Regime in Kuba bzw. der von den USA eingesetzte Schah Reza Palawi im Iran) abgesetzt wurde. Sowohl Castro als auch Khomeini kämpften für jene Ideale, die sie für richtig

---

<sup>82</sup> Quelle: The 9/11 Commission Report, 2004, S. 337.



hielten und befreiten dabei ihre Völker von schlechten Regierungen. Dies soll nicht heißen, dass unter dem Massimo Lider oder den Mullahs alles gut ist, doch muss man es den betreffenden Völkern selbst überlassen, sich ihre Regierungen zu wählen oder sie zu beseitigen.

Mir geht es nicht darum, derartige Regime in Schutz zu nehmen, denn mir ist sehr wohl bewusst, dass Castro keine Pressefreiheit zulässt und dass das Regime im Iran durch seinen Konservatismus systematisch die Chancen der iranischen Jugend untergräbt. Auch verurteile ich Selbstmordattentate und feige Anschläge auf Zivilisten zutiefst, jedoch sehe ich diese als Reaktion auf sinnlose und exzessive Gewaltanwendung gegen Muslime durch amerikanische und israelische Soldaten. Wenn in Afghanistan und im Irak Hochzeitsgesellschaften getroffen werden, wenn bewohnte Gebiete bombardiert und niedergewalzt werden, wenn Frauen und Kinder sterben, dann verstehe ich die Wut, die verzweifelte Angehörige zu Attentaten treibt. Ich sehe die Politik der Amerikaner und Israelis als auslösende Faktoren des Terrors, daher kritisiere ich sie hier so scharf und widme den ebenfalls brutalen und feigen Attacken der Terroristen weniger Raum, denn diese sind, meiner Meinung nach eine Reaktion und würden schnell aufhören, wenn die Erniedrigung ihrer Völker enden würde.

## 2.10) Schwächung der UNO durch die USA

*„Amerika wird niemals um eine Genehmigung ersuchen, die Sicherheit unseres Volkes zu verteidigen.“*

George W. Bush in der Rede zur Lage der Nation vor dem Kongress am 20. Jänner 2004

Die New York Times zitierte im März 1992 aus der neuen Sicherheitsdoktrin der USA nach dem Ende des Kalten Krieges, die unter der Federführung von Bush's früherem Vize-Verteidigungsministers (und derzeitigen Präsidenten der Weltbank) Paul Wolfowitz geschrieben wurde:

*„Es ist Amerikas vorrangige Aufgabe, sicherzustellen, dass keine mit ihr in Wettstreit stehende Supermacht aufkommt. Die USA müssen Abschreckungsmittel aufrechterhalten, damit kein potentieller Wettbewerber auch nur auf den Gedanken käme, eine relevante militärische Rolle in der Welt zu übernehmen, sei es auf regionalem oder auf globalem Niveau. [...] Das Pentagon muss die nötigen Maßnahmen treffen, inbegriffen Anwendung von Gewalt, um die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen in allen anderen Staaten zu verhindern.“*

Eine derart aggressive und kriegsbereite Rhetorik, die auf eine Sonderrolle der USA pocht, zeigt, dass die USA nicht bereit sind, andere Nationen als gleichberechtigt zu akzeptieren. Die im März 2005 vorgestellte neue Verteidigungsstrategie der USA, fügt sich nahtlos in dieses Bild: Darin werden Angriffskriege sowie der Einmarsch in „gescheiterte Staaten“ als gerechtfertigte Mittel der Verteidigung genannt. Die US-Führung beansprucht für sich mit aller Selbstverständlichkeit viele Sonderrechte und sieht sich als „moralische Autorität“ die das Recht hat über andere zu richten. Dies tun sie schon so lange, dass es uns oft gar nicht mehr auffällt. Die USA haben in den letzten Jahrzehnten mehr Kriege begonnen als irgendein anderes Land. Sie haben als einziges Land der Erde nachweislich atomare, biologische und chemische Waffen eingesetzt und sie haben nach wie vor die weltweit größten Vorräte an solchen Waffen. Schließlich erpressen und bedrohen sie regelmäßig andere Staaten, die sie für „böse“ befinden. Dies macht sie in meinen Augen nicht zum Richter oder Polizisten, sondern zur größten Bedrohung der Welt!

Mit welchem Recht unterhalten die USA weltweit Militärstützpunkte, während sie nicht bereit sind, dies bei anderen Staaten – etwa Syrien im Libanon – zu akzeptieren? Mit welchem Recht greifen sie andere Staaten an, besetzen diese und installieren dort US-freundliche Regierungen, die meist von der lokalen Bevölkerung nicht akzeptiert werden? Mit welchem Recht fordern sie von anderen Staaten, die Befolgung der Menschenrechte, während sie selbst diese missachten? Mit welchem Recht fordern sie von anderen Staaten den Verzicht auf Massenvernichtungswaffen, während sie selbst diese besitzen? Stets ist die Antwort dieselbe: Mit keinem Recht, außer dem Recht des Stärkeren, das durch die gesamte Menschheitsgeschichte immer nur Unrecht war!

Die unter Federführung einer früheren, multilateral eingestellten US-Regierung gegründete UNO, wird heute von USA missbraucht und untergraben zugleich. Immer dann wenn es ihrer Politik passt, benützen die USA die UNO als Bühne, missachten diese jedoch, wenn die Beschlüsse der Weltgemeinschaft ihren Zielen zuwiderlaufen. Die USA halten immer wieder Zahlungen an die UNO zurück oder erpressen und bespitzeln Mitgliedsländer, damit diese ihre Ziele billigen. Dabei ist der Beitrag, den die USA zum UNO-Budget leisten, sogar verhältnismäßig gering: Bei fast 30% Anteil am Weltsozialprodukt, zahlen sie nur 22% des UN-Budgets, während die EU bei einer etwa gleich großen Volkswirtschaft den angemessenen Anteil von 30,9% der UNO-Beiträge entrichtet.<sup>83</sup>

Einer der schlimmsten Angriffe der USA auf die Integrität der Weltorganisation in letzter Zeit, war die Bespitzelung mehrerer ihrer Spitzenvertreter im Vorfeld des Irakkriegs. Anfang 2004 wurde bekannt, dass US-Geheimdienste die Delegationen von sechs Staaten des UNO-Sicherheitsrates bespitzelten und Gespräche abhörten, um diese zu einer Entscheidung für den Krieg veranlassen

---

<sup>83</sup> Quelle: Fischer 2002, Sp. 1017f.

zu können.<sup>84</sup> Später wurde eingestanden, dass auch UNO-Generalsekretär Annan und die früheren UNO-Chefwaffeninspektoren Richard Butler und Hans Blix von US-Geheimdiensten belauscht wurden. Insbesondere Blix reagierte darauf verärgert und sagte der britischen Zeitung „The Guardian“ in einem Interview: *„Es war abscheulich. Es ist ein Angriff auf die Integrität, weil man eigentlich annimmt, auf derselben Seite zu stehen.“* Damit trifft er einen wichtigen Punkt: Dass nämlich die USA nicht nur ihre Feinde bedrohen und bespitzeln, sondern auch bei ihren Freunden so verfahren.<sup>85</sup>

Als größtes Machtmittel nutzen die USA beim Umgang mit der UNO, ihr Vetorecht im Sicherheitsrat, während sie dies anderen nicht zugestehen. Während etwa die Veto-Drohung von Frankreich und Russland gegen den Irakkrieg von den USA massiv kritisiert wurde und monatelange Spannungen nach sich zog, zögern die USA nicht, selbst ihr Vetorecht immer wieder einzusetzen, um z.B. Israel vor Verurteilungen zu schützen. Beispielsweise befürworteten am 17. September 2003 elf der fünfzehn Länder im Sicherheitsrat eine Resolution zum Schutz des mittlerweile verstorbenen Palästinenserpräsidenten Arafat (der mit Ausweisung und Tod bedroht wurde), nur die USA stimmten mit Nein, drei weitere Länder enthielten sich der Stimme. Die UNO-Vollversammlung verabschiedete wenige Tage später mit 133 zu 4 Stimmen eine ähnliche Resolution, um ihren Willen zu unterstreichen.<sup>86</sup> Von realpolitischer Relevanz war dies jedoch nicht, denn nur der Sicherheitsrat kann bindende Entscheidungen treffen, während Beschlüsse der Vollversammlung „irrelevant“ sind. Genau so bezeichnete Israel auch umgehend die Resolution. Am 20. November 2003 wies der damalige israelische Vizepremier Olmert schließlich sogar eine einstimmig beschlossene Resolution des Sicherheitsrats zur Umsetzung der „Road Map for Peace“ zurück – Israel *„fühle sich daran nicht gebunden.“*<sup>87</sup>

Sowohl die USA als auch Israel nehmen sich damit Rechte heraus, die sie anderen nicht zugestehen, und sie untergraben damit dauerhaft das Ansehen und die Durchsetzungskraft der UNO. Diese Politik ist zutiefst undemokratisch und bedroht nicht nur den Frieden im Nahen Osten, sondern in letzter Konsequenz

<sup>84</sup> Quelle: ORF Online, 24. Februar 2004, [www.orf.at/040224-56124/index.html](http://www.orf.at/040224-56124/index.html).

<sup>85</sup> Leider ist dieser unwürdige rücksichtslose Umgang mit der UNO und ihren Vertretern kein amerikanisches „Privileg“. Im Vorfeld des Irakkrieges hörte auch der britische Geheimdienst, MI6, Gespräche von Kofi Annan und anderen hochrangigen UNO-Vertretern ab.

<sup>86</sup> Einzig bei der Zerstörung des Flüchtlingslagers Rafah im Gazastreifen im Mai 2004, verhinderten die USA die scharfe Verurteilung Israels nicht, weil die dort begangenen Kriegsverbrechen einfach nicht mehr zu tolerieren waren. Unter anderem feuerten die Israelis mit Panzern in Menschenmengen und zerstörten Wohnhäuser von über 10.000 Palästinensern.

<sup>87</sup> Quelle: ORF Online, 20. November 2003, [www.orf.at/031120-54756/index.html](http://www.orf.at/031120-54756/index.html).

auch die Existenz der UNO. In einer sehr engagierten Rede vor der 58. UNO-Vollversammlung im September 2003, stellte ein besorgter Generalsekretär Kofi Annan fest:

*„Nach Artikel 51 der Charta haben Länder, die angegriffen werden, automatisch das Recht auf Selbstverteidigung. Aber bisher galt es als selbstverständlich, dass Staaten für alle weiteren Maßnahmen und zur Verteidigung des internationalen Friedens und der Sicherheit die einzigartige Legitimation des Sicherheitsrates brauchen. Jetzt sagen einige, dass diese Übereinkunft nicht länger haltbar ist, weil ein Angriff mit Massenvernichtungswaffen jederzeit ohne Vorwarnung und durch eine unbekannte (Terror-)Gruppe zu befürchten sei. Statt auf einen solchen Angriff zu warten, meinen sie, dass jeder Staat das Recht und die Pflicht hat, einen Erstschlag auszuüben, selbst auf fremdem Boden und in einer Phase, in der die gefürchteten Waffen erst noch entwickelt werden.*

*Nach diesem Verständnis müssen Länder nicht mehr auf eine Übereinkunft im Sicherheitsrat warten, sondern nehmen sich das Recht, unilateral oder in Ad-hoc-Koalitionen zuzuschlagen. Diese Logik ist ein fundamentaler Bruch mit dem Prinzip, das, wenn auch nicht ohne Fehler, in den vergangenen 58 Jahren für Frieden und Stabilität gesorgt hat. Meine Sorge ist, dass diese Logik zur Ausbreitung einer einseitigen und gesetzlosen Gewalt führen könnte, egal ob mit oder ohne hinreichende Rechtfertigung.*

*Exzellenzen, wir sind an einem Scheideweg angelangt. Dieser Moment könnte genauso bedeutend sein für die Vereinten Nationen wie der Zeitpunkt ihrer Gründung 1945.“*

Der UNO-Generalsekretär ist angesichts der US-Aktionen zutiefst besorgt um den Weltfrieden, und viele Menschen auf der Welt fühlen wie er. Laut einer Umfrage von TimeEurope.com, halten 87 Prozent der Europäer die USA derzeit für die größte Bedrohung des Weltfriedens – ich teile diese Meinung.<sup>88</sup> International darf nicht das „Recht des Stärkeren“ gelten, denn dieses bedeutet letztlich Rechtlosigkeit für die Schwächeren.

Wie furchtbar sich die Politik der USA auf den Weltfrieden auswirkt, sieht man beispielsweise daran, dass ihre Doktrin der Aggressionskriege bei einer empfundenen Terrorbedrohung nach dem furchtbaren Geiseldrama von Beslan im August 2004, auch von Russland übernommen wurde. Auf die russische Ankündigung, zukünftig auch im Ausland Präventivschläge gegen Terroristen zu machen („mit allen Mittel, außer Nuklearwaffen“) reagierte Annan bestürzt

---

<sup>88</sup> Quelle: Rifkin 2004, S. 325.

und warnte vor einer solchen Politik.<sup>89</sup> Was, wenn bald auch China, Indien und andere Staaten so vorgehen wollen? Werden dann nach Belieben kleinere Staaten angegriffen?

Nur eine starke UNO kann die Herrschaft des Völkerrechts durchsetzen und so den Frieden sichern. Daher wurde die UNO von Präsident Roosevelt im Zweiten Weltkrieg als starke Organisation konzipiert und bei der Gründungsversammlung 1945 in San Franzisko erklärte US-Präsident Truman „*Wir müssen alle erkennen – unabhängig von unserer Stärke – dass wir uns selbst die Lizenz verbieten müssen, unseren Willen immer durchzusetzen.*“ Damals waren die USA ökonomisch und militärisch noch überlegener, als sie es heute sind, dennoch waren ihre damaligen Politiker aus Klugheit zum Machtverzicht bereit. Bush fehlt diese Einsicht, daher handelt er heute krass gegen die Intention der Gründer der UNO.

Keiner der so genannten „Schurkenstaaten“ hat in den letzten 10 Jahren einen anderen Staat angegriffen, die USA hingegen sogar mehrmals. Nur eine Stärkung internationaler Organisationen und die wirkungsvolle Umsetzung von Sanktionen auch gegen die USA, kann hier Abhilfe schaffen, denn wenn man schon Regeln hat, so müssen diese für alle gleichermaßen gelten.

Annan forderte in der oben zitierten Rede auch eine grundlegende Reform der Organisation, vor allem damit sie die größer gewordene Staatengemeinschaft stärker repräsentiere. Dies scheint auch mir dringend notwendig, um die Akzeptanz der UNO und ihre Legitimation zu erhöhen! Vor allen die Zusammensetzung des nach wie vor alles entscheidenden UNO-Sicherheitsrats ist heute nicht mehr zeitgemäß, denn seit sie so festgelegt wurde, sind Dutzende neue Staaten entstanden und die Verteilung von Bevölkerung und Wirtschaftskraft hat sich verändert. Insbesondere das Vetorecht der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs trägt sehr zur Schwächung der Autorität der UNO bei: Wenn etwa die USA jede Resolution, die eine Anprangerung Israels für seine Verbrechen in den Palästinensergebieten enthält, blockiert, so untergräbt dies das Ansehen der UNO in der muslimischen Welt.

Dieser kurze Überblick über die Weltpolitik der letzten Jahre hat vor allem eines demonstriert – dass Europa dabei kaum präsent war. Denn obwohl dies ein Buch über Europa ist, wurde auf den bisherigen Seiten mehr über die USA gesprochen – weil sie derzeit der einzig bestimmende Faktor der Weltpolitik sind. Meines Erachtens ist diese Unipolarität für Europa, für die Welt und auch für die USA selbst von Nachteil.

Ebenfalls wichtige Themen, wie etwa der US-Boycott des Internationalen Strafgerichtshofs,<sup>90</sup> der auch anderen Ländern wie China, Russland und Israel

---

<sup>89</sup> Quelle: ORF Online, 9. September 2004, [www.orf.at/040909-78271/index.html](http://www.orf.at/040909-78271/index.html).

einen Vorwand gibt, nicht beizutreten, die Politik von Weltbank, oder die Kündigung des ABM-Vertrags und des Kyoto-Protokolls zum Klimaschutz durch Bush, wurden hier nicht diskutiert, unterstreichen aber nur, wie dringend die Weltpolitik auch andere Kräfte braucht als die Machtpolitik der USA.

In den letzten drei Jahren hat die US-Administration zwei Kriege geführt und verletzt die Menschenrechte auf Guantanamo und im Irak auf eine Weise, wie es seit den Nazi-verbrechen in keinem westlichen Land vorgekommen ist. Die USA bringen der Welt derzeit nicht Frieden und Gerechtigkeit, sondern sie verfolgen auf allen Ebenen rücksichtslos ihre machtpolitischen Interessen. Wir müssen dieser amerikanischen Dominanz von Waffen und Unilateralismus eine positive Vision für Europa und die Welt entgegensetzen. Eine Vision die Wohlstand, gegenseitige Unterstützung und Respekt fördert. Es macht keinen Sinn zu warten, bis die USA wieder bereit sind, sinnvoll an Projekten mitzuwirken, die die globale Situation verbessern. Egal, ob es sich um den Klimawandel, Entwicklungshilfe, Beziehungen zur moslemischen Welt oder andere Bereiche handelt, die Mitgefühl und Solidarität erfordern, Europa muss führen, denn niemand sonst kann und wird es tun! Wenn wir entschlossen unseren Weg gehen, werden sich andere Länder anschließen. Wenn wir es nicht tun, wird unser Planet weiter ein unsicherer Ort bleiben.

---

<sup>90</sup> Um ihre Soldaten vor Anklagen zu schützen, haben die USA mittlerweile mit zum Teil massivem finanziellen Druck bilaterale Abkommen mit rund 70 Staaten erzwungen, die zukünftig keine US-Bürger an den Internationalen Strafgerichtshof ausliefern werden.

### 3) Eine Vision für Europa

*„Indem wir die Integration Europas zum Erfolg machen, zeigen wir der Welt, dass es möglich ist, methodisch Frieden zu schaffen“*

Romano Prodi

Geschockt durch die Vernichtungen des Zweiten Weltkriegs, hat sich Europa im Laufe des Kalten Krieges von der Weltbühne verabschiedet. Zwar gibt Europa mehr Entwicklungshilfe als irgendeine andere Region und es versucht über stille Diplomatie bisweilen Konflikte zu entschärfen, doch als wirklicher Akteur der Weltpolitik ist es schon lange nicht mehr in Erscheinung getreten. Dafür hat es durch Kompromissbereitschaft nach innen die europäische Einigung geschaffen. Ein friedlich vereintes Europa von Ost bis West, von Nord bis Süd ist keine Selbstverständlichkeit – blickt man auf die Geschichte des Kontinents und der ganzen Menschheit, dann ist es eher ein Wunder. Für dieses „Wunder“ haben sehr viele Menschen lange gearbeitet, gekämpft und gelitten.

Die Idee der Einheit Europas ist sehr alt, doch meist wurde versucht, sie mit militärischen Mitteln zu erzwingen. Nie ist es gelungen, denn ein derartiges Werk, die dauerhafte Verbindung von Völkern, kann nur freiwillig gelingen. Nach vielen Jahrhunderten der Kriege, haben sich die europäischen Völker endlich entschlossen, in Frieden miteinander einen besseren Kontinent aufzubauen und damit der Welt als Vorbild zu dienen. Erweisen wir uns der Gründerväter der Union würdig, indem wir das Friedenswerk Europa fortsetzen und zum Wohl in der Welt beitragen.

Dazu sollten die Europäer möglichst schnell mit der EU ins Reine kommen, denn heute hört man anstatt der Anerkennung der EU als großartigem Friedenswerk und einer allgemeinen Aufbruchstimmung allzu oft nur kleinliche Klagen über „die in Brüssel“, denn nationale Politiker versuchen sich immer wieder zu profilieren, indem sie Brüssel die Schuld für irgendwelche Probleme geben. Dadurch riskieren diese Politiker leichtfertig jene positive Einstellung zur EU, die diese Union für ihre Leistungen verdient und auch braucht, um weiter dynamisch für uns alle wirken zu können. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, gegründet vor über 50 Jahren inmitten des durch Hitler verwüsteten Kontinents, ist weit gekommen. Doch im gleichen Maß wie die EU bereits eine Gemeinschaft von Staaten ist, muss sie nun zu einer Gemeinschaft ihrer Bürger werden.

„Die EU“ muss es ebenso wenig geben wie jedes andere abstrakte Gebilde – sie existiert nur durch den Willen von uns Europäern. Daher ist sie entweder auf ihre Bürger gegründet oder sie wird zerfallen. Vielen Politikern, aber ebenso vielen Bürgern, ist dies offenbar nicht klar – während Politiker oft abgehoben und bürgerfremd agieren, interessieren sich auch sehr viele Europäer nicht für die Union und was in ihr vorgeht. Dies ist ein Grundproblem wohl jeder

Gesellschaft und wird sich sicher nie optimal lösen lassen. Durch das Bereitstellen von Information auf allen Ebenen, lassen sich aber Interesse und Engagement zumindest fördern. Diese zwei Zutaten brauchen wir, damit die Union und vor allem die Bürgerbeteiligung für eine funktionierende Demokratie in Europa erhalten bleiben. Europa kann uns allen eine neue Heimat werden, in einer Zeit, in der Nationalstaaten ein Auslaufmodell sind und die fortschreitende Amerikanisierung vielen Europäern ein Dorn im Auge ist.

Schon in den letzten Jahrzehnten war es das Ziel Europas, eine Zone des Wohlstands, des Friedens und der Stabilität zu schaffen, die sich immer weiter ausdehnt. In den 1980er Jahren wurden Spanien, Portugal und Griechenland in die Union aufgenommen, obwohl – und gerade weil – dort kurz zuvor Militärdiktaturen beseitigt worden waren.<sup>91</sup> Die EU begriff sich damals als stabilisierender Faktor und erkannte ihre Verantwortung für unseren Kontinent. Genau das tat sie auch 2004 mit der Osterweiterung. In den südlichen Ländern wurde die Demokratie stabilisiert und die Länder prosperierten. Ähnliches ist für die neuen östlichen Mitgliedsländer zu hoffen. Schon die Beitrittsverhandlungen haben dort viele positive Reformen bewirkt, nun wird sich die politische und wirtschaftliche Konsolidierung und Modernisierung fortsetzen. Noch ist die große Aufgabe der friedlichen Einigung Europas nicht abgeschlossen, daher gilt es diesen Prozess speziell am Balkan voranzutreiben. Angesichts der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, muss die EU aber auch eine Entscheidung treffen, wo letztlich ihre Grenzen liegen sollen.

Die Union entfaltet schon heute eine positive und stabilisierende Wirkung über ihre Grenzen hinaus, denn sie kann ein Modell und Vorbild auch für andere Regionen sein. Wenn 455 Millionen Europäer mit ihrer konfliktreichen Geschichte, unterschiedlichen Ansichten und konkurrierenden Interessen, ihre alten Vorbehalte und Konflikte überwinden und friedliche zusammenleben können, warum soll es dann nicht auch außerhalb Europas funktionieren?!

Die 2002 gegründete Afrikanische Union hat sich die EU zum Vorbild genommen. Im Februar 2004 starteten auch einige pazifische Inselstaaten ein Einigungsprojekt mit der EU als dezidiertem Modell und im Dezember 2004 gründeten 12 südamerikanische Staaten die „Südamerikanische Nationengemeinschaft“, die sich ebenfalls an der EU orientiert. Auch der südostasiatische Staatenbund ASEAN nennt immer wieder die EU als Vorbild dem es nachzueifern gilt.

Die Balkanländer und speziell die Türkei unternehmen seit einigen Jahren große Anstrengungen, sich zu modernisieren und zu demokratisieren, um in die EU aufgenommen zu werden. Irgendwann Teil dieses Europas zu sein, war auch eine der wesentlichen Triebkräfte der friedlichen Revolution in der Ukraine Ende 2004, denn die Bevölkerung war nicht bereit, zu akzeptieren, durch Wahlbetrug weitere Jahre einen pro-russischen Präsidenten zu haben. Diese

---

<sup>91</sup> In Spanien gab es sogar 1981 noch einen – gescheiterten – Putschversuch.



erfolgreiche „orange Revolution“ wurde nur wenige Monate später in Kirgisien wiederholt – denn Demokratie bzw. der Wunsch danach lässt sich wohl wirklich exportieren. Jedoch nicht – wie die USA es versuchen – mit Waffengewalt durch die Eroberung von Ländern und die Demütigung der dortigen Bevölkerung, sondern nur, wenn die Völker selbst nicht länger bereit sind, einem korrupten oder despotischen Regime zu dienen. Im arabischen Raum ist „dimokratia“ heute ein überwiegend negativ besetzter Begriff, der für eine vom Ausland aufgezwungene Veränderung steht.<sup>92</sup> Dies erlaubt es den Despoten der Region, mit billigem Nationalismus Demokratiebewegungen im eigenen Land zu ersticken. Die Politik der USA zementiert damit gerade jene Zustände, die sie angeblich abschaffen will.

Die EU verzichtet auf militärischen Druck und versucht Ländern durch ihr Vorbild sowie durch wirtschaftliche und diplomatische Anreize auf dem Weg zur Demokratie zu unterstützen. Meines Erachtens ist dieser Weg nicht nur der bessere, sondern auch der effektivere. Auch wenn das Ziel anderer Länder nicht immer eine EU-Mitgliedschaft sein kann und wird (eine Union bis zum Kongo oder nach Pakistan wäre absurd), so kann Europa doch auch entfernteren Ländern bei der Entwicklung von Demokratie und Wohlstand helfen.

Dabei bietet Europa vor allem ein Erfolgsmodell der friedlichen Kooperation von Völkern und Staaten. Während Nationalstaaten stets konkurrierten und sich gegenseitig bekämpften, arbeiten die Staaten und Bürger Europas heute in einem vielschichtigen Netzwerk zusammen. Anstatt nur Eigeninteressen zu verfolgen, besinnt man sich auch gemeinsamer Interessen – in diesem Geiste werden von den reicheren Staaten jedes Jahr Milliardenbeträge an die ärmeren Mitglieder überwiesen, um dort bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Manche sehen die EU daher als ersten Exponenten einer neuen Staatsform, die sich den neuen Gegebenheiten von grenzenloser Kommunikation und global agierenden Unternehmen durch netzwerkartige Strukturen und ständige Veränderung wesentlich besser anpasst, als dies Nationalstaaten können.<sup>93</sup> Dieses Projekt Europa kann damit tatsächlich Vorbild für andere Regionen in der Welt sein, den Herausforderungen des neuen Zeitalters zu begegnen und seine ungeheuren Chancen zu nützen.

Zwei der großen Herausforderungen unserer Zeit – und jene, die den Menschen in Europa heute wohl am meisten Angst machen – sind Terror und die unabsehbaren Folgen der Immigration. Beide haben dieselben Ursachen: Ungerechtigkeit, Hoffnungslosigkeit und Armut in vielen Weltregionen. Nur wenn wir diese Ursachen bekämpfen, können wir den Terror besiegen. Und nur wenn es gelingt, die Lebensbedingungen in anderen Ländern zu verbessern und den Menschen in ihrer Heimat eine Perspektive zu geben, wird die Flucht der Menschen aus diesen Ländern aufhören.

---

<sup>92</sup> Quelle: Kepel 2004, S. 356.

<sup>93</sup> Vgl. etwa Rifkin 2004.

Die aggressive Politik, die die USA in den letzten Jahren betrieben, haben die Probleme der Welt und die Gefahr durch Terror nicht beseitigt, sondern, im Gegenteil, wesentlich erhöht. Das multikulturelle und pluralistisch eingestellte Europa kann und soll dem eine Politik der Kooperation und des gegenseitigen Respekts gegenüberstellen. Während die USA stets auf ihre Unabhängigkeit pochen und diese auch militärisch durchsetzen wollen, ist sich Europa der wechselseitigen Abhängigkeiten in unserer Welt bewusst. Nur wenn es anderen gut geht, geht es auch uns gut. Nur wenn wir uns weltweit für Frieden einsetzen, können wir diesen auch bei uns dauerhaft verwirklichen. Unsere Vision und Mission für dieses Jahrhundert sollte es sein, den Frieden und Wohlstand, den wir aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs für uns geschaffen haben, auch in anderen Regionen und letztendlich in der ganzen Welt zu verwirklichen!

Sind das absurde Gedanken – Träume, die doch nie in Erfüllung gehen können? Das hätte man 1985 sicherlich auch auf die Vision eines geeinten Europas, von Lissabon bis Budapest und Tallin im Jahr 2005, gehört – und doch ist sie heute Realität. Unabhängigkeit der Kolonien? Gleichberechtigung der Frauen? Ein Mann auf dem Mond? Alle Träume sind zuerst absurd – erst wenn sie Realität werden, erkennt man, dass der Weg gar nicht so weit war – und beim Blick in die Vergangenheit wird oft klar, dass die Geschehnisse fast unvermeidlich waren.

Nach 1400 wurden einige europäische Nationen groß und reich, weil sie für sich eine Mission sahen und diese beharrlich verfolgten. Das ursprünglich in vielen Belangen überlegene China, fiel hingegen immer weiter zurück, weil es selbstzufrieden und antriebslos war. Heute ist es genau umgekehrt: Europa lässt sich oft treiben und verspielt seine Chancen, während China sich anschickt wieder eine Weltmacht zu werden – und das, obwohl Europa die bessere Ausgangsposition hat – doch noch fehlt oft der Biss, wieder etwas zu erreichen, wirklich etwas zu bewegen.

Was wir für einen neuen Aufbruch brauchen, sind Politiker mit Rückgrat, die auch etwas wagen. Heute sind die meisten Politiker nur noch darauf bedacht, keine Fehler nach außen dringen zu lassen, um in den Medien gut dazustehen. Getrieben von Presse und Meinungsumfragen, kommt es den meisten gar nicht mehr in den Sinn, zu gestalten und die Zukunft zu formen. Dabei ist das Volk weder dumm noch kurzfristig. Wenn Politiker mutig auch auf den ersten Blick unpopuläre Maßnahmen ergreifen, um damit die Zukunftsaussichten Aller zu verbessern, so wird das vom Wähler honoriert. Kluge Politiker werden dabei versuchen, die Reformen auch zu erklären, doch selbst wenn sie es nicht tun, können verantwortungsvolle Medien diese Rolle übernehmen. Mehr als in anderen Bereichen haben wir in der Außenpolitik viel zu ändern. Während Europa bis zum Zweiten Weltkrieg fast alleine die internationale Bühne beherrschte, ist es seit dieser selbst verursachten Katastrophe international fast

bedeutungslos. Selbst nach dem Ende des Kalten Krieges und der friedlichen Überwindung der Teilung in Ost und West, hat es Europa bisher nicht verstanden, international wieder eine gestaltende Kraft zu werden. Und das, obwohl wir heute mindestens ebenso stark sind wie die USA: Wir haben schon jetzt um die Hälfte mehr Einwohner, eine gleich starke Wirtschaft, innovative Forscher und Ingenieure, und ein ausreichend starkes Militär, um bedrohten Menschen weltweit notfalls zu helfen. Das einzige was uns fehlt, ist der Wille, etwas zu verändern und Politiker die es auch tun. Wir müssen wieder dafür sorgen, dass nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des (Völker)rechts die internationale Politik bestimmt.

Während sich in den letzten Jahrhunderten Katastrophen und Probleme meist auf relativ kleine Regionen beschränkt haben, gibt es heute durch den Fortschritt der Wissenschaften und die Verbesserung bei Kommunikations- und Transportmitteln wahrhaft globale Herausforderungen: Die globale Erwärmung, Massenvernichtungswaffen, AIDS, Computer- und normale Viren sowie Terrorismus bedrohen und betreffen uns alle gleichermaßen. Kein Land kann sich gegen ihre Wirkung abschotten, daher können auch die Lösungen nur global sein. Kooperation zwischen Staaten und Gesellschaften ist dabei kein Luxus, sondern überlebensnotwendig. Während viele Politiker Europas das erkennen, setzen die USA in den letzten Jahren immer stärker auf Unilateralismus. Damit verschlimmern sie aber die Lage zusehends: Sie beuten rücksichtslos Rohstoffe aus, verschmutzen die Natur und verweigern internationale Übereinkommen wie das Kyoto-Protokoll. Sie besitzen mehr Massenvernichtungswaffen als jedes andere Land und ihr „Krieg gegen den Terror“ schafft nur immer neues Elend und neue Wut.

Die EU bekennt sich hingegen zu nachhaltiger Entwicklung und Umweltschutz, sie versucht weltweit für Frieden einzutreten und hilft, anstatt zu dominieren. Oft werden die USA als Weltpolizei bezeichnet, während sich Europa angeblich vor seiner Verantwortung „drücke“. Tatsächlich haben die europäischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg 80 Prozent aller UN-Friedenstruppen gestellt – zehn Mal so viele wie die USA.<sup>94</sup> Europa ist momentan wesentlich friedliebender, toleranter und pluralistischer eingestellt als die USA. Die europäische Bevölkerung verabscheut den Krieg und sorgt sich mehr um das Wohl auch anderer Völker – so liegen die Ausgaben für Entwicklungshilfe in Europa beispielsweise drei Mal so hoch wie in den USA.<sup>95</sup> Die Bereitschaft zu helfen und der Respekt für andere, macht uns wesentlich geeigneter, die Probleme dieses Jahrhunderts zu lösen, als die derzeit rein von Machtinteressen getriebene US-Politik.

---

<sup>94</sup> Quelle: Ioannides 2002, S. 8.

<sup>95</sup> Quelle: Le Monde Diplomatique, 2003, S. 51.

Über lange Perioden der Geschichte waren die USA „moralischer“ als die europäischen Großmächte und sie haben beispielsweise viel zur Schaffung der UNO und zur Sicherung der Menschenrechte beigetragen. Das lag vor allem an den „Mechanismen der Macht“ – wer sie hat, nutzt sie oft eigennützig; damals waren eben europäische Mächte die dominierenden, während die USA das „moralische Gewissen“ der Welt waren. Das hat die USA zu einer viel bewunderten Nation gemacht. Heute haben sich die Rollen umgekehrt. Amerika wird vielleicht um seinen Reichtum beneidet und wegen seiner Waffen gefürchtet, bewundert wird es aber nicht mehr. Mit der klaren Wiederwahl Bushs und der Stärkung der konservativen Republikaner auf allen politischen Ebenen Ende 2004, hat sich gezeigt, dass der Vormarsch der religiösen Rechten keine Episode der US-Geschichte war, sondern zu einer neuen Ära werden dürfte. Unilateralismus, Aggressionskriege, Einschränkung der Bürgerrechte und Intoleranz gegenüber „Anderen“<sup>96</sup> sind in den USA heute tatsächlich mehrheitsfähig. Das ist traurig, denn es spaltet nicht nur die US-Gesellschaft, sondern bedeutet auch für die Welt Unfrieden.

Die meisten US-Bürger sehen sich offenkundig tatsächlich als auserwählte Nation, die anderen kulturell überlegen ist und erschreckende 79 Prozent meinen, es sei gut, amerikanische Werte und Sitten über die Welt zu verbreiten.<sup>97</sup> Auch in Europa waren solche Gedanken noch vor einigen Jahrzehnten üblich (man denke nur an den vor dem Ersten Weltkrieg weit verbreiteten Spruch „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“), doch haben zwei Weltkriege uns etwas Bescheidenheit, Reife und Besonnenheit gelehrt – die europäischen Bürger und Politiker streben heute mehrheitlich nach Frieden, denn sie sind durch zerstörerische Kriege auf unserem Kontinent geläutert. Das könnte sich wieder ändern, denn auch vor 70 bzw. 100 Jahren war es wesentlich anders – und sollte es sich ändern werde ich der erste sein, der gegen Europa auftritt. Europa hat keinen ewigen Anspruch „Recht“ zu haben, aber heute scheint es eher auf dem richtigen Weg, als die USA.

Lange Zeit war Europa zuerst durch religiöse Intoleranz, dann durch radikale Ideologien in seiner Entwicklung behindert. Der Kontinent stürzte sich und andere in Kriege und unterdrückte aus Überlegenheitsdünkel andere Völker. Die USA waren zumindest bis 1945 im Vergleich dazu ein „Land der Freiheit“. Auch wenn dort die Lage, z.B. der Schwarzen, beschämend und außenpolitisch manche Intervention speziell in Lateinamerika zu kritisieren war, waren die USA doch für Millionen Menschen rund um den Globus ein Hoffnungsträger. Gerade jetzt, wo Europa seine alten Hemmnisse überwunden hat, begehen aber die USA jene Fehler, die den Untergang unseres Kontinents bewirkt haben. Ich glaube, wir erleben gerade jetzt einen historischen Rollenwandel zwischen den

---

<sup>96</sup> Genannt seien hier neben Andersgläubigen und Andersfarbigen vor allem Menschen mit einer anderen Lebenseinstellung, z.B. Homosexuelle.

<sup>97</sup> Quelle: Rifkin 2004, S. 31.

USA und Europa: Europa wird für viele Menschen zum neuen Hoffnungsträger, zum Modell, wie Menschen verschiedener Kulturen und Religionen friedlich zusammenleben können. Während die USA noch ihrem Traum von der Gestaltung der Welt einseitig nach ihren Vorstellungen anhängen, hat Europa, das die Welt bereits einmal dominiert und geformt hat, gelernt, dass ein friedliches Miteinander und Respekt füreinander mehr bewirken als Panzer und Raketen.

Ich bin überzeugt, dass die amerikanische Vorstellung von der *Pax Americana*, von der Hegemonie der USA, schon in wenigen Jahrzehnten als lächerliche Idee einiger kurzsichtiger Politiker und als gefährliche Sackgasse, die nicht funktionieren konnte, gesehen wird. Europa muss dem jetzt eine Vision gegenüberstellen und diese durchsetzen: Unsere pluralistische Gesellschaft, die enge Union vieler Völker in der EU und die Erfahrungen früherer Kriege, haben unter Europas Bürgern viel Verständnis für andere Kulturen und Religionen geschaffen. Durch eine gute Schulbildung und Reisen kennen die meisten Europäer verschiedene Kulturen und sprechen zumindest eine Fremdsprache. Wenn man sich der Verschiedenheit, aber auch der letztlichen Ähnlichkeit bewusst ist, verfällt man weniger dem verderblichen Schwarz-Weiß-Denken. Kriege und aktive Machtpolitik werden heute in Europa von der Mehrheit abgelehnt. Eine Doktrin, die Aggressionskriege zur Sicherung der eigenen Machtposition und das Pochen auf die eigene Sonderstellung propagiert, wird hier als veraltet betrachtet. Dies macht Europa mehr als die USA, oder auch China, geeignet, die Konflikte und Herausforderungen dieses Jahrhunderts zu lösen.

Anstatt blanker Gewalt werden wir Diplomatie, Vernunft und Verständnis für die Bedürfnisse der anderen Gesellschaften betonen. Anstatt Waffen werden wir verstärkt Wirtschaftshilfe einsetzen. Unser Europa ist nicht gegen andere gerichtet, sondern es ist ein friedlicher, dynamischer und helfender Kontinent. Die europäische Außenpolitik dient der Verbreitung von Frieden, nicht der Anhäufung von Macht. Unser Europa soll global eingebunden sein, ohne aber seine kulturelle Identität und Vielfalt zu verlieren oder die anderen Länder zu bedrohen. Wir sollen und brauchen die Welt nicht zu erobern oder unter Zwang zu „beglücken“. Aber wir können und sollen helfen, denn Afrika und andere Gebiete können dringend eine helfende Hand brauchen – vor allem, wenn diese mit Geld und Mitteln für Bildung und Medizin gefüllt ist. Um zu helfen, brauchen wir auch eine starke Wirtschaft. Daher gilt es, durch „smart regulation“, den Abbau von Subventionen, verstärkte Forschungsförderung und die Belohnung von Unternehmergeist und Fleiß, die Effizienz der europäischen Wirtschaft zu erhöhen, um auf Dauer nicht nur konkurrieren, sondern wieder und weiter internationale Standards bei Qualität und Leistung setzen zu können.

Es freut mich, wenn viele von uns aus dem edlen und ehrlichen Bedürfnis, einander zu helfen, an diesem Ziel mitarbeiten wollen. Aber auch aus purem Eigennutz sollten wir anderen Staaten und Völkern helfen, denn ein instabiles Osteuropa oder Russland bedeutet für uns Flüchtlinge, Drogen- und Mädchenhandel und eine blühende Mafia. Eine Fortsetzung der Konflikte im Nahen Osten bedeutet dort, aber zunehmend auch hier, Terrorgefahr. Zerfallende Staaten erhöhen das Risiko der Ausbreitung von Krankheiten und schaffen dem Terrorismus neue Basen. Ein Afrika in Armut bedeutet Flüchtlingsströme nach Europa. Je größer hingegen die Zone der Stabilität und des Wohlstands ist, desto besser und sicherer können wir und andere leben! Wenn andere Völker aber dabei scheitern, Drogenanbau, Kriminalität und Krankheiten zu bekämpfen, dann können weder sie noch wir verhindern, dass diese Übel über alle Grenzen zu uns kommen. Wenn wir Stabilität und Wohlstand exportieren, so profitieren auch wir davon, denn so sichern wir dauerhaft den Frieden und lösen viele der dringendsten Probleme unserer Welt. Der Schlüssel ist dabei die Armutsbekämpfung über fairen Wettbewerb und Bildungsförderung in den weniger entwickelten Ländern. Wenn wir dafür sorgen, dass für junge und ehrgeizige Menschen auch in ihren Heimatländern attraktive Möglichkeiten bestehen, so wird sich automatisch der Migrationsdruck auf Europa reduzieren.

Bildung und Wohlstand sind auch entscheidende Mittel zum Kampf gegen Extremismus und Terror, denn Armut und Verzweiflung machen anfällig für extreme Ideen, lösen Neid und Migrationsbewegungen aus. Die Verwirklichung einer gerechteren Welt, in der alle genug zum Leben haben ist möglich! Wenn wir daran nicht mehr glauben und gar nicht versuchen, es zu realisieren, dann riskieren wir damit nur noch mehr Terror und Einschränkung von Freiheiten.

Warum sollten wir heute etwas ändern, warum einen Aufbruch wagen? Ist die Welt denn die schlechteste, die wir uns vorstellen können? Sind die USA die schlimmste Hegemonialmacht, die es je gab? Machen sie alles falsch und wir alles richtig?

Sicher nicht, aber die Welt könnte eine bessere sein – nicht perfekt, aber besser. Auch die EU ist nicht die beste aller denkbaren Organisationen, aber sie ist Realität und sie ist besser als die einzig realistische Alternative – eine Rückkehr zu Nationalstaaten und deren Rivalitäten. Wenn uns das egal ist, wenn wir nicht versuchen, die Welt und das Schicksal der Menschen zu verbessern, dann wird es auch nicht besser werden!

Ich hoffe, dass diese Vision vielen Europäern als Leitbild dienen kann. Machen wir uns diese Vision zur gemeinsamen Mission, dann können wir die Welt wirklich zum Besseren verändern! Erste Schritte zu ihrer konkreten Umsetzung bringt die zweite Hälfte des Buches.

## 4) Ein neuer Weg für Europa

*„Viele sehen die Welt wie sie ist und fragen: Warum?  
Ich sehe sie so wie sie sein könnte und frage: Warum nicht?“*

Robert Kennedy

Fragt man heute nach der kommenden Weltmacht, so sind sich fast alle einig, dass China bald die USA an Macht und Reichtum herausfordern wird. Warum nicht Europa? Die Probleme, denen sich Europa heute gegenüber sieht, sind geradezu lächerlich im Vergleich zu dem, was China seit Jahren bewältigt. Marode Staatsbetriebe, Armut, technologische Rückständigkeit, bankrotte Banken, soziale Spannungen, ideologische Hindernisse, Wohlstandskluft und Korruption können die chinesische Führung nicht von ihrem konsequenten Reformweg abbringen. Seit Jahren packen die chinesischen Eliten Probleme konsequent an und lösen sie. In Europa schieben wir die Probleme stattdessen oft jahrelang vor uns her. Daher wird China als aufsteigende Macht gesehen, während Europa weiter an Bedeutung verlieren wird, wenn es nicht bald konsequente Reformen einleitet. Tatsächlich machen sich unsere Probleme wie ein Kinderspiel aus, gegen das, was China zu bewältigen hat – also nehmen wir die Herausforderung an und führen wir Europa wieder an die Spitze!

Auf den nächsten Seiten wird in drei großen Kapiteln erläutert, wie dies erreicht werden kann. Dabei befassen wir uns zuerst mit der inneren Ordnung der Union und einer effizienteren, demokratischeren und transparenteren Ausgestaltung ihrer Institutionen. Der Schwerpunkt des darauf folgenden Kapitels ist die Außenpolitik und Europas zukünftige Rolle in der Welt. Schließlich werden im dritten Abschnitt Reformen vorgeschlagen, um Europa wieder zum stärksten Wirtschaftsraum der Welt zu machen.

### 4.1) Ein Europa der Bürger

*„Wir bilden keine Koalitionen zwischen Staaten,  
sondern eine Union der Völker“*

Jean Monnet, 1952

Oft gefordert aber (fast) nie eingehalten wird auf nationaler, aber auch auf EU-Ebene, die Einbeziehung der Bürger, denn allzu oft wird von den Staats- und Regierungschefs über die Köpfe der Bürger hinweg verhandelt und beschlossen. Allerdings sehe ich hier nicht nur eine Bringschuld der EU bzw. der Staaten, sondern auch eine Holschuld von uns, den Bürgern. Es reicht nicht, mehr Bürgernähe zu fordern, wir Bürger müssen uns auch interessieren – zumindest indem wir an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen. Wir müssen

begreifen, dass Europapolitik nicht Außenpolitik, sondern Innenpolitik ist. Mit einer Beteiligung von nur 45 Prozent, wie bei der Europaparlamentswahl 2004, demonstrieren aber auch große Teile der Bevölkerung ihr Desinteresse.

Speziell der Jugend wird oft vorgeworfen, politisch uninteressiert zu sein. Dies halte ich jedoch für ungerechtfertigt. Zugegeben, die meisten Jugendlichen interessieren sich nicht für die klassische Parteipolitik, doch ehrlich gesagt, ist das durchaus nachvollziehbar. Was aber oft übersehen wird, ist das große Engagement von Millionen Jugendlichen in ganz Europa für Umwelt, soziale Anliegen und Frieden. Amnesty International, der WWF oder Greenpeace wissen, dass sie bei den jungen Menschen Europas die meisten Unterstützer haben. Bezieht man diese neue – und sehr zeitgemäße und positive – Art des politischen Engagements ein, so halte ich die europäische Jugend für erfreulich aktiv. Beispielsweise arbeiten mehr als 1,3 Millionen junge Europäer bei Amnesty International mit – rund vier Mal so viele wie US-Amerikaner.<sup>98</sup>

Europa begeistert die Jugend hingegen noch selten – wiederum zu unrecht, denn speziell die Jungen profitieren von der Freiheit und den Chancen, die die EU schafft. Daher könnten die Nicht-Regierungsorganisationen (so genannte NGOs), wie Umweltschutz- und Bürgerrechtsgruppen, eine entscheidende Rolle spielen, denn die EU hat als erste politische Einheit weltweit diesen Gruppen zugestimmt vollwertige Partner bei Entscheidungsprozessen zu sein.<sup>99</sup> Erleben die jungen Menschen Europas, dass sie über diese Vereinigungen der Zivilgesellschaft aktiv an Politik in Europa mitwirken können, während ihren Kollegen in den USA und anderen Ländern das nicht möglich ist, so kann das zu einer Begeisterung für Europa führen, die hilft das gesamte Projekt noch erfolgreicher und vorbildlicher zu machen.

Heute werden leider viele Errungenschaften der EU nicht ihr zugeschrieben – bei den Fehlern ist man da viel konsequenter. Erfolge werden von nationalen Politikern meist für sich reklamiert, während die EU – unterstützt von reißerischen Medien – oft als Belastung dargestellt wird. Wenn nach einem EU-Gipfel (fast) alle Regierungschefs in ihrem Heimatland erklären, sie hätten die gefassten Beschlüsse ja nicht unterstützt, aber konnten sich gegen die Übermacht der anderen nicht durchsetzen, dann fragt man sich, wie die Beschlüsse denn zustande kommen – zumal meist das Vetorecht jedes Staates gilt! Offensichtlich wollen sich viele Politiker in ihrer Heimat profilieren, indem sie die EU als Sündenbock hinstellen, wenn unangenehme Maßnahmen nötig sind. Hier sehe ich eine wesentliche Kontrollaufgabe der Medien, die Politikern mehr auf die Finger schauen müssen, damit diese in Brüssel und Zuhause ehrlicher zu der Meinung stehen, die sie kommunizieren! Generell rufe ich die Medien auf, aktiv an einer positiven Stimmung in und für Europa beizutragen. Wenn in den Medien stets nur negativ berichtet wird, etwa darüber, wie niedrig wohl die

---

<sup>98</sup> Quelle: Angaben von Amnesty International

<sup>99</sup> Quelle: Rifkin 2004, S. 258.



Wahlbeteiligung an den EU-Wahlen sein wird, so trübt das die Meinung gegenüber der Union und führt letztendlich auch dazu, dass die negativen Vorhersagen bisweilen auch eintreffen. Betonen wir doch mehr die positiven Entwicklungen in Europa, die Fortschritte im Umweltschutz, bei der Integration oder Entwicklungshilfe, anstatt über Kleinigkeiten zu lamentieren. Durch eine positive Grundstimmung verbessert sich nicht nur der Umgang der Menschen miteinander, sondern auch die träge Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre kann so besser überwunden werden.

Wenn wir von „denen in Brüssel“ sprechen, statt von „uns Europäern“, dann ist das bereits ein sehr deutliches Zeichen, dass die europäische Solidarität bzw. der europäische Einigungsgedanke noch nicht selbstverständlich sind. Leider ist es heute (privat, aber auch medial) populär über „die Politiker“ herzuziehen. Nicht, dass ich von den meisten unserer Spitzenpolitiker besonders begeistert wäre oder mir die frühere Obrigkeitsgläubigkeit zurückwünschte, aber durch Fehler einzelner Politiker ist es mittlerweile so weit gekommen, dass viele Menschen den Glauben an die Funktionsfähigkeit politischer Mechanismen bzw. der Demokratie generell verloren haben. Klagen über Klientelpolitik, Lobbyismus und ähnliches beschränken sich nicht auf die Stammtische, sondern prägen den medialen Diskurs, wodurch das politische System zunehmend in Verruf kommt – und damit, ohne dass es die meisten wohl beabsichtigen – unterminiert wird.

Bürger und Staat werden einander als zunehmend entfremdet dargestellt und wahrgenommen, dabei ist dies eine unlogische Sichtweise, denn was ist der Staat, wenn nicht die Summe seiner Bürger? Nicht Gesetze, Beamte (die ja Bürger sind) oder Politiker (die wiederum Bürger sind) machen den Staat aus, sondern die Bürger. Dies gilt insbesondere für ein abstraktes Gebilde wie die EU bzw. die Idee der europäischen Einigung: Diese gibt es entweder in unseren Herzen oder es gibt sie gar nicht. Wenn wir für diese Einigung nicht arbeiten und uns einsetzen, dann wird sie nicht funktionieren!

Ein wichtiger Schritt, damit sich die Europäer als die Einheit begreifen, die sie sind, ist, dass wir uns gegenseitig besser kennen lernen. Dazu können verstärkte Schüleraustausche, Studieren im Ausland, aber auch die Erleichterung des Arbeitsplatzwechsels beitragen. Europa hat hier noch viel Potential: Während in den USA rund die Hälfte der Bürger in einem anderen Staat als ihrem Geburtsstaat leben, sind es in der EU weniger als 5 Prozent, die überhaupt einmal für längere Zeit außerhalb ihres Heimatlandes gelebt haben.<sup>100</sup> Nur 1,6 Prozent der EU-Bürger leben in einem anderen als ihrem Geburtsland.<sup>101</sup>

---

<sup>100</sup> Quelle: Kluge/Fassbender 2003, S. 53.

<sup>101</sup> Quelle: The Economist, 25. September 2004, S. 15.

## A) Echte Einheit in Europa

*Wir hoffen, ein Europa zu sehen, wo die Menschen aller Länder sich ebenso sehr als Europäer betrachten wie als Bürger ihres Heimatlandes, und ... wo immer sie in diesem großen Reich hinkommen, das Gefühl haben werden: ‚Hier bin ich zu Hause.‘*  
Winston Churchill, 1948

1992 machte sich Europa auf den Weg vom Staatenbund zum Bundesstaat: Nach Jahrzehnten der primär ökonomischen Integration, sollte Europa künftig auch auf der politischen Ebene enger zusammenwachsen. Insbesondere in der Außenpolitik sollte der Kontinent mit einer Stimme sprechen und so mehr Geltung in der Welt erlangen. Tatsächlich erreicht und umgesetzt wurde von den damals formulierten Zielen jedoch in den letzten Jahren fast nichts. Das erbärmliche Tauziehen um den Irakkrieg 2003, der Europa tief gespalten zwischen Befürwortern und Gegnern zurückließ, hat überdeutlich aufgezeigt, wie dringend politische Integration für das Funktionieren der Union nötig ist. Doch jeden Tag wieder muss man als Bürger erleben, dass die Staats- und Regierungschefs nicht bereit sind, einen Teil ihrer Macht an Brüssel abzugeben. Europa 2006, das ist kein Bundesstaat, sondern noch immer ein Staatenbund, in dem bisweilen auch heftig gestritten wird.

Europa stehen heute zwei Wege der Entwicklung offen: Entweder wir einen uns wie es die USA taten, die von einem losen Verband einiger kleiner Kolonien zu einem starken Staat wurden, oder wir bleiben wie das Heilige Römische Reich Deutscher Nation: Ein wirtschaftlicher Koloss auf politisch tönernen Füßen. In diesem Reich stritten starke Fürsten untereinander und waren nicht bereit, sich einander oder dem Kaiser unterzuordnen. Durch diese Zerstrittenheit war das Reich außenpolitisch jahrhundertlang bedeutungslos, obwohl es an Bevölkerung und Wirtschaftskraft das Potential zur Weltmacht hatte. Anstatt einer nationalen Einigung, gab es die Selbstzerfleischung des 30-jährigen Krieges und 1806 die Auflösung durch Napoleon.

Die deutschen Fürsten zogen es über Jahrhunderte vor, ein bisschen Macht nach innen zu haben, anstatt tatsächlich Weltpolitik gestalten zu können. Dasselbe traurige Schauspiel führen seit geraumer Zeit die Politiker europäischer Staaten vor: Immer wieder wird auf nationale Interessen gepocht; eine Unterordnung unter eine gemeinsame europäische Position gibt es nicht. Mit ihrer Zerstrittenheit verurteilen sich die EU-Staaten gegenseitig zur Bedeutungslosigkeit, anstatt mit einer starken Stimme für Europa zu sprechen und dann auch gehört zu werden.

## B) Endlich eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik

*„Wer zu spät kommt, den bestraft die Geschichte“*

Michael Gorbatschow

Am 10. Juli 2003 feierte Tony Blair seinen „Sieg“ beim Ringen um die EU-Verfassung, weil er durchgesetzt hatte, dass in der Außenpolitik weiterhin jedes Land ein Vetorecht hat. Gratuliere, Herr Blair – haben Sie eine Ahnung, was sie da angerichtet haben? Damit ist Europa weitere Jahre zur Machtlosigkeit verdammt, denn ich kann mir kaum vorstellen, dass es auch nur ein Thema von Wichtigkeit gibt, bei dem nicht zumindest einer der Mitgliedstaaten einen Einwand hätte. Wer nicht begreift, dass man in einer Gemeinschaft auch einmal seine nationalen Interessen den Gemeinschaftsinteressen unterordnen muss, der darf nicht überrascht sein, wenn einzelne Länder, die schneller voranschreiten wollen, es irgendwann satt haben immer zu warten und mit gleich gesinnten alleine voranschreiten. Genau das kündigten die frustrierten EU-Gründerländer nach dem gescheiterten Verfassungsgipfel Anfang 2004 an. Gerade Deutschland und Frankreich werden als Nettozahler und einwohnerreichste Staaten nicht ewig zu immer weiterem Machtverzicht bereit sein. Es ist erstaunlich, dass oft gerade die größten Nettoempfänger, so etwa Spanien und Polen, am wenigsten zu Kompromissen bereit sind, denn sollte das ganze Projekt scheitern, sollte die EU zerfallen, dann verlieren sie am meisten. Die Milliarden aus Brüssel zu nehmen, aber zu keinerlei Zugeständnissen bereit sein, das kann auf Dauer nicht gut gehen, denn ohne Solidarität und Gesprächsbereitschaft kann diese Union nicht funktionieren!

Immer dann, wenn einzelne Länder wichtige Reformen blockieren kommt in der EU die Diskussion um das Vorantreiben der Integration in verschiedenen Geschwindigkeiten („Europa der zwei Geschwindigkeiten“) auf. Dies hat auch immer wieder ganz gut funktioniert – so unter anderem bei der Einführung des Euro, den Mitte 2006 12 Länder als nationale Währung haben, 13 aber (noch) nicht. Bei einigen Integrationsschritten macht dieses Konzept durchaus Sinn, um unterschiedliche Interessen unter einen Hut zu bringen, in der Außenpolitik gilt dies aber nicht. Denn hier wird Europa nur Gewicht haben, wenn es mit einer Stimme spricht. Wenn auch nur ein Land eine andere Meinung vertritt, wird Europa als gespalten erscheinen. Eine gespaltene EU kann aber außenpolitisch nicht erfolgreich sein!

Die Bevölkerung befürwortet laut Umfragen die Schaffung einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik: 70 Prozent sind für dieses Ziel.<sup>102</sup> In einer Studie des Deutschen Marshall Fund vom Juni 2004 sprachen sich rund zwei Drittel der Befragten dafür aus, dass die EU „eine Supermacht wie die USA“

<sup>102</sup> Quelle: Defense & Foreign Affairs: Strong Popular Support for Common EU Policies“, European Report, 3. Mai 2003.

werden soll. Das heißt nicht unbedingt, dass die EU die USA herausfordern soll: Dies wünscht kaum ein Drittel der Bürger. Viel mehr geht es darum, „*effektiver mit den USA bei der Lösung internationaler Probleme zu kooperieren*“.<sup>103</sup> Sprechen wir mit einer Stimme, so wird diese nicht zu überhören sein. Wenn wir hingegen untereinander streiten, dann sind wir weiter unbedeutend. Ich will dabei keinen Mega-Staat oder allmächtigen Leviathan. Im Gegenteil, die EU soll und wird sich stets nur um beschränkte Bereiche kümmern – die Hauptbetätigungsfelder der Union sollten die Außenpolitik, Kriminalitätsbekämpfung sowie die Verteidigung sein, also Bereiche, die unionsweit besser zu lösen sind, als auf unteren Ebenen. Das Subsidiaritätsprinzip wird weiter aufrecht bleiben.<sup>104</sup> Innenpolitik, Regional- und Lokalpolitik werden – und sollen – bleiben wie sie sind. Die meisten Bereiche des täglichen Lebens – Straßen, Schulen, Mieten und ähnliches werden sich nicht ändern. Jeder spricht weiterhin seine Sprache und tanzt seine Tänze. Niemand braucht zu fürchten, seine regionale oder staatliche Identität zu verlieren, nur weil es die EU gibt – Jahrhunderte englischer Herrschaft haben weder Schotten noch Iren ihre Identität gekostet, dasselbe gilt für Katalanen, Bayern und viele andere – wie sollte uns da die freiwillige Mitgliedschaft in Europa schaden? Im Inneren bleibt Europa wie es ist, das tägliche Leben ändert sich nicht – nur statt peinlicher Streitereien der EU-Länder in der Außenpolitik, erhalten wir ein geeintes Europa, das mit einer starken Stimme spricht, das gehört wird und auf das wir stolz sein können!

Seien wir doch ehrlich: Die Politiker Europas sind heute so sehr damit beschäftigt, ihre Sozial- und Pensionssysteme zu reformieren, dass sie gar keine Zeit für Außenpolitik haben. Der Wille, wie auch die Fähigkeit zur Gestaltung von Weltpolitik, ist uns schon lange abhanden gekommen. Warum also sträuben sich so viele dagegen, diese Agenden der EU zu übergeben?

Ähnlich schlecht ist die Lage bei der Verteidigungspolitik. Warum gibt es in Europa noch immer über 20 verschiedene Armeen mit insgesamt über 2 Millionen (!) Soldaten? Was wir brauchen, ist ein guter Katastrophenschutz, Friedenstruppen sowie eine kleine effiziente Kampftruppe, die bei Völkermord oder anderen Menschenrechtsverletzungen schnell und effektiv eingesetzt werden kann, um Menschenleben zu retten. Eine unkoordinierte Ansammlung von Truppen wie wir sie derzeit haben, ist nicht fähig, Krisen zu lösen. Verschmelzen wir doch endlich die europäischen Verteidigungsstrukturen, um die Aufgaben des 21. Jahrhunderts lösen zu können. Dabei können sich einzelne Länder durchaus auf gewisse Gebiete spezialisieren – etwa die neutralen auf Katastrophenschutz, Rettungs- und Sanitätsdienste, während andere (wohl vor allem Frankreich und Großbritannien) auch Kampftruppen stellen werden.

<sup>103</sup> Quelle: The Economist, 25. September 2004, S. 8.

<sup>104</sup> Jede Aufgabe soll von der niedrigstmöglichen Gebietskörperschaft erledigt werden. Erst wenn diese überfordert ist, kommt eine höhere Stelle zum Zug.

Ein derartige Einigung muss die NATO nicht ad absurdum führen: Europa und die USA haben in den letzten Jahrzehnten von der transatlantischen Partnerschaft profitiert, und so soll es auch bleiben. Allerdings muss dies eine Partnerschaft sein und nicht eine Diktatur der USA. Europa muss stark und entschlossen genug sein, sich gegen die USA zu behaupten und notfalls auch seine eigene Position gegen den Willen der USA durchzusetzen. Gelingt es, mit den USA gleichberechtigt eine funktionierende Partnerschaft zu etablieren, so ist das jedem Konflikt vorzuziehen. Wenn die USA aber einen unserer Meinung nach falschen Kurs gehen und dabei Konflikte in der Welt schaffen oder schüren, so müssen wir untereinander einig und nach außen stark genug sein, um die USA zu bremsen. Ich plädiere für eine Kooperation mit vernünftigen USA, aber nicht als deren Erfüllungsgehilfe, wie es Großbritannien im Irakkrieg war.

Für eine starke Außenpolitik braucht die EU im militärischen Bereich ein gemeinsames Kommando. Heute geben die USA politisch und militärisch den Ton an, während Europa machtlos ist und die Aktivitäten der USA meist widerspruchslos mitträgt – und damit oft erst ermöglicht. Während sich die USA durch Machtwillen und effiziente Institutionen auszeichnen, sind die Europäer oft untereinander zerstritten, eifersüchtig und durch ineffiziente Organisationsmechanismen behindert. Wenn wir das nicht ändern, werden wir auch in hundert Jahren noch die machtlosen Erfüllungsgehilfen der USA sein.

#### C) Effizientere Organisation nach innen für mehr Effektivität nach außen – Institutionen in der Union

Als die EU vor fünf Jahrzehnten als „Wirtschaftsclub“ von sechs Staaten gegründet wurde, gab sie sich Institutionen, die für ihre damaligen Aufgaben angemessen waren. Heute hat der jedoch Bund 25 Mitglieder und neben der wirtschaftlichen Union ringt man auch um eine politische Einigung. Die Institutionen sind aber nicht im selben Ausmaß mitgewachsen, und so ist die EU heute ein wirtschaftlicher Koloss ohne politisch effiziente Institutionen. Insbesondere war es früher nicht nötig, dass die Kommission Politik auch gestaltet – heute bräuchte die EU aber eine derartige gestaltende Regierung. Dies verhindern derzeit aber noch die Machtansprüche der Nationalstaaten.

Einer der großen inneren Widersprüche der EU ist, dass diese freiwillige Vereinigung demokratischer Staaten in ihrer Entscheidungsstruktur nach wie vor relativ wenige demokratische Elemente hat. Dies ist bedauerlich, denn es verstärkt die EU-Skepsis vieler Bürger. Eine Kommission, die von den nationalen Regierungen eingesetzt wird, anstatt dem Parlament verantwortlich zu sein wie jede nationale Regierung, ist demokratisch kaum legitimiert. Auch an tatsächlicher Durchsetzungskraft mangelt es dieser „Regierung“ der EU, denn die wichtigen Entscheidungen werden nach wie vor von den nationalen Regierungschefs getroffen. Eine Sternstunde der Demokratie auf EU-Ebene war

sicherlich, als Ende Oktober 2004 der designierte EU-Kommissionspräsident Barroso seinen Kommissionsvorschlag zurückziehen musste, weil das Parlament ihn wohl abgelehnt hätte. Damit nahm das Parlament erstmals massiven Einfluss auf die Zusammensetzung einer Kommission, die in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung einige Personen von zweifelhafter Kompetenz bzw. fragwürdigen Überzeugungen beinhaltete.<sup>105</sup>

Ich will mich sicher nicht im Dschungel der Diskussion über die zukünftige Gestaltung der Institutionen der EU verlieren. Allerdings dürfte jedem Leser klar sein, dass die Vision eines neuen Europa nur zu verwirklichen ist, wenn das kleinliche Streiten um rotierende oder gewählte EU-Vorsitze, Kommissare für jedes Land, etc. endlich aufhört. Betrachten wir daher kurz drei der wichtigsten politischen Entscheidungsträger bzw. Repräsentanten der Union und was man an der Ausgestaltung ihrer Funktion ändern könnte, um die EU handlungsfähiger zu machen. Leitbild ist dabei, Strukturen zu schaffen, wie sie jeder Bürger in seinem eigenen Land erlebt und wie sie ihr/ihm damit auch verständlich sind.

### **EU-Präsidentschaft:**

Ursprünglich wurde die halbjährlich wechselnde Präsidentschaft der damals sechs EU-Länder geschaffen, damit man bei den Gesprächen einen Vorsitzenden hat, ohne einzelne Länder zu benachteiligen. Die Funktion selbst hatte kaum politische Bedeutung, denn an eine politische Union oder gar eine eigenständige Außenpolitik, dachte damals noch niemand.

Heute wird diese politische Union aber langsam Realität und damit wandelt sich auch die Präsidentschaft. Die EU braucht einen Repräsentanten, der über mehrere Jahre der Sprecher und Vertreter der Union ist. Bei 25 Mitgliedern macht ein rotierender Vorsitz keinen Sinn mehr, denn dabei kommt jedes Land ohnehin nur für sechs Monate alle 13 Jahre an die Reihe. Selbst ohne Peinlichkeiten, wie etwa der Präsidentschaft Italiens unter Berlusconi 2003, ist es generell unverständlich, wie man eine mittlerweile so arbeitsintensive und wichtige Funktion einem Regierungschef übertragen kann, der ohnehin mit der Lenkung seines Landes schon an die Grenzen seiner Belastbarkeit ist. Das logische Ergebnis einer solchen Politik sind unprofessionelle und fruchtlose Präsidentschaften, anstatt eine Person zu haben, die mit voller Kraft für die Union arbeitet und die nach außen und innen als Identifikationsfigur der EU wirkt.

Zweckmäßig erscheint mir daher die Einrichtung eines echten Präsidentenamtes mit einer Amtszeit von 4 oder 5 Jahren. Aus meinem demokratischen Grundverständnis finde ich, der Präsident sollte in einer europaweiten Wahl bestimmt werden. Alleine der Wahlkampf und die Tatsache, dass sich alle Bürger an derselben Wahl beteiligen könnten, wäre ein starker einender Faktor, durch den sich die Bürger endlich als Europäer fühlen könnten. Wichtig scheint mir auch

---

<sup>105</sup> Quelle: ORF Online am 27. Oktober 2004,  
[www.orf.at/041027-79918/79919txt\\_story.html](http://www.orf.at/041027-79918/79919txt_story.html).

die enorme Legitimation, die ein EU-Präsident aufgrund seiner Wahl durch das Volk genießen würde. Dieser Präsident würde auf der ganzen Welt als Repräsentant der EU erkannt werden, denn heute weiß wohl kaum ein ausländischer Staatsmann, an wen er sich wenden soll, wenn er mit „der EU“ sprechen will.

### **Kommission:**

Das, was in der EU derzeit einer Regierung am nächsten kommt, ist die EU-Kommission, in die derzeit jedes Land einen Kommissar entsendet (dies wird bald durch ein Rotationssystem abgelöst, so dass jedes Land 2/3 der Zeit einen Kommissar stellt). Die tatsächliche Macht der Kommission ist jedoch gering, denn letztendlich treffen nach wie vor die nationalen Regierungschefs die wichtigsten Entscheidungen. Bei einer mittlerweile 25 Länder umfassenden Union, ist dies jedoch problematisch, denn ständig sind in irgendeinem der EU-Länder Wahlen (im Schnitt alle 2 Monate in einem Land!), so dass stets irgendeine Regierung mit Veto drohen wird, um sich vor der Wahl zu profilieren und ihre Stärke zu demonstrieren. Welchen Sinn macht es, dass z.B. die Regierungen der Binnenländer Österreich oder Tschechien über Fischereiangelegenheiten mitentscheiden? Oder warum sollten die Regierungschefs von Finnland, Irland oder Malta bei einer Regelung des Alpentransits ein Veto einlegen können?

Selbstverständlich gibt niemand gerne Macht ab und der Slogan „Nicht noch mehr Macht nach Brüssel!“ bringt fast überall Wählerstimmen, doch wenn weiterhin von allen Seiten auf Sonderrechte gepocht wird, wird dieses Europa irgendwann wieder auseinander brechen! Jene Länder, die eine wirkliche politische Union wollen, werden sich nicht ewig von den anderen bremsen lassen. Gerade Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten auf so viel Macht verzichtet und so viel Geld in die Unionskassen eingezahlt, dass irgendwann die Sinnfrage auftauchen wird, wenn andere Länder, die keine derartigen Opfer gebracht haben, jede weitere Integration boykottieren.

Sehr gut lässt sich die Fragwürdigkeit vieler heutiger Mechanismen an der Zusammensetzung der EU-Kommission zeigen. Auf den ersten Blick mag vielen der Gedanken „Ein Land – ein Kommissar“ fair erscheinen, doch ist er näher betrachtet völlig absurd. Warum stellt Malta mit seinen 395.000 Einwohnern einen Kommissar, Regionen wie Paris, das Ruhrgebiet oder die Poebene mit jeweils über 10 Millionen Menschen aber nicht?

Neben der Zusammensetzung der Kommission müssen vor allem ihre Machtbefugnisse geklärt werden. Im Gegensatz zu jeder nationalen Regierung ist die Kommission ein ziemlich „zahnloser Tiger“, denn ihr fehlen viele der klassischen Machtinstrumente einer Regierung. Wenn die Bürger und Regierungen der EU zum Entschluss kommen, tatsächlich eine politische Union

anzustreben, die die europäischen Völker nach Außen vertritt, dann ist es unumgänglich, der Kommission als ausführenden Regierung dieser Politik, die dafür nötigen Machtbefugnisse zu geben. Dies bedeutet automatisch eine Beschränkung der Macht der nationalen Regierungen, denn eine Union mit einem Veto für jedes Land in (fast) allen Angelegenheiten kann nicht funktionieren. Das Geschacher um die Bestellung eines neuen EU-Kommissionspräsidenten im ersten Halbjahr 2004 hat einmal mehr gezeigt, dass die Bestellung der Spitzenvertreter nach wie vor undurchsichtig ist und nationalen Machtkalkülen folgt. Die Mechanismen und Antriebe sind dabei einer Kaiserwahl im mittelalterlichen Deutschland nicht unähnlich: Damals wählten die Fürsten oft einen schwachen Fürsten mit nur kleinem Territorium zum Kaiser, denn damit konnten weiterhin sie den Ton angeben, während der Kaiser letztlich machtlos blieb. Genau das erleben wir heute, wenn die Staats- und Regierungschefs einen neuen EU-Kommissionspräsidenten auswählen: Auch hier wird bisweilen bewusst ein mittelmäßiger Kandidat gewählt, damit vor allem die Regierungschefs der großen Staaten weiterhin den Ton angeben können. Wie im mittelalterlichen Deutschland, schwächt dies aber letztlich die gesamte Union und führt zu weniger Fortschritten, als eigentlich möglich wären.

### **Parlament:**

Auch das Parlament der EU hat heute noch wesentlich weniger Machtbefugnisse als die nationalen Parlamente in den Mitgliedsländern. Daher muss es in seinen Befugnissen gestärkt werden, um die demokratischen Strukturen der Union zu festigen. Kern einer solchen Stärkung muss die Budgethoheit sein, denn wer über das Geld bestimmt, hat auch wirklich Macht (das ist in der Politik nicht anders als sonst wo). Weiters sollte ihm die Kommission verantwortlich sein und es sollte diese auch absetzen können.

Doch auch die Zusammensetzung und der Aufbau des Parlaments sind heute nicht optimal. Um den kleineren Mitgliedsländern die Angst vor einer Dominanz der Großen zu nehmen, sind die kleinen Länder im Parlament überdurchschnittlich stark vertreten. Dass dies zutiefst undemokratisch ist, fällt wieder erst bei genauerem Hinsehen auf: So hat Luxemburg mit 432.000 Einwohnern sechs Sitze, während Deutschland mit 82 Millionen Einwohnern 99 Sitze hat. Es werden also 72.000 Luxemburger von einem Parlamentarier vertreten, während es für denselben Sitz in Strassburg 828.000 Deutsche braucht. Ist ein Luxemburger elf Mal soviel „wert“ wie ein Deutscher? Anders lässt sich dieses Ungleichgewicht kaum argumentieren! Warum sind die 700.000 Griechen, die es mehr gibt als Ungarn, keinen Sitz wert, während die 700.000 Zyprioten sechs Sitze erhalten?

Sinnvoller schiene mir hier, sich am sehr gut funktionierenden System der USA ein Vorbild zu nehmen, denn wenn wir uns derzeit etwas von den USA anschauen können, dann ist es ihre Verfassung und der Aufbau ihrer Regierung



und Verwaltung. Dies ist in den USA sehr einfach, klar und transparent gemacht. Vergleichbar dem US-Kongress sollte in Europa in einer Kammer die Sitzverteilung entsprechend der Bevölkerungsverteilung sein (als Regel: Jede begonnene Million = 1 Sitz), während in der zweiten Kammer analog zum US-Senat jeder Staat zwei (oder auch drei, aber jeder dieselbe Anzahl) Sitze haben sollte. Für ein Gesetz wäre die Mehrheit in beiden Kammern notwendig.

**Box IV: Die derzeitige und eine vorgeschlagene Sitzverteilung im EU-Parlament in Strassburg**

<i>Land</i>	<i>Ein- wohner (Mio.)</i>	<i>Sitze im EP (derzeit)</i>	<i>„gerecht- fertigt“*</i>	<i>Ein Sitz pro Mio.</i>	<i>Senat (3 Sitze pro Land)</i>
<i>Deutschland</i>	82,3	99	133	83	3
<i>Frankreich</i>	59,2	78	96	60	3
<i>Großbritannien</i>	58,8	78	95	59	3
<i>Italien</i>	57,9	78	94	58	3
<i>Spanien</i>	41,1	54	66	42	3
<i>Polen</i>	38,6	54	62	39	3
<i>Niederlande</i>	16,0	27	26	17	3
<i>Griechenland</i>	10,6	24	17	11	3
<i>Belgien</i>	10,3	24	17	11	3
<i>Tschechien</i>	10,3	24	17	11	3
<i>Portugal</i>	10,0	24	16	11	3
<i>Ungarn</i>	9,9	24	16	10	3
<i>Schweden</i>	8,9	19	14	9	3
<i>Österreich</i>	8,2	18	13	9	3
<i>Dänemark</i>	5,4	14	9	6	3
<i>Slowakei</i>	5,4	14	9	6	3
<i>Finnland</i>	5,2	14	8	6	3
<i>Irland</i>	3,8	13	6	4	3
<i>Litauen</i>	3,5	13	6	4	3
<i>Lettland</i>	2,3	9	4	3	3
<i>Slowenien</i>	2,0	7	3	3	3
<i>Estland</i>	1,4	6	2	2	3
<i>Zypern</i>	0,7	6	1	1	3
<i>Luxemburg</i>	0,4	6	1	1	3
<i>Malta</i>	0,4	5	1	1	3
<b><i>Gesamt</i></b>	<b>452,6</b>	<b>732</b>	<b>732</b>	<b>467</b>	<b>75</b>

*\* bei proportionaler Verteilung der derzeitigen 732 Sitze, also wenn jeder Einwohner gleich viel zählt*

Durch die gewonnene Macht in der zweiten Kammer würden die kleineren Länder entschädigt für den Machtverlust in der ersten Kammer. Damit sich die Bürger mit den Institutionen der EU identifizieren können, müssen die Entscheidungsregeln transparent sein – und das sind sie heute nicht. Gäbe es einen Senat, in dem jedes Land z.B. drei Sitze hat und ein „Unterhaus“, in dem jede Million Bürger durch einen Parlamentarier vertreten ist, so wäre es transparent und nachvollziehbar.

Was wir aber ebenso dringend brauchen wie gute Institutionen, damit Europa funktioniert, sind Bürger, die sich interessieren und die sich demokratisch beteiligen. Diese Beteiligung beginnt bei der Teilnahme an Wahlen – doch leider ist oft nur noch die Hälfte der Bürger bereit, diesen minimalen Aufwand auf sich zu nehmen, um ihre Meinung einzubringen. Das ist bedauerlich, denn es sind zu viele gute Menschen im Kampf um dieses Wahlrecht gestorben, als dass wir es jetzt einfach „wegwerfen“ dürften – in vielen anderen Ländern setzen die Menschen nach wie vor ihr Leben aufs Spiel, um für dieses Recht zu kämpfen, und wir sind zu faul, dafür eine halbe Stunde Zeit in Kauf zu nehmen?!

#### **4.2) Nicht Festung Europa, sondern Offenheit und Hilfe für andere**

*„Europa ist ein neues Land der unbegrenzten Möglichkeiten für Millionen Menschen auf der ganzen Welt, die auf der Suche nach einem besseren Morgen sind“*  
Jeremy Rifkin

Europa ist vor allem durch den Austausch mit anderen Kulturen zu dem geworden, was es heute ist. So liegt die Wiege unserer Kultur in Mesopotamien, unsere Schrift kommt aus dem Libanon, unsere Zahlen aus Arabien.<sup>106</sup> Doch ebenso haben wir diesen Ländern viele Errungenschaften gebracht, denn keine Gesellschaft wäre heute so reich wie sie es ist, wenn es nicht Austausch gegeben hätte. Das funktioniert, weil alle Seiten voneinander profitieren können – Handel und der kulturelle Austausch erhöhen den Wohlstand aller.

##### **A) Immigranten – Die neuen Europäer**

Europa ist seit Jahrzehnten ein Kontinent, der Menschen aus anderen Regionen anzieht –sogar mehr als dies Amerika tut. Im Jahr 2000 lebten in Europa rund 56 Millionen Migranten (also Menschen, die außerhalb des Kontinents geboren wurden), in Nordamerika nur 41 Millionen.<sup>107</sup> Die Quote der Bevölkerung, die nicht in der EU geboren wurde, ist damit fast gleich hoch wie in den USA. Die

<sup>106</sup> Letztendlich kommt auch der Name Europa aus Asien, denn das Mädchen Europa wurde von Zeus aus Asien nach Kreta entführt.

<sup>107</sup> Quelle: Fischer 2004, Abbildung XXXIV.

Einstellung zu Einwanderung ist aber eine fast konträre: Die USA begreifen sich als Einwanderungsland, denn sie wissen, dass sie dadurch groß geworden sind. In der EU hingegen wird Einwanderung noch immer primär als Problem wahrgenommen, dabei ist es eine – vielleicht sogar die größte – Chance für uns.

Die moderne Einwanderung nach Europa begann nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Wirtschaftsboom sowie die Menschenverluste des Krieges sorgten damals in Europa für Arbeitskräftemangel. Die Arbeitslosigkeit in ganz Mitteleuropa lag unter einem Prozent, so dass sich die europäischen Staaten gezwungen sahen, Arbeiter aus dem Ausland anzuwerben. Zuerst in Südtalien, dann in Griechenland, Jugoslawien und der Türkei wurden „Werber“ eingesetzt, um „Gastarbeiter“ nach Mittel- und Westeuropa zu holen.<sup>108</sup> Erst mit der Wirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre stieg die Arbeitslosigkeit, womit auch erste Probleme auftraten, als „Einheimische“ fürchteten, wegen der Gastarbeiter ihren Job zu verlieren. Doch bis dahin waren viele der Immigranten bereits seit 10 oder mehr Jahren im Land – sie hatten ihre Familien nachgeholt oder hier Familien gegründet. Das Konzept des nur vorübergehend hier lebenden Gastarbeiters musste revidiert werden – viele kamen, um zu bleiben. Zwischen 1950 und 1988 kamen so 24,5 Millionen Menschen nach Deutschland, weitere 50 Millionen gingen überwiegend nach Frankreich und Großbritannien, aber auch in andere Länder.<sup>109</sup>

Bis 2050 wird die Bevölkerung der EU trotz Migration voraussichtlich um rund sieben Prozent schrumpfen, da die Geburtenrate sehr niedrig ist und die Zuwanderung nicht ausreicht, die Bevölkerungszahl zu stabilisieren. Damit die Bevölkerungszahl eines Landes nicht schrumpft, muss jede Frau im Durchschnitt 2,1 Kinder bekommen. In Europa liegt die Zahl aber unter 1,5; in Osteuropa gar bei nur 1,1. In Deutschland bleibt heute schon jede dritte Frau überhaupt kinderlos.<sup>110</sup> Dies ist nicht den Frauen vorzuwerfen, denn es liegt ebenso sehr an den Männern sowie an den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Während die EU damit heute eine reiche, rasch alternde und schrumpfende Bevölkerung hat, weisen Länder auf der anderen Seite des Mittelmeeres junge, arme und wachsende Bevölkerungsstrukturen auf. Eine Welle von Immigranten, die das Meer überqueren – legal und illegal – ist die logische Folge. Und sie ist notwendig, um unsere Bevölkerungsverteilung wieder ins Lot zu bringen. Unabhängig von unserem Willen braucht Europa Einwanderung – nicht, weil wir aussterben, das würde wohl lange dauern, aber weil wir überaltern und so das gewohnte Niveau an Sozialleistungen nicht mehr leistbar ist. Schon heute gibt es in Mitteleuropa mehr Menschen über 80 als Neugeborene. 2050 wird der durchschnittliche Europäer bereits 52 Jahre alt sein – der durchschnittliche US-

---

<sup>108</sup> Quellen: Volf/Bauböck 2001 und Buschwendter 2004.

<sup>109</sup> Quelle: Rifkin 2004, S. 271.

<sup>110</sup> Quelle: The Economist, 19. Juli 2003, S. 27.

Bürger nur 37.<sup>111</sup> Unser derzeitiges Sozial- und Pensionssystem ist daher bei der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung nicht aufrecht zu erhalten. Die Frage der Einwanderung wird vielleicht zur Schicksalsfrage für Europa. Es ist einfach, weltweit für ein friedliches Zusammenleben und gegenseitigen Respekt einzutreten. Es aber selbst zu praktizieren – Menschen nach Europa zu lassen und mit ihnen zusammenzuleben, sie und ihre Kultur zu respektieren, das ist die neue Herausforderung für uns alle.

Bei Menschen, die zu uns kommen, kann man zwischen Flüchtlingen und freiwilligen Migranten unterscheiden. Während die erste Gruppe in ihrer alten Heimat bedroht ist, und daher unbedingten Anspruch auf unseren Schutz hat, ist die zweite Gruppe vor allem unzufrieden mit den Möglichkeiten, die ihre Heimat bietet. Europa ist für diese Menschen oft ein Traumziel – sorgen wir dafür, dass es das auch bleibt, denn Europa, das sollte auch ein Angebot sein, eine neue Heimat zu finden! Gerade bei diesen Migrantengruppen darf und soll Europa aber auch Kriterien anlegen, um jene zu holen, die aufgrund ihrer Ausbildung und Talente gute Chancen haben, hier Arbeit zu finden, während jene, die mangels Qualifikationen auch hier keine Aussicht auf einer Verbesserung ihrer Lage hätten, dies schon in ihrem Heimatland erfahren sollten. Dabei wäre durchaus ein Punktesystem möglich, in dem (wie in Kanada) beispielsweise Bildung, Alter, etc. berücksichtigt werden. Ein ähnliches Vorgehen wird wohl irgendwann auch für Europa nötig sein, denn mit einem Zustrom unqualifizierter Immigranten, die bei uns dann keine Arbeit finden, ist weder den Migrantengruppen noch uns gedient. Legt man die Kriterien klar fest, damit die Menschen schon in ihrer Heimat wissen, ob sie Chancen auf eine Aufnahme haben, so kann dies die Immigration in geordnete Bahnen lenken.

Wir brauchen uns dabei nicht vor Einwanderern zu fürchten – es kommen nicht zigmillionen, die uns überschwemmen. Immigranten kosten auch nicht mehr als sie bringen, sondern sie zählen stets zu den Nettoeinzahlern in alle Sozialsysteme, denn meist sind es die Jungen, Klugen und Engagierten, die Mutigen und Gebildeten, die den Schritt in eine neue Welt wagen. Ein Afghane, Kurde, oder Nigerianer, der sich ohne Geld auf den weiten Weg nach Europa macht, beweist schon durch diese Tat, dass er ein unternehmenslustiger und mutiger Mensch ist. Genau solche brauchen wir heute in Europa. Heißen wir sie willkommen und helfen wir ihnen so weit wir können – denn sie bringen neue Ideen, Geschäfte, Konsum- und Arbeitskraft zu uns. Lassen wir uns nicht länger von rechten und xenophoben Parteien Angst machen – Immigranten sind dynamische junge Menschen – lässt man sie nicht rein, so werden die am meisten Verzweifelten trotzdem einen Weg finden – doch müssen einige mangels legaler Arbeitsmöglichkeiten ihre Energie dann im Untergrund und der Kriminalität verwenden, nicht im produktiven Streben.

---

<sup>111</sup> Quelle: Format, 14. März 2003, S. 7

Das Fremde ist keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung – so wie ein Gericht mit verschiedensten Gewürzen interessanter schmeckt als ein ungewürztes, so schafft auch das Zusammentreffen vieler Kulturen neue Möglichkeiten und kreatives Potential. Wie viel Angst müssen xenophobe Menschen haben, um sich gegen diese Bereicherung aufzulehnen? Jedes Jahr fahren rund zehn Millionen Europäer in die Türkei auf Urlaub, weil dort die Menschen so gastfreundlich sind, das Essen so gut und das Land so schön ist – warum schimpfen diese Menschen dann über Türken oder andere Ausländer, wenn sie wieder zuhause sind?

Der Erfolg und die Dynamik der USA beruht darauf, dass sie stets bereit waren, den Ehrgeizigen und Klugen, die in ihren Heimatländern keine Möglichkeiten sahen oder unterdrückt wurden, eine neue Heimat zu bieten. Auch heute führen sie dieses Prinzip fort und versuchen bewusst Forscher aus dem Ausland zu bekommen. Der Erfolg kann sich sehen lassen: Rund jeder dritte Forscher in den USA kommt aus dem Ausland, insgesamt sind über 100.000 Spitzenforscher aus anderen Ländern in den USA tätig und tragen dazu bei, dass deren Wirtschaft die innovativste bleibt.

Der Einwanderung muss aber auch Integration folgen: Es reicht nicht, die Menschen ins Land zu holen und dann sich selbst zu überlassen, sondern es braucht sinnvolle Konzepte wie man die verschiedenen Kulturen integriert und auch den Zuwanderern Möglichkeiten zur Entfaltung bietet. Gerade bei jenen Migrantengruppen, von denen schon sehr viele in einem Land leben (z.B. Marokkaner in Spanien, Algerier in Frankreich oder Türken in Deutschland), droht die Gefahr einer – teils freiwilligen – Ghettoisierung.<sup>112</sup> Wenn in einem Großraum wie Berlin bereits rund eine Million Türken leben, dann bilden sich dort Sozialstrukturen und eine Infrastruktur (Geschäft, Kulturzentren, etc.), die es gar nicht mehr nötig machen, sich zu integrieren oder z.B. die Sprache der neuen Heimat zu lernen. Es ist ohne weiteres möglich, Jahre in Berlin zu wohnen, ohne je Kontakt mit Menschen deutscher Muttersprache zu haben. Genau dies passiert vor allem bei vielen Frauen aus moslemischen Kulturen. Diese besuchen Vereine und Verwandte, haben ein ausgeprägtes Sozialleben und kaufen ein – aber alles rein innerhalb ihrer Kultur. Während dies teilweise sogar von beiden Seiten gewollt ist, ist es für die Gemeinschaft als Ganzes nicht zu begrüßen, denn es droht die Zersplitterung der Gesellschaft in mehrere Subgruppen. Neid und Missgunst, aber auch gegenseitige Vorurteile und Ressentiments, gedeihen genau unter solchen Umständen.

---

<sup>112</sup> Vgl. Aslan/Klitzke 1982

## B) Trennung der Religionen überwinden

*„Was Du nicht selbst wünschst, tu nicht den anderen“*

Konfuzius (um 500 v. Chr.)

*„Füge deinen Nächsten nicht zu, was dir zuwider ist“*

Rabbi Hillel (um 100 v. Chr.)

*“Alles nun, was ihr wollt das euch die Leute tun, tut ihnen auch”*

Jesus von Nazareth

*„Was du dir nicht zufügen lassen willst, lass auch dem anderen nicht zufügen“*

Ali Ibn Abi Talib (4. Kalif und Schwiegersohn Mohammeds, rund 650 n. Chr.)

Was mehr, als diese Zitate bedeutender religiöser und philosophischer Führer ist nötig, um zu zeigen, dass die Grundbotschaft jeder Religion dieselbe ist. Wer in den einzelnen Religionen Trennendes finden will, wird auch Trennendes finden, aber die meisten werden erstaunt sein, wie ähnlich die Religionen einander sind. Wenn wir nach Gemeinsamkeiten suchen, so finden wir sie – und dabei finden wir Menschen uns als Brüder und Schwestern wieder und können dafür sorgen, dass die Welt friedlicher und besser wird.

Der Grundgedanke jeder richtig verstandenen Religion ist Toleranz. Der Grundgedanke jedes Fanatismus ist Intoleranz! Nicht Trennendes, sondern Einendes dominiert bei allen Weltreligionen, speziell die monotheistischen Religionen Judentum, Islam und Christentum, die in und um Europa am verbreitetsten sind. Sie eint die gemeinsame Überlieferung – Adam ist für alle der erste Mensch, Abraham ist unser aller Urvater, Noah baute für alle die Arche, Moses führte uns ins gelobte Land und Salomon ist unser aller sprichwörtlich kluger Herrscher – seien wir doch so, wie diese uns gewollt hätten – Brüder!

Wenn Menschen ähnliche Werte teilen, dann können sie auch gut zusammenleben. Nicht jeder Christ versteht sich mit jedem Christen, nicht jeder Moslem mit jedem Moslem. Aber sie verstehen sich, wenn sie ähnliche Werte teilen – genauso kann es zwischen einem Christen und einem Moslem sein. Ich lebe selbst als Christ in einer sehr glücklichen Ehe mit einer Muslimin – eben weil wir ähnliche Werte haben und weil wir bei unseren Religionen das Gemeinsame erkennen und nicht das Trennende!

Bereits Averroes (Ibn Roschd Abul Walid), ein arabischer Europäer – geboren in Cordoba 1126 – schlug eine Brücke zwischen Christentum und Islam und bediente sich dazu Aristoteles, der in beiden Religionen als großer Denker anerkannt wurde.<sup>113</sup> Seine philosophischen Schriften wurden von Michael

<sup>113</sup> Quelle: Personenlexikon 1999, S. 109

Scotus ins Lateinische übertragen und fanden für Jahrhunderte in Europa Anhänger. Ähnlich diesem großen Gelehrten, sollten wir alle endlich begreifen, dass die Religion eines Menschen nicht definiert, ob er gut oder schlecht ist, das tun allein seine Taten. Daher sollten wir einen Menschen auch nie nach seiner Religion, sondern nach seinen Taten beurteilen.

**Box V: Nathan der Weise**

*Es ist traurig, dass es trotz so vieler kluger Philosophen und Schriftsteller, die seit Jahrhunderten Toleranz und Verständnis predigen, immer wieder so viel Dummheit und Intoleranz gibt. Spätestens seit Lessings „Nathan der Weise“ (1779) sollte Toleranz gegenüber anderen Religionen selbstverständlich sein, denn in der Ringparabel dieses Stücks versöhnt er die drei Religionen auf sehr schöne Art: Nathan wurde von Sultan Saladin gefragt, welche Religion denn nun die wahre sei. Dieser antwortet mit einer Geschichte (Ausschnitt aus dem 7. Auftritt der III. Szene):*

*NATHAN: Vor grauen Jahren lebt' ein Mann in Osten, der einen Ring von unschätzbarem Wert aus lieber Hand besaß. Der Stein war ein Opal, der hundert schöne Farben spielte, und hatte die geheime Kraft, vor Gott und Menschen angenehm zu machen, wer in dieser Zuversicht ihn trug. Was Wunder, dass ihn der Mann in Osten darum nie vom Finger ließ; und die Verfügung traf, auf ewig ihn bei seinem Hause zu erhalten? Nämlich so. Er ließ den Ring von seinen Söhnen dem geliebtesten; Und setzte fest, dass dieser wiederum den Ring von seinen Söhnen dem vermache, der ihm der liebste sei; und stets der liebste, Ohn' Ansehn der Geburt, in Kraft allein des Rings, das Haupt, der Fürst des Hauses werde. – versteh mich, Sultan.*

*SALADIN: Ich versteh dich. Weiter!*

*NATHAN: So kam nun dieser Ring, von Sohn zu Sohn, auf einen Vater endlich von drei Söhnen; die alle drei ihm gleich gehorsam waren, die alle drei er folglich gleich zu lieben sich nicht entbrechen konnte. Nur von Zeit zu Zeit schien ihm bald der, bald dieser, bald der dritte, - sowie jeder sich mit ihm allein befand, und sein ergießend Herz' die andern zwei nicht teilten, - würdiger des Ringes; den er denn auch einem jeden die fromme Schwachheit hatte, zu versprechen. Das ging nun so, solange es ging. - Allein es kam zum Sterben, und der gute Vater kömmt in Verlegenheit. Es schmerzt ihn, zwei von seinen Söhnen, die sich auf sein Wort verlassen, so zu kränken. - Was zu tun? Er sendet in geheim zu einem Künstler, bei dem er, nach dem Muster seines Ringes, zwei andere bestellt, und weder Kosten noch Mühe sparen heißt, sie jenem gleich, vollkommen gleich zu machen. Das gelingt dem Künstler. Da er ihm die Ringe bringt, kann selbst der Vater seinen Musterring nicht unterscheiden. Froh und freudig ruft er seine Söhne, jeden insbesondere; gibt jedem insbesondere seinen Segen, - und seinen Ring, - und stirbt. - Du hörst doch, Sultan?*

*SALADIN (der sich betroffen von ihm gewandt). Ich hör, ich höre! - Komm mit deinem Märchen nur bald zu Ende. - Wird's?*

*NATHAN: Ich bin zu Ende. Denn was noch folgt, versteht sich ja von selbst. Kaum war der Vater tot, so kömmt ein jeder mit seinem Ring, und jeder will der Fürst des Hauses sein. Man untersucht, man zankt, man klagt. Umsonst; der rechte Ring war nicht erweislich; (nach einer Pause, in welcher er des Sultans Antwort erwartet) Fast so unerweislich, als uns itzt - der rechte Glaube.*

*SALADIN: Wie? das soll die Antwort sein auf meine Frage? . . .*

*NATHAN: Soll mich bloß entschuldigen, wenn ich die Ringe mir nicht getrau zu unterscheiden, die der Vater in der Absicht machen ließ, damit sie nicht zu unterscheiden wären.*

*SALADIN: Die Ringe! - Spiele nicht mit mir! - Ich dünkte, dass die Religionen, die ich dir genannt, doch wohl zu unterscheiden wären. Bis auf die Kleidung, bis auf Speis' und Trank!*

*NATHAN: Und nur von Seiten ihrer Gründe nicht. Denn gründen alle sich nicht auf Geschichte? Geschrieben oder überliefert! – Und Geschichte muss doch wohl allein auf Treu und Glauben angenommen werden? - Nicht? Nun, wessen Treu und Glauben zieht man denn am wenigsten in Zweifel? Doch der Seinen? Doch deren Blut wir sind? doch deren, die von Kindheit an uns Proben ihrer Liebe gegeben? Die uns nie getäuscht, als wo getäuscht zu werden uns heilsamer war? Wie kann ich meinen Vätern weniger als du den deinen glauben? Oder umgekehrt. Kann ich von dir verlangen, dass du deine Vorfahren Lügen strafst, um meinen nicht zu widersprechen? Oder umgekehrt. Das nämliche gilt von den Christen. Nicht?*

*SALADIN: (Bei dem Lebendigen! Der Mann hat recht. Ich muss verstummen.)*

*NATHAN: Lass auf unsre Ring' uns wieder kommen. Wie gesagt: die Söhne verklagten sich; und jeder schwur dem Richter, unmittelbar aus seines Vaters Hand den Ring zu haben. - Wie auch wahr! – Nachdem er von ihm lange das Versprechen schon gehabt, des Ringes Vorrecht einmal zu genießen. - Wie nicht minder wahr! - Der Vater, beteu'rte jeder, könne gegen ihn nicht falsch gewesen sein; und eh' er dieses von ihm, von einem solchen lieben Vater, Argwohnen lass': eh' müß' er seine Brüder, so gern er sonst von ihnen nur das Beste bereit zu glauben sei, des falschen Spiels bezeihen; und er wolle die Verräter schon auszufinden wissen; sich schon rächen.*

*SALADIN: Und nun, der Richter? - Mich verlangt zu hören, was du den Richter sagen lässest. Sprich!*

*NATHAN: Der Richter sprach: Wenn ihr mir nun den Vater nicht bald zur Stelle schafft, so weis ich euch von meinem Stuhle. Denkt ihr, dass ich Rätsel zu lösen da bin? Oder harret ihr, bis dass der rechte Ring den Mund eröffne? Doch halt! Ich höre ja, der rechte Ring besitzt die Wunderkraft beliebt zu machen; vor Gott und Menschen angenehm. Das muss entscheiden! Denn die falschen Ringe werden doch das nicht können! - Nun; wen lieben zwei von Euch am meisten? - Macht, sagt an! Ihr schweigt? Die Ringe wirken nur zurück? Und nicht nach außen? Jeder liebt sich selber nur am meisten? - Oh, so seid ihr alle drei betrogene Betrüger! Eure Ringe sind alle drei nicht echt. Der echte Ring vermutlich ging verloren. Den Verlust zu bergen, zu ersetzen, ließ der Vater die drei für einen machen.*



*SALADIN: Herrlich! herrlich!*

*NATHAN: Und also, fuhr der Richter fort, wenn ihr nicht meinen Rat, statt meines Spruches, wollt: Geht nur! - Mein Rat ist aber der: ihr nehmt die Sache völlig wie sie liegt. Hat von euch jeder seinen Ring von seinem Vater: So glaube jeder sicher seinen Ring den echten. - Möglich; dass der Vater nun die Tyrannei des einen Rings nicht länger in seinem Hause dulden wollen! - Und gewiss; dass er euch alle drei geliebt, und gleich geliebt: indem er zwei nicht drücken mögen, um einen zu begünstigen. - Wohlan! Es eifre jeder seiner unbestochnen von Vorurteilen freien Liebe nach! Es strebe von euch jeder um die Wette, die Kraft des Steins in seinem Ring' an Tag zu legen! Komme dieser Kraft mit Sanftmut, mit herzlicher Verträglichkeit, mit Wohltun, mit innigster Ergebenheit in Gott zu Hilf! Und wenn sich dann der Steine Kräfte bei euern Kindes-Kindeskindern äußern: So lad ich über tausend tausend Jahre sie wiederum vor diesen Stuhl. Da wird ein weiserer Mann auf diesem Stuhle sitzen als ich; und sprechen. Geht! - So sagte der bescheidne Richter.*

*SALADIN: Gott! Gott!*

*NATHAN: Saladin, wenn du dich fühlst, dieser weisere versprochene Mann zu sein...*

*SALADIN: (der auf ihn zustürzt und seine Hand ergreift, die er bis zu Ende nicht wieder fahren lässt). Ich Staub? Ich Nichts? O Gott!*

*NATHAN: Was ist dir, Sultan?*

*SALADIN: Nathan, lieber Nathan! - Die tausend tausend Jahre deines Richters sind noch nicht um. - Sein Richterstuhl ist nicht der meine. - Geh! - Geh! - Aber sei mein Freund.*

Bedauerlicherweise trennt uns Religion heute häufiger als sie uns eint. Warum lassen wir das zu? Das Treffen verschiedener Religionen kann genauso eine Bereicherung sein, wie es das Treffen verschiedener Kulturen oder Völker ist. In Europa leben heute rund fünfzehn Millionen Muslime – sie bilden einen wichtigen Teil unserer Kultur und Gesellschaft und als solche Bereicherung sollten wir sie auch annehmen. Wenn wir gemeinsam friedlich leben, so können wir eine reichere Kultur aufbauen und wiederum der ganzen Welt als Vorbild für den positiven Umgang mit unterschiedlichen Kulturen dienen.

Das ist unmöglich? Warum? Nach Jahrtausenden der Verfolgung von Juden bzw. der Feindschaft zwischen Juden und Christen, scheinen derartige Resentiments heute weitgehend überwunden.<sup>114</sup> Auch wenn sie das furchtbare Verbrechen des Holocaust nicht wieder gut macht, so ist doch die Akzeptanz des Judentums heute ein wichtiger Schritt, der zeigt, dass auch lange Konflikte überwunden werden können.

Liest man den Koran, so stellt man fest, dass Muslime dieselben Propheten (mit Ausnahme Mohammeds, den die Christen nicht anerkennen) haben und an

<sup>114</sup> Kritik an der oft unmenschlichen Besatzungspolitik des Staates Israel in den Palästinensergebieten hat nichts mit Antisemitismus zu tun (auch wenn konservative israelische Politiker das gerne so darstellen), sondern würde ebenso (oder sogar mehr) geübt, wenn es sich nicht um Israel, sondern um einen anderen Staat handeln würde.

denselben Gott glauben. Es gibt ein Jüngstes Gericht und die Hölle und Jesus wird bei Ihnen als wichtiger Prophet verehrt.<sup>115</sup> Dessen Mutter Maria ist die einzige Frau, die im Koran namentlich erwähnt wird. Damit stehen Muslime dem Christentum wohl näher als das Judentum – warum sollte also hier keine endgültige Aussöhnung möglich sein, wenn sie zwischen Christentum und Judentum möglich war!

Ein Problembereich, der in den letzten Jahren in den Vordergrund gerückt ist, ist der Fundamentalismus – und zwar auf beiden Seiten, denn christliche Fundamentalisten, z.B. in der gegenwärtigen US-Regierung, tragen zu den heutigen Konflikten wohl ebenso viel bei, wie islamische Fundamentalisten. Natürlich könnte ich nun einige Seiten schreiben, wie furchtbar dumm Fundamentalismus ist, doch glaube ich, dass das dem Leser ohnehin bewusst ist. Viel mehr will ich den Blick dafür schärfen, dass er nur eine Randerscheinung ist und dass es wohl gar nicht so schwer ist, ihn zu bekämpfen – aber nicht mit Waffen, sondern mit Bildung und Wohlstand.

Eine Randerscheinung ist er, weil nur relativ wenige Menschen wirklich religiöse Fundamentalisten sind (sowohl im Christentum als auch im Islam dürften es weniger als fünf Prozent der Bevölkerung sein) die sehr radikalen Thesen anhängen und für die gewaltsame Bekämpfung anderer Religionen eintreten. Problematisch werden derartige Randgruppen erst dann, wenn sie entweder die Macht übernehmen (wie in den USA 2000 durch Bush oder im Iran 1979 durch Khomeini), wenn sie das öffentliche Leben dominieren, die Straßen beherrschen (wie in den israelisch besetzten Palästinensergebieten), oder auch wenn in ausländischen Medien der Eindruck erweckt wird, dass derartige Gruppen eine Bedrohung sind (wie derzeit im Irak und in Pakistan durch westliche Medien). Tatsächlich kümmern radikale Ideen meist neun Zehntel der Bevölkerung überhaupt nicht – schon weil sie damit beschäftigt sind, ihr schieres Überleben zu sichern. Tragisch ist, dass gerade bei schwachen demokratischen Institutionen und wenn große Teile der Bevölkerung politisch uninteressiert sind, wie wir es leider in vielen islamischen Ländern sehen, die Gefahr eine Radikalisierung der Politik zunimmt.

Wie kann man hier abhelfen, wie gegensteuern? Zuallererst durch eine Unterstützung gemäßigter Kräfte. Damit meine ich nicht etwa Waffenlieferungen an die algerische Regierung um islamistische Rebellen (die für die Anerkennung eines demokratisch erzielten Wahlsieges kämpfen!) zu unterstützen, sondern beispielsweise eine Unterstützung gemäßigter Politiker weltweit. Setzt man wie die USA im Iran auf Konfrontation, so erreicht man nichts anderes als eine Stärkung der radikalen Kräfte, während man gleichzeitig die Stellung der gemäßigten Politiker unterminiert und damit ihre Erfolgchancen bei der Umsetzung von Reformen (Iran) oder von Friedensplänen (Palästina) mindert.

---

<sup>115</sup> Quelle: Russo 2002, S. 51ff.

Erstaunlich ist nicht, dass es islamistischen Fundamentalismus gibt, denn nach jahrzehntelangen Demütigungen schlägt jeder einmal zurück! Erstaunlich ist, dass die große Mehrheit es nicht tut, dass fast überall Muslime und Christen in Frieden miteinander leben – das sollte uns Hoffnung geben! Den Konflikt Westen gegen Islam, den Bin Laden und Bush gerne sehen, gibt es nicht, schon weil beide „Blöcke“ so gar nicht existieren. Die islamische Jugend der Türkei etwa lebt heute so wie jene in Italien, und sie will Pluralität, Demokratie und Freiheit. Auch gemischte Ehen Islam-Christentum werden immer häufiger und sie können zu einer, vielleicht sogar zur entscheidenden, Quelle der Verständigung auf lokaler Ebene werden. Auch eine ausgewogene Berichterstattung in den Medien kann zu gegenseitigem Verständnis beitragen – etwa indem nicht reißerisch von religiösen Unruhen oder von einzelnen Verbrechen „der Immigranten/Asylanten“ berichtet wird, sondern z.B. von Bräuchen und Festen neuer Europäer.

### C) Wo endet Europa?

Die friedliche Einigung Europas ist ein historischer und bemerkenswerter Prozess, der sich langsam seinem Ende nähert, denn bald werden fast alle Staaten Europas in der EU sein. Doch was dann? Soll sich Europa dann abschotten, zur viel beschworenen „Festung Europa“ werden?

Wenn es das tut, dann ist das sicher der Untergang der Idee von der europäischen Einheit, denn diese beruht auf Offenheit, auf der Akzeptanz und dem Austausch mit anderen Kulturen. Schon bei der Festlegung der „Grenzen der Erweiterung“ gilt es dies zu beachten. Während wir uns nicht zu streng von geographischen Begriffen einschränken lassen sollten, muss die EU doch irgendwann klar sagen, wo sie die endgültigen Grenzen der Erweiterung sieht. Auf vielen alten Karten (bis etwa 1550) beinhaltet der Begriff Europa auch die ganze Türkei und Arabien; Die alten Griechen besiedelten die ionische Küste in Asien ebenso wie die Cyrenaika in Afrika, Sizilien und die Schwarzmeerküste. Alle Gebiete, in denen Griechen lebten, waren für sie selbstverständlich Hellas. Ebenso selbstverständlich waren im römischen Reich Gebiete auf drei Kontinenten miteinander verbunden – mit gleicher Rechtsordnung, Militär und Außenpolitik – wenn mir also jemand sagt, dass so etwas unmöglich ist, soll er mir erklären, wieso es Jahrhunderte lang möglich war – mit wesentlich schlechteren Transport- und Kommunikationseinrichtungen als sie uns heute zur Verfügung stehen! Konzepte ändern sich – wollen wir uns wirklich an Grenzen binden, die vor langer Zeit aufgestellt wurden? Ich will es nicht! Die Grenzen der Erweiterung sollten sich nicht unbedingt nach alten geographischen Definitionen richten, sondern auch berücksichtigen, welche Länder kulturell Teil Europas sind.

Tatsächlich hat die EU die Grenzen Europas bereits überschritten: Französisch Guyana in Südamerika ist Teil der EU (und deswegen auch auf jedem Euro-Schein abgebildet), das gleiche gilt für einige Inseln, selbst wenn sie im Indischen Ozean liegen und auch für die spanischen Städte Ceuta und Melilla in Nordafrika. Wenn also ein Volk sich zu denselben Werten bekennt, auf denen die EU begründet ist, und wenn es den Willen hat, am „Friedensprojekt Europa“ mitzuwirken, dann bin ich dafür, dass es eine Möglichkeit dazu geben sollte, auch wenn dieses Volk im Kaukasus oder in Anatolien lebt.

Letztlich müssen wir uns fragen, was Europa oder ein „europäisches Volk“ ausmacht. Die Germanen waren wohl „schon immer“ hier – andere, wie etwa die Ungarn, Finnen und Türken, kamen „erst“ vor rund tausend Jahren nach Europa. Wenn man aber bedenkt, dass die Wiege der Menschheit in Afrika liegt, sind letztlich alle unsere Vorfahren eingewandert, nur eben zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Wir alle sind Menschen – seien wir doch nicht so dumm, uns weiterhin zu trennen und religiöse oder territoriale Schranken aufzustellen!

Kritiker werden diese Stelle lieben, denn sie werden mir vorwerfen, ich wollte die ganze Welt in die EU aufnehmen. Selbstverständlich will ich das nicht und es wäre völlig absurd und könnte nicht funktionieren – tatsächlich sehe ich die EU auch in 100 oder 200 Jahren im Wesentlichen auf den geographischen Raum Europas beschränkt.<sup>116</sup> Weder eine Aufnahme Kanadas noch Äthiopiens oder des Iran scheint denkbar, sinnvoll oder wünschenswert, denn die Union kann nur funktionieren, wenn die Interessen, Einflussfaktoren und Möglichkeiten der Mitgliedsländer zumindest zu einem gewissen Grad deckungsgleich sind. Unabhängig von einer Mitgliedschaft sollten wir aber Möglichkeiten schaffen, dauerhafte enge Verbindungen mit z.B. Nordafrika, dem Nahen Osten, Lateinamerika und eventuell anderen Regionen zu unterhalten. Diese Beziehungen dürfen aber nie an Kolonialismus erinnern, sondern müssen eine echte Partnerschaft sein. Faire Assoziierungsverträge, offener Handel und erleichterte Einreisemöglichkeiten, verbunden mit Förderungen, Stipendien und Austauschprogrammen, dürften die meisten Bedürfnisse auf beiden Seiten erfüllen, ohne die Selbständigkeit anderer Länder zu beeinträchtigen und die EU aufgrund der Vielfältigkeit der Interessen handlungsunfähig zu machen.

Von einer Partnerschaft können alle profitieren. Helfen wir anderen Regionen, ihr Potential zu entwickeln, so wird das auch uns helfen, denn wir haben dann starke Partner. Die Osterweiterung der EU 2004 ist genau in diesem Licht zu sehen und sehr zu begrüßen. Zweifelsohne sind die zehn neuen Mitgliedsländer

---

<sup>116</sup> Ich wage die Prognose, dass die Union um 2040 neben den heutigen 25 Ländern auch Island, Norwegen, alle Balkanländer, Weißrussland, die Ukraine, zumindest Georgien, wenn nicht alle Kaukasusländer und die Türkei umfassen wird. Bei Israel und der Schweiz wage ich keine Prognose, beide scheinen mir aber mögliche Mitglieder.

im Schnitt wesentlich ärmer als die bisherigen EU-Länder, doch gerade das bedeutet für sie eine Chance, denn das macht sie attraktiv für Investoren, verschafft ihnen höhere Wachstumsraten und führt letztendlich zu einer Angleichung an das Niveau Westeuropas. Doch auch die bisherigen EU-Länder profitieren, denn ihre Konsumenten erhalten billigere Produkte und anstatt der Abwanderung von Betrieben nach China, finden diese nun auch in Osteuropa attraktive Möglichkeiten.

Die finanzielle Opferbereitschaft in Zeiten großer Budgetprobleme ist den alten EU-Ländern hoch anzurechen, ebenso die grundsätzliche Bereitschaft weitere Länder in die politische Union aufzunehmen. Vergleichbar ist dieser Schritt damit, dass die USA Mexiko aufnahm, es mit 25 Milliarden Euro im Jahr aufpöppeln, ihre Märkte öffnen und mexikanische Arbeiter in den USA arbeiten lassen und jeder größeren Region Mexikos ein Veto bei allen wichtigen Entscheidungen einräumen. Genau das tat die EU mit der Osterweiterung, denn die Dimensionen und Relationen bei Bevölkerungszahl und wirtschaftlicher Entwicklung sind vergleichbar. Für diesen mutigen Schritt sind alle Völker Europas zu beglückwünschen.

#### D) Aufnahme neuer Mitglieder

Betrachtet man die Union heute, so lassen sich potentielle zukünftige Mitglieder leicht ausmachen – ebenso gibt es aber einige Länder, bei denen eine Grundsatzentscheidung getroffen werden muss, ob sie je zur Union gehören können. Offensichtliche Beitrittskandidaten der nächsten Jahre oder Jahrzehnte sind wohl alle Balkanländer sowie, wenn sie es wünschen, Norwegen, Island und die Schweiz. Dann wird es aber schwieriger, denn die Frage, ob Weißrussland und die Ukraine Teil der EU werden wollen und sollen, stellt sich zwar erst in einigen Jahren, wird dann aber sicherlich heftig diskutiert werden. Nach der pro-westlichen friedlichen Revolution in der Ukraine Ende 2004, gehe ich davon aus, dass spätestens im Jahr 2025 zumindest dieses Land in der Union ist.<sup>117</sup> Von Italiens Premier Berlusconi wurde 2003 auch laut über eine Aufnahme Israels nachgedacht. Ich halte ein derartiges Unterfangen aus heutiger Sicht für sehr unrealistisch und angesichts der Politik Israels in den letzten Jahren auch für wenig wünschenswert. Sollte dieses Thema tatsächlich einmal ernsthaft diskutiert werden, so kann ich mir eine Aufnahme nur gemeinsam mit einer gleichzeitigen Aufnahme eines unabhängigen Staates Palästina als aktiven Beitrag Europas zum Frieden im Nahen Osten vorstellen.

Die beiden Länder, bei denen aber wirklich eine Grundsatzentscheidung getroffen werden muss, weil sie das Potential haben, den Charakter der Union nachhaltig zu verändern, sind Russland und die Türkei. Ersteres war unbestritten immer Teil Europas und hat eine überwiegend christliche Bevölkerung, ist aber

---

<sup>117</sup> Weißrussland mit Präsident Lukaschenko ist heute noch meilenweit von einer Demokratie entfernt und dezidiert pro-Moskau ausgerichtet. Auch dies könnte sich aber bald ändern.

durch seine Größe und seine militärische Macht ein anderes Kaliber als alle bisherigen Unionsländer. Die Türkei versucht seit Jahrzehnten Mitglied der EU zu werden, jedoch sehen es viele durch seine islamische Gesellschaft und die rückständige Wirtschaft dafür als prinzipiell ungeeignet an. Da die Entscheidung über die Aufnahme dieser beiden Länder auch eine Weichenstellung für die Union und ihre außenpolitische Situation des nächsten Jahrhunderts ist, will ich auf beide ein wenig genauer eingehen.

### **Russland**

Russland ist mit 17 Millionen Quadratkilometer mehr als vier Mal so groß wie die derzeitige EU. Mehr als drei Viertel der Fläche liegen dabei jenseits des Ural und damit außerhalb der herkömmlich definierten Grenzen Europas. Da große Teile des Landes dünn besiedelt sind, hat Russland weniger als 150 Millionen Einwohner – verglichen mit über 450 Millionen in der EU. Das Land ist an Rohstoffen und Primärenergieträgern reicher als irgendein anderes Land der Erde und es hat nach wie vor eine starke Militärmacht. Auf den ersten Blick wäre es damit eine wertvolle Ergänzung für die Union.

Wirtschaftlich und politisch gibt es aber auch viele Faktoren, die nachdenklich stimmen: Die Wirtschaftsleistung in der Union liegt pro Kopf rund fünfzehn Mal so hoch wie in Russland, daher hat Russland zwar ein Drittel der Bevölkerung der EU, aber nur rund 2 Prozent seiner Wirtschaftskraft. Hinzu kommt, dass die Wirtschaft durch Korruption und den großen Einfluss der Mafia und der Regierung nicht als frei angesehen werden kann. Politisch machen vor allem die nach wie vor autoritäre Regierung sowie die teils sehr europakritische Außenpolitik Sorgen.

Russland bzw. die Sowjetunion war spätestens seit dem 18. Jahrhundert stets ein bestimmender Faktor der europäischen Politik. Aufgrund seiner Größe und seiner hohen Bevölkerungszahl, hatte es stets auch militärische Macht, die es oft zur Unterwerfung seiner Nachbarn und zur Verteidigung gegen Angreifer einsetzte. Sowohl das Zarenreich als auch die Sowjetunion waren dabei im Umgang mit Gegnern wenig zimperlich, was aber verständlich wird, wenn man sich bewusst macht, wie oft und mit welcher Brutalität Russland von anderen europäischen Völkern überfallen wurde.<sup>118</sup> An der friedlichen Auflösung der Sowjetunion hatte Russland unter Boris Jelzin wesentlichen Anteil, wofür wir alle dankbar sein dürfen, denn ebenso wäre hier ein langer Bürgerkrieg möglich gewesen. Doch wie schon weiter vorne betont: Wir sollten ein Volk oder eine Regierung nicht nach der Geschichte, sondern hauptsächlich nach seiner derzeitigen Politik beurteilen. Gerade die bereitet aber Grund zur Sorge.

---

<sup>118</sup> Zu nennen sind hier vor allem die Türken (bis ins 17. Jahrhundert), Schweden (bis ins 18. Jahrhundert), Franzosen (unter Napoleon), die Westmächte (nach dem Ersten Weltkrieg) und die Deutschen (Erster und Zweiter Weltkrieg).

Nach Jahren der politischen Unberechenbarkeit unter Boris Jelzin übernahm Vladimir Putin im Jahr 2000 das Präsidentenamt. Dem ehemaligen Geheimdienstler gelang es besser als von vielen erwartet, den Koloss Russland zu „bändigen“, was im Westen zuerst sehr begrüßt wurde. Erst als man erkannte, wie sehr er dabei die Demokratie unterhöhlte und an ihre Stelle einen autoritären Staat stellte, gab es erste kritische Stimmen. Putin entmachtete die früher oft aufsässigen Provinzgouverneure, er zerschlug die unabhängigen Medien und unterstellte sie einer starken staatlichen Kontrolle. Mit den reichen Oligarchen arrangierte er sich, indem er ihnen zusicherte, ihr Vermögen nicht anzutasten, solange sie sich aus der Politik heraushielten. Vertrieben Oligarchen gegen diese Vereinbarung, so wie die beiden Medienmogule Wladimir Gussinskij und Boris Beresowskij, so landeten sie im Gefängnis oder wurden ins Exil getrieben.<sup>119</sup> Als Mitte 2003 der damals reichste Mann Russlands, Michail Chodorkowskij, politische Ambitionen erkennen ließ, wurde auch er verhaftet. Sein Ölkonzern Yukos geriet unter staatliche Kontrolle und wurde Ende 2004 zerstückelt und verkauft. Jeder Wahlkampf in Russland zeigt, dass Putin nicht bereit ist, eine freie und demokratische Meinungsbildung zuzulassen, denn er nutzt das staatliche Quasi-Monopol im Medienbereich, um seine Macht immer weiter zu festigen.

Die wahre Brutalität der derzeitigen russischen Führung sieht man aber in Tschetschenien. Die kleine Kaukasusrepublik mit weniger als einer Millionen Einwohnern ist seit über zehn Jahren Schauplatz eines menschenverachtenden Krieges, bei dem die russische Zentralmacht mit Gewalt den Unabhängigkeitswillen dieses kleinen, überwiegend moslemischen, Volkes brechen will. Außen wie innenpolitisch versteht es Putin, diesen Konflikt als eine Front im Kampf gegen den Terror darzustellen, so dass er sich der Unterstützung der USA und der russischen Bevölkerung gewiss sein kann. Nach wie vor schreckt Putin auch nicht davor zurück, in Nachbarstaaten Einfluss auf die Politik zu nehmen. Am häufigsten geschieht dies in Georgien, dem vorgeworfen wird, nicht hart genug gegen untergetauchte tschetschenische Rebellen vorzugehen. Nach dem blutigen Geiseldrama in der Schule von Beslan im September 2004 mit fast 400 Toten, verkündete Putin, künftig auch im Ausland präventiv gegen Terror vorgehen zu wollen – ein Schritt, der von den USA begrüßt wurde, während die UNO und die EU sich bestürzt zeigten, weil damit der Willkür gegen kleinere Nachbarstaaten Tür und Tor geöffnet wird. Auch im Land kündigte Präsident Putin nach dem Geiseldrama umfassende Reformen an: Der Kreml, und speziell der Präsident, erhalten noch mehr Macht, der Zentralismus wächst, während die Pressefreiheit und die Selbstverwaltung der Provinzen weiter zurückgedrängt werden, um die innere Sicherheit zu erhöhen. Im In- und Ausland wurden diese Änderungen als „Diktatur“, „Verfassungsbruch“ und „Ende der letzten Spuren

---

<sup>119</sup> Quelle: Fischer 2004, Sp. 704ff.

der Demokratie“ verurteilt, beeindruckt ließ sich Putin dadurch freilich nicht, zumal aus dem Westen keine nachdrückliche Kritik kam.<sup>120</sup>

Russland ist derzeit ein autoritärer Staat ohne wirkliche demokratische Strukturen und es deutet wenig darauf hin, dass sich die Lage dort in absehbarer Zeit verbessern wird. Auch die Wirtschaft des Landes ist rückständig und wird von Mafia und Staat kontrolliert. Schließlich fehlt in Außen- und Innenpolitik die Achtung der Menschenrechte, weil nach wie vor strategische Machtfragen im Vordergrund stehen. Vor diesem Hintergrund halte ich eine Mitgliedschaft Russlands in der EU auf absehbare Zeit für ausgeschlossen. Langfristig sehe ich Russland als engen wirtschaftlichen und politischen Partner Europas, jedoch nicht als Mitglied der EU.

### **Türkei**

*Es werden manche Sachen in der Türkei kritisiert. Wird aber eine Veränderung der Lage in der Türkei und deren Verbesserung dadurch erreicht, dass man die Türkei von Europa fern hält oder dadurch dass man den Prozess der Annäherung der Türkei an Europa unterstützt?*

*Die Antwort auf diese Frage ist ziemlich offensichtlich.*

*Es ist nur möglich in dem man der Türkei eine realistischen Perspektive eröffnet.“*

Otto Schily, Deutscher Innenminister, 2003

Der Weg der Türkei nach Europa war bisher lang und steinig. Er begann spätestens mit Atatürk 1923, als ein laizistischer Staat gegründet wurde, der sich in allen Belangen an Europa orientierte. Der Weg in die Europäische Union begann für die Türkei bereits 1959, als sie den ersten Beitrittsantrag stellte – also wesentlich früher die meisten der heutigen Mitgliedsstaaten. Doch wie kein anderer Beitrittswerber polarisiert die Türkei innerhalb der EU. Gegner der Aufnahme nennen vor allem die wirtschaftliche Rückständigkeit, die schlechte Menschenrechtslage und die Tatsache, dass die Türkei islamisch ist, als Hinderungsgründe. Befürworter weisen auf die signifikanten Verbesserungen bei Menschenrechten und Wirtschaft in den letzten Jahren hin. Sie sehen die Türkei als kulturelle Bereicherung oder als strategischen Vorposten im Nahen Osten. Beide Positionen haben etwas für sich, und da auch nach der Grundsatzentscheidung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen im Dezember 2004 das Thema für Diskussionen sorgen wird, wollen wir einige Argumente für und wider die Aufnahme betrachten.

Nicht berücksichtigen – aber doch erwähnen – will ich hier den enormen Druck, der seit vielen Jahren von den USA auf Europa ausgeübt wird, die Türkei aufzunehmen. Auch bei seinem ersten großen Treffen mit EU-Politikern nach

<sup>120</sup> Quelle: ORF Online 14. September 2004, [www.orf.at/040914-78430/78431txt\\_story.html](http://www.orf.at/040914-78430/78431txt_story.html).



dem Irakkrieg im Juni 2004 in Dublin, hat Bush die Europäer wieder mit Druck in dieser Frage vor den Kopf gestoßen. Die Führung der USA sollte sich nicht in interne Angelegenheiten Europas einmischen, sondern ihre übernommenen Aufgaben im Nahen Osten lösen. Schließlich fordert die EU von Bush auch nicht die Aufnahme Mexikos in die USA. Aber Bush zieht es vor, Europa weiterhin zu bevormunden. Die Frage einer Aufnahme der Türkei muss Europa umso mehr selbst entscheiden.

Die Geographie gibt uns keine endgültigen Antworten: Wenn Malta und Zypern zu Europa gehören, warum nicht auch die Türkei, die doch viel näher liegt und einen Teil ihres Staatsgebiets am europäischen Festland hat? Wenn der 30 km breite Ärmelkanal Großbritannien nicht von Europa trennt, warum soll es dann der Bosphorus mit nur 800 Metern? Das geographische Gebiet der Türkei (Istanbul und Anatolien) haben unbestritten immer zum europäischen Kulturraum gehört – hier siedelten die Griechen, schlug Alexander seine Schlachten und hatten die Römer blühende Provinzen und 1000 Jahre lang ihre Hauptstadt. Eine Abgrenzung Europas nach oberflächlichen geografischen Merkmalen macht keinen Sinn, denn Europa ist eine Idee, ein Bekenntnis zu Werten und Vorstellungen und wer diese teilt, soll auch Teil von Europa sein dürfen. Im Fall der Türkei geht es hier vor allem um die Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte, bei denen sie lange Zeit Defizite hatte und auch heute noch hat. An der tatsächlichen Umsetzung der Reformen in diesem Bereich muss man daher die Eignung der Türkei als Teil Europas messen. Unbestreitbar ist sie derzeit noch keine voll ausgeprägte Demokratie, zu groß ist noch der Einfluss des Militärs und zu gering die Achtung für Menschen- und Minderheitenrechte im Alltag. Dasselbe galt aber für Spanien, Portugal und Griechenland bei ihrer Aufnahme, denn alle waren noch wenige Jahre vorher Militärdiktaturen gewesen. Der Beitrittswunsch zur EU sowie die Mitgliedschaft, haben in diesen drei Ländern zur Herausbildung stabiler demokratischer Strukturen geführt, und ähnliches könnte die EU auch in der Türkei bewirken. Seit 2003 kann man große Bemühungen der Regierung Erdogan sehen, die gesetzliche Lage zum Schutz von Kurden und Minderheiten sowie die generelle Menschenrechtsslage zu verbessern – es muss sich aber erst zeigen, ob dies auch tatsächlich im Alltag umgesetzt wird. Zumindest gibt es aber große Anstrengungen, so wurde die Todesstrafe abgeschafft, Maßnahmen gegen Folter eingeleitet und die Macht des Militärs zurückgedrängt. Der Konflikt um eine Strafrechtsreform in der Türkei im September 2004 hat gezeigt, dass der Prozess, den die Türkei dabei durchläuft, keineswegs einfach ist: An der Frage, ob Ehebruch strafbar sein soll, entbrannte ein heftiger Streit in der türkischen Regierungspartei und erst nach massivem Druck der EU konnte die Reform verabschiedet werden. Zuerst verbat sich der türkische Regierungschef mit dem Satz „Wir sind Türken, und das ist die Türkei“ jede Einmischung – und er hätte

Recht, wenn die Türkei nicht in die EU wollte. Aber Europa ist mehr als eine Freihandelszone, sie ist ein Zusammenschluss von Ländern, die Werte und Überzeugungen teilen. Diese Werte sind nicht verhandelbar und um Teil der EU zu werden, muss ein Land diese Werte teilen. Zu meiner Freude haben die europäischen Politiker dies unmissverständlich klargestellt und sie blieben in diesem Konflikt berechtigterweise hart. Zwei Tage später wurde das neue Strafrecht in der Türkei verabschiedet.

Wenn die Türkei bereit ist, europäische Werte wirklich anzunehmen, dann dürfen wir ihre Hoffnungen auf Aufnahme, die seit über 45 Jahren immer wieder genährt wurden, nicht enttäuschen. Es kann nicht sein, dass die Millionen von Türken, die schon in der EU leben EU-Bürger sind, während ihre Brüder und Schwestern am Bosphorus dafür prinzipiell nicht in Frage kommen. Freuen wir uns doch, wenn die Türkei so werden will wie Europa – vor allem wenn die Alternative ist, dass dort vielleicht ein islamistisch-fundamentalistisches Regime errichtet wird.

Seit Atatürk bemüht sich die Türkei ein europäisches Land zu sein und was könnte Europa sich mehr wünschen, als durch seine Anziehungskraft in benachbarten Ländern positive Veränderungsprozesse auszulösen – genau das ist es ja, was ich mir von Europa erhoffe: Eine Zone von Frieden, Stabilität, Wohlstand und Menschenrechten, die sich durch das positive Vorbild, das sie ist, ständig weiter ausdehnt. Durch eine funktionierende EU mit der Türkei könnte man auch jenen endlich einen Riegel vorschieben, die auf einen „Krieg der Zivilisationen“ zwischen den Religionen setzen. In meinen Augen ist die EU keine Religionsgemeinschaft, sondern eine Wertegemeinschaft. Gerade durch die Aufnahme auch moslemischer Länder, wird die Pluralität gestärkt und die EU kann umso glaubwürdiger als Vermittler auch bei Konflikten mit moslemischen Ländern auftreten. Wollen wir wirklich mit einer Absage an die Türkei die Botschaft an alle Muslime in der Welt schicken, dass, egal wie säkular ihre Staaten und wie gemäßigt ihre Regierungen sind, sie in Europa unerwünscht bleiben?

Nach dem Beginn der Beitrittsverhandlungen im Oktober 2005 wird ein Beitritt frühestens 2014 möglich sein. Bis dahin kann man den Fortschritt in vielen Bereichen, vor allem bei den Menschenrechten, gut genug beurteilen. Alle, die sich um die wirtschaftliche Eignung Sorgen machen, sollten bedenken, dass wir dann nicht die heutige Türkei aufnehmen, sondern ein dynamisches Land, dass sich bis dahin grundlegend gewandelt und modernisiert haben wird – tut sie das nicht, so wird es wohl ohnehin zu keiner Aufnahme kommen.

Ein Maß für die Eignung der Türkei ist sicherlich auch ihr künftiger Umgang mit der blutigen Geschichte des Kurdenkonflikts. Dieser sollte im Land fair dargestellt und auch den Schulkindern ehrlich vermittelt werden.<sup>121</sup> Ebenfalls ist

---

<sup>121</sup> Einen bedrückenden Bericht über die traurige Geschichte der Kurden im letzten Jahrhundert liefern Siegwart-Horst und Bentjes (2001) in ihrem Buch.

ein Eingeständnis nötig, dass es im Ersten Weltkrieg zu Massakern an Armeniern gekommen ist, die über eine Million Opfer gefordert haben. Die türkischen Regierungen leugnen diese Verbrechen seit Jahrzehnten, obwohl sie historisch umfassend belegt sind.<sup>122</sup> Da kein gegenwärtiger Politiker beteiligt war (all das spielte sich 1915/16 ab), wäre ein Eingeständnis und eine Geste der Versöhnung ein Zeichen, dass die Türkei reifer wird uns sich auch mit seiner eigenen Geschichte kritisch auseinandersetzt. Dies setze ich für ein europäisches Volk voraus.

Das oft genannte Argument, die Türkei sei eine untragbare finanzielle Belastung, ist hingegen nicht schlagkräftig. Natürlich wäre die Türkei als EU-Mitglied Netto-Empfänger, wie viel sie aber wirklich erhalten würde, ist heute noch nicht absehbar, denn weder wissen wir, wie die Förderungspolitik (speziell im Bereich Landwirtschaft) 2015 aussehen wird, noch wissen wir, wie weit die schnell wachsende Wirtschaft der Türkei bis dahin aufgeholt haben wird. Die tatsächlichen Zahlungen wären auch Gegenstand der Beitrittsverhandlungen und sind daher nach unten flexibel – Premier Erdogan hat bereits angedeutet, dass er auch mit einer Deckelung der Nettozuflüsse leben könnte, denn die Türkei will nicht Förderungen, sondern Investitionen. Wie der ehemalige türkische Ministerpräsident Mesut Yilmaz schon auf einer Tagung in Salzburg im Jahr 2003 ausführte, *„richten sich die Erwartungen der Türkei nicht auf die Europäischen Fonds ... das eigentliche Interesse der Türkei (liegt) bei dem ausländischen Kapital, dass sie mit Beginn der Beitrittsverhandlungen anzuziehen hofft. Die Türkei orientiert sich dabei am Beispiel Irlands, das zusammen mit dem Beitritt das Aufkommen an ausländischen Investitionen um das 450fache steigern konnte.“*<sup>123</sup>

Die Bevölkerung Europas ist am überaltern und schrumpfen. Die Türkei hat eine junge, wachsende Bevölkerung und könnte damit für einen gewissen Ausgleich sorgen. Die weit verbreitete Furcht vor einer Massenwanderung aus der Türkei (oder anderen ärmeren Ländern) in die EU ist großteils unbegründet. Auch vor dem Beitritt Spaniens, Portugals und Griechenlands gab es derartige Ängste, doch haben sie sich stets als unbegründet erwiesen. Ähnliches wird sich wohl bei den neuen Mitgliedern im Osten Europas zeigen. Menschen bleiben gerne in ihrer Heimat, wenn sie dort Aussicht auf Besserung der Lage haben. Was Menschen wegtreibt ist Hoffnungslosigkeit. Die Perspektive eines Beitritts gibt der türkischen Bevölkerung aber Hoffnung auf soziale Sicherheit, Demokratie und Wohlstand, so dass sie keinen Grund mehr sieht, auszuwandern. Zerstört

---

<sup>122</sup> Siehe zu dieser Thematik beispielsweise das betreffende Buch „Die Hunde vom Ararat“ von Peter Balakian (2000).

<sup>123</sup> Quelle: „Die Türkei und Europa“, Festakademie des Herbert-Batliner Europainstituts Salzburg, 25. Juli 2003, S. 25f.

man aber diese Perspektive, so wird es dagegen umso mehr emigrationswillige Türken geben.

Eine weitere Sorge bei einem Beitritt der Türkei als großes moslemisches Land ist für viele, dass Europa seinen Charakter als christliche Einheit verlieren würde. Dazu ist als erstes zu sagen, dass die Türkei ein sehr streng laizistischer Staat ist, dass es sich also keineswegs um einen islamistischen Staat handelt – beispielsweise gibt es dort ein Kopftuchverbot an Universitäten.

Doch meine Kritik an der obigen Idee ist grundsätzlicher, denn die EU wurde nie als religiöse Einheit gegründet, sondern basiert auf der Grundlage humanitärer Werte. Religion ist Privatsache und sollte nicht politisch instrumentalisiert werden. Ein Rückfall in religiöse Denkmuster, die angesichts von zigmillionen Atheisten und rund 15 Millionen Muslimen in der heutigen EU einem dramatischen Rückschritt gleichkäme, fände ich sehr bedenklich. Will man Europa zu einem „christlichen Club“ machen, so ist eine Verschärfung religiöser Konflikte vorprogrammiert. Nur durch die Einbindung anderer Religionen kann man eine Brücke zwischen den Völkern und Kulturen schlagen und so aktiv zum Frieden auf der Welt beitragen. Europa konnte sich erst zu der Zone des Friedens und Wohlstands entwickeln, die sie heute ist, nachdem sie den religiösen Fanatismus überwunden hatte – gehen wir diesen Weg weiter indem wir offen für alle Religionen sind.

Die Diskussion wird daher falsch geführt: Die Türkei ist keine Bedrohung, sondern eine Chance für die EU – in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Ich finde die Perspektive wichtig, in einer Zeit, wo immer selbstverständlicher vom Kampf der Kulturen geredet wird, mit der Aufnahme der Türkei die suprareligiöse Identität der EU zu vervollkommen und damit das seit 50 Jahren erfolgreiche Friedensprojekt EU um eine entscheidende Komponente zu erweitern. Dass die Türkei dabei ein verlässlicher Partner sein kann, beweist sie seit 50 Jahren, in denen sie in allen europäischen Institutionen und der NATO ihren Platz als stabiler Partner Westeuropas hat.

Gelingt es, die Türkei als pluralistische Demokratie in der EU zu etablieren, so kann dies eine starke Vorbildwirkung für andere Staaten im Nahen Osten haben. Wollen Länder wie Marokko, Algerien, Tunesien, Georgien und Syrien verhindern, dass ihre Jungen und Tüchtigen auswandern, so müssen sie die Menschenrechts- und Wirtschaftslage in ihren Ländern verbessern. Auch kann die friedliche Integration einer muslimischen Gesellschaft in die europäische Völkerfamilie das positive Gegenbeispiel zur derzeitigen US-Politik werden, denn wir behandeln damit die Muslime als Partner, anstatt sie zu unterwerfen und zu demütigen. Auch wenn nicht für alle Länder die Perspektive eines EU-Beitritts geboten werden kann, so lässt sich über finanzielle Anreize und Kooperationsabkommen für wirtschaftliche und personelle Freiheiten sicherlich eine positive Atmosphäre für demokratische Veränderungen schaffen.

Die USA versuchen seit einigen Jahren, Veränderungen in der islamischen Welt nach ihren Vorstellungen mit Waffengewalt zu bewirken. Diese Politik scheitert jedoch kläglich und führte nur zu einer Ausweitung des Terrors auf immer neue Gebiete. Die EU schafft es in der Türkei seit Jahren mit der Perspektive der Aufnahmen in die Gemeinschaft, einen friedlichen Wandel hin zu Pluralismus und Demokratie zu katalysieren. Diese Politik müssen wir fortsetzen und möglichst weiterentwickeln, um der aggressiven US-Politik ein Gegenkonzept, das auf friedlichem Wandel und Respekt für die andere Seite basiert, entgegenzusetzen.

Die Aufnahme der Türkei kann Symbol dafür werden, dass es gelingen kann, islamische Gesellschaften und moderne Rechtsstaaten zu vereinbaren. Muslime sind in Europa willkommen – jedoch nur solche, die Demokratie und Menschenrechte akzeptieren. Daher würde die Zurückweisung einer reformorientierten Türkei bedeuten, dass Europa Moslems nicht akzeptiert – nicht nur eine vernichtende Botschaft für die Millionen Muslime in Europa, sondern eine Botschaft mit Sprengkraft für die ganze Welt!

#### E) Aktive Außenpolitik – Europa als Friedenstifter und Helfer

Über den größten Teil der Menschheitsgeschichte waren Bedrohungen und Gefahren, aber auch die Lösung solcher Probleme, lokale Angelegenheiten. Von einem verheerenden Erdbeben in China oder einer Hungersnot in Zentralafrika wurde noch vor 200 Jahren in Europa nichts bekannt, geschweige denn, dass man geholfen hätte. Die Verbesserung der Transportmöglichkeiten und die Fortschritte bei der Kommunikationstechnologie, haben die Welt mittlerweile zusammenrücken lassen. Wir leben heute in einem globalen Dorf, wo man innerhalb kürzester Zeit erfährt, wenn anderswo etwas passiert. Das macht uns aber auch voneinander abhängig. Viele Probleme, die man früher als lokal betrachtet hätte, zeigen sich heute in ihrer globalen Wirkung. Wenn wir heute die Luft verschmutzen, werden die Überschwemmungen in Bangladesch verheerender. Wenn in Vietnam die Vogelgrippe oder irgendwo ein neuer Virus auftritt, so betrifft das uns alle. Wenn in Afrika ein Krieg ausbricht, so bedeutet das mehr Flüchtlinge für Europa. Wenn Israelis Palästinenser unterdrücken, werden weltweit Moslems zu verzweifelten Anschlägen getrieben. Dies zeigt, dass Ursachen und Wirkungen vernetzt sind, dass die Gefahren heute globalisiert sind – daher bedarf es auch einer global koordinierten Strategie zum Umgang mit diesen Gefahren. Speziell Kriege sind heute gefährlicher als früher, weil die Menschheit Waffen entwickelt hat, die potentiell das Ende des Lebens auf unserer Erde bedeuten könnten.

Umwelt, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sind ein vielfach verbundenes, interdependentes globales Netzwerk. Wird ein Faktor in einem Land berührt, so betrifft das früher oder später auch andere Länder. Die Gründer der EU haben das vor langer Zeit verstanden und sie haben die Union auch gegründet, um in

einer durch Atomwaffen gefährlicher gewordenen Welt, gemeinsam bestehen zu können. Die EU ist der Prototyp eines Netzwerks, und den führenden Köpfen ist klar, dass Europa nur sicher sein wird, wenn auch alle anderen Menschen in Frieden und Wohlstand leben können. Daher ist die Außenpolitik der Union bestimmt von Gesprächs- und Kompromissbereitschaft. Die Union hat durch Wirtschaftsabkommen mit armen Ländern, durch Hilfe für die Palästinenser und durch große Dialogbereitschaft beispielsweise im Atomstreit mit dem Iran, eine Alternative zur aggressiven Außenpolitik der USA aufgezeigt. Während die USA seit Jahren unilateral handeln, fordert und fördert die EU die Bildung von globalen Netzwerken. Die USA verweigern die Teilnahme an globalen Initiativen, wie dem Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz, dem Internationalen Strafgerichtshof oder dem Anti-Personenminen-Vertrag, und sie stoßen mit ihrer aggressiven Außenpolitik Freunde vor den Kopf und schaffen sich immer neue Feinde.

Die EU respektiert hingegen andere Nationen als gleichberechtigt, versucht im historischen Bewusstsein eigener Fehler auf andere zuzugehen und vor allem verabscheut sie Krieg und die Unterdrückung anderer zur Durchsetzung eigener Machtpolitik. Es ist meine feste Überzeugung, dass die Politik der USA die Welt unsicherer macht, während die EU einen guten Weg aufzeigt, wie man in der heutigen Welt miteinander respektvoll umgehen und so Probleme lösen kann. Ich hoffe, dass wir die Kraft aufbringen werden, unseren Weg stets weiter zu beschreiten, und ich würde mich freuen, wenn eine spätere US-Führung die derzeitigen Fehler erkennen und korrigieren würde, um mit uns gemeinsam Verantwortung für Frieden und Wohlstand auf der Welt wahrzunehmen.

Der wichtigste Daseinszweck der EU war von Anfang an die Sicherung des Friedens. Schon in den Römischen Verträgen wird dieses Ziel unmissverständlich betont. Innerhalb ihrer Grenzen hat die EU dieses Ziel bald 50 Jahre sehr gut erreicht, doch nun wird es Zeit, auch über den eigenen Tellerrand hinaus zu blicken. Das Versagen im Jugoslawienkonflikt und die Unfähigkeit, den Irakkrieg zu verhindern, haben deutlich gezeigt, dass die EU hier noch viel zu lernen hat. Europa muss sich endlich (wieder) globalen Herausforderungen stellen und eine positiv gestaltende Rolle in der Welt wahrnehmen, damit die US-Politik nicht noch mehr Schaden anrichtet. Doch Macht muss man wollen. Geld – also Steuergeld – für das Militär auszugeben ist in Europa beim Wähler ungefähr so populär, wie die Pest<sup>124</sup> - schließlich bedroht uns Europäer doch seit dem Zerfall der Sowjetunion niemand mehr. Gegen den Migrationsdruck der Verzweifelten können wir uns schon irgendwie abschotten und wozu Verant-

---

<sup>124</sup> Laut einer Umfrage sind nur 19 Prozent der EU-Bürger für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben, 33 Prozent sind für eine Kürzung. In den USA sind hingegen 44 Prozent der Einwohner für eine Erhöhung der ohnehin schon enormen Rüstungsausgaben; Quelle: Rifkin 2004, S. 323.

wortung in der Welt übernehmen – damit geraten wir doch nur in die Schusslinie der Terroristen. Gar Geld für Entwicklungshilfe ausgeben, wenn man es auch für die Sicherung unserer Pensionen und Steuersenkungen verwenden kann? Wozu soll das denn gut sein?

Das sind die Meinungen eines bequemen Volkes, das sich, bei aller Heuchelei um Menschenrechte, im Endeffekt nicht kümmert, was außerhalb seiner Grenzen passiert. Ich bin nicht für blinden Interventionismus oder gar Militärschläge à la USA im Irak 2003, aber im Notfall muss auch Europa die Möglichkeit und den Willen haben, einzugreifen, wenn sich Unterdrückte nicht mehr selbst helfen können. Andere haben das schneller erkannt: Als einen ihrer ersten Beschlüsse hat die Afrikanische Union Anfang 2004 die Einrichtung einer schnellen Eingreiftruppe beschlossen, die auch ohne die Zustimmung des betreffenden Staates schnell eingesetzt werden kann, wenn Verbrechen gegen die Menschlichkeit geschehen.

Und was tut das humanistische Europa? Ein Genozid in Afrika? Ein Massensterben am Balkan? Tja, Pech gehabt, hätten die Menschen eben in der EU auf die Welt kommen müssen... Ist das eine Antwort auf die Probleme der Welt? Diplomaten zu schicken ist manchmal zu wenig. Es ist lächerlich, zum einen zu argumentieren, dass die EU ein Paradies sei, das keine nennenswerten Streitkräfte brauche und sich zum anderen zu beschweren, wenn die USA sich nicht um die Meinung der Europäer kümmert. Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Ich bin auch nicht begeistert von dem Gedanken, dass Europa sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen könnte, oder davon, dass vielleicht europäische Soldaten auf einem anderen Kontinent bei einer Friedensmission sterben. Aber die Frage ist nicht, ob das toll ist, sondern was die Alternative ist! Wenn wir nicht bereit sind, diese Last und dieses Risiko auf uns zu nehmen, dann überlassen wir das Feld weiterhin alleine den US-Amerikanern und müssen ihre Art, die Dinge anzupacken akzeptieren. Dazu bin ich – mit Blick auf die jüngsten Kriege und die einseitige Parteinahme zugunsten Israels im Nahen Osten – nicht länger bereit. Die Welt hat besseres verdient, als von religiösen Cowboys à la Bush „geordnet“ zu werden – darum müssen wir die Verantwortung, die uns unsere Geschichte, unser Reichtum und unsere geopolitische Lage übertragen, annehmen und dafür sorgen, dass wir die nötigen Mittel haben, um notfalls einzugreifen. Teuer? Gefährlich? Die anderen sollen... - dann legen Sie dieses Buch weg, gehen Sie schlafen und wagen Sie es nie wieder, im Gasthaus oder sonst wo zu schimpfen, wenn die Amerikaner dies oder jenes tun – nur das Zaudern und die Zerstrittenheit Europas erlaubt es ihnen, sich dabei über uns hinwegzusetzen!

Speziell in der Außenpolitik ist aber Vorsicht geboten: Aktive Außenpolitik darf nie zur Dominanz über andere oder Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten aus Machtinteressen werden, wie das derzeit in den USA der Fall ist. Aber es gab Fälle, wo die internationale Gemeinschaft hätte eingreifen

müssen – ein trauriges Beispiel ist der Völkermord in Ruanda im Jahr 1994. Damals tötete das Mehrheitsvolk der Hutus fast eine Million Tutsi, ohne dass die Welt eingegriffen hätte. Auf das übliche „Nie wieder!“, folgten keine Taten, denn während ich diese Zeilen schreibe, spielt sich in der Region Dafur im Sudan eine unsägliche Katastrophe ab. Arabische Reitermilizen vertreiben und massakrieren rund eine Million Menschen, die vom Hungertod bedroht sind. Das ganze ist ein religiös und rassistisch motivierter Völkermord, vor dem Hilfsorganisationen schon Monate vorher warnten. Doch ihre Rufe blieben ungehört, bis es zehntausende Tote gab. Danach Hilfslieferungen zu schicken und die Toten zu begraben ist zu wenig! Wenn sich Millionen Menschen nicht selbst helfen können, müssen wir das tun!

Monatlang unternahmen EU, UNO und USA nichts um die Vertreibungen und Massaker in Dafur zu stoppen. Erst als Human Rights Watch Ende Juli 2004 mit sudanesischen Regierungsdokumenten bewies, dass die Milizen bei diesem „Völkermord in Zeitlupe“ von der Regierung mit Waffen versorgt wurden, erhöhte der Westen den Druck – zu Sanktionsdrohungen, geschweige denn Maßnahmen, kam es aber nicht einmal, als der Sudan offen eine UNO-Resolution zurückwies, die ihn aufforderte, binnen 30 Tagen den Völkermord zu stoppen.<sup>125</sup> Die Opferangaben für die Region liegen derzeit zwischen 50.000 und 300.000 Toten. Ähnlich tragisch war das jahrelange Versagen der EU bei der Lösung des Konfliktes zuerst in Ex-Jugoslawien, dann in Bosnien und schließlich im Kosovo. Erst entschlossenes amerikanisches Eingreifen brachte hier eine Lösung. Bei solchen Ereignissen – und leider wird es diese immer wieder geben – darf die Welt, dürfen wir, nicht zusehen.

Als Betätigungsfeld für eine aktive Außenpolitik Europas sehe ich vor allem Lateinamerika, Afrika und den Nahen Osten. Zu diesen Regionen bestehen starke historische Verbindungen und bisweilen eine Mitschuld der ehemaligen europäischen Kolonialmächte an heutigen Problemen. Insbesondere können wir dort auch helfen, da wir die Mittel haben, die dort benötigt werden. Süd- und Ostasien hingegen schätze ich als die gefährlichste Region des 21. Jahrhunderts ein. Im Spannungsfeld der drei Großmächte China-Indien-USA und weiterer starker Staaten, wie Pakistan, Indonesien, Japan, Taiwan sowie Nord- und Südkorea, fürchte ich in den nächsten Jahrzehnten eine Vielzahl von Konflikten, von denen einige auch militärisch ausgetragen werden könnten. Nicht aus Feigheit, sondern weil wir dort nichts zu suchen haben, sollten wir mit dieser Region zwar starke Handelsverbindungen suchen, eine intensive politische Bindung aber vermeiden.

Eine unverbrüchliche Grundregel der EU-Außenpolitik muss es sein, nie ohne die Zustimmung der UNO zu handeln. Unlegitimierte Kriege, wie jene der USA gegen den Irak 2003, dürfen wir niemals führen! Weiters muss die Bevölkerung ehrlich eingebunden werden: Politiker und Geheimdienste müssen offen mit

---

<sup>125</sup> Quelle: ORF Online am 2. August 2004, [www.orf.at/ticker/153765.html?tmp=1211](http://www.orf.at/ticker/153765.html?tmp=1211).



dem Volk umgehen. Beispielsweise gab es 2003 viele gute Gründe für den gewaltsamen Sturz von Saddam Hussein, doch die USA und Großbritannien wählten die denkbar schlechtesten – jene, die nicht zutrafen! Weil viele Menschen die vorgebrachten Gründe berechtigterweise nicht glaubten, wandten sich weltweit so viele gegen diesen Krieg – und nicht, weil sie für Saddam waren oder seine Brutalität unterschätzten. Wichtigster außenpolitischer Partner der EU sollte daher immer die UNO sein. Deren Millennium Development Goals,<sup>126</sup> die zur Jahrtausendwende als Ziele formuliert wurden, können durchaus als Leitlinie unserer Entwicklungspolitik dienen. Einige dieser Ziele sind:

- Halbierung der Anzahl der Personen, deren Einkommen weniger als einen Dollar pro Tag beträgt oder die keinen Zugang zu gesundem Trinkwasser haben (derzeit je über eine Milliarde Menschen)
- Ermöglichung einer Grundschulbildung für alle Kinder
- Senkung der Kindersterblichkeit auf ein Drittel der Werte von 2000 und substantielle Verbesserung der Gesundheit von Müttern
- Umkehrung der negativen Trends bei AIDS, Malaria und anderen epidemischen Krankheiten sowie beim Verlust von Umweltressourcen
- Entwicklung einer neuen Partnerschaft für Entwicklung durch Verbesserungen beim Welthandels- und Weltfinanzsystem, Maßnahmen zur Überwindung der Armut, zur Arbeitssicherung und zum Zugang zu Medikamenten.

Anstatt aber konsequent auf diese Ziele hinzuarbeiten und sich mit aller Energie für den Frieden auf der Welt einzusetzen, erleben wir in Europa noch zu oft Streit und Zauderei. Wenn man sich die europäische Außenpolitik der letzten Jahre als Person vorstellen würde, dann hätte man wohl einen erfahrenen alten Mann vor sich, der in seinem Leben viel Leid gesehen hat und der daher sehr bedächtig, ja manchmal übervorsichtig, ist. Es fehlt ihm an Tatkraft und Entschlossenheit. Personifiziert man die US-Außenpolitik unter Bush, so sieht man einen ungestümen Teenager, der teils aus Idealismus, teils aus Sturheit seinen Willen durchsetzen will. Dabei benutzt er lieber Gewalt als Worte, denn er weiß, dass er stark ist. Er bedenkt jedoch selten die Konsequenzen seiner Handlungen und richtet daher oft schlimmen Schaden an. Würden die beiden aufeinander hören, so könnte die Kombination aus europäischer Erfahrung und amerikanischer Tatkraft viel Gutes für die Welt bringen. Wenn dies aber nicht möglich ist – und danach sieht es derzeit aus – dann muss Europa lernen, wieder mehr Tatkraft zu zeigen und den „Teenager“ auch mal entschlossen zurückhalten, wenn die Gefahr besteht, dass er zuviel Schaden anrichtet.

---

<sup>126</sup> Quelle: United Nations, [www.un.org/millenniumgoals](http://www.un.org/millenniumgoals).

Als letzte Maßnahmen müssen dabei auch Militäraktionen möglich sein. Zu sagen, dass die EU niemals Militär einsetzen darf, um einen Konflikt zu beenden, halte ich für kurzsichtig und falsch: Beim Zerfall Jugoslawiens nahmen wir hunderttausende Flüchtlinge auf, den Krieg, der vor allem von Slobodan Milosevic forciert wurde, ignorierten wir aber lange – zu lange, denn als die NATO endlich eingriff, waren mehr als 200.000 Menschen tot – teils in Konzentrationslagern oder bei Massakern wie in Srebrenica ermordet! Viele dieser Menschen könnten noch leben, wenn wir früher etwas unternommen hätten. Heute sind sich fast alle einig, dass es damals richtig war, in diese „innere Angelegenheit“ eines Staates einzugreifen. Was damals richtig war, gilt genauso heute. Ich bin der Meinung, dass sich die EU nicht vor ihrer weltpolitischen und humanitären Verantwortung drücken darf. Was in Jugoslawien richtig war, gilt auch für andere Länder – selbst wenn es Afrika oder eine andere Region ist.

Europa hat die moralische Verpflichtung, in der Welt einzugreifen – und es muss darauf achten, die moralische Autorität zu behalten, es zu tun. Verpflichtet sind wir zum einen, weil wir für viele der derzeitigen Konflikte historisch mitverantwortlich sind. Jene Grenzen in Afrika, die heute oft umkämpft sind, haben europäische Kolonialmächte gezogen, die Gründung Israels war ein Werk der amerikanischen und britischen Politik. Zweitens haben wir – vielleicht derzeit als einzige – die Reife und Möglichkeit, bei Konflikten einzugreifen. Durch die über Jahrhunderte blutige und seit rund 60 Jahren friedliche Erfahrung der kulturellen Verschiedenheit in Europa, die heute mehr als Bereicherung, denn Belastung gesehen wird, sind wir, wenn man so will, ein „erfahrenere“ Kontinent, der anderen auf ihrem Weg helfen kann/soll/muss. Nach Jahrhunderten der Überheblichkeit gegenüber anderen Kulturen, scheint Europa heute durch die beiden Weltkriege geläutert, so dass die meisten Bürger hier die Gleichberechtigung anderer Kulturen anerkennen.

Wer soll denn auf der Welt helfen, wenn nicht die reichen Völker, die selbst das Glück haben in Frieden leben zu dürfen? Sollen etwa Bangladesh oder Paraguay als Friedensstifter in Afrika auftreten? Europa hat in den letzten Jahren – oft kaum bemerkt – viel für den Frieden auf der Welt geleistet: So stellten EU-Mitglieder nach dem Zweiten Weltkrieg 80 Prozent aller UN-Friedenstruppen und zahlten 70 Prozent aller Gelder für den Wiederaufbau.<sup>127</sup> Diese Bereitschaft anderen zu helfen gilt es aufrecht zu erhalten. Wir haben die Pflicht, bei schlimmen Verbrechen aktiv zu werden. An jene, die in Frieden und Wohlstand aufwachsen durften, sind höhere humanitäre und moralische Ansprüche zu stellen. Ihnen ist es zuzumuten, Toleranz und Nächstenliebe für Flüchtlinge zu zeigen, Fremde aufzunehmen und anderen notfalls auch militärisch zu helfen, wenn sie es selbst nicht mehr können. Wenn wir uns vor dieser Verantwortung

---

<sup>127</sup> Quelle: Ioannides 2002, S. 8.

drücken, so sind wir irgendwann für das Sterben von Millionen von Menschen mitverantwortlich!

Seien wir aber vorsichtig, bei der Erwägung einer Intervention, immer nur unsere Werte als Maßstab zu nehmen, denn es gibt kein „universal richtiges“ Wertesystem. Beispielsweise halten wir heute Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung, Religions- und Pressefreiheit für Werte, die es zu verteidigen gilt. Doch sollten wir nicht zu kurzfristig sein und dies für der Weisheit letzten Schluss halten. Noch vor 250 Jahren hätte jeder Europäer mit Selbstverständlichkeit die Treue zum Monarchen und die Unterordnung unter die Kirche für unveränderbar und „gut“ gehalten – Demokratie war schimpflich, da sie mit Anarchie und Chaos gleichgesetzt wurde. Wir können nicht sagen, was Menschen in z.B. 250 Jahren über unsere heutigen Werte denken werden. Akzeptieren wir daher auch die Verschiedenheit in der Welt, denn aus der Diversität kann viel Neues entstehen, und Werte können sich wandeln.

Woran soll sich dann Europa in seiner Außenpolitik orientieren? Kants Richtschnur *„Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich das Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung sein könnte“* kann ein guter Wegweiser sein. Auch die Maxime *„Was Du nicht willst, dass man dir tut, das füg auch keinem andern zu“* kann ein Leitspruch einer durch Fairness und Mitgefühl geprägten Außenpolitik sein. Schließlich können wir uns zuversichtlich von der Weltmeinung wie sie die UNO-Vollversammlung äußert, leiten lassen. Diese ist sicher nicht unfehlbar, aber besser als jede einzelne Expertenmeinung oder gar der Ratschlag von Militärs oder Politikern, die allzu oft auf ihren eigenen Vorteil bedacht oder von Lobbys getrieben sind. Dass diese Weltmeinung funktioniert, sahen wir u.a. 2003 und 2004, als die UNO-Vollversammlung mehrmals Israel wegen seiner rücksichtslosen Politik in den Palästinensergebieten verurteilte, nachdem die USA im Sicherheitsrat mit ihrem Veto eine solche Verurteilung verhindert hatten. Auch dass die USA von der UNO trotz massiven Drucks keine Legitimation für den Krieg gegen den Irak 2003 bekam, sollte unser Vertrauen in die UNO bestärken.

Europa muss sein Schicksal endlich wieder selbst in die Hand nehmen, denn schon zu lang ist die Sicherheit Europas in amerikanischer Hand. Ein „Land“ von 455 Millionen Einwohnern, das drittgrößte nach China und Indien, kann es nicht unterlassen, die Verantwortung für die eigene Sicherheit selbst zu übernehmen und seinen Beitrag für die Sicherheit der Welt zu leisten. Mit 4,5 Prozent der Weltbevölkerung (EU-25: 7,1 Prozent) erzeugen die USA heute fast 30 Prozent der Weltwirtschaftsleistung (EU fast identisch), sie geben 36,3 Prozent der Welt-Rüstungsausgaben aus (die liegt EU mit rund 16,5 Prozent weltweit auf Platz 2).<sup>128</sup> Damit hat die EU von den ökonomischen Rahmenbedingungen, der Leistungsfähigkeit und der strategischer Lage mindestens dasselbe Potential wie die USA.

---

<sup>128</sup> Quelle: The Economist, 29. Juni 2002, S. 2-10.

Der Irak-Krieg hat die alte Weisheit bestätigt, dass Diplomatie und Proteste nichts nützen, wenn andere Krieg wollen. Wer einen Krieg verhindern will, muss selbst über eine moderne und effiziente Militärstruktur verfügen. Wir können uns nicht auf Dauer der Illusion hingeben, dass, wenn wir selbst keinen Krieg wollen, die anderen ihn auch nicht wünschen. Gerade Genozide wie in Jugoslawien oder in Afrika können immer wieder beginnen. Europa muss dann bereit sein, diese notfalls auch militärisch zu stoppen. Eine militärische Integration der EU ist daher unabdingbar! Damit meine ich nicht eine Aufrüstung oder gar Militarisierung der Gesellschaft, sondern nur eine engere Kooperation und letztendlich Integration der Streitkräfte der einzelnen europäischen Länder. Immerhin gibt es in diesem Bereich gewisse Fortschritte. So wurde im November 2003 von Deutschland, Frankreich und Großbritannien eine engere Kooperation und die Möglichkeit eines von den USA unabhängigen Vorgehens bei militärischen Aktionen beschlossen. Diesen Worten müssen nun aber Taten folgen!

Erfreulich ist, dass die Rüstungskosten nicht ansteigen müssen, um uns militärisch schlagkräftig zu machen, denn schon heute ist die EU die zweitgrößte Militärmacht der Welt – unser Problem ist die Koordination bzw. die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Armeen, nicht deren Größe.

Die Rüstungskosten in der EU beliefen sich im Jahr 2003 auf rund 138 Milliarden Euro, jene der USA auf zweieinhalb Mal so viel. Europa ist den USA daher derzeit militärisch nicht ebenbürtig. Das braucht es aber auch nicht zu sein, denn wir wollen und werden in keinen militärischen Wettbewerb mit ihnen treten. Wir müssen einzig stark genug sein, um im Notfall anderen zu helfen, und das sind wir. Um auch schlagkräftig zu sein, muss aber ein gemeinsames Oberkommando geschaffen werden, denn Europa hat genug Soldaten und Waffen um den gegebenen Bedrohungen zu begegnen.

**Tabelle 1: Übersicht über die militärische Stärke der USA und Europas 2004**

	USA	EU-25
Einwohner (Mio.)	290	455
Militärausgaben (Mrd. €)	323	138
Militärausgaben/Kopf (€)	1.114	303
Militärausgaben in % des BIP	3,6 %	1,6 %
Soldaten	1,4 Millionen	2 Millionen

Quelle: Fischer Weltalmanach 2004, Abb. XXXII

Mit unserer täglich gelebten Multikulturalität, dem Respekt für andere und dem Bewusstsein, dass Völker gegenseitig voneinander abhängig sind, sind wir vielleicht besser als die unipolar eingestellten USA oder das autokratische China geeignet, „faire“ Kompromisse zu finden. Noch immer stehen fast 120.000

amerikanische Soldaten in Europa und schützen uns – alleine in Deutschland sind in über 30 Stützpunkten rund 70.000 Soldaten stationiert.<sup>129</sup> Wovor schützen sie uns? Wer könnte oder wollte uns angreifen, gegen den wir uns nicht selbst schützen könnten? Iran? Syrien? Böse Muslime? Blödsinn – solche Bedrohungen gibt es nicht, sie werden uns von den USA in den Kopf gesetzt oder durch ihre islam- und araberfeindliche Politik produziert. Die USA schaffen – real oder eingebildet – die Gefahren, vor denen sie uns dann schützen wollen. Ich begrüße daher Bushs Plan, die Truppen in Europa massiv zu verringern, würde aber noch weitergehen und für eine völlige Auflösung aller amerikanischen Militärbasen in Europa plädieren. Die USA sollen und werden weiter auch militärisch unser Partner bleiben, aber wir sollten nicht länger zulassen, dass sie uns dominieren.

F) Ein alternativer Plan gegen den Terrorismus und eine Perspektive für den Nahen Osten

*„Diese Entscheidung ist verdreht. Es kann nicht angehen, dass ein Staat, der seine Bürger vor wilden Tieren schützt, vor Gericht gestellt werden soll“*

Israels damaliger Finanzminister Netanjahu reagiert im Dezember 2003 auf eine Verurteilung Israels durch die UNO-Vollversammlung und offenbart dabei, was er von den Palästinensern hält

*„Es ist schwieriger, Frieden zu schließen, als Krieg zu führen“*  
Jassir Arafat

Der Terrorismus ist nach dem Ende des Kalten Krieges zum offensichtlichsten Problem der internationalen Sicherheit geworden. Die USA versuchen seit den Anschlägen vom 11. September 2001 dieses Problem militärisch zu lösen, doch scheitern sie bisher kläglich. Wer ein Problem lösen will, der muss seine Ursache erkennen und diese beseitigen. Die Ursache für Terrorismus liegt aber nicht etwa in einer inhärenten Gewaltbereitschaft des Islam, der diabolischen Wirkung Osama bin Ladens oder in einer unüberbrückbaren Kluft zwischen den Kulturen, sondern in Wut und Verzweiflung über jahrzehntelange Demütigung, Ungerechtigkeit und Unterdrückung. Geht man noch tiefer, so liegen an der Wurzel Armut und Hoffnungslosigkeit in vielen Regionen der Erde. Die aggressive Politik der USA fügt dem nur neue Demütigung, Elend und Unterdrückung hinzu – etwa im Irak und Afghanistan – und dadurch wird der Terrorismus nur gestärkt und nicht besiegt.

Drei der Brennpunkte des Terrorismus sind heute der Mittlere Osten (speziell Irak und Afghanistan), der Nahe Osten (Israel/Palästina) und schließlich

<sup>129</sup> Quelle: Fischer 2004, Sp. 884.

Südrussland (Tschetschenien). In allen drei Regionen sind große Territorien mit überwiegend muslimischer Bevölkerung von Christen oder Juden militärisch besetzt, was die Konflikte aus Sicht der Terroristen und Rebellen zu Befreiungskriegen macht. Speziell wo die Kämpfer durch einen Großteil der Zivilbevölkerung unterstützt werden, also in Tschetschenien und Palästina, halte ich diesen Anspruch für durchaus legitim. In jedem der Konflikte versuchen sich die führenden Politiker als Hardliner gegen den Terror zu profilieren – Bush im Mittleren Osten, Israel im Nahen Osten und Putin im Süden seines Landes. Alle drei setzen dabei hauptsächlich auf militärische Macht und brutales Vorgehen gegen die Terroristen und Rebellen. Doch militärisch ist der Krieg gegen den Terror nicht zu gewinnen.

Nicht einmal die Schwächung der Al Kaida gelang bisher: Im August 2004 erklärte die UNO in einem Bericht, dass die gegen den Terror gerichteten Maßnahmen zur Unterbindung des Geldflusses zu Terroristen wirkungslos seien. Während Terroranschläge, wie in Madrid, mit Budgets von wenigen tausend Dollar verwirklicht wurden, brächten die Milliardenausgaben der USA praktisch keine greifbaren Resultate. Die UNO resümierte, die Chance den Al Kaida-Terrorismus bald zu stoppen sei gleich null.<sup>130</sup>

Doch es gibt in den USA starke Interessensgruppen, die wohl auch keinen schnellen Sieg wollen, sondern einen langen Krieg, der noch für Jahre und Jahrzehnte lukrative Aufträge für die Rüstungsindustrie und steigende Budgets für Militär und Geheimdienste bedeutet. Dass die Gesellschaft dabei in ständiger Angst lebt und auf viele Bürgerrechte zugunsten höherer (wahrgenommener) Sicherheit verzichtet, kommt dem Drang einiger zur Überwachung dabei sehr gelegen. Ich fürchte daher, dass von den USA auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, keine sinnvolle, ernsthaft auf Frieden gerichtete Politik in diesem Konflikt zu erwarten ist.

Daher liegt es an Europa, den Krieg gegen den Terror zu beenden. Das wird weder leicht noch schnell gehen, doch wenn wir es nicht tun, werden wir ebenfalls vom Strudel der Gewalt erfasst werden, wie es bereits in Madrid und London geschah. Die Toten dort gab es nur, weil sich europäische Staaten von den USA instrumentalisieren ließen, um arabische Gebiete zu besetzen und den „Krieg gegen den Terror“ auf die amerikanische Weise zu führen.

Um einen Konflikt zu lösen, muss man ihn verstehen – man muss die Triebkräfte an seiner Wurzel analysieren und sie dann so verändern, dass diese abstirbt. Tatsächlich ist der Krieg gegen den Terror ein Krieg gegen Armut und Hoffnungslosigkeit. Diese wachsen aber mit jedem Waffeneinsatz, so dass die derzeitige Politik der USA den Terrorismus nur immer weiter stärkt, indem sie neue wütende und verzweifelte Menschen schafft, die sich dem Kampf gegen „den arroganten Westen“ anschließen. Natürlich ist es möglich, einzelne Terroristen zu töten und Terrorzellen zu zerschlagen, doch solange Armut,

---

<sup>130</sup> Quelle: ORF Online, 27. August 2004, [orf.at/040827-77838/index.html](http://orf.at/040827-77838/index.html).

Unterdrückung und Ungerechtigkeit bleiben, wird es stets neue verbitterte Männer und Frauen geben, die neuen Terror verbreiten.

Dieser Konflikt ist in seiner Natur völlig anders als der Ost-West-Konflikt nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals gab es klare ideologisch getrennte Blöcke mit jeweils einem führenden Staat, die sich waffenstarr gegenüberstanden. Nur das „Gleichgewicht des Schreckens“ verhinderte damals einen großen Krieg. Der Terror, den wir heute erleben, ist aber eines der Gesichter des neuen und lange angekündigten Nord-Süd-Konflikts. Denn trotz der religiösen Motive ist es letztendlich ein Kampf der Armen gegen die Reichen, ein Kampf traditioneller Werte gegen die als oberflächlich empfundene westliche Konsumgesellschaft. Die unzufriedenste und politischste Gruppe sind dabei derzeit radikale Muslime, die in vielen Ländern zu finden sind. Diese haben nicht wie die UdSSR die Möglichkeit zu groß angelegtem Wettrüsten, sie haben nicht einmal einen eigenen Staat, daher kämpfen sie mit dem Mittel, das sie zur Verfügung haben: Terror.

Dabei handelt es sich nicht um einen „Kampf der Kulturen“, wie er oft beschworen wird, denn der Terror trifft islamische Staaten und Regierungen häufiger und härter als „den Westen.“ Tatsächlich tobt innerhalb der islamischen Länder eine Auseinandersetzung zwischen Gemäßigten und Extremisten. Die extremistischen Fundamentalisten wollen die islamische Gesellschaft so erhalten – bzw. so zurückversetzen – wie sie vor Jahrhunderten war. Presse- und Religionsfreiheit, Demokratie und die Gleichberechtigung von Mann und Frau halten sie für Fehlentwicklungen, die es zu bekämpfen gilt. Auf der anderen Seite gibt es die Gemäßigten, die einen Wandel ihrer Gesellschaften zu pluralistischen und offenen Systemen befürworten. Der syrische Philosoph Sadik el Asm meint sogar, der islamistische Terrorismus, den wir heute erleben, sei nicht etwa ein Zeichen für das Erstarken der Fundamentalisten, sondern untrügliches Zeichen seiner Schwäche und seines Untergangs. Er argumentiert *„im Nukleus eines Terrorakts ist immer schon die Verzweiflung über den unumgänglichen Niedergang einer Idee enthalten.“* Terrorismus ist demnach die letzte Konsequenz – und das einzige Mittel – einer Gruppe, die keine Chance auf Veränderungen zu ihren Gunsten sieht. Asm argumentiert weiter, es sei *„die grundlegende Schwäche der Islamisten, auch nach 200 Jahren noch an die langfristige Durchsetzbarkeit einer strengen islamischen Ordnung in einem System zu glauben.“*<sup>131</sup> In einer Zeit, in der sich die große Mehrheit der Muslime eine offene und pluralistische Gesellschaft wünscht, würden solche Gruppen nur in der verzweifelten Gewalt einen Ausweg sehen.

Bedauerlicherweise fördern die Rahmenbedingungen im Nahen Osten heute die Terroristen und Extremisten, so dass diese in allen Medien dominieren. Politische Fehlentwicklungen, Korruption und Misswirtschaft haben dazu ge-

---

<sup>131</sup> Quelle: ORF Online am 21. Oktober 2004, [www.orf.at/041018-79620/79621txt\\_story.html](http://www.orf.at/041018-79620/79621txt_story.html).

führt, dass viele muslimische Länder heute von autokratischen Präsidenten oder dekadenten Monarchen geführt werden. Die USA stützen viele dieser Machthaber und machen sich so selbst unglaubwürdig, denn kein Moslem glaubt ihnen, zur Förderung der Demokratie in den Irak gekommen zu sein, wenn sie gleichzeitig Despoten in anderen arabischen Ländern stützen. Die Schwäche und die offensichtlichen Mängel der politischen Kultur und Institutionen, gepaart mit der verbreiteten Armut und Arbeitslosigkeit, bereitet einen idealen Nährboden für die religiöse Hetze der Fundamentalisten.

Als kritisches Element kommt in der islamischen Welt nun noch die wachsende Wut über die jahrzehntelange Unterdrückung der Palästinenser durch Israel, der brutale Krieg Russlands in Tschetschenien und die aggressive Politik der USA gegen islamische Staaten in den letzten Jahren, hinzu. Diese Politik der permanenten Demütigung und der Besetzung „heiligen Bodens“ führt zu einer verständlichen Auflehnung vieler gegen die als ungerecht empfundenen „Invasoren.“ In jener Videobotschaft, die Bin Laden am 30. Oktober 2004, nur drei Tage vor der US-Präsidentschaftswahl, veröffentlichte ließ, zielt der Terrorpate genau auf diese Gefühle bei vielen Muslimen. Er brandmarkt die USA als aggressive Macht, die arabische Gebiete besetzt, um sich deren Reichtümer zu sichern. Al Kaida kämpfe nur für die Freiheit der Araber und Muslime und *„jeder Staat, der diese Freiheit nicht beeinträchtigt, wird sicher sein.“*<sup>132</sup> Diesen Positionen können viele Muslime zustimmen: Al Kaida kämpft nicht, um die USA zu zerstören oder zu besetzen, sondern einzig, um die Länder der Muslime frei von Besatzung zu machen. Jedes Land, das dies respektiert hat keine Angriffe zu fürchten, doch die Besatzer müssen damit rechnen, brutal getroffen zu werden.

Der islamistische Terror geht heute nicht von Staaten aus, sondern von kleinen Gruppen von Extremisten. Diese haben religiöse und nationalistische Ziele, bei ihren Anhängern sind es oft auch persönliche Rachedgedanken, die sie zu einem Selbstmordattentat treiben. Der Gegner ist damit kein Staat, es sind Einzelpersonen und Gruppen, die oft die Regierung ihres eigenen Staates ebenso hassen und bekämpfen wie jene des Westens – so etwa in Saudi-Arabien, Ägypten, der Türkei, Afghanistan u.a. Daher sind heute die Grenzen zwischen Freund und Feind nicht mehr so klar wie im Kalten Krieg. Es genügt nicht, einen Herrscher zu beseitigen, eine staatliche Struktur zu zerschlagen oder eine Armee zu besiegen. Das hätte im Kalten Krieg den Sieg bedeutet, hier bedeutet es nur eine Ausweitung des Terrors auf neue Gebiete. Die Terroristen können dabei immer und überall zuschlagen, denn letztendlich wird es nie möglich sein, alle Einrichtungen auf der Welt lückenlos zu schützen. Die seit Jahrzehnten andauernde Gewalt im Nahen Osten und der trotz totaler Kontrolle und großer Brutalität der Israelis nicht einzudämmende Terror der Palästinenser, sollten

---

<sup>132</sup> Quelle: ORF Online am 30. Oktober 2004, [www.orf.at/041030-80067/80056txt\\_story.html](http://www.orf.at/041030-80067/80056txt_story.html)



mittlerweile jedem vernünftigen Menschen klar gemacht haben, dass der Terror mit Unterdrückung und Waffen nicht zu besiegen ist.

Ebenso erleben die USA im Irak täglich, dass es selbst 140.000 ihrer besten Soldaten nicht möglich ist, wenigen tausend Widerstandskämpfern Herr zu werden. Ähnlich ergeht es den Russen seit Jahren in Tschetschenien, wo rund 80.000 Soldaten geschätzten 1.500 Rebellen gegenüberstehen. Das Problem ist, dass selbst die schlimmste Strafandrohung gegen einen todesbereiten Selbstmordattentäter völlig wirkungslos ist. Auch die von Israel als Abschreckung eingesetzte Sippenhaftung, bei der die Wohnung der Familie eines Selbstmordattentäters gesprengt wird, verfehlt ihren Zweck, denn dadurch wird nur noch mehr Unglück geschaffen. Je mehr Waffen der Westen einsetzt, desto mehr Opfer, mehr Wut und Verbitterung und damit mehr todesbereite junge Muslime, die den Terrorführern folgen, wird es geben.

Selbst die Beseitigung des Terrorpaten Osama bin Laden oder die Zerschlagung der Al Kaida würde kein Ende des Terrors bedeuten, solange die Politik des Westens gegenüber islamischen Staaten nicht geändert wird und das Elend und die Unterdrückung in der arabischen Welt nicht enden. Daher müssen auch die schlimmsten politischen Missstände in den islamischen Staaten selbst beseitigt werden, um dem Terror den Nährboden zu entziehen. Die USA können nicht alle wütenden jungen Muslime in der Welt einsperren oder töten, daher können sie diesen Kampf nicht gewinnen. Die Mächtigen der USA scheinen das entweder nicht zu verstehen oder sie nehmen es bewusst in Kauf, weil über höhere Rüstungsbudgets kurzfristig ihre eigene Macht und ihr Einkommen steigen.

Europa muss nun endlich einen anderen Weg aufzuzeigen und konsequent gehen. Bilden wir eine „Koalition der Vernünftigen“ mit jenen Ländern, Regierungen, religiösen Führern und Gruppen, die den militärischen Kampf ebenso ablehnen wie wir, und die nach intelligenteren Lösungen suchen. Wir müssen in Zusammenarbeit mit den Regierungen islamischer Staaten dafür sorgen, dass junge Muslime wieder Chancen und Hoffnungen haben – wirtschaftlich, bildungsmäßig und politisch. Wenn es für sie friedliche und produktive Wege gibt, sich auszudrücken, werden sie nicht auf Selbstmordattentate zurückgreifen müssen.

Doch auch die politischen Quellen des Terrorismus müssen wir angehen: Wir sollten Russland zu einem Rückzug aus Tschetschenien drängen, denn diese führen dort einen grausamen quasi-kolonialen Krieg. Auch in Palästina sehe ich – wie weiter unten dargelegt – Wege zum Frieden. Bleibt der stetig wachsende Widerspruch zwischen den USA und einer zunehmenden Zahl von Muslimen weltweit. Diese resultieren vor allem aus der Besetzung großer muslimischer Territorien durch die USA (neben dem Irak und Afghanistan sind auch in den meisten Golfstaaten und Saudi-Arabien US-Truppen stationiert) sowie aus der

gesteigerten Fähigkeit von Fundamentalisten, aus dem Heer der Armen und Unterbeschäftigten neue „Gotteskrieger“ zu rekrutieren.

Nur wenn wir die Wurzeln dieses Konflikts ausreißen, können wir ihn beseitigen – und die Wurzeln sind Armut sowie die Präsenz von US-Truppen in arabischen Gebieten. Diese Präsenz führt zu ständiger Erniedrigung von Muslimen und liefert den radikalen Predigern damit die „Munition“, die sie brauchen. Warum sind die US-Truppen dort? Einzig und allein zum Schutz der US-Ölinteressen. Ich bin kein Träumer, ich weiß, dass ein sofortiger Abzug undenkbar ist, aber langfristig wird der Rückzug der US-Truppen aus dem arabischen Raum unumgänglich sein, denn der Schutz von US-Interessen ist kein Grund, den ein Muslim je als Rechtfertigung für die US-Präsenz in seinem Land akzeptieren wird.

Nach meiner Einschätzung hat heute nur Europa den Reichtum, die Erfahrung und die geostrategische Lage, um einen Ausweg aus diesem Teufelskreis der Gewalt zu finden. Und wir sollten – schon aus purem Selbsterhaltungstrieb – auch den Willen und die Bereitschaft aufbringen, es zu tun. Dabei gilt es speziell die USA in ihrer derzeitigen Politik zu bremsen, denn jede neue Aggression der USA untergräbt ausgleichende europäische Bemühungen. Dabei brauchen wir mittelfristig die USA als Partner, denn die notwendigen Investitionen um weltweit Bildung und Gesundheit zu verbessern, werden große Summen verschlingen. Anders als die wesentlich höheren Militärausgaben der USA werden diese Mittel aber sinnvoll eingesetzt und können dazu beitragen, die Welt tatsächlich sicherer zu machen. Derzeit beträgt die weltweite Entwicklungshilfe nur rund 50 Milliarden Euro jährlich, die Ausgaben für Bildung und Gesundheit in ganz Afrika betragen derzeit weniger als 30 Milliarden Euro – verglichen mit rund 1.000 Milliarden, die für die weltweite Rüstung ausgegeben werden – davon mehr als die Hälfte in den USA und Europa.<sup>133</sup> Wenn sich diese beiden Regionen zusammenschließen und nur ein Zehntel ihrer Rüstungsausgaben für die Verbesserung der Lebensbedingungen in Entwicklungsländern ausgeben, so wird sich die Lage dort schnell und dramatisch ändern, denn plötzlich steht mehr als doppelt soviel Geld zur Verfügung als bisher.

Doch die Bekämpfung der Armut alleine wird zu lange dauern. Parallel dazu müssen auch schnellere Schritte gesetzt werden, um dem Terror den Boden unter den Füßen – also den Rückhalt in der Bevölkerung – zu entziehen. Dies kann nur gelingen, wenn die Terroristen von allen geächtet werden, denn heute werden sie vielfach noch als Helden – etwa bei den Palästinensern – gefeiert.

In der antiken Mythologie konnte die schlangenköpfige Medusa als Verkörperung der Hässlichkeit nur dadurch besiegt werden, dass man ihr das eigene Spiegelbild vorhielt. Dasselbe gelang nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Faschismus: Dadurch, dass man den Deutschen zeigte, was ihr Fanatismus in

---

<sup>133</sup> Quelle: Global Marshall Plan, [www.globalmarshallplan.org](http://www.globalmarshallplan.org).

den Kriegsgebieten, vor allem aber in den Konzentrationslagern, angerichtet hatte, wurden die meisten zur Umkehr und Reue bewegt. Doch Nazi-Deutschland war ein Verbrecherregime und die Alliierten konnten die Verbrechen damals nur aufzeigen, weil sie das ganze Land besetzt und damit volle Kontrolle über Medien und Bildungseinrichtungen hatten.

Die Lage in der islamischen Welt ist anders, denn deren Regierungen verurteilen den Terror ebenso wie der Westen; die Beseitigung eines „Führers“ oder Regimes ist daher nicht möglich. Wie der Irak zeigt, macht eine Besetzung oder eine „Regime Change“ keinen Sinn und fördert den Terrorismus nur weiter. Aber es könnte ein wirkungsvolles Mittel gegen den Terror sein, die Täter und Sympathisanten mit dem Grauen zu konfrontieren, das sie anrichten. Bin Laden und die kleine Gruppe seiner fanatisierten Anhänger sind sicherlich nicht zur Umkehr zu bewegen – gegen sie wird letztlich nur militärische Gewalt helfen. Doch der Islam – und mit ihm die überwiegende Mehrheit aller Muslime – ist eine friedliebende Religion, die ebenso wie alle anderen großen Religionen für Versöhnung und Verständnis eintritt. Erkennen die Menschen, welches grauenvolles Verbrechen Terror ist, so werden sich fast alle davon distanzieren. Jegliche Behauptung, der Islam per se sei gewalttätig oder aggressiv, ist an den Haaren herbeigezogen und falsch. Dass er derzeit missbraucht wird, um den Hass gegen den Westen zu schüren, findet historische Parallelen in Kreuzzügen, Judenverfolgungen und der weitgehende Ausrottung der Indios durch Christen in den vergangenen Jahrhunderten. Mohammed würde den heutigen Terror wohl ebenso ablehnen wie Jesus die in seinem Namen begangenen Verbrechen.

Indem die gewaltbereiten Muslime das Spiegelbild ihrer Taten sehen, können sie vielleicht zur Umkehr bewegt werden, denn bei den allermeisten Attentätern handelt es sich nicht um Wahnsinnige, sondern um fehlgeleitete Gläubige – um junge Menschen, die für das kämpfen wollen, was sie für richtig halten. Dass Terror als Mittel zur Erreichung ihrer Ziele verderblich ist, können die Terroristen und Sympathisanten nicht erkennen, denn sie sehen nur den Feind, der besiegt werden muss. Wenn diesen Menschen gezeigt wird, welches Unrecht sie tun und welches Leid sie anrichten, dann werden viele einsehen, dass sie ihre Ziele und ihren Glauben auf diese Art nicht verwirklichen können.

Das kann aber nicht der Westen tun, denn dieser ist „der Feind“. Was fehlt – beziehungsweise im Westen nicht wahrgenommen wird – ist eine Bewegung von islamischen Glaubensgelehrten, Journalisten, Intellektuellen und Lehrern, die Terror und Gewalttaten einhellig verurteilen. Stets hören wir im Westen nur von den radikalen Imamen, die in Ihren Moscheen zum Jihad aufrufen. Dabei gibt es auch sehr viele friedliebende Gelehrte, die für den Frieden eintreten. Diese gilt es zu unterstützen, denn nur sie können die Saat der Gewalt in den muslimischen Ländern am Aufgehen hindern. Beim Kampf zwischen Radikalen und Gemäßigten innerhalb der muslimischen Gesellschaften müssen wir die Gemäßigten unterstützen. Am effektivsten geht dies, wenn die USA und Israel

nicht weiter durch ihre Politik Öl ins Feuer gießen. Das zeigt, wie wichtig eine Koalition aller Kräfte der Vernunft ist, um dem Terror wirkungsvoll zu begegnen. Wenn die angesehensten Religionsgelehrten erklären, dass Selbstmordattentäter nicht Märtyrer sind, sondern Verbrecher und dass diese nicht ins Paradies, sondern in die Hölle kommen, so wird das gerade die Gläubigsten von einem Anschlag abhalten.

Letztlich müssen die Muslime selbst Antworten finden, auf die Fragen, wann Jihad gerechtfertigt ist, welche Rolle die Frauen in der Gesellschaft haben oder wie sie mit Andersgläubigen umgehen. Die in Europa lebenden Muslime könnten hier eine Schlüsselrolle spielen: Gerade jene jungen Muslime, die in Europa geboren wurden, hier zur Schule gingen und die die europäischen Werte ebenso kennen, wie sie die muslimischen Werte ihrer Eltern respektieren, können eine wichtige Brückenfunktion zwischen den Kulturen wahrnehmen. Sie können sich laut Gilles Kepel *„jene Moderne, die sie in Europa kennen gelernt haben, aneignen und ihren islamisch dominierten Heimatländern vermitteln.“*<sup>134</sup>

Viele junge Muslime haben an europäischen Hochschulen studiert und beteiligen sich in Europa und ihren Herkunftsländern verstärkt am politischen Diskurs. *„Mit ihren hervorragenden Leistungen sind diese Menschen ein wesentlicher Bestandteil Europas und könnten, wenn sie wollten, Brücken schlagen in die Heimatländer ihrer Eltern, in den Nahen Osten, nach Nordafrika oder Pakistan ... Den neuen moslemischen Eliten wird es zukommen, auf beispielhafte Weise und über Europas Grenzen hinweg das neue Gesicht einer muslimischen Welt zu verkörpern, die mit den modernen Zeiten ausgesöhnt ist“* argumentiert Kepel in seinem Buch *„Die Neuen Kreuzzüge.“*<sup>135</sup> Ich kann ihm zustimmen, solange man sich davor hütet, hier die europäische Kultur als „höher“ oder „besser“ zu setzen. Ich will keinen Kulturimperialismus, bei dem irgendjemandem die „europäischen Werte“ aufgezwungen werden, sondern aktive Hilfe für Gesellschaften, die sich in einem tiefen Konflikt zwischen Moderne und Tradition befinden.

Bin Laden und andere Fanatiker können jungen Muslimen nicht mehr bieten, als Gewalt und Tod. Wenn es gemäßigten Muslimen und fähigen Regierungen im arabischen Raum mit unserer Unterstützung – und jener junger europäischer Muslime – gelingt, ihnen mehr zu bieten – Bildung, Arbeit, politische Mitbestimmung und ein Leben in Würde und Sicherheit – dann werden die Terroristen keine Selbstmordattentäter mehr finden, dann besiegen wir den Terror!

Die US-Politik führt heute aber genau in die entgegen gesetzte Richtung und hilft daher den Terroristen. Europa kann und muss eine führende Rolle in einem neuen Anti-Terror-Kampf übernehmen. Wir können glaubwürdig für Toleranz, Pluralismus und gegenseitigen Respekt eintreten, denn das praktizieren wir in

<sup>134</sup> Quelle: ORF Online 18. Oktober 2004, [www.orf.at/041018-79620/79269txt\\_story.html](http://www.orf.at/041018-79620/79269txt_story.html).

<sup>135</sup> Quelle: ORF Online 18. Oktober 2004, [www.orf.at/041018-79620/79269txt\\_story.html](http://www.orf.at/041018-79620/79269txt_story.html).

der EU seit Jahrzehnten. Wir können langjährige friedliche Kontakte zur arabischen Welt nützen, um jene Regierungen und Parteien zu stärken, die unsere Prinzipien teilen und wir können mit vergleichsweise geringen Geldmitteln bei einer wesentlichen Verbesserung der Bildungseinrichtungen in vielen muslimischen Ländern helfen.

Auch die arabischen Medien könnten bei der notwendigen Bewusstseinsbildung helfen. Mittlerweile sind im arabischen Raum einige Fernsehsender entstanden, die beginnen, eine Rolle als Sprachrohr der arabischen Welt wahrzunehmen.<sup>136</sup>

Die Position dieser Sender gegenüber dem Westen ist derzeit verständlicherweise sehr kritisch, doch sind derartige Positionen nicht unveränderlich – wenn der Westen vom Unterdrücker zum ehrlichen Helfer wird, so werden die Medien dies anerkennen.

Die Reaktion auf das Massaker in einer Schule im russischen Beslan im August 2004, bei dem rund 400 Geiseln, die Hälfte davon Kinder, starben, hat gezeigt, dass eine kritische Haltung dieser Sender zum Terror möglich ist: Fast alle Regierungen, aber auch Zeitungen, Medien und Gelehrte, haben diesen terroristischen Akt scharf verurteilt. Man bezeichnete es als beschämend, dass fast alle Terroristen weltweit Muslime seien und sieht das als „Endprodukt einer korrupten Kultur“. *„Selbst die Feinde des Islam könnten seinem Ansehen nicht so schaden, wie es diese Terroristen in ihrer Dummheit taten“* heißt es in einer ägyptischen Zeitung. *„Kinder als Geiseln zu nehmen, ist ein neuer Tiefpunkt, daher wird auch niemand eine Träne für diese Mörder vergießen“* heißt es bei Arab News.<sup>137</sup>

Wenn solche Taten weiterhin einhellig verurteilt werden, so kann das zu einer gegen Terror gerichteten Grundstimmung in der arabischen Welt führen. Den Religionsgelehrten, die für viele Muslime die höchste Autorität nach Allah und dem Koran darstellen, den Medien und den Bildungsministern kommt damit eine entscheidende Rolle zu: Wenn alle diese Gruppen, möglichst in allen islamischen Ländern in der Verurteilung von Gewalt übereinstimmen, wenn dazu alle Medien Bilder und Geschichten über die Opfer des Terrors bringen, dann kann es zu einem Umdenken kommen, der dem Terror die Unterstützung der Bevölkerung, und damit die Basis, entzieht. So eine Einigung zu erzielen ist nicht leicht und wird durch die derzeitige Politik der USA und Israels noch schwerer, doch ist sie trotzdem möglich! Es ist auch der einzige Weg, den ich sehe, denn Gewalt erzeugt nur immer neue Wut und Gewalt, daher kann es keine militärische Lösung geben.

### **Israel und die Palästinenser**

Was die Muslime weltweit seit Jahrzehnten am Meisten verbittert und gegen den Westen aufbringt, ist der ungelöste Nahostkonflikt zwischen Israelis und Palästinensern. Solange dieses Problem nicht beseitigt ist, wird immer neues Öl

<sup>136</sup> u.a. Al-Jazeera und Al-Arabija.

<sup>137</sup> Quelle: ORF Online am 4. September.2004, [www.orf.at/040904-78104/index.html](http://www.orf.at/040904-78104/index.html).

ins Feuer des Terrorismus gegossen, daher muss die Lösung dieses Konflikts oberste Priorität haben.

Seit der Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 ist der Konflikt um den sandigen Boden Palästinas immer wieder im Zentrum des Weltinteresses gestanden. Die Unsicherheit und das Klima der Angst in Israel sowie das menschliche Elend in den Palästinensergebieten und in den Flüchtlingslagern der benachbarten Länder, in denen rund vier bis fünf Millionen Flüchtlinge dahinvegetieren, sind unaussprechlich.

Die Lösung der explosivsten und brutalsten Auseinandersetzung der Region, mit über 3.500 Toten und rund 40.000 Verletzten alleine in den letzten Jahren, könnte eine Signalwirkung auch für andere Konflikte haben.<sup>138</sup> Durch die anschließende Intensivierung des gegenseitigen Handels und der Reisetätigkeit könnte nicht nur der allgemeine Wohlstand gehoben, sondern auch Verständnis füreinander entwickelt werden. Bei dieser Lösung muss Europa eine führende Rolle als Vermittler einnehmen, denn die USA haben sich in den letzten Jahren stets so deutlich auf die Seite Israels gestellt, dass sie von den Arabern nicht mehr als „ehrlicher Makler“ angesehen werden.

***Box VI: Die USA, Israel und die UNO:***

*Seit der Gründung Israels sind die USA der Fürsprecher und treueste Verbündete des Landes und unterstützen es militärisch und diplomatisch. Neben rund drei Milliarden US-Dollar an Hilfgeldern jährlich halten die USA auch diplomatisch ihre schützende Hand über Israel. So legen sie immer wieder ihr Veto im UNO-Sicherheitsrat ein, um Israel vor einer Verurteilung zu schützen – um ihren eindeutigen Willen zu demonstrieren verabschiedete die UNO-Vollversammlung immer wieder ähnliche Resolutionen wie sie das US-Veto im Sicherheitsrat verhindert. Die regelmäßige arrogante Reaktion Israels („so eine Resolution ist irrelevant“) zeigt einmal mehr, wie sicher sich das Land der Unterstützung der USA ist!*

*Selbst als die Israelis nach einem Selbstmordanschlag im Oktober 2003 erstmals seit 30 Jahren wieder ein Camp auf syrischem Territorium angriffen, verhinderten die USA eine Verurteilung und erklärten das durch das „Recht auf Selbstverteidigung“ Israels gerechtfertigt. Sie verhängten sogar wenige Tage später Sanktionen gegen Syrien, das angeblich globale Drehscheibe des Terrors sei. Auch als Israel im März 2004 den unter den Palästinensern sehr populären Führer der Hamas, den greisen, halbblinden und an den Rollstuhl gefesselten Scheich Yassin, gezielt tötete, verhinderten die USA mit ihrem Veto eine Verurteilung dieser Tat.*

*Der Bau eines hunderte Kilometer langen Walls durch Israel in den Palästinensergebieten, um Selbstmordattentäter abzuhalten, wird unterdessen fortgesetzt – falls der Wall fertig gestellt wird, verlieren die Palästinenser*

<sup>138</sup> Quelle: Civimed Initiative, 29. Februar 2004.

*einen großen Teil des Westjordanlandes. Auf eine Verurteilung vor der UNO-Vollversammlung am 21. Oktober 2003 mit 144 zu 4 Stimmen, meinte der damalige israelische Vizepremier Olmert trotzig „Wir werden überhaupt keine Rücksicht auf die UNO-Mehrheit nehmen, die uns automatisch anfeindet.“ Am 20.11.2003 wies er schließlich sogar eine einstimmig beschlossene Resolution des Sicherheitsrats zur Umsetzung der „Road Map for Peace“ zurück – Israel „fühle sich daran nicht gebunden.“*

*In der derzeitigen Politik Israels scheint sich zu bewahrheiten, dass „wer selbst geschlagen wurde, später andere schlägt“. Das Verhalten Israels kann nicht goutiert werden – als übersteigertes Schutzbedürfnis einer durch die Vernichtung im Holocaust und durch den Existenzkampf gegen die Araber traumatisierten Nation ist es aber zumindest ansatzweise verständlich. Diese Menschen wollen nie wieder jemand anderem ausgeliefert sein, daher rüsten sie und daher unterdrücken sie ihre Gegner. Vielleicht ist ein Frieden in der Region daher erst möglich, wenn die Generation, die noch eigene Erinnerungen an den Holocaust hat, endgültig von der politischen Bühne abgetreten ist. Jüngere Politiker wie der frühere Premierminister Barak, haben ja bereits gezeigt, dass auch Israel zu Zugeständnissen bereit ist, wenn es dafür Frieden und Sicherheit bekommt.*

Die Welt muss endlich verstehen, dass der Kreislauf der Gewalt und des Blutvergießens niemals durch Morde oder den Bau von Mauern, sondern nur durch ein Ende der israelischen Besetzung der Palästinensergebiete gestoppt werden kann. Dauerhaften Frieden in der Region kann es nur geben, wenn neben einem sicheren Staat Israel ein lebensfähiger Staat Palästina existiert! Weder die israelische noch die palästinensische Führung scheinen diese einfache Wahrheit verstanden zu haben, bzw. falls sie sie verstanden haben, ist ihnen die Alternative – Unsicherheit und der derzeitige Krieg – lieber, als dem Gegner einen sicheren Staat zu gönnen.

Dabei gibt es in Israel durchaus Widerstand gegen die derzeitige Politik, denn die derzeitige Politik Israels widerspricht der zionistischen Grundidee, die Israel als „Licht der Welt“, als moralischen Staat und Zuflucht für die Verfolgten wollte, denn heute ist es Israel, das Unrecht tut. Früher kämpfte Israel gegen arabische Armeen um seine Existenz, doch nun kämpft es gegen Zivilisten! Die Verhältnismäßigkeit des Gewalteinsatzes ist dabei absolut nicht gegeben: Als Reaktion auf einen palästinensischen Raketenangriff Ende September 2004, bei dem zwei Israelis verletzt wurden, ließ der damalige Ministerpräsident Sharon etwa die Militäraktion „Tage der Buße“ durchführen: Eine groß angelegte Zerstörungsoffensive im Gazastreifen, bei der mindestens 140 Palästinenser starben und große Teile der Infrastruktur sowie hunderte Häuser zerstört wurden. Bewegungen, wie „Friede jetzt“, meuternde Kampfpiloten, der Genfer

Friedensplan<sup>139</sup> als Alternative zum Konflikt oder die immer wieder stattfindenden Demonstrationen für den Frieden und gegen die derzeitige Politik zeigen, dass nicht alle Israelis mit der gegenwärtigen Politik einverstanden sind. Die Menschen erkennen, dass gezielte Liquidierungen wie jene der Hamasführer Scheich Yassin und Rantisi Staatsterrorismus sind, und mit ihnen gebe ich dem israelischen Oppositionspolitiker Beilin Recht, der am 18. April 2004 erklärte, dass „solche Taten die israelische Demokratie zerfressen und vor allem Israel selbst schaden.“

Mit dem Bau eines 720 km langen Sperrwalls zu den Palästinensern, der viele Siedlungen in den besetzten Gebieten mit Israel verbindet, während er die palästinensischen Gebiete zerschneidet, setzt die israelische Regierung weiter darauf, Israelis und Araber dauerhaft zu trennen. Damit schafft er nur ein neues Apartheidsystem,<sup>140</sup> denn er ist dabei mit seinem Wall Israel und die Palästinensergebiete dauerhaft zu trennen. Nach langen Diskussionen verurteilte der Internationale Gerichtshof (IGH) der UNO in Den Haag am 11. Juli 2004 den Bau des Walls in aller Schärfe und erklärte ihn in einem Gutachten für illegal.<sup>141</sup> Der Bau führe zu einer weit reichenden Besitzergreifung palästinensischen Eigentums und zur Zerstörung von Häusern und Ackerland. Daher fordert der IGH den Abriss des Walls sowie Kompensationszahlungen für geschädigte Palästinenser. Israel erklärte die Verurteilung aber noch am selben Tag für „absurd“ und verkündete, den Bau fortzusetzen. Durch den Wall wird ein Siebtel des Westjordanlandes (wohl endgültig) Israel zugeschlagen und 274.000 Palästinenser leben in Gebieten, die vollständig vom Wall eingeschlossen sind – faktisch in Ghettos!<sup>142</sup> Schon eine Woche zuvor hatte der oberste Gerichtshof Israels gefordert, den Lauf des Walls an manchen Stellen zu ändern, da er die Lebensbedingungen vieler Palästinenser unzulässig beein-

---

<sup>139</sup> Dieser Ende November 2003 präsentierte Friedensplan wurde - ohne Autorisierung durch die jeweiligen Regierungen – von ehemaligen Ministern Israels und der Palästinenser ausgehandelt. Die Kernpunkte des Plans sehen zwei Staaten mit einer Grenzziehung ähnlich der Waffenstillstandlinie von 1967, eine Teilung Jerusalems und eine weitgehende Aufgabe des Rückkehrrechts der palästinensischen Flüchtlinge vor. Zur Umsetzung müssten die meisten israelischen Siedlungen in den Palästinensergebieten geräumt werden. Der Plan ist damit dem sehr ähnlich, was Barak bereits 2000 angeboten hat. Er basiert auf der bisherigen Diplomatie, Hausverstand und realistischen Möglichkeiten. Die wütenden offiziellen Reaktionen auf beiden Seiten zeigen allerdings, wie weit die derzeitigen Führungen noch davon entfernt sind, sich unvermeidliche Kompromisse einzugestehen.

<sup>140</sup> Trennung auf Afrikaans heißt Apartheid, die Palästinenser bezeichnen den Wall daher als „Apartheidsmauer“, während die israelische Regierung ihn „Terrorabwehrzaun“ nennt.

<sup>141</sup> 14 der 15 Richter stimmten für die Verurteilung, nur der von den USA entsandte Richter stimmte dagegen; Quelle: ORF Online, 11. Juli 2004, [www.orf.at/ticker/151629.html?tmp=5639](http://www.orf.at/ticker/151629.html?tmp=5639).

<sup>142</sup> Quelle: ORF Online, 9. Juli 2004, [www.orf.at/040709-76137/76145txt\\_story.html](http://www.orf.at/040709-76137/76145txt_story.html).



trächtige – immerhin dieser Aufforderung seines eigenen Gerichts will die israelische Regierung nachkommen.

Das Dilemma der derzeitigen Situation ist, dass es auf beiden Seiten Akteure gibt, die von einer Verlängerung des Konfliktes profitieren und deren Macht davon abhängt. Bei Israelis wie Palästinensern sind jene, die ein sicheres Leben der derzeitigen Situation vorziehen würden in der Mehrzahl – doch die Extremisten und Terrorgruppen geben den Ton in den Medien und auf der Strasse an. In jedem Krieg gibt es Kriegsgewinnler, Wortführer, die die Massen aufhetzen und Generäle, die vom Krieg leben. Das, und nicht die Unmöglichkeit von Frieden, ist die Ursache, dass es noch immer keinen Frieden gibt. Auf israelischer Seite sind es vor allem die rechten und religiösen Parteien, die Militärs und die Siedler in den Palästinensergebieten, die durch den Konflikt profitieren. Auf palästinensischer Seite sind es die Führer von Hamas und islamischem Jihad, die Selbstmordattentäter in den Kampf schicken und so als Speerspitze ihres Volkes auftreten. Zugleich kümmern sie sich (unterstützt von Spenden aus reichen arabischen Ländern) um die Familien der Hinterbliebenen. Dadurch genießen sie Macht und Ansehen in ihrem Volk. Gäbe es keinen Konflikt mit Israel, so gäbe es auch diese Institutionen nicht – und das wissen sie. Darin liegt sicher ein Hauptgrund dafür, dass auch – oder gerade – bei signifikanten Fortschritten bei den Friedensbemühungen neue Terroranschläge die Hoffnung auf Frieden zerbomben.

Wenn man die Lage nüchtern analysiert, wird klar, dass man den Radikalen auf beiden Seiten das Wasser abgraben muss – durch wirtschaftliche Hilfe für die Palästinenser bzw. Sicherheitsgarantien für Israel, die auch eingehalten werden. Dann kann ein fairer Frieden ausgehandelt werden. Für eine Lösung dieses Konfliktes werden wir die Kooperation der USA brauchen, denn solange diese Israel faktisch unbegrenzt mit Krediten und Waffen versorgen, wird die israelische Führung nie einem Kompromiss zustimmen, bei dem auch sie Zugeständnisse machen muss. Nur so kann aber ein lebensfähiger Palästinenserstaat entstehen, ohne den es keinen dauerhaften Frieden geben wird. Als Kernpunkte muss ein Friedensvertrag wohl enthalten, dass Israel die meisten seiner illegal errichteten Siedlungen aufgibt – für die wenigen die es behält, muss es Kompensation leisten. Jerusalem wird geteilt. Im Gegenzug werden die Palästinenser auf das Rückkehrrecht der Flüchtlinge verzichten müssen.

Doch ein Friedensvertrag alleine reicht nicht. Für einen dauerhaften Frieden ist eine wirkliche Aussöhnung der beiden Völker nötig. Nach den gegenseitigen Gräueltaten und Verbrechen der letzten Jahrzehnte scheint die Hoffnung auf eine derartige Versöhnung gering – doch dasselbe hätte man 1944 auch über eine mögliche Aussöhnung zwischen Deutschen und Franzosen gesagt. Trotzdem war sie möglich und begründete eine der engsten Freundschaften, die es unter Völkern je gab. Gelingen konnte dies nur, weil alle, von den politischen Führern bis zu den Kindern, in den Prozess der Aussöhnung einbezogen wurden

– durch Besuche, Städtepartnerschaften und sich daraus entwickelnden persönlichen Freundschaften. Dies sehe ich auch als Möglichkeit, wie es im Nahen Osten zur Aussöhnung kommen kann. Nach einem Friedensvertrag – möglichst aber auch schon vorher – soll in der Region unter Einbeziehung Europas ein intensives Netz aus Städtepartnerschaften aufgebaut werden. Zwischen den Schulen dieser Städte soll es Schüleraustausche, zwischen den Sportmannschaften regelmäßige Turniere, zwischen den Universitäten Studentenaustausche geben. Gerade in der Anfangsphase wird dabei Städtepartnerschaften von europäischen Städten mit Städten der Region eine große Rolle zukommen. Heute wachsen sowohl junge Israelis als auch junge Palästinenser in einer Gesellschaft auf, die den Hass auf die jeweils andere Gruppe predigt. In den Medien dominieren Gewalt und Attentate, und gerade bei den Palästinensern kennt fast jeder ein Opfer der Gewalt persönlich. Die heranwachsenden Jugendlichen erleben nichts anderes als diese Gesellschaft und sie sind dementsprechend gewaltbereit und radikalisiert.

Europäische Städte sollten Partnerschaften mit Städten in den beiden Staaten eingehen und die Jugendlichen ihrer Partnerstädte zu sich einladen. Zuerst immer nur aus einem Staat, später auch gleichzeitig aus beiden. Dadurch erleben die Jugendlichen einmal eine ganz andere Gesellschaft – eine friedliche, wo man sich vor keinen Anschlägen oder Soldaten fürchten muss. Eine Welt, in der sich die Leute nicht dauernd misstrauisch beäugen, sondern wo sie miteinander Sport betreiben und Ausflüge machen. In den Medien dominiert nicht nur der Konflikt im Nahen Osten, sondern ein neuer Blick auf die Welt wird eröffnet. Schließlich kann das friedliche Zusammenleben mehrere Völker – wie etwa in Belgien – beiden Seiten ein Vorbild sein. Sinnvoll wäre es, während solcher Besuche auch Bildungsunterricht anzubieten, bei dem den Jugendlichen beider Seiten die Geschichte beider Völker sowie des gesamten Nahostkonflikts und seiner Wurzeln objektiv näher gebracht wird – denn derzeit wird in beiden Gesellschaften natürlich stets nur das dem eigenen Volk angetane Unrecht erinnert. Derartige Reisen können den Jugendlichen eine neue Perspektive bieten, die sie vielleicht toleranter, verständnisvoller und aussöhnungsbereiter macht. In einem weiteren Schritt sollte dann jede beteiligte europäische Stadt je eine Partnerschaft mit einer israelischen und einer palästinensischen Gemeinde eingehen und gleichzeitig Jugendliche aus den beiden Ländern einladen. Diese können dann – fernab der üblichen Gewalt, aber auch des sozialen Drucks ihrer Familien und Gemeinden – die andere Seite bei Ausflügen, Spielen und sportlichen Wettkämpfen kennen lernen. Dabei werden viele entdecken, dass „die Anderen“ auch „normale“ Menschen sind, dass sie nett sind, und manchmal werden sich auch Freundschaften bilden. Diese Freundschaften können der Keim für die Aussöhnung der beiden Völker werden. Menschen, die erkennen, dass auch auf der anderen Seite nur Menschen sind, die in Sicherheit leben wollen, die nett und liebenswert sind, töten einander nicht!

Im Kennen lernen sehe ich einen Schlüssel zum Frieden und Verständnis in der Welt. Jeder, der gerne reist und dabei auch mit den Menschen vor Ort spricht, wird mir zustimmen, dass man durch das Gespräch mit Einheimischen, durch das Schließen von Freundschaften, eine ganz neue Beziehung zu vorher fremden Gegenden und Völkern aufbaut und dass man von da an die Nachrichten über diese Länder anders liest, sich interessiert und mitfühlt. Natürlich kann das alles nur funktionieren, wenn auch die Politiker und Medien den Kurs der Versöhnung mittragen. Dazu sollten sich die Spitzenpolitiker der beiden Länder regelmäßig treffen und die Verwaltung des in der Region knappen Wassers, sollte gemeinsam wahrgenommen werden.

1950 banden sich die seit Jahrhunderten verfeindeten Staaten Frankreich und Deutschland friedlich aneinander, indem sie gemäß dem Schuman-Plan – der heute zu Recht oft als Geburtsstunde der EU gesehen wird – ihre Kohle- und Stahlindustrien gemeinsam verwalteten. Indem sie die Kontrolle über diese strategischen Güter gemeinsam ausübten, wurde ein Krieg zwischen den beiden Ländern fast unmöglich. Ähnliches könnte im Nahen Osten durch die gemeinsame Kontrolle über die Wassernutzung erreicht werden. Später können Investitionen der Israelis in Palästina dort die wirtschaftliche Lage und die Lebensbedingungen verbessern, während das günstige Lohnniveau für israelische Betriebe attraktiv ist. Um die Aussöhnung vor allem bei den Kindern zu fördern, gehören in den Schulbüchern die gemeinsame Geschichte, ähnlichen Kulturen und die gemeinsame semitische Herkunft betont, um endlich das Einende über das Trennende zu stellen.

Dieser Plan ist zugegebenermaßen neu und ungewöhnlich, aber ich bin überzeugt, dass er funktionieren kann, wenn die EU und die USA ihn gemeinsam und entschlossen umsetzen. Frieden ist möglich – Europa beweist das! Jahrhunderte lang haben wir uns gegenseitig die Köpfe eingeschlagen und eine Versöhnung schien ausgeschlossen. Dennoch ist sie heute Realität und ein Krieg zwischen europäischen Völkern scheint undenkbar. Endlich haben wir erkannt, dass es einen besseren Weg gibt, dass sich Probleme friedlich lösen lassen und dass Frieden zu mehr Wohlstand und Sicherheit führt, als es irgendeine Eroberung jemals könnte! Lehren und helfen wir auch anderen Völkern dies zu erkennen und ihre Regionen in Frieden aufzubauen.

#### G) Partnerschaft mit Lateinamerika und Afrika

Während durch den „Krieg gegen den Terror“ plötzlich früher weitgehend unbeachtete Gebiete, wie Afghanistan und Zentralasien, ins Zentrum des Weltinteresses gerückt wurden, werden andere große Regionen zunehmend vernachlässigt – ich denke hier speziell an Lateinamerika und Afrika.

Betrachten wir zuerst kurz Lateinamerika, das von den USA immer wieder als Hinterhof („America’s Backyard“) bezeichnet und auch behandelt wird: Bei

„Bedarf“ wird dort militärisch interveniert (Haiti, Panama), Präsidenten werden ermordet (Allende) oder abgesetzt (Noriega), Länder angegriffen (Grenada, Kuba) oder es wird dort verdeckt militärisch eingegriffen (Kolumbien, Nicaragua). Gleichzeitig werden große Teile der Rohstoffe und Industrien Lateinamerikas von US-Konzernen gelenkt. Lehnt sich ein Land gegen diese wirtschaftliche und politische Dominanz auf, so wie Castros Kuba oder zuletzt Venezuela unter Hugo Chavez, so wird es international isoliert und militärisch bedroht. Dieser Kontinent, der so vielfältig mit Europa verbunden ist und zwei Drittel seiner Einwohner von hier bezog, hat wahrlich besseres verdient. Lateinamerika ist ein wunderbarer, reicher Kontinent, der jedoch durch politische Probleme und korrupte Regime bisher nie sein volles Potential entfalten konnte. Dort existiert eine sehr reiche und vielfältige Kultur, was beispielsweise an der ausgefeilten Literatur und den umjubelten Filmen zu erkennen ist. Wir sollten den Menschen dort helfen, dieses Potential auch in Wirtschaft und Politik umzusetzen, um ihnen ein sorgenfreieres Leben zu ermöglichen.

Nach Jahren der ökonomischen Stagnation und mit 43 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, breitet sich in Lateinamerika vielerorts Frustration aus.<sup>143</sup> Viele der dortigen Demokratien, die meist kaum eine Generation alt sind, stehen stark unter Druck. In Bolivien wurde im Oktober 2003 der vierte gewählte Präsident innerhalb von vier Jahren aus dem Amt gejagt – nachdem er die Armee auf das Volk schießen ließ, wobei 80 Menschen getötet wurden. Der Aufstand wurde vor allem von den Kokabauern getragen, die mit der sozialen Lage im Land unzufrieden sind. Der eigentliche Auslöser – Erdgasexporte über das benachbarte Chile – war dabei nur der zündende Funke.

In Venezuela regiert der frühere Putschist und selbst schon einmal vorübergehend weggeputschte Populist Hugo Chavez. Er will die US-Dominanz der Wirtschaft des Landes brechen, hat dabei aber durch viele Fehler das erdölreiche Land in den ökonomischen Kollaps geführt. Es scheint aber, dass er tatsächlich an einer Umverteilung von den Reichen zu den Armen interessiert ist. Daher genießt er auch nach wie vor das Vertrauen seines Volkes, was Mitte August 2004 in einem Referendum bestätigt wurde. Den Exmilitär kann man als linksnationalistischen Träumer bezeichnen, der das Los der Armen zwar wirklich lindern will, dazu aber eine extrem kontraproduktive Politik betreibt. Unter seiner bisher 5jährigen Herrschaft ist der Anteil der Armen von 57 auf 73 Prozent gestiegen, die Wirtschaft um 20 Prozent geschrumpft. All das, obwohl hohe Ölpreise dem erdölreichen Land Rekorderlöse von 140 Milliarden US-Dollar bescherten.<sup>144</sup>

Im Nachbarland Kolumbien dauert der jahrzehntelange Bürgerkrieg, gemischt mit dem von den USA mit Milliarden Dollar unterstützten Krieg gegen die Drogenbarone an und hat doch keine Aussicht auf Erfolg. Der Kampf gegen den

<sup>143</sup> Quelle: The Economist, 1. November 2003, S. 15.

<sup>144</sup> Quelle: Die Weltwoche, 5. August 2004, S. 38.

Kokaanbau kann nicht dadurch gewonnen werden, dass man armen Bauern ihre Felder zerstört. Solange es im Westen große Nachfrage nach Drogen gibt, wird sich auch jemand finden, der sie anbietet. Durch das Verbot der Drogen macht man es nur umso lukrativer sie anzubauen. In Lateinamerika und anderen Regionen erlaubt es der Drogenhandel den Gangstern, Reichtümer anzuhäufen und damit politische und militärische Macht aufzubauen. Dies untergräbt die Herrschaft des Rechts, fördert Korruption und Gewalt und kann letztendlich dazu führen, dass weitere Staaten, so wie Somalia und Afghanistan, zerfallen und zu Basen für Drogenanbau und Terrorismus werden.

Argentinien erholt sich unter dem bisher erfreulich dynamischen und kompromisslosen Präsidenten Kirchner von seinem Wirtschaftskollaps von 2001 – die Zinsen für seine Schulden, geschweige denn diese selbst, kann es aber auf absehbare Zeit nicht zurückzahlen.

Einzig Mexiko, Chile und Brasilien bereiten derzeit kaum Kopfzerbrechen. Während der Wirtschaftsaufschwung in Chile seit langem anhält und damit viele Probleme mildert, entwickeln sich auch die oft fragilen mexikanische und brasilianische Volkswirtschaften gut. Der nach dem Sieg des Gewerkschaftsführers Lula da Silva bei den Präsidentschaftswahlen in Brasilien befürchtete Linksrutsch, verbunden mit den in Lateinamerika immer wieder vorkommenden Verstaatlichungen, Budgetdefiziten und Schuldenkrisen, ist nicht eingetreten, denn Lula betreibt bisher eine makroökonomisch sinnvolle Politik. In einem Land mit einer so ungleichen Verteilung der Vermögen wie Brasilien, ist ein gemäßigt linker Präsident vielleicht am geeignetsten, um für Stabilität zu sorgen und dabei den bisher oft absolut freien Kapitalismus im Land zu reformieren.

Südamerika ist ein Kontinent mit großem Potential und enormem natürlichem Reichtum. Was er braucht ist nur eine faire Chance im Welthandel und eine Möglichkeit, seine Schulden abzubauen. Europa sollte hier durch den Abbau von Zöllen und Subventionen und verstärkte Entwicklungshilfe unterstützend eingreifen, um reformwillige Politiker bei ihrem Kurs zu stärken. Das Ende 2004 geschlossene Freihandelsabkommen zwischen EU und Mercosur (Freihandelszone zwischen Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay), das den südamerikanischen Staaten einen leichteren Zugang zum europäischen Agrarmarkt ermöglicht, halte ich hier für einen guten Schritt in die richtige Richtung. Weiters sollten wir alle Bemühungen zur Eindämmung der Korruption unterstützen und guten Politikern aktiv helfen, ihre Länder zu reformieren, denn Lateinamerika braucht weniger Träumer wie Chavez und mehr Pragmatiker wie Lula.

Afrika braucht noch viel dringender einen Bruder, der dem gestrauchelten Kontinent wieder auf die Beine hilft. Von Hilfsorganisationen wird heute schon mit geringen Mitteln Gewaltiges und Beeindruckendes geleistet, doch mehr ist

möglich, leistbar und notwendig! Kriege, Dürre, Massaker und Krankheiten nehmen heute noch vielen Menschen in Afrika alle Hoffnung, so dass ein Aufbruch zu Frieden und Wohlstand meist im Keim erstickt wird. Vor allem im Süden des Kontinents spielt sich derzeit eine unsägliche Katastrophe ab – jedes Jahr sterben alleine dort rund zwei Millionen Menschen an AIDS, weil man es selbst nach zwei Jahrzehnten des Elends noch nicht geschafft hat, den Menschen die Ursache und die verschiedenen Wege der Ansteckung mit der Krankheit zu erklären. Wenn selbst gebildete Menschen, wie der südafrikanische Präsident Mbeki, sagen, dass AIDS nichts mit den HI-Virus zu tun hat, dann muss Europa hier endlich handeln um zu verhindern, dass noch eine Generation junger Afrikaner von dieser furchtbaren Krankheit getroffen wird. AIDS ist dort kein Außenseiterproblem, sondern schon lange die häufigste Todesursache – im südlichen Afrika sind bereits ein Drittel aller Menschen mit HIV infiziert und rund 14 Millionen Kinder sind dort AIDS-Waisen! Die Lebenserwartung in dieser Region ist von durchschnittlich 57 Jahren 1992 auf nur noch 33 Jahre 2004 gefallen.<sup>145</sup> Ganze Landstriche werden entvölkert und die ohnehin schwachen Wirtschaften der Region brechen völlig zusammen. Damit sind die Auswirkungen bereits heute vergleichbar mit der großen Pest in Europa um 1350.

Mittlerweile gibt es Medikamente, die zwar keine Heilung, aber doch eine drastische Lebensverlängerung bei AIDS bewirken. Da die Pharmakonzerne aber ihre hohen Entwicklungskosten wieder hereinbringen wollen, werden die Medikamente nur zu sehr hohen Preisen angeboten, während die Herstellung von Generika („nachgemachten“ ähnlichen Produkten) in den Entwicklungsländern durch die Konzerne bekämpft wird. Hier könnte die EU beispielsweise den Konzernen die Patente abkaufen und diese allen Entwicklungsländern kostenlos zur Verfügung stellen. So könnte man mit relativ bescheidenen Geldmitteln das menschliche Elend in Afrika signifikant senken.

Während für viele der Infizierten wohl jede Hilfe zu spät kommt, können wir durch eine effektive Bekämpfung der weiteren Ausbreitung von AIDS Millionen retten. Dies wird für die Zukunft des Kontinents entscheidend sein. Leider wurde schon sehr viel Zeit vergeudet, denn seit mehr als zwei Jahrzehnten ist das HI-Virus identifiziert, und seit mehr als zehn Jahren gibt es Medikamente, mit denen die Krankheit auf Jahre in Schach gehalten werden kann. AIDS wurde erst durch das Versagen von Aufklärung und Prävention zur globalen Epidemie, daher müssen wir die Krankheit heute umso dringender durch entschlossenes Handeln bekämpfen.

Auf der 15. Welt-AIDS-Konferenz 2004 in Bangkok wurde gefordert, durch eine Kombination von Aufklärung, Vorbeugung, Verhütung und Medikamenten die weitere Ausbreitung der Epidemie zu stoppen. Dies wird bei einem jährlichen Aufwand von 8,5 Milliarden Euro für möglich gehalten. Das ist keine kleine

---

<sup>145</sup> Quelle: ORF Online, 19. März 2005, [www.orf.at/050319-45677/74545txt\\_story.html](http://www.orf.at/050319-45677/74545txt_story.html).

Summe, doch alleine Europa gibt jährlich das Fünzfachfache für Rüstung aus. Weltweit betragen die Rüstungsausgaben sogar das Hundertfache – mit einer weltweiten Reduktion der Verteidigungsbudgets um ein Prozent ließe somit sich die Rettung von Millionen Menschen sichern! Dies zeigt, dass Europa hier mit relativ moderaten Mitteln wirkliche Hilfe leisten kann, wenn es gelingt durch intensive Aufklärung und Informationskampagnen die Neuankommlingsrate auf annähernd Null zu senken. Doch anstatt konsequenter und umfassender Maßnahmen, sieht man nur politische Untätigkeit, die die Katastrophe weiter verschlimmert. Nun breitet sich die Krankheit immer rasanter auch in Indien, China und Russland aus – wieder aus denselben Gründen wie in Afrika: Unwissenheit, Armut, gesellschaftliche Tabus und politische Untätigkeit.

Verschließen wir nicht länger die Augen. Anders als mit Agrarsubventionen oder neuen Eurofightern können wir hier mit etwas Geld und Engagement wirklich helfen, Menschenleben zu retten! Wenn wir es nicht tun, so drohen neben unsäglichem Leid der Betroffenen auch eine Ausbreitung von Armut und Elend, die Flüchtlingsströme und Migrationsdruck explodieren lassen.

Die Kosten einer konsequenten Kampagne zur Bekämpfung von AIDS sind überschaubar, die Kosten der Untätigkeit sind es nicht! Einmal mehr sollten wir – wenn nicht aus Menschlichkeit, dann aus Eigennutz – bereit sein, die vergleichsweise geringen Geldmittel bereitzustellen, um Millionen von Menschen zu helfen. Die Hilfsbereitschaft nach der Flutkatastrophe in Asien Ende 2004, gibt hier Hoffnung, denn in einer nie vorhergesehenen Welle der Hilfsbereitschaft, stellten die reichen Länder insgesamt 3 Milliarden Euro an Hilfe bereit. Die Hälfte der Mittel kam von EU-Ländern, während sich die USA mit nur 260 Millionen Euro beim Helfen mal wieder zurückhielten – der Irakkrieg ist ihnen jeden Tag gleich viel wert.

Heute gibt die EU drei Mal so viel für Entwicklungshilfe aus wie die USA (während die USA doppelt so viel für Waffen ausgeben wie die EU), doch macht uns das nicht zu Heiligen, denn trotzdem entspricht die Entwicklungshilfe nur rund 0,3 Prozent unseres BIP. Von den von der UNO schon lange geforderten 0,7 Prozent sind wir noch weit entfernt. Dabei wäre das Geld durchaus vorhanden: Die Agrarsubventionen in der EU sind rund drei Mal so hoch wie unsere Ausgaben für Entwicklungshilfe und alleine die US-Besatzung im Irak kostet jährlich fünf Mal so viel, wie die gesamte Entwicklungshilfe aller Länder für Afrika.<sup>146</sup> Wie viel mehr könnte man dem Kampf gegen den Terrorismus dienen, wenn man diese Gelder der wirtschaftlichen Entwicklung der armen Regionen widmen würde, denn schon mit einer moderaten Erhöhung der Entwicklungshilfe wäre es laut der Globalen Marshall Plan Initiative möglich,

---

<sup>146</sup> Quelle: The Economist, 1. November 2003, S. 14

jedem Kind weltweit eine Grundschulbildung zu ermöglichen und die Versorgung mit Trinkwasser signifikant zu verbessern.<sup>147</sup>

Afrika und Lateinamerika sind seit Jahrzehnten in einem Strudel aus Armut, Schulden, Korruption und Misswirtschaft gefangen, der die Entwicklung von Wohlstand fast unmöglich macht. Mit der Ausbeutung dieser Gebiete während des Kolonialismus und der künstlichen Grenzziehung, die speziell in Afrika Staatsgebilde aus verschiedensten, oft verfeindeten, Stämmen schuf, hat Europa zu der Misere nicht unwesentlich beigetragen. Bekennen wir uns zu dieser Verantwortung und versuchen wir, wenigstens jetzt zu helfen!

Helfen wir diesen Menschen, sich selbst zu helfen. Ich bin überzeugt, dass auch hier Bildung und die Bekämpfung von Korruption die entscheidenden Schlüssel zur Beseitigung momentaner Missstände sind. Europa kann als fairer Partner helfen – etwa durch die großzügige Vergabe von Stipendien an talentierte Leute. So lassen sich wertvolle Kontakte knüpfen sowie eine neue Elite für diese Länder ausbilden, die vielleicht weniger anfällig für Korruption ist. Durch intensive Zusammenarbeit bei der Entwicklungshilfe und der Vergabe der Mittel an betroffene Menschen direkt (und nicht an Regierungen), lässt sich die Effektivität der eingesetzten Mittel beträchtlich steigern. Kleine Maßnahmen, wie der Bau von Schulen, Brunnen und kleinen Spitälern, kosten einen Bruchteil der früheren Mammutprojekte, wie etwa Riesenstaudämme, doch verbessern sie die Lage der Menschen konkret und schnell!

Noch wichtiger ist es, diesen Ländern eine faire Chance auf den Weltmärkten zu geben. Machen wir nicht denselben Fehler wie die USA: Diese subventionieren jede Tonne US-Baumwolle mit 1.000 US-Dollar und fordern gleichzeitig von den weniger entwickelten Ländern die Freigabe ihrer Märkte. Ähnlich sieht es bei anderen Agrarprodukten aus. Wie soll sich so je eine tragfähige Wirtschaft entwickeln? Wenn wir den armen Ländern alle Märkte nehmen, überall dominieren und exportieren wollen, so werden sie immer weiter in Armut verfallen. Intelligente Entwicklungshilfe sollte ärmere Länder dabei unterstützen, selbst eine tragfähige Wirtschaft aufzubauen. Gerade bei den ärmsten Ländern bedeutet dies zu allererst einmal eine Landwirtschaft zu entwickeln, die in der Lage ist, die Versorgung der eigenen Bevölkerung zu garantieren. Der frühere Ansatz – Nahrungsmittellieferungen aus dem Westen – wurde mittlerweile als nicht sinnvoll erkannt, denn letztlich verhindern solche Hilfen nur den Aufbau funktionierender Strukturen im Land: Warum sollte ein Äthiopier einem Bauern Geld für Getreide zahlen, wenn er es gratis von der UNO bekommt?!

Nötig ist eine Politik, die den Bauern im Land Anreize und Möglichkeiten gibt, ihre Produktion unter nachhaltiger Nutzung der natürlichen Ressourcen zu steigern. Notwendig sind dazu unter anderem der Schutz von Eigentumsrechten, Zugang zu sauberem Wasser sowie Dünger und Saatgut. Auch die Ausbildung der Landwirte muss verbessert werden, sodass sie moderne Technologien

---

<sup>147</sup> Quelle: Global Marshall Plan Initiative, [www.globalmarshallplan.org](http://www.globalmarshallplan.org).



kennen lernen und auch nützen können. Schließlich fehlen oft geeignete Lagerungs-, Verarbeitungs-, Transport- und Verarbeitungsmöglichkeiten, um den Bauern ein gutes Einkommen zu sichern und die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.<sup>148</sup>

Scheitern Afrika und auch andere Regionen mangels Hilfe an diesen schwierigen Aufgaben, so könnten sich nach Somalia, Liberia und dem Kongo die staatlichen Strukturen in immer mehr Ländern auflösen, was zu Elend, Fluchtbewegungen, Migration nach Europa sowie einem weiteren Nährboden für Unzufriedenheit und Terror führt. Helfen wir diesen Ländern, starke Regierungen und Wirtschaften aufzubauen! Geben wir ihren Industrien eine Chance, indem wir Zölle und Subventionen abbauen. Wer den Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit einer ganzen Generation junger Afrikaner und ihrer Anfälligkeit für religiöse Rattenfänger nicht erkennt, ist blind. Der schnellste Weg an Geld zu kommen, besteht für einen jungen Afrikaner heute meist darin, eine Kalaschnikow in die Hand zu nehmen!

Afrika muss nicht arm sein, nur nehmen die USA und Europa ihm mit ihrer Wirtschaftspolitik jede Chance. Aufgrund ihrer niedrigen Lohnkosten, wären afrikanische Länder bei arbeitsintensiven Produkten unschlagbar, aufgrund der reichen Rohstoffvorräte könnte sich Kapital für Investitionen ansammeln, doch heute fließen diese Gelder stets nur in die Hände von Großgrundbesitzern und brutalen Diktatoren oder die Reichtümer werden von verfeindeten Gruppen in blutigen Bürgerkriegen für westliche Waffen ausgegeben.

Wir müssen mit gezielten und intelligenten Hilfsprogrammen den gestrauchelten Ländern wieder auf die Beine helfen. Durch die Vorbildwirkung von Ländern, die sich von Armut und Elend befreien, kann es dabei zu positiven Wirkungen für ganze Regionen kommen. Als solches Vorbild kann etwa in Lateinamerika Chile gelten, das sich in den letzten zehn Jahren bemerkenswert schnell reformiert und modernisiert hat und heute das höchste Wohlstandsniveau Südamerikas aufweist. Wie auch im Nahen Osten, ist das amerikanische Volk bei dieser Aufgabe ein willkommener Partner, denn erst wenn auch die USA Subventionen und Zölle senken, haben die sich entwickelnden Länder wirklich eine Chance auf den Weltmärkten. Kritisch zu hinterfragen ist hier auch die Rolle der Weltbank, die zwar oft hilfreiche Kredite für Entwicklungsländer gibt, diese jedoch oft an sehr harte Bedingungen knüpft, die die langfristige Entwicklung eher hemmen als fördern. Hier appelliere ich an die Entscheidungsträger, mehr das Wohl der Länder und der Menschen als alleine ökonomische Variablen zu beachten. Leider ist die Ernennung von Paul Wolfowitz hier kein ermutigendes Zeichen: Einmal mehr hat Bush die kritischen Stimmen aus aller Welt ignoriert und einen politischen Gefolgsmann in eine mächtige Position erhoben, ohne dass dieser dafür qualifiziert wäre. Die inter-

---

<sup>148</sup> Quelle: Fischer 2004, Sp. 1174.

nationalen Reaktionen reichten von „schreckliche Berufung“ (World Development Network) und „böses Omen“ (Nigeria) über „sehr skeptisch“ (Schweden) bis zu „rätselhafte Wahl“ (US-Demokrat John Kerry).<sup>149</sup> Einmal mehr zeigt sich, dass Bushs Zusage zu mehr internationaler Zusammenarbeit nur ein Lippenbekenntnis war, denn wichtige Entscheidungen trifft er weiter über die Köpfe von Freund und Feind hinweg.

Weitere Maßnahmen, die den beiden Kontinenten den Weg erleichtern können, sind eine Umschuldung bzw. Schuldenerlass für arme Länder, die unter der Last der Zinsen zusammenbrechen. Auch armen Staaten muss eine Perspektive geboten bzw. eine Chance gegeben werden, die Schulden früherer Machthaber abzuschütteln. Zwischen 1970 und 2002 haben afrikanische Länder die unfassbare Summe von 446 Milliarden Euro an Zinsen und Schulden zurückgezahlt – mehr als sie in derselben Zeit an Krediten erhalten haben. Tatsächlich schickt der Westen Afrika also nicht Kapital, er sorgt sogar für Nettokapitalabflüsse.<sup>150</sup> Ende September 2004 kündigte Großbritannien einen umfassenden Schuldenerlass für reformbereite Entwicklungsländer an – ein guter Schritt in die richtige Richtung, dem hoffentlich andere Staaten folgen werden.

Schließlich können Städtepartnerschaften und umfassende Stipendienprogramme, ähnlich wie im Nahen Osten, den Nährboden für Verständigung und die Herausbildung einer neuen Bildungskultur geben. Dabei sind solche Programme nicht nur eine Chance für Lateinamerika und Afrika, auch Europa und Nordamerika können vom Austausch mit diesen kulturell reichen Regionen sehr profitieren.

### **4.3) Eine neue Wirtschaftspolitik**

Damit Europa auf Dauer die Integration nach innen vertiefen, ärmere Regionen unterstützen und international als Friedensstifter auftreten kann, muss es eine starke Wirtschaft haben. Dabei haben wir eine gute Basis auf der wir aufbauen können, aber auch einige eklatante Schwächen. Wenn wir uns nicht weiter auf vergangenen Lorbeeren ausruhen, sondern endlich konsequent mutige Reformen angehen, können wir wieder zur innovativsten und dynamischsten Region der Welt werden, wie es in Lissabon als Ziel bis 2010 formuliert wurde, aber nun mangels konsequenter Reformen wohl nicht erreicht wird.

Europa sieht sich gerne als hochproduktive, innovative und kulturell starke Region, in der zwar die Arbeitslosigkeit bisweilen hoch ist, ansonsten aber ein sehr hohes Wohlstandsniveau herrscht. Das stimmt über weite Strecken auch, doch ist vieles davon auf das Erbe einer großen Vergangenheit zurückzuführen –

<sup>149</sup> Quelle: ORF Online am 17. März 2005, [www.orf.at/050317-84883/index.html](http://www.orf.at/050317-84883/index.html)

<sup>150</sup> Quelle: United Nations Conference on Trade and Development: Report „Nachhaltigkeit der Schulden: Oase oder Illusion?“, veröffentlicht Ende September 2004.

zweifelsohne haben wir eine starke Luxusgüter- und Tourismusindustrie, weltweit die kürzesten Arbeitszeiten, viel Urlaub und ein Sozialsystem, um das uns viele beneiden. Gleichzeitig müssen wir uns aber eingestehen, dass Europa in vielen Bereichen, wo wir einst Weltspitze waren, hinter andere – vor allem die USA – zurückgefallen ist. Am eklatantesten – und langfristig bedenklichsten – gilt dies wohl in der Forschung. Doch auch in der Filmindustrie, in der chemischen und pharmazeutischen Industrie und anderen Bereichen ist Europa heute nicht mehr Weltspitze, bei manchen war dies aufgrund hoher Lohnkosten wohl unvermeidlich und ist auch nicht weiter bedenklich, so etwa bei der Textilindustrie oder bei Agrargütern. Doch wenn es uns nicht gelingt in der Forschung sowie in Hightech-Bereichen, wie Computerhard- und Software sowie Biotechnologie, weltweit führend zu werden, so ist der Wohlstand Europas mittelfristig gefährdet. Damit wir in wichtigen Wirtschaftssektoren wieder Weltspitze werden, brauchen wir vor allem flexiblere Märkte sowie eine Forcierung der Forschung in Unternehmen und an Universitäten. Europa tatsächlich zurück an die Spitze zu führen bleibt ohnehin Unternehmern und Forschern überlassen, ich kann hier nur einige kritische Problembereiche aufzeigen, in denen der Staat fördernd eingreifen kann bzw. in denen er zumindest als Hemmschuh zurücktreten muss, um den Marktkräften zu erlauben den nötigen Wandel zu bewirken.

Leider herrscht momentan oft noch eine Krisenstimmung, die die Probleme der Zukunft für viele übermächtig erscheinen lassen: Die sinkende Geburtenrate, verbunden mit steigender Lebenserwartung, bedrohen unsere Renten, Gesundheits- und Sozialsysteme sind kaum noch finanzierbar, während die hohe Arbeitslosigkeit zu einem Gesellschaftsproblem wird. Dazu kommt, dass den meisten Politikern der Mut fehlt, die Probleme entschlossen anzugehen, oft sind auch keine durchdachten und umsetzbaren Konzepte in Sicht.

All dies ist unglücklich und eigentlich unnötig: Europa und andere Regionen sahen sich schon größeren Herausforderungen gegenüber und bewältigten diese durch Tatkraft und Optimismus. China steht demselben Überalterungsproblem wie Europa gegenüber, doch trotz seiner ungleich schwächeren wirtschaftlichen Basis, schreitet es optimistisch in die Zukunft, investiert in lohnende Projekte und rüstet sich für eine „goldene Zukunft“. Auch Europa hatte einst diesen Optimismus und diese Tatkraft – man denke nur an den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Menschen einen geteilten Kontinent aus Trümmern wiederauferstehen ließen! Warum also heute diese Mutlosigkeit, die Zukunftsangst? Wir haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten so viel erreicht – Frieden, Integration, Einigung und Wohlstand – warum sollten wir jetzt vor neuen Herausforderungen zurückschrecken?

Liest man amerikanischen Bücher über die europäische Wirtschaft, so sieht man vor allem Grund zur Hoffnung: Dort wird aufgezeigt, wie stark unsere Wirtschaft ist, wie europäische Firmen still und leise in vielen Bereichen die

US-Konkurrenz hinter sich gelassen haben. Auch die europäische Kombination aus sozialem Netz und Leistungsanreizen wird vielfach als dem System der USA überlegen betrachtet. Firmen wie Ryanair, SAP oder IKEA sind weltweit Vorbilder. Von den 140 größten Unternehmen weltweit, sind 61 in Europa angesiedelt, jedoch nur 50 in den USA und 29 in Asien.<sup>151</sup> In Europa finden sich auch die Bankiers der Welt: 14 der 20 größten Banken sind hier beheimatet, und auch acht der zehn größten Versicherungen sind europäisch.<sup>152</sup> Bildungsprojekte, allen voran das ERASMUS-Programm, aber auch Infrastrukturprojekte wie die Transeuropäischen Netzwerke, werden gelobt. Schließlich werden die Kraft und der Erfolg des Euro gefürchtet: Dieser hat binnen zwei Jahren gegenüber dem Dollar um über 50 Prozent an Wert gewonnen. Sollte – wie vom Iran gestartet, von Russland angekündigt und auch von einigen OPEC-Staaten angedacht – zukünftig auch der Ölhandel in Euro abgewickelt werden, so würde das den US-Dollar noch massiver unter Druck setzen.<sup>153</sup> Jenseits des Atlantiks fürchtet man die Stärke und Dynamik unserer Unternehmen – zeigen wir ihnen, dass sie uns zu Recht fürchten!

Damit dies gelingen kann, muss die EU Regeln und Anreize schaffen, die Effizienz fördern, Innovation belohnen und die Vergeudung von Mitteln verhindern. Auf den nächsten Seiten werden Konzepte vorgestellt, wie einige grundsätzliche Ausrichtungen der europäischen Wirtschaftspolitik verändert werden können, um Europa als Wirtschaftsraum insgesamt zu stärken und seinen Bürgern auf Dauer einen hohen Wohlstand zu ermöglichen.

#### A) Abbau von Subventionen und Zöllen

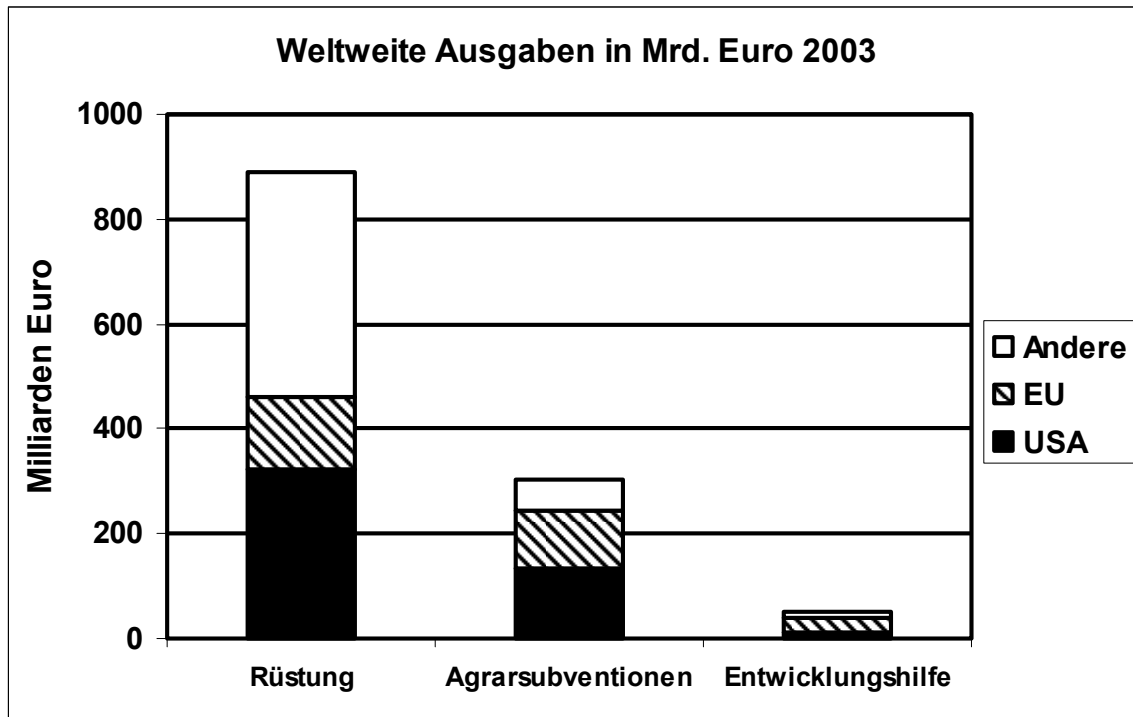
Die weiter oben geforderte Ausweitung der Entwicklungshilfe zum Aufbau lebensfähiger Industrien und Wirtschaftsstrukturen in den Ländern der dritten Welt kann nur dann Erfolg haben, wenn parallel dazu Subventionen in der EU, den USA und Japan abgebaut werden. Momentan gibt alleine die EU jährlich rund 45 Milliarden Euro für Agrarsubventionen aus, jedes einzelne Unionsland fördert die eigene Landwirtschaft noch einmal mit insgesamt rund 60 Milliarden Euro – die Subventionen in den USA liegen mit über 130 Milliarden Euro pro Jahr sogar noch höher – damit wird jeder Landwirt der EU mit rund 4.000 Euro pro Jahr gefördert, in den USA sogar mit rund 15.000 Euro – kein Wunder, wenn die Bauern der Entwicklungsländer da nicht mithalten können, denn ein brasilianischer Bauer verdient nicht einmal ein Zehntel, ein indischer kaum ein Fünfzigstel dieses Betrags.

---

<sup>151</sup> Quelle: „The 2003 Global 500“, Fortune 21. Juli 2003, [www.fortune.com](http://www.fortune.com).

<sup>152</sup> Quelle: „Top Ten World Reinsurance Companies“, [www.internationalinsurance.org](http://www.internationalinsurance.org).

<sup>153</sup> Quelle: Rifkin 2004, S. 77.



**Abbildung 4: Weltweite Ausgaben für Rüstung, Agrarsubventionen und Entwicklungshilfe 2003**

Die USA subventionieren alleine ihre 25.000 Baumwollfarmer mit jährlich 3,2 Milliarden Euro – vier Mal mehr als Washington an Entwicklungshilfe für ganz Afrika bereitstellt, und jeder einzelne Farmer erhält im Schnitt 128.000 Euro Förderung pro Jahr!<sup>154</sup> Insgesamt beziehen Bauern in der EU rund 40 Prozent ihres Einkommens aus Subventionen, in der Schweiz und Japan liegt die Zahl sogar bei rund 70 Prozent.<sup>155</sup>

Durch diese Subventionen werden nicht nur die Landwirte in Entwicklungsländern, sondern wir alle, jeder einzelne Steuerzahler in den reichen Ländern, geschädigt. Die 100 Milliarden Euro Agrarsubventionen in Europa sind unsere Steuergelder, doch was wir dafür erhalten sind Nahrungsmittel, die oft um ein vielfaches teurer sind als der Weltmarktpreis, denn gerade vor dem Wettbewerb mit dem Rest der Welt schützen wir unsere Bauern!

Anders gesagt: Wir zahlen jährlich 100 Milliarden Euro um unsere Bauern so weit zu schützen, dass sie uns überteuerte Produkte verkaufen können. Auch die nach wie vor hohen Zölle schützen die heimische Agrarindustrie und bescheren uns hohe Preise, so kostet z.B. Zucker in der EU vier Mal so viel wie auf dem Weltmarkt. Durch die höheren Preise in diesem geschützten Bereich zahlen die Konsumenten jährlich 6,5 Milliarden (!) Euro mehr, als sie bei Weltmarkt-

<sup>154</sup> Quelle: ORF Online, 2. August 2004, [www.orf.at/040801-76925/76931txt\\_story.html](http://www.orf.at/040801-76925/76931txt_story.html).

<sup>155</sup> Quelle: United Nations Conference on Trade and Development, [www.unctad.org](http://www.unctad.org).

preisen zahlen würden.<sup>156</sup> Wegen der hohen Zucker-Subventionen läuft gegen die EU derzeit ein Verfahren vor der Welthandelsorganisation WTO, doch dauern solche Verfahren leider meist Jahre bis zu einem Urteil. Würde der Schutz unserer Zuckerbauern aufgegeben, könnten wir uns viel Geld für die Subvention sparen und hätten dafür billigere Produkte! Zucker ist dabei nur ein Beispiel – dasselbe gilt für fast alle Agrar- und einige Industriegüter.

Kann ein solches Fördersystem sinnvoll sein? Jede vierköpfige Familie der EU zahlt durchschnittlich pro Jahr über 1.000 Euro für Agrarsubventionen – Geld das wir wesentlich besser investieren könnten, als damit den notwendigen Strukturwandel in der Landwirtschaft weiterhin zu verzögern und den Entwicklungsländern alle Chancen auf den Weltmärkten zu nehmen. Dies zeigt auch, wie eng Außen-, Innen-, Budget- und Wirtschaftspolitik zusammenhängen. Nur wenn es uns gelingt, eine konsistente Politik zu entwickeln, die weltweit fairen Wettbewerb und nachhaltiges Wirtschaften erlaubt, können wir gleichzeitig ärmeren Regionen helfen und den Wohlstand Europas erhalten. Afrika Entwicklungshilfe zu schicken, aber gleichzeitig die eigene Agrarwirtschaft zu subventionieren und mit Zöllen zu schützen, ist keine kluge Politik!

Der „großzügige“ Umgang mit unseren Steuergeldern beschränkt sich dabei nicht auf den Agrarsektor allein. Trotz einer Halbierung in den letzten Jahren wird beispielsweise der deutsche Steinkohlebergbau noch immer mit 2,7 Milliarden Euro jährlich subventioniert – und das, um 36.000 Jobs zu erhalten.<sup>157</sup> Das heißt, dass jeder einzelne Job mit 75.000 Euro pro Jahr unterstützt wird – und damit mit rund dem Doppelten dessen, was einer der Kumpel im Jahr verdient! Diese Subvention ist eine reine Geldvernichtungsmaschine! Genauso gut könnte man die Gruben schließen, die Kumpels heim schicken, ihnen aber ihr volles Gehalt weiterzahlen und man hätte trotzdem die Hälfte des Geldes gespart! Liebe Steuerzahler, wie lange wollen wir uns so etwas noch bieten lassen? Wo bleibt der Aufschrei, die Abwahl der Regierungen, die das zu verantworten haben?

Subventionen werden oft als Unterstützung „benachteiligter“ Gruppen verkauft, doch das sind sie nicht – sie sind Privilegien, die über die Jahre angehäuft wurden und die meist jeglicher Grundlage entbehren. Das gesamte Subventionssystem ist ein Selbstbedienungsladen einzelner Gruppen, für den wir alle Unsummen zahlen. Damit schädigen wir uns und viele andere in der Welt, die dadurch keine Produkte mehr bei uns verkaufen können.

Den Gipfel der Absurdität erreichen die europäischen Subventionen, wenn sie zum Schutz nationaler Industrien gegen Konkurrenz aus anderen EU-Ländern dienen. Wenn etwa Deutschland und Belgien ihre nationalen Stahlindustrien mit Subventionen stützen, so zahlt der Bürger zuerst für die Subventionen und dann

---

<sup>156</sup> Quelle: Tiroler Tageszeitung, Nr. 164, 17.Juli 2004, S. 3.

<sup>157</sup> Quelle: Fischer 2004, Sp. 256.

noch einmal die höheren Produktpreise. Eine derartige Politik kann nur bestehen, weil viele Bürger und Politiker anderer EU-Länder nach wie vor ebenso als „Ausland“ wahrnehmen, wie z.B. die USA oder Japan. Dabei vernichten all diese finanziellen, aber auch nicht-finanzielle Schutzmechanismen für nationale Industrien die potentiellen Vorteile, die der EU-Binnenmarkt bringen könnte. Gerade die Spezialisierung, die Konzentration der einzelnen Regionen auf das, was sie am besten können, eröffnet enormes Potential für Wohlstandsgewinne in Europa! Doch heute sieht es so aus, als ob kein Sektor so hoffnungslos unprofitabel sein könnte, dass er nicht trotzdem gefördert und künstlich am Leben erhalten würde. Warum wird weiter im Ruhrpott nach Kohle geschürft, wenn die damit produzierte Energie zu einem Bruchteil der Kosten aus britischem Erdöl gewonnen werden könnte? Warum werden Industriegüter teuer im Westen der Union hergestellt, wenn dieselbe Qualität zum halben Preis in Tschechien erzeugt werden könnte? Durch Subventionen verhindern wir den notwendigen Strukturwandel, beschränken den Wettbewerb und belasten uns damit auf Dauer mit hohen Kosten und Preisen!

Wandel ist und war stets das Kennzeichen einer erfolgreichen Wirtschaft. Bei jedem Wandel gibt es natürlich Verlierer, aber auch Gewinner bzw. neue Chancen: Als das Auto das Pferd verdrängte, verloren unzählige Pferdezüchter, Kutscher, Schmiede und Pferdetränkenbesitzer ihre Existenzgrundlage, gleichzeitig wurden aber in der Automobil- und Erdölindustrie sowie bei Tankstellen und Werkstätten wesentlich mehr neue Arbeitskräfte gebraucht – wer flexibel war, konnte sehr schnell ein höheres Einkommen erzielen als vor dem Wandel. Dasselbe gilt auch heute – die Computerisierung macht viele Arbeiten überflüssig, während eben durch den Computer viele neue Stellen und Marktchancen geschaffen werden. Die EU sollte nicht durch Subventionen alte Strukturen schützen, sondern durch Um- und Weiterbildungsmaßnahmen die Möglichkeit schaffen, die Chancen des Wandels zu nützen, damit Europa weiterhin ein moderner Kontinent bleibt. Durch Subventionen legen wir unserer Gesellschaft nur unnötige Kosten auf und überlassen die Wachstumschancen anderen!

Während Europa durch die unselige Subventionspolitik ein paar Prozent Wirtschaftswachstum verspielt, stellen die Subventionen der reichen Länder für viele Entwicklungsländer eine ernsthafte Existenzbedrohung dar. Viele Entwicklungsländer hängen vor allem von Exporteinnahmen bei agrarischen und bergbaulichen Produkten ab. Dort sind im Schnitt nach wie vor zwei Drittel aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig. Die Beschränkung des Marktzugangs für solche Länder verursacht dort Elend und Arbeitslosigkeit, während wir durch den „Schutz“ unserer Märkte höhere Preise in Kauf nehmen müssen! Bei der Welthandelsrunde in Cancun 2003, forderten daher die Entwicklungsländer von der westlichen Welt einmal mehr den Abbau von Agrarsubventionen

im Ausmaß von 300 Milliarden Euro – erreicht wurde aber am Ende gar nichts, weil die Industriestaaten nicht bereit waren, einen Kompromiss zu schließen, der den Entwicklungsländern weit genug ging.

Nach der gescheiterten Konferenz kritisierten auch westliche Politiker, wie der damalige kanadische Ministerpräsident Jean Chretien, das Verhalten der reichen Staaten. Er sagte zwei Tage nach dem Scheitern, die Industriestaaten hätten sich in Cancun zu einem Abbau ihrer Agrarsubventionen verpflichten müssen und er fragte sehr pointiert: *„Wann werden wir diesen Unsinn beenden, dass eine Kuh in einigen Staaten mehr Geld bekommt als ein Kind? ... Der Weltfrieden wird immer problematischer, weil nicht ganze Kontinente in den Abgrund geraten dürfen, während der Rest der Welt immer reicher wird. Die auf Agrarsubventionen entfallenden Ausgaben der Industriestaaten, angeführt von den USA und der Europäischen Union, sind sechs Mal so hoch wie ihre Auslandshilfe. Und die Subventionen schneiden die Entwicklungsländer von den internationalen Agrarmärkten ab. Es ist Zeit zum Aufwachen!“* Ein zwar löblicher Appell, doch auch Kanada setzte danach keine (unilateralen) Schritte – schließlich will man seine Bauern nicht verärgern.

Im August 2004 wurde in Genf schließlich ein von vielen gefeierter Kompromiss bei den Agrarsubventionen erzielt: Alle Exportsubventionen der Industrieländer für Agrargüter sollen fallen, im Gegenzug stimmen die Entwicklungsländer zu, ihre Zölle auf Industriegüter weitgehend abzuschaffen.<sup>158</sup> Die positive Aufnahme dieses Kompromisses in den Industrieländern machte mich stutzig, denn die Industrie zeigte sich sehr zufrieden, während von den Agrarvertretern keine Proteste kamen, daher schaute ich mir die Einigung etwas genauer an. Tatsächlich wirken die angeblichen Zugeständnisse an die Entwicklungsländer sehr unehrlich: Es wurde nur die Absicht bekräftigt, die Exportsubventionen auf Agrargüter zu streichen, ein Datum dafür wird aber nicht genannt. Dasselbe wurde bereits in Doha 1999 beschlossen, doch geschehen ist seither wenig. Auch in Genf wurden keine Zeitpläne beschlossen und der Abschluss der Verhandlungen wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Weiters sind – nicht spezifizierte – sensible Produkte ausgenommen, so dass die reichen Staaten weiter ein Hintertürchen für Förderungen haben. Auch die Zölle der reicheren Länder auf Agrargüter (im Schnitt derzeit 48 Prozent!<sup>159</sup>) werden kaum reduziert. Für diese Zusagen erhalten die Industrien der westlichen Länder fast unbeschränkten Zugang zu den Märkten der Entwicklungsländer, denen es damit auf Dauer nicht möglich sein wird, selbst konkurrenzfähige Industrien aufzubauen (deren Zölle auf Industriegüter von durchschnittlich ohnehin nur 13 Prozent werden vollständig abgeschafft<sup>160</sup>). Die *„historische Einigung von*

<sup>158</sup> Quelle: ORF Online, 4. August 2004, [www.orf.at/040801-76925/76926txt\\_story.html](http://www.orf.at/040801-76925/76926txt_story.html).

<sup>159</sup> Quelle: United Nations Conference on Trade and Development, [www.unctad.org](http://www.unctad.org).

<sup>160</sup> Quelle: United Nations Conference on Trade and Development, [www.unctad.org](http://www.unctad.org).



*Genf*<sup>161</sup> ist damit meines Erachtens eine Fortsetzung der protektionistischen Politik der westlichen Länder.

Wenn wir weiter darauf beharren, dass alles bei uns produziert werden muss – selbst arbeitsintensive Textilien, bei denen Länder mit niedrigeren Lohnkosten sich sonst durchsetzen würden – dann ist es nur logisch, dass die ehrgeizigen, strebsamen und leistungswilligen Menschen dieser Regionen zu uns kommen wollen, um hier zu arbeiten. Die Armen der Erde sind gezwungen, dorthin zu gehen, wo das Kapital ist. Wer die Migration eindämmen will, sollte nicht Stacheldrahtzäune errichten, sondern dafür sorgen, dass das Leben in den Herkunftsländern der Migranten (wieder) attraktiv wird. Nur wenn diese Länder Industrien aufbauen, die gute Arbeitsplätze bieten, werden die jungen Menschen dort bleiben. Das sieht man derzeit an China: Seit in diesem ehemaligen Entwicklungsland moderne Industrien entstehen, bleiben die jungen Menschen im Land und versuchen am Perlflossdelta oder in Shanghai ihr Glück, anstatt nach London, Singapur oder Kalifornien zu gehen.

Indem wir Subventionen und Zölle abbauen, ermöglichen wir freien Handel, bei dem jedes Land seine Vorteile nützen kann. Damit fördern wir den Wohlstand, was letztendlich dem Extremismus den Nährboden entzieht. Entwicklungshilfe zu geben alleine reicht nicht, wir müssen das Welthandelssystem ändern – eben durch den rigorosen Abbau von Zöllen und Subventionen. Selbstverständlich wird es dadurch auch in Europa einige „Verlierer“ geben – eben jene, die zuvor in den am meisten geschützten Bereichen beschäftigt waren, doch werden diese Nachteile durch die Vorteile der großen Mehrheit mehr als wettgemacht. Ich plädiere hier auch nicht für die Dampfwalze: Selbstverständlich ist es unmöglich und unzumutbar auf einen Schlag alle Subventionen und Zölle zu streichen. Bei einer derartigen Reform wird es sich immer um einen längeren Prozess handeln, wo schrittweise vorgegangen wird. Auch will ich keineswegs die Landwirte ins Elend stürzen: Ich könnte mir vorstellen, dass diese anstatt irgendwelcher mengenabhängiger Subventionen eine Entlohnung von der Gesellschaft für die Landschaftspflege, die sie leisten, erhalten. Zu einem „Bauernsterben“ oder einer Entvölkerung ländlicher Gebiete muss es daher nicht unbedingt kommen.

Man sollte auch nicht vergessen, dass sich auch heute immer wieder neue Chancen ergeben: Das zunehmende Gesundheitsbewusstsein hat bereits zu einem neuen Segment der Biolandwirtschaft geführt, das gute Verdienstmöglichkeiten bietet. Viele Europäer werden auch in Zukunft lieber europäische Lebensmittel konsumieren als importierte Produkte, bei denen die Qualitätskontrolle vielleicht weniger streng ist oder wo – wie bei Gütern aus den USA – oft gentechnisch veränderte Lebensmittel verwendet werden. Die Landwirte Europas müssen daher nicht unbedingt Verlierer dieser Reformen sein.

Die große Mehrzahl der Bürger in Europa würde zudem vom Abbau der Subventionen sehr direkt und sofort profitieren: Es werden dabei große

---

<sup>161</sup> So der Ausdruck des WTO-Chefs Panitchpakdi am 1. August 2004.

Geldmittel für anderen Zwecke frei, während gleichzeitig viele Produkte für die Konsumenten billiger werden – das sollte jedem Bürger nur willkommen sein. Europa muss hier mutig die Initiative übernehmen und die USA und Japan überzeugen, ebenfalls ihre Zölle und Subventionen zu senken, denn sonst erreicht man weniger eine Förderung der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern als in den USA. Gelingt es nicht, die anderen reichen Länder von der Senkung zu überzeugen, so sind wohl Spezialabkommen wie die LOME-Abkommen<sup>162</sup> mit den Entwicklungsländern sinnvoll, um diesen zu helfen.

B) Strategische Industrie- und Forschungsförderung um die Führungsposition in ausgewählten Wirtschaftssektoren zu erreichen

Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert dominierte Europa den Welthandel und europäische Firmen waren in fast allen Industrien tonangebend. Zukunftsweisende Forschung fand praktisch nur hier statt, und beispielsweise in der Chemie wurden die Erkenntnisse schnell von der Industrie aufgegriffen und in neue Produkte umgesetzt. Zwei Weltkriege später sind es die USA, die in Forschung und Industrie den Ton angeben, doch das ist kein Zustand, mit dem wir uns für immer abfinden müssen. Europa hat das geistige und wirtschaftliche Potential, wieder zum Innovationszentrum der Welt zu werden und in bedeutenden Industrien die Spitzenposition zurück zu gewinnen. Heute sind wir nur in einigen wenigen Segmenten führend – z.B. in der Luxusgüterindustrie und beim Tourismus. In anderen wichtigen Industrien sind europäische Firmen zumindest bedeutend, etwa bei Großraumflugzeugen und in der Automobilbranche. In einigen zukunftssträchtigen Bereichen besteht aber akuter Nachholbedarf, so bei Computerhard- und Software sowie in der Weltraumtechnik.

Bedauerlicherweise bewirkt die europäische Subventionspolitik derzeit in zweifacher Hinsicht eine Schwächung unserer Wirtschaft: Zum einen bürdet sie den Unternehmen und jedem einzelnen Bürger hohe Steuern und überhöhte Preise auf, um veraltete und ineffiziente Industrien am Leben zu erhalten, zum anderen erschwert sie dadurch den Übergang zu neuen, innovativen Verfahren und zukunftssträchtigen Produkten. Dieser Zustand ist auf Dauer nicht haltbar, denn so verspielt Europa die größten Chancen, weiterhin seinen Wohlstand zu erhalten.

Bei der Produktion selbst hochwertiger Industriegüter werden wir auf Dauer gegen Länder mit wesentlich niedrigeren Lohnkosten und steigendem Quali-

---

<sup>162</sup> Diese Abkommen sichern 78 afrikanischen, karibischen und pazifischen ehemaligen Kolonien von EU-Staaten relativ stabile Preise sowie den zollfreien Zugang zum EU-Markt für den Export von Bergbau- und Agrargütern zu. Von 2004 bis 2008 fließen dabei 13,5 Milliarden Euro an Hilfen in diese Länder.

fikationsniveau, vor allem China, Indien und andere südostasiatische Staaten, immer weiter zurückfallen, so dass wir uns auf innovative und intelligente Produkte, aber auch auf hochwertige Dienstleistungen konzentrieren sollten. Forschung in diesen Bereichen sollte gefördert werden, und in Ausnahmefällen sollte in den Anfangsjahren auch die Produktion durch staatliche Förderungen unterstützt werden. Das darf aber nicht zu einem neuen umfassenden und Ineffizienz erhaltenden Subventionssystem führen. Daher sollten solche Unterstützungen nur in ausgewählten zukunftssträchtigen Bereichen, wie z.B. Software, Raumfahrt oder erneuerbare Energien, gewährt werden, und auch dort nur auf begrenzte Zeit. Generell sollten alle Unterstützungen und Subventionen zeitlich befristet sein. Wenn auch über die Frist hinaus Bedarf besteht, so kann das Parlament sie ohnehin verlängern. Ist aber wie bisher ein eigener Akt nötig, um Förderungen abzuschaffen, so existieren viele wesentlich länger als eigentlich gedacht, da bevorzugte Interessengruppen immer wieder Wege finden werden, eine Abschaffung zu verhindern, oder da im allgemeinen Stress schlicht niemand dazu kommt das betreffende Gesetz zu ändern. In den USA nennt man die dort vielfach eingesetzte nur befristete Gültigkeit von Gesetzen ‚sunset clauses‘, und genau solche brauchen wir auch in der EU und den Mitgliedsstaaten.<sup>163</sup> Alleine die Tatsache, dass Gesetze alle paar Jahre neu beschlossen werden müssen, rückt sie – und gegebenenfalls ihre Absurdität – in gewissen Abständen wieder ins öffentliche Rampenlicht, was bei entsprechend kritischen Medien disziplinierend wirken kann. Auch die Tatsache, dass Förderungen prinzipiell als vorübergehend und nicht als „ewiger Anspruch“ verstanden werden, kann zu einem Umdenken führen.

Um die ehrgeizigen Ziele der Lissabon-Deklaration („Europa soll bis 2010 der größte und dynamischste Wirtschaftsraum der Welt sein“) zumindest bis 2020 zu erreichen, ist neben der massiven Förderung der Forschung wohl auch die strategische Unterstützung einiger Zukunftsbranchen notwendig, weil Europa aufgrund vergangener Fehler in manchen Bereichen schon zu weit hinter die US-Konkurrenz zurückgefallen ist. Ich bin entschieden gegen Staatsinterventionismus, wenn jedoch aufgrund früherer US-Interventionen oder Natürlicher Monopole (siehe Box VII) die Vorherrschaft der US-Konkurrenz einzementiert ist, so können vorübergehende Unterstützungen Sinn machen, denn manche Bereiche sind zu wichtig, um sie völlig anderen zu überlassen. Beispiele wären die Luft- und Raumfahrt, Computertechnik. Andere Sektoren, wie Tourismus und Lifestyle, Filmindustrie sowie Umwelttechnologie, sind Bereiche in denen Europa schon heute führend ist oder es sein kann, wenn die richtigen Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Speziell im Computerhardwarebereich gibt es derzeit keinen einzigen europäischen „global player“, und im Softwarebereich hat nur SAP Weltformat. Dies

---

<sup>163</sup> Quelle: Kluge/Faßbender 2003, S. 320.

ist aus zwei Gründen bedenklich: Erstens handelt es sich um die wohl gewinnträchtigste und strategisch wichtigste Industrie des 21. Jahrhunderts, und zweitens ist es hier besonders schwer aufzuholen, da speziell der Softwarebereich ein „Natürliches Monopol“ darstellt.

**Box VII: Natürliche Monopole**

*In der Volkswirtschaft versteht man unter einem Natürlichen Monopol eine Industrie, in der die Marktkräfte ganz automatisch dazu führen, dass nach einiger Zeit nur eine Firma überlebt. Dies wird durch die Kostenstrukturen in dieser Industrie sowie durch die Eigenschaften der Nachfrage verursacht.*

*Lassen Sie mich das an der Betriebssoftware für PCs demonstrieren, bei der sich bekanntlich Microsoft Windows weltweit durchgesetzt hat. Dies ist nicht unbedingt auf die überlegenen Produkteigenschaften, das hervorragende Management oder die Unfähigkeit der Gegner zurückzuführen, sondern hängt hauptsächlich mit den Markteigenschaften zusammen. Schauen wir uns zuerst die Kostenstruktur an: Bei jedem Produkt gibt es zwei Kostenkomponenten: Fixkosten (vor allem Entwicklungskosten, Maschinen und die Fabrikhalle) und variable Kosten (vor allem Material- und Lohnkosten). Bei der Softwareentwicklung sind die Fixkosten durch die teure Entwicklung enorm (oft mehrere Milliarden Euro), während die variablen Kosten minimal sind (wenige Cent für CD-Rohlinge). Dies bedeutet, dass es für die Gesellschaft teuer ist, wenn mehrere Firmen extra die Entwicklungskosten auf sich nehmen, denn über die Preise im Geschäft müssen die Konsumenten letztlich diese Kosten zahlen.*

*Machen wir ein Rechenbeispiel: Es gibt 10 Millionen Kunden, die eine Softwarelösung brauchen. Die Entwicklung kostet jede Firma 2 Milliarden Euro, während die Produktion und der Vertrieb einer CD 10 Euro kosten. Entwickeln 10 Firmen getrennt das Produkt und erkämpft jede ein Zehntel des Marktes, so hat jede Firma eine Million Kunden. Ihre Gesamtkosten belaufen sich auf 2.010 Millionen Euro, womit sie das Produkt um minimal 2.010 Euro pro Kunden anbieten können, um keinen Verlust zu machen. Gibt es nur fünf Firmen, so belaufen sich die Kosten pro Firma, die auf zwei Millionen Kunden verteilt werden, auf 2.020 Millionen Euro. Der minimale Preis, zu dem die Kosten gedeckt sind beträgt nur noch 1.010 Euro. Gibt es gar nur eine Firma am Markt, so belaufen sich deren Gesamtkosten auf 2.100 Millionen Euro, die sich auf 10 Millionen Kunden verteilen. Damit sinkt die Gewinnschwelle auf 210 Euro pro CD. Theoretisch lassen sich die Produkte also bei derart niedrigen variablen Kosten am billigsten anbieten, wenn es nur einen Produzenten gibt – in der heutigen Softwarewelt ist dies Microsoft. Neben den Kosten gibt es noch einen Grund, der für einen Monopolisten spricht: Wenn es mehrere unterschiedliche Softwarelösungen gibt, die alle etwa gleich oft verwendet werden, dann müssen die Konsumenten ständig*

*umlernen, wenn sie an einen anderen Computer kommen. Es gibt einen guten Grund, dass alle Computertastaturen (zumindest in einem Land) die Buchstaben an der gleichen Stelle haben: Wären sie auf jeder Tastatur an einer anderen Stelle, so müsste man immer jeden Buchstaben extra suchen. Dasselbe gilt für Computersoftware: Es ist für die Konsumenten sehr vorteilhaft, dass fast auf jedem Computer weltweit Microsoft Windows läuft, denn dadurch müssen sie nicht jedes Mal umlernen, wenn sie an einen neuen Computer kommen. Die Marktkräfte und der Konsumentennutzen sprechen also prinzipiell für einen Monopolisten, jedoch kann dieses aus politischen Gründen, oder wegen der enormen Macht des Monopolisten überhöhte Preise zu verlangen, insgesamt von Nachteil bzw. unerwünscht sein.*

Bei Natürlichen Monopolen führen die Kostenstrukturen dazu, dass nur ein Anbieter sich durchsetzt und prinzipiell ist das auch gut für den Konsumenten. Problematisch wird es dann, wenn dieser Produzent seine Monopolstellung ausnützt, um überhöhte Preise zu verlangen und in andere Produktsegmente vorzudringen. Beides hat Microsoft wiederholt getan, wofür es auch verurteilt wurde. Hinzu kommt, dass durch das Quasimonopol von Microsoft jedes Jahr mehrere Milliarden Euro an Softwaregebühren in die USA abfließen. Durch eine Bündelung der besten Softwareingenieure und massive Investitionen, könnte eine „europäische Betriebssoftware“ als Alternative zu Microsoft Windows aufgebaut werden. Für wichtig halte ich dabei, dass diese Software voll kompatibel mit Windows ist, denn sie soll nicht pure Konkurrenz um der Konkurrenz willen, sondern nur eine echte Alternative zu Microsoft sein. Der Umstieg soll für Konsumenten daher so einfach und billig wie möglich sein. Dabei wäre auch ein open-source Ansatz wünschenswert, um nicht ein Monopol durch ein anderes zu ersetzen.

Neben der Softwareindustrie haben vor allem die Raumfahrt und Großraumflugzeuge als weltweite Bereiche die Markteigenschaften eines Natürlichen Monopols. Auf lokalerer Ebene sind das Anbieten von Mobilfunk und Fernsehen sowie einige Infrastrukturbereiche (Schienennetz, Stromleitungen) als Natürliche Monopole zu nennen. Zwei dieser Industrien können uns sinnvolle Wege zum Umgang mit diesem Phänomen weisen: Großraumflugzeuge und Mobilfunk. Beim Mobilfunk hat sich gezeigt, dass ein Monopolist überhöhte Preise verlangt und bei der Einführung neuer Technologien langsam ist. Nach der Öffnung der Märkte hat der Konkurrenzdruck in Europa zu einem enormen Sinken der Preise bei gleichzeitiger Verbesserung des Angebots und der Qualität geführt (siehe dazu auch das nächste Kapitel „Smart regulation“).

Bei Großraumflugzeugen hat Europa – vielleicht bisher das einzige Mal – den USA mit kluger Industriepolitik die Stirn geboten und damit in einer wichtigen Industrie einen wesentlichen Weltmarktanteil erworben: Nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs war die vorher weltweit dominierende europäische

Luftfahrtindustrie am Boden, während der US-Hersteller Boeing praktisch ein Weltmonopol bei Großraumflugzeugen hatte, das über Jahre unangetastet blieb, da die einzelnen europäischen Unternehmen zu klein waren, um gegen den Branchengiganten bestehen zu können. 1970 schlossen sich daher, unter Federführung der Deutschen und Franzosen, mehrere europäische Luftfahrtgesellschaften zusammen und gründeten Airbus, um selbst Großraumflugzeuge zu produzieren. In den ersten Jahren waren von staatlicher Seite immer wieder Beihilfen notwendig, um die notwendigen Großinvestitionen zu tätigen, und ohne diese „Starthilfe“ wäre Airbus wohl gescheitert, doch mittlerweile produziert das Unternehmen mehr Flugzeuge als Boeing, schreibt Gewinne und hat einen Weltmarktanteil von derzeit mehr als 50 Prozent.

Mit zeitlich begrenzten Unterstützungen können auch in Zukunft einzelne Wirtschaftssektoren besonders gefördert werden, um darin Weltspitze zu werden oder diese Position zu festigen. Zu fördernde Sektoren sollten sich dadurch auszeichnen, dass sie ökonomisch bedeutend und zukunftssträftig sind. Weiters sollte Europa darin bereits stark sein und/oder eindeutige Wettbewerbsvorteile haben. Frankreich etwa hat besondere Stärken im Tourismus, der Mode und der Luxusgüterindustrie. Deutschland ist im Automobil- und Maschinenbau führend und die skandinavischen Länder haben wegweisende Entwicklungen in der Telekommunikation und der Umwelttechnologie vorzuweisen. Ziel ist es, die besten Köpfe und die innovativsten Unternehmer in einer Region zu bündeln und zu fördern, damit sie die Weltmarktführerschaft in ihrem Bereich erreichen können.

Dabei müssen wir uns auf besonders zukunftssträftige Branchen konzentrieren, denn es macht keinen Sinn im Schiffbau oder der Stahlindustrie nach alter Größe zu streben, weil Europa dafür keine Standortvorteile hat und es sich um keine Zukunftsindustrien handelt. In dem Maß, in dem heutige Entwicklungsländer fähig werden, auch technisch anspruchsvolle Produkte annähernd fehlerlos herzustellen, wird Europa beim Anteil an der Weltproduktion von Gütern verlieren. Das ist aber kein Problem, wenn die Tätigkeiten mit der höchsten Wertschöpfung, vor allem Design, Produktentwicklung und Unternehmensleitung in Europa angesiedelt bleiben.

Als förderungswürdige Industrien denke ich, neben Tourismus, Umwelttechnologien, Raumfahrt und Software, speziell an den großen Bereich Luxus und Lifestyle, in dem Europa heute noch zu wenig seine Stärken ausspielt. Egal in welchen Kontinent man reist, europäisches Design und europäischer Stil sind gefragt. Europa steht für Luxus, Chic und Qualität. Auf diese Stärken müssen wir aufbauen, um im wachsenden Segment der Luxusgüterindustrie weiterhin führend zu bleiben. Diese Güter lassen sich hervorragend mit einer Forcierung des Tourismus verbinden, so dass hier zwei Kernbereiche ineinander greifen. Insgesamt sollte Europa darauf hinarbeiten, ein Image als innovativer und

lebenswerter Kontinent mit Stil und hohem Qualitätsniveau zu entwickeln und zu pflegen.

Passend zu diesen zwei Bereichen ist ein dritter, in dem Europa früher dominierte, doch heute die USA den Ton angeben: Die Filmindustrie. Alles schaut heute nach Hollywood und zu den Oscars, anstatt wie früher nach Venedig oder Cannes. Mit sehr geringen Mitteln könnte Europa hier wieder dominieren und dabei durch indirekte Einnahmen im Tourismus und Export von Lifestyle-Gütern erheblich profitieren. Hollywood hat heute einen prägenden Einfluss auf die Jugend der ganzen Welt: Durch die Vermittlung des „American way of life“, der doch meist nur eine Illusion ist, üben sie eine starke Anziehungskraft aus und prägen die Wertvorstellungen und die Konsumwünsche vieler Menschen. Dadurch schaffen die Filmemacher auch die Basis für große kommerzielle Erfolge, weil Menschen auf der ganzen Welt amerikanische Produkte kaufen, die sie in den Filmen sehen. Europa bietet durch seine vielfältige Landschaft und die einzigartigen Baudenkmäler und Städte eine unvergleichliche Kulisse, um Filme aus seiner spannenden Geschichte, aber auch kreative neue Filme zu produzieren. Shakespeare, Dantes Göttliche Komödie und das Decamerone alleine enthalten mehr Liebe, Philosophie, Leidenschaft, Dramatik und Spannung als alle Hollywoodfilme, die je produziert wurden. Dracula, Sherlock Holmes, Pinocchio und Don Quichote lehren mehr als Mickey Mouse oder Superman!

Vergleicht man die Raffinesse und Tiefe von Mary Shelleys „Frankenstein“ mit der stupiden Platttheit von „Terminator“, so zeigt das für mich den grundsätzlichen Unterschied zwischen Europa und den USA. Brauchen wir nach Leonidas, dem Spartaner noch Hollywood um uns Private Ryan zu erfinden? Ist ein echter Spartakus, der Ketten abschüttelt, nicht tausend Mal besser als ein erfundener Maximus? Kann die Alien-bekämpfende Sigourney Weaver für intelligente Menschen inspirierender sein als Jeanne d’Arc?

Mittlerweile haben aber Filmstudios in Hollywood eine so dominierende Position aufgebaut, dass es selbst guten Produktionen aus anderen Ländern kaum möglich ist, sich durchzusetzen. Daher plädiere ich – zeitlich auf etwa zehn Jahre beschränkt – für eine verstärkte europäische Filmförderung, die es europäischen Filmemacher ermöglichen soll, wieder Weltspitze zu werden. Dies verlangt auch von den Filmemachern Kompromisse – denn sie werden sich nur durchsetzen können, wenn sie in Zukunft mehr Filme auf Englisch produzieren. Der Erfolg von Hollywood beruht auch darauf, dass dort die besten Schauspieler, Regisseure und Techniker zusammengestellt wurden – egal, ob sie Briten, Australier oder Deutsche waren. Sieht man sich an, woher die Spitzenregisseure und Oscarpreisträger der letzten Jahre stammen, so sieht man, dass mehr als die Hälfte nicht in den USA geboren wurden. Erst wenn es gelingt, die größten Talente der Welt nach Europa zu holen bzw. hier zu halten, können wir die alte Spitzenstellung zurückerobern. Dies wird aber nur möglich sein, wenn

Englisch als Standardsprache der Branche anerkannt wird, denn sonst bleiben wir immer Nischenanbieter – man muss sich vor Augen halten, dass selbst die verbreitetste Muttersprache der EU – Deutsch – nur von rund zwei Prozent der Weltbevölkerung gesprochen wird!

Auch die Forcierung eines europäischen Filmpreises, der den Oscar ausstechen kann, macht nur Sinn, wenn die Verleihung auf Englisch erfolgt. Das Festival von Cannes könnte schon wegen seiner glamourösen Vergangenheit DAS europäische Filmfest sein – aber nur, wenn die Franzosen bereit sind, sprachlich nachzugeben. Um die heute dominierenden Oscars weltweit auszustechen, wäre es möglich, neben den üblichen Kategorien auch je eine Goldene Palme für den besten Film aus den großen Kulturkreisen zu vergeben – ich denke etwa an je eine Palme für den besten Film aus Indien, China, Süd- und Ostasien, Lateinamerika, Anglo-Amerika, Afrika, Arabien.

### C) Smart regulation

Die europäische Wirtschaft ist stark und innovativ. Sie war bis 1914 mehr als doppelt so groß wie jene der USA, bevor Europa sich selbst zerfleischte, doch schon 1932 war sie wieder größer als jene der USA bevor sie abermals durch den Zweiten Weltkrieg zerstört wurde. Selbst nach dieser Katastrophe erholte sie sich schnell wieder und viele Länder erlebten ein Wirtschaftswunder, so dass das BIP der heutigen Mitglieder der Europäischen Union 1960, jenes der USA erstmals wieder übertraf.<sup>164</sup> Seit vier Jahrzehnten sind die beiden Wirtschaftsmächte nun etwa gleich groß, wobei es durch Schwankungen der Wechselkurse immer wieder zu „Führungswechseln“ kommt. Da aber die Bevölkerung der Union um rund die Hälfte größer ist als jene der USA, liegen das Pro-Kopf-Einkommen und die Produktivität rund ein Drittel unter den entsprechenden Werten der USA. Dies ist vor allem auf die kürzeren Arbeitszeiten zurückzuführen, denn die Stundenproduktivität liegt fast gleich hoch wie in den USA.<sup>165</sup> Trotzdem ist eine Verbesserung möglich, denn innerhalb Europas gibt es noch große Produktivitätsunterschiede und dementsprechend viel Potential für Steigerungen ist noch vorhanden. Um eine höhere Produktivität zu erreichen halte ich neben dem Abbau von Subventionen, die Deregulierungen bzw. die Beseitigung staatlicher Monopole für eminent wichtig. Durch die oft einseitige Darstellung in den Medien wird Deregulierung heute von vielen Menschen mit Turbokapitalismus und Arbeitsplatzabbau gleichgesetzt, doch stimmt dies meist nicht: Tatsächlich werden durch staatliche Monopole und strenge Marktzutrittsregeln oft nur ineffiziente Strukturen erhalten, die die Gesellschaft insgesamt belasten. So arbeiten beispielsweise bei der staatlichen österreichischen

<sup>164</sup> Quelle: Kennedy 1987, S. 496 und 646.

<sup>165</sup> Quelle: Rifkin 2004, S. 56f.



Eisenbahngesellschaft ÖBB noch immer 47.000 Menschen, die mit durchschnittlich 53 Jahren in Pension gehen, während in den bevölkerungsreicheren Ländern Belgien und Schweden vergleichbare oder höhere Güter- und Personenleistungen mit je rund 10.000 Beschäftigten erbracht werden. Den Österreichern werden hier ungeheure Kosten aufgebürdet – neben den Subventionen von rund 5 Milliarden Euro jährlich, auch enorme Pensionszahlungen für Tausende Frühpensionisten. Vergleichbare Beispiele gibt es in nahezu allen Ländern. Noch immer „schützen“ die meisten EU-Staaten ihre Industrien durch Subventionen und Regulierungen vor ausländischer Konkurrenz. Daher kann der Markt Ineffizienzen nicht beseitigen und den Bürgern werden sowohl direkte (Subventionen) als auch indirekte (Ineffizienz, schlechte Qualität) Kosten auferlegt.

Tatsächlich ist Deregulierung nichts, vor dem man sich fürchten sollte: In der EU wurden in den letzten Jahren die zuvor meist durch Staatsmonopole kontrollierten Telekommunikationsmärkte liberalisiert. Die Folgen für die Konsumenten und die Gesamtwirtschaft sind mehr als erfreulich: Die Preise sind im Schnitt um mehr als 80 Prozent gefallen, anstatt alter Festnetzanschlüsse hat man moderne Handys und die Serviceleistungen haben sich wesentlich verbessert. Auch auf dem Arbeitsmarkt gab es insgesamt positive Auswirkungen: Zwar waren die früheren Monopolisten vielfach gezwungen, Arbeiter abzubauen, doch wurde dies durch die neu geschaffenen Stellen bei Konkurrenten und in Zulieferindustrien mehr als wettgemacht.<sup>166</sup> Als Nebeneffekte wurden Werbewirtschaft und Produktentwicklung angekurbelt, so dass Europa heute im Bereich Telekommunikation gemeinsam mit Japan führend ist, während wir die USA speziell im Mobilfunkbereich weit hinter uns gelassen haben.

Dies war nur möglich, weil der Staat seine Rolle als Monopolist aufgegeben hat. Dadurch wurde der Staat nicht unwichtiger oder weniger mächtig, denn heute tritt er als starker Regulator auf. Darin sehe ich eine vernünftige und effiziente Aufgabenverteilung: Der Staat überlässt den Unternehmen das Wirtschaften, dafür konzentriert er sich auf eine seiner Kernaufgaben, nämlich sicherzustellen, dass ein fairer und intensiver Wettbewerb zwischen den Unternehmen herrschen kann. Unter diesen Rahmenbedingungen versuchen die Unternehmen durch ständige Verbesserungen von Qualität und Dienstleistungen sowie niedrige Preise, die Kunden für sich zu gewinnen, was letztlich dem Konsumenten am meisten nützt. Die gelungene Entwicklung im Telekommunikationsmarkt zeigt, dass dieser Weg funktionieren kann.

Was wir brauchen ist aber nicht blinde Deregulierung, sondern ‚smart regulation‘ also Gesetze und Regeln, die tatsächlich die Ziele erreichen, die gesetzt sind. Entscheidend ist auch, dass man die vorhandenen unternehmerischen Energien freisetzt, ohne das soziale Wohl der Arbeiter zu opfern. Europa

---

<sup>166</sup> Quelle: Kluge/Faßbender 2003, S. 283.

hat dabei dank seiner Heterogenität eine große Chance: Neue Ziele können auf Unionsebene beschlossen, die konkreten Regulierungen sollen dann aber zuerst von den Nationalstaaten erlassen werden. Damit sind bis zu 25 verschiedene Regulierungen parallel möglich. Nach wenigen Jahren kann dann verglichen werden, welche Art der Regulierung die besten Ergebnisse zeigt. Dieses Regelwerk sollte dann in ganz Europa übernommen werden.

Was in Zeiten des Wettbewerbs von Nationalstaaten funktionierte – nämlich das Kopieren vom jeweils Besten – kann auch für die EU funktionieren. Die Union kann sich praktisch die Rosinen aus dem Wettbewerb der Institutionen herauspicken und so zu einem effizienten Regelwerk kommen, das die Wirtschaft weder stranguliert noch einzelne Gesellschaftsgruppen übermäßig benachteiligt. Einen ähnlichen Weg hat China bereits in den letzten fünfzehn Jahren beschritten, denn Reformen und neue Freiheiten wurden zuerst immer nur in einem kleinen Gebiet eingeführt. Erst wenn sie sich dort bewährt hatten, wurden sie auf ganz China ausgeweitet. Auch in den USA wird seit 1998 ähnlich vorgegangen: Von Washington werden nur die Ziele vorgegeben (z.B. Reduktion einer speziellen Schadstoffmenge um 10 Prozent), wie dies erreicht wird, bleibt den einzelnen Staaten überlassen. Einen ähnlichen Weg zu ‚smart regulation‘ sollte nun endlich auch Europa beschreiten.

#### D) EU-Steuern zur Finanzierung der Aufgaben

Zur Finanzierung der Aufgaben der EU sind Gelder notwendig. Die EU hat derzeit ein Budget von rund 100 Milliarden Euro pro Jahr – eine imposante Summe, die es jedoch in die richtige Relation zu setzen gilt: Während die Steuerquote in Europa im Durchschnitt rund 45 Prozent beträgt, hat die EU bisher nur 1,27 Prozent der Wirtschaftsleistung der EU-Staaten zur Verfügung.<sup>167</sup> Alleine Deutschland hat ein zehn Mal so hohes Budget wie die gesamte Union – von einem „Wasserkopf in Brüssel“ kann wahrlich keine Rede sein.<sup>168</sup> Die EU-Kommission arbeitet nach wie vor mit sehr bescheidenem Personalaufwand – sie hat nur 18.000 Angestellte – jede Millionenstadt in der EU hat ein Vielfaches und selbst kleinere EU-Staaten haben zehn Mal so viele Staatsdiener.<sup>169</sup> Tatsächlich wird die EU seit langem sehr effizient und sparsam geführt. In den letzten Jahren hat sie sogar regelmäßig einen Haushaltsüberschuss produziert – etwas von dem die meisten Mitgliedsländer nur träumen können.

Damit die EU aber auch in Zukunft ihre Aufgaben erfüllen kann, mag es nötig sein, ihr einen größeren Anteil am gesamten Steueraufkommen in Europa zuzugestehen. Dies soll jedoch nicht über eine einseitige Einführung neuer EU-Steuern erfolgen, die von der Bevölkerung beim derzeitigen Belastungsniveau

<sup>167</sup> Quelle: Kluge/Fassbender 2003, S. 21, tatsächlich ausgenutzt wird nur ein Prozent.

<sup>168</sup> Quelle: Fischer 2004, Sp. 283.

<sup>169</sup> Quelle: Kluge/Fassbender 2003, S. 22.

sicher abgelehnt würden, sondern über eine gleichzeitige Absenkung oder Abschaffung nationaler Steuern. Durch die Übertragung einiger derzeit staatlicher Steuern auf die EU, kann diese große Aufgaben wie Verteidigungs-, Entwicklungs- und Außenpolitik übernehmen. Die derzeitige Regelung mit einem Anteil an der nationalen Mehrwertsteuer und an den Bruttonationaleinkommen ist dabei durchaus geeignet, nur muss der EU-Anteil entsprechend den Bedürfnissen aufgestockt werden.<sup>170</sup> Denkbar wäre etwa eine langsame Umschichtung der Mehrwertsteuer (z.B. um 0,1 Prozent pro Jahr) von den Mitgliedsländern zur Union bis ein gewünschtes Maß erreicht wird.

### G) Komparative Vorteile nützen

#### **Box VIII: Ein teures Geschenk an den Osten**

*Seit der Wiedervereinigung hat Deutschland wirtschaftliche Probleme, die sich in Nullwachstum, Massenarbeitslosigkeit und hohen Budgetdefiziten äußern. Im Vergleich zur Dynamik der Wirtschaftsentwicklung, die Deutschland von 1945 bis 1990 kennzeichneten, kam das für viele überraschend. Neben vielen Versäumnissen der Politik bei Strukturmaßnahmen, trug aber vor allem ein Faktor zur derzeitigen Lage bei: Die hohen Transferzahlungen an die neuen Bundesländer und die relative Überbezahlung der Bürger im Osten.*

*In einer ausgewogenen Volkswirtschaft werden Arbeitskräfte nach ihrer Produktivität bezahlt, und diese war – und ist – in Ostdeutschland relativ niedrig. Aus politischen Gründen wurden aber die Löhne im Osten sehr schnell an jene im Westen angepasst, ohne dass die Produktivität dabei Schritt halten konnte. Hätte man dem Markt die Anpassung überlassen, so wären relativ schnell arbeitsintensive Industrien in den Osten gegangen, um von den niedrigeren Löhnen dort zu profitieren. In der Folge wären die Löhne mit der Produktivität gestiegen, während die Arbeitslosigkeit niedriger geblieben wäre, wie wir das in anderen osteuropäischen Ländern sahen. Nun sind aber die Löhne sehr hoch, wodurch es für Unternehmen nicht attraktiv ist, in den neuen Bundesländern zu investieren. Die Folge ist die dortige Massenarbeitslosigkeit (über 20 Prozent).*

*Den Bürgern der neuen Bundesländer ist dabei kein Vorwurf zu machen. Aus politischen Gründen wurden ihnen nach der Wiedervereinigung großzügige Hilfen gegeben. Dadurch wurde der Eindruck erweckt, dass sie Wohlstand ganz ohne Anstrengung haben könnten. Stieg die Arbeitslosigkeit, so wurden eben neue Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen initiiert und Subventionen erhöht. Dies führte so weit, dass Nichtarbeit heute oft mehr finanziellen Nutzen verspricht als Arbeit. Diese Politik belastet seit nun 15 Jahren die deutsche*

<sup>170</sup> Diese beiden Quellen machen derzeit rund 85 Prozent der Einnahmen der EU aus, weitere Posten sind Zolleinnahmen (rund 10 Prozent) sowie einige kleinere Posten.

*Wirtschaft so stark, dass die Stagnation nur logisch ist. Sollte die deutsche Politik auch in den kommenden Jahren nicht bereit sein, ein Sinken des ostdeutschen Lohnniveaus auf ein effizientes Niveau zuzulassen, so wird sich die Anpassung eben – in geringerem Ausmaß – in Gesamtdeutschland abspielen, indem die Wirtschaft langsam oder gar nicht wächst, bis die Reallöhne wieder der Realproduktivität entsprechen.*

Glücklicherweise hat Europa aus den ökonomischen Fehlern bei der deutschen Wiedervereinigung gelernt, und nicht nach der Aufnahme der zehn neuen Länder ähnliche Fehler gemacht. Zwar werden gewisse Hilfen gegeben, insgesamt ist das Transfervolumen aber nicht mit dem innerdeutschen vergleichbar. Das größte Wachstumspotential haben die neuen Mitgliedsländer eben, weil ihr Lohnniveau wesentlich niedriger liegt als in den bisherigen EU-Ländern. Der derzeitige tschechische Präsident Vaclav Klaus hat dies schon 1990 richtig erkannt und erklärte „*wir wollen kein Geld, sondern Zugang zu euren Märkten, auf denen wir dann unser Geld verdienen werden.*“<sup>171</sup>

Er sollte Recht behalten: Während in Ostdeutschland großzügige Transfers aus dem Westen überzogenes Anspruchsdenken und das Gefühl erzeugten, Reichtum sei ohne Anstrengung möglich, krepelten die ehemaligen Genossen an Weichsel, Moldau und Donau die Ärmel hoch und machten sich an die Arbeit. Heute sind die wirtschaftliche Dynamik, das Selbstvertrauen und auch die Stimmung jenseits von Erzgebirge und Oder wesentlich besser als in Ostdeutschland. Die pure Notwendigkeit, aus eigener Kraft auf die Beine zu kommen, verbunden mit einer tief greifenden Liberalisierung der Wirtschaftsordnung, legten dort den Grundstein zu einem in Europa lange nicht gesehenen Wachstum.

Hätte man die Löhne zu schnell angeglichen, so würden auch in Osteuropa die Arbeitslosenzahlen explodieren. Überlassen wir weiter dem Markt die Anpassung! Aufgrund der niedrigeren Löhne werden arbeitsintensivere Produktionen nach Osten abwandern, was dort für Arbeitsplätze und für Konsumenten in ganz Europa für billigere Produkte durch niedrigere Produktionskosten sorgt. Das wird kurzfristig zu regionalen Problemen führen, wenn etwa ein lokal wichtiger Arbeitgeber im Westen seine Tore schließt, jedoch drohen Jahrzehnte der wirtschaftlichen Anpassungsschwierigkeiten für ganz Europa, wenn man nicht bereit ist, diese kurzfristigen und regionalen Schwankungen in Kauf zu nehmen. Einmal mehr brauchen wir Politiker, die etwas Mut und Durchhaltevermögen besitzen und nicht beim ersten Zeichen von (medialem) Gegenwind klein begeben und zu protektionistischen Maßnahmen greifen!

Wenn wir die ökonomisch nötigen Anpassungen zulassen, so wird sich der Wohlstand in Europa signifikant erhöhen. Wenn Erzabbau in Österreich drei Mal soviel kostet wie in Schweden und zehn Mal soviel wie in Brasilien, dann

<sup>171</sup> Quelle: Format Nr. 39, 16. September 2004, S. 25.

sollte er eingestellt werden und die Stahlbetriebe sollten aus Schweden oder Brasilien zukaufen. Dasselbe gilt für unzählige Industrien die irgendwann in Europa aufgrund staatlicher Industriepolitik zur Sicherung der Autarkie gegründet wurden, die heute aber schwer defizitär sind und die Bürger Milliarden kosten.

Wenn man dem Markt Freiheit zur Anpassung an neue Gegebenheiten lässt, so werden Industrien dorthin wandern, wo sie die besten Voraussetzungen finden. Wahrscheinlich wird dies in Europa zur Herausbildung so genannter Cluster führen, also zur Konzentration bestimmter Industrien in einzelnen Regionen. Durch die Bündelung innovativer Betriebe, fachkundiger Ausbildung und guter Standortfaktoren werden die betreffenden Regionen in ihren Industrien oftmals Weltspitze sein. Damit die jeweils qualifiziertesten Arbeiter und die kreativsten Köpfe aus ganz Europa in den betreffenden Clustern arbeiten können, ist eine bessere Integration der europäischen Arbeitsmärkte notwendig. Eine wichtige Maßnahme wäre dabei die Überwindung bestehender Sprachbarrieren.

So begrüßens- und erhaltenswert die Vielfalt der Kulturen in Europa ist, so hemmend ist die Vielfalt der Sprachen für die Mobilität der Menschen. Gerade durch Mobilität ließen sich aber große Produktivitätsgewinne und geringere Arbeitslosenraten erreichen. Wenn sich alle Bürger der Union in einer Sprache unterhalten können, beseitigt das Schranken, die vorher die Menschen trennten. Damit ich hier nicht missverstanden werde: Ich plädiere keinesfalls für eine einheitliche Muttersprache in Europa oder die Abschaffung der nationalen Sprachen, denn das wäre absurd und auch bedauerlich. Ich fände es nur sehr begrüßenswert, wenn beispielsweise Englisch als europaweite Zweitsprache so früh als möglich parallel zur Muttersprache vermittelt und auch an Schulen konsequent verwendet würde. Damit würde nicht nur die grenzüberschreitende Wanderung von Arbeitskräften erleichtert, auch die tagtägliche Verständigung der Europäer untereinander wäre einfacher. Obwohl Englisch nicht die am häufigsten gesprochene Sprache der Union ist, fiel meine Wahl auf diese Sprache, da sie weltweit am verbreitetsten und speziell in Forschung und Wissenschaft mittlerweile unverzichtbar ist. Gerade bei den Wissenschaften gibt es daher bereits heute weitgehend integrierte Arbeitsmärkte. Die Mobilität innerhalb Europas ist hier bereits hoch, eben weil sich Englisch als Wissenschaftssprache allgemein durchgesetzt hat.

## E) Wachstum, Produktivität, Neue Ziele und Horizonte

*Amerikaner leben, um zu arbeiten, während Europäer arbeiten, um zu leben.*  
Sprichwort

Ein Lebensniveau wie es in Europa heute herrscht ist in der Menschheitsgeschichte beispiellos: Selbst wenig qualifizierte Menschen mit einfachen Jobs bekommen bei uns im Schnitt 40 Tage im Jahr frei (Urlaub plus Feiertage), und im Urlaub können sie es sich leisten, mehrere Wochen an jeden beliebigen Platz der Welt zu fliegen und dort „wie Gott in Frankreich“ zu leben. In Nord- und Mitteleuropa ist dieser Zustand bereits weitgehend erreicht, während auch Süd- und Osteuropa ihn in absehbarer Zeit erreichen werden. Besonders erfreulich ist, dass dieses hohe Wohlstandsniveau in Europa mittlerweile mit hohem Umweltbewusstsein vereint wurde: Viele Stoffe werden recycled und acht der zehn ökologisch besonders verantwortungsbewussten Länder liegen in Europa.<sup>172</sup> Dies wurde erreicht, ohne Konsum und Wohlstand zu gefährden: Fast jeder Europäer besitzt einen Farbfernseher, 60 Prozent haben ein Handy und praktisch jede Familie hat mindestens ein Auto.

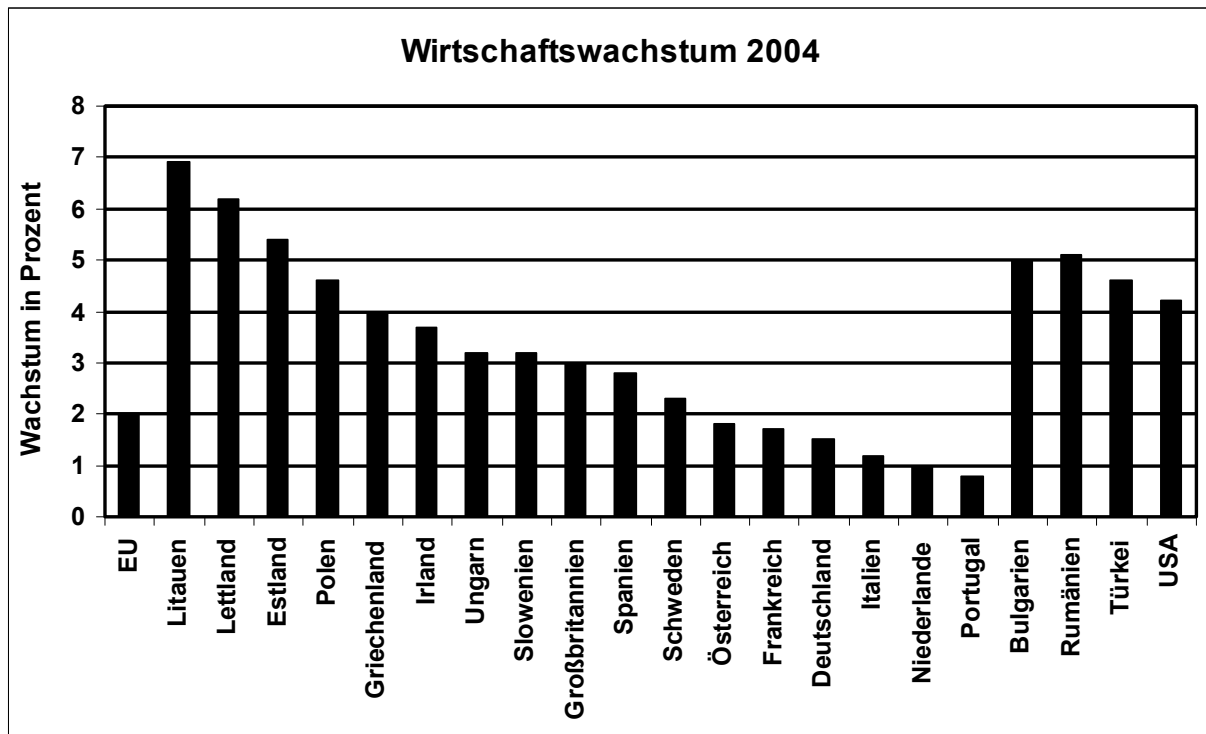
Leider ist es zu einem Paradigma geworden, dass die Wirtschaft ständig wachsen muss – Regierungen werden heute vor allem daran gemessen, ob sie ein stabiles Wachstum und Arbeitsplätze schaffen können. Doch wohin will Europa noch wachsen? Nicht die Natur, sondern die Konsummöglichkeiten schränken das Wachstumspotential in Europa allmählich ein. Bei einer stagnierenden oder gar schrumpfenden Bevölkerung, wie wir sie heute in Europa haben, hat irgendwann jeder so viele Autos, Fernseher, Computer, Nahrungsmittel, etc. wie er nur brauchen kann. Weitere Käufe sind nur Ersatzinvestitionen und auch, wenn die Computer und Autos dabei technisch immer ausgereifter werden, so ist das doch kaum als Wachstum zu bezeichnen. Damit will ich kein Weltuntergangsprophet sein – im Gegenteil, ich will herausstreichen, wie gut es uns geht – wir haben es geschafft einen nie gekannten Wohlstand aufzubauen, der mehr Menschen denn je ein materiell sorgenfreies Leben ermöglicht. Das ist ein Grund stolz zu sein – das einzige worauf wir dafür vielleicht verzichten müssen, ist nachhaltig hohe Wachstumsraten.

Von 1948 bis 1962 wuchs die US-Wirtschaft jährlich nur um 1,6 Prozent, während die westdeutsche Wirtschaft ihr „Wirtschaftswunder“ erlebte und um durchschnittlich 6,8 Prozent wuchs.<sup>173</sup> Der Grund für diesen Unterschied ist einfach: In Deutschland wurden die Zerstörungen nach dem Krieg beseitigt und die Bürger kauften sich erstmals Konsumgüter – Fernseher, Waschmaschinen und Autos. Die Amerikaner besaßen alle diese Güter bereits, so dass bei ihnen nur Ersatzinvestitionen nötig waren. Auch das außerordentliche Wachstum der

<sup>172</sup> Quelle: Pocket World in Figures, 2002.

<sup>173</sup> Quelle: Kennedy 1987, S. 641.

japanischen Wirtschaft in den Jahrzehnten nach dem Krieg war vor allem darauf zurückzuführen, dass die Menschen 1945 nichts mehr hatten. Heute ist Europa wieder reich, daher ist es nur natürlich, dass die Wachstumsraten sinken. Die zehn neuen Mitgliedsländer, die wirtschaftlich noch zurückliegen, werden in den nächsten Jahren wohl noch höhere Wachstumsraten aufweisen, bis auch sie zum Rest von Europa aufgeschlossen haben. Der Blick auf die Wachstumsraten in Europa 2004 zeigt denn auch, dass die neuen Mitgliedsländer am meisten zulegten.



**Abbildung 5: Wachstumsraten in Europa (ausgewählte Länder) und den USA 2004, Quelle: Eurostat**

In einer Hinsicht ist das niedrigere Wachstum aber tatsächlich beunruhigend: Europas Wirtschaft wächst seit rund zehn Jahren langsamer als jene der USA, und dies, obwohl die US-Amerikaner bereits eine höhere Produktivität und ein höheres Pro-Kopf-Einkommen haben, als die Europäer. Dies zeigt, dass Europa durch unkluge Politik, aber auch durch mangelnden Unternehmergeist vieler Bürger einiges an Wachstumspotential verschenkt. Nach einer rasanten Aufholjagd bei der Wirtschaftsleistung nach dem Zweiten Weltkrieg, fällt Europa nun wieder weiter hinter die USA zurück. Mehr wäre durchaus möglich, denn mit der Verwirklichung des Binnenmarkts und der erreichten Einheit des Kontinents haben wir nun praktisch ebenso gute Voraussetzungen wie die USA. Sich mit dem zweiten Platz im Bereich Wirtschaft zu begnügen, wäre ein fataler Fehler, denn Europa wird die Herausforderungen der Zukunft – speziell am

Arbeitsmarkt und bei der Finanzierung der Pensionen – nur dann meistern können, wenn es reich ist!

Regierungen sollten daher zukünftig daran gemessen werden, ob sie für Vollbeschäftigung, einen ausgeglichenen Haushalt und funktionierende Gesundheits- und Pensionssysteme sorgen können. Eine Gesellschaft ist erfolgreich, wenn sie das Sozialsystem erhalten kann und auch benachteiligte Gruppen in den Genuss eines gewissen Wohlstands kommen lässt. Solche Gruppen können Menschen im Staat sein, aber auch ganze Länder in den „Randzonen“ der EU und außerhalb.

Die Wirtschaftsentwicklung in Spanien, Irland und anderen Ländern, die in den letzten Jahrzehnten der EU beigetreten sind, hat gezeigt, dass es möglich ist, Ländern über Jahre ein überdurchschnittliches Wachstum zu ermöglichen. Beispielsweise lag das Pro-Kopf-Einkommen in Spanien bei seiner Aufnahme in die EU 1986 bei nur 40 Prozent des deutschen Niveaus – heute liegt es dank großzügiger Transferzahlungen und den damit ermöglichten Investitionen bereits bei 64 Prozent – in Kaufkraftparitäten erreicht Spanien bereits 90 Prozent des deutschen Niveaus. Irland, das bei seinem Beitritt 1973 eines der Armenhäuser Europas war, hat durch geschickte Steuerpolitik derart viele Auslandsinvestitionen ins Land geholt, dass das Pro-Kopf-Einkommen dort heute nach Luxemburg das zweithöchste der gesamten Union ist! Allein in den letzten 20 Jahren sank die irische Staatsverschuldung von 110 auf weniger als 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.<sup>174</sup>

Ähnliche Aufhol- und Überholprozesse sind auch für die gerade beigetretenen östlichen Länder, aber später auch für Nordafrika oder andere Regionen, die nicht in der EU sind, denkbar. Dies bietet neben den Kosten für die Transferzahlungen auch Chancen für die reicheren Regionen – selbst wenn Europa etwas langsamer wächst, so können doch europäische Unternehmen im Ausland wachsen und damit den Wohlstand im In- und Ausland erhöhen. Betrachtet man die Entwicklung des relativen Wohlstands der EU-Länder in den letzten zehn Jahren, so sieht man, dass speziell die ärmsten Gesellschaften stark aufgeholt haben. Da die EU-25 jeweils als Basis von 100 definiert ist, bedeutet ein leichtes Sinken, wie wir es bei den meisten reicheren Ländern sehen, nicht etwa ein Schrumpfen der Wirtschaft, sondern nur, dass andere noch schneller wachsen. Dänemark oder Frankreich etwa hatten durchaus eine gute Wirtschaftsentwicklung, nur wuchsen die Länder des Ostens dank des Aufholprozesses noch schneller.

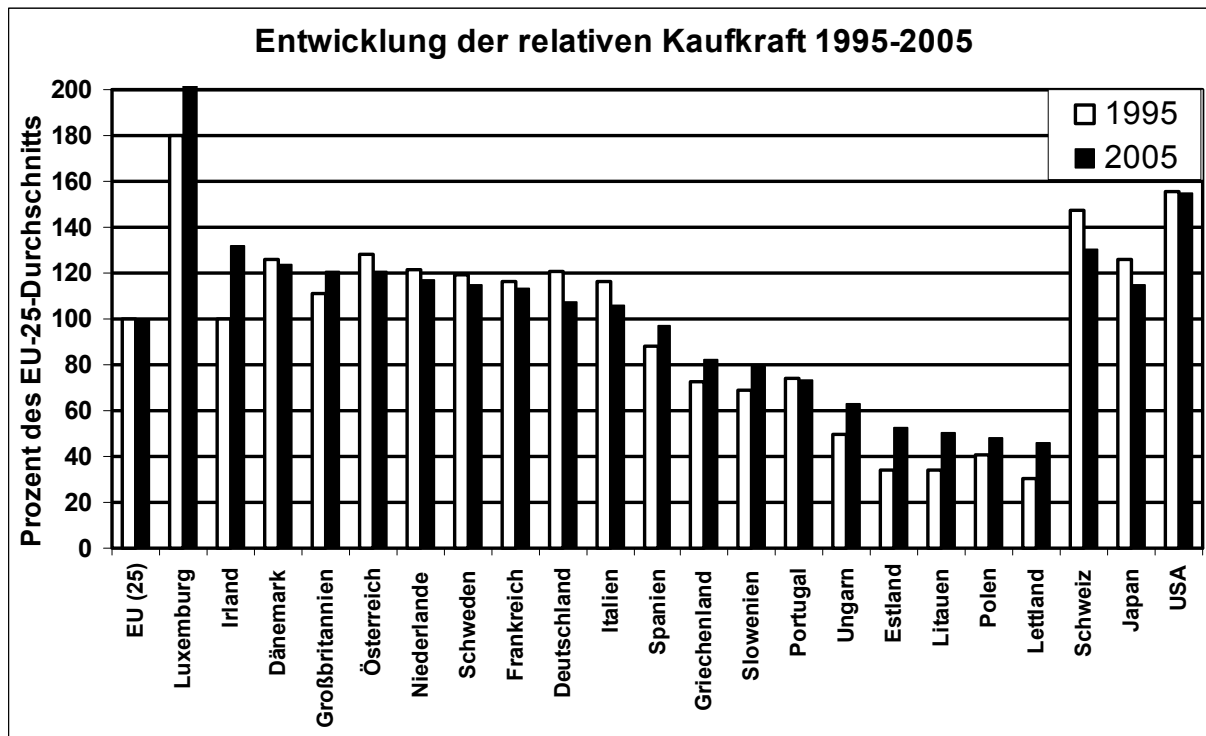
Wenn wir anderen Regionen helfen wollen, stellt sich die Frage, woher das Geld für Transferleistungen kommen soll. Durch den Abbau von Subventionen werden große Mittel frei – stellen wir einen Teil dieser Ressourcen doch unseren Nachbarn zur Verfügung – ihr Wachstum wird den ungewollten Migrationsdruck von uns nehmen und Stabilität und Frieden in der Region fördern.

---

<sup>174</sup> Quelle: The Economist, 16. Oktober 2004, Special Report „A Survey of Ireland“, S. 4.



Glücklicherweise können wir uns hier auch auf die Kräfte des Marktes verlassen, denn Kapital und Ressourcen fließen stets dort hin, wo sie die besten Wachstumschancen vorfinden. So wuchsen beispielsweise die Auslandsinvestitionen in Osteuropa von umgerechnet 2,7 Milliarden Euro 1990 über 31,8 Milliarden im Jahr 2000 auf beeindruckende 140,8 Milliarden im Jahr 2002.<sup>175</sup> Mehr als die Hälfte dieser Investitionen gingen dabei nach Tschechien und Polen. Mit diesem Geld werden dort moderne Fabriken und Infrastrukturen gebaut, die den Aufholprozess der osteuropäischen Länder vorantreiben werden.



**Abbildung 6: Entwicklung der relativen Kaufkraft zwischen 1995 und 2005, Quelle: Eurostat**

Selbstverständlich gibt es aber auch in Europa noch viele ungenutzte Chancen: Manche konnten wegen der enormen Kosten, andere wegen technischer Schwierigkeiten bisher nicht umgesetzt werden. Bündelt Europa aber seine Ressourcen, so sind auch große Sprünge möglich. Ein Beispiel ist Galileo, das neue europäische Satellitennavigationssystem, das ab 2008 exakter als das amerikanische GPS als weltweiter Wegweiser dienen wird. Die Kosten für die 30 dafür nötigen Satelliten übersteigen das Potential jedes einzelnen Mitgliedsstaates, doch die EU als Ganzes führt das Projekt durch. Mit Indien und China beteiligen sich mittlerweile zwei große außereuropäische Staaten an diesem System, das auch auf dem Gebiet der militärischen Aufklärung ein

<sup>175</sup> Quelle: FORMAT, Nr. 27/2004, 2. Juli 2004, S. 22.

Schritt zur Unabhängigkeit von den USA ist – Lügen, wie jene über den angeblichen irakischen Aufmarsch gegen Saudi-Arabien 1991, sind dann nicht mehr möglich.

Generell sollte Europa versuchen, in der Weltraumforschung zu den USA aufzuschließen oder sie zu überholen. Während mit den unbemannten Ariane-Raketen seit langem kommerzielle Erfolge gefeiert werden, hat Europa den Schritt zur bemannten Raumfahrt bisher gescheut. Nachdem 2004 selbst das weit ärmere China zu den USA und Russland aufgeschlossen hat, indem es erstmals einen ersten Menschen gesund in den Weltraum und wieder zurück gebracht hat, wäre es allerhöchste Zeit, dass auch Europa gleichzieht. Die Technologie und das Know-how dafür sind vorhanden, einzig der Wille fehlt. Europa ist es vom Kalten Krieg gewohnt, den USA die Führung zu überlassen, während es selbst folgt, doch der Kalte Krieg ist vorbei, und ebenso sollte es diese Einstellung sein!

Ja, Weltraumfahrt ist teuer, doch kann sie durch die enormen Forschungsanstrengungen so große „Nebenprodukte“ abwerfen, dass sich diese Kosten allemal rentieren. Ich denke hier neben neuen Werkstoffen und physikalischen Erkenntnissen vor allem an Fortschritte in der Wetterprognose und bei Kommunikationstechniken.

***Box IX: Der Mars als neue Herausforderung***

*Geld für Weltraumforschung? Die Erforschung des Mars? Das bringt doch nichts und haben wir auch nicht nötig! So denken leider viele – doch glücklicherweise taten es unsere Vorfahren nicht! Hätten die alten Griechen und Römer, hätten die Portugiesen und Spanien, und später die Engländer, Russen und Franzosen so gedacht, dann hätte Europa nie die Welt erkundet, dann wären Sibirien und Afrika noch immer weiße Flecken auf der Landkarte und Amerika und Australien nie entdeckt – oder, und das sollte man sich bewusst machen – von anderen entdeckt und kolonialisiert worden.*

*Die Geschichte wäre anders verlaufen und vielleicht hätten Chinesen oder Inder dereinst uns „entdeckt“ und „wohlwollend unter koloniale Verwaltung genommen“. Auch damals gab es Zweifler und Zauderer – Kolumbus versuchte jahrelang zuerst den portugiesischen und dann den spanischen Königshof für seine Pläne zu gewinnen, bevor er Erfolg hatte. Auch in anderen Ländern wurde immer wieder gefragt, was den die teuren Expeditionen bringen sollen – sobald die Entdecker dann aber Gold, Gewürze und neue Pflanzen und Tiere mitbrachten, war der Jubel groß. Später, als die Beutegier nachließ, waren es zuerst die Briten, später auch andere, die den Pazifik und andere Regionen auch aus wissenschaftlichem Interesse erforschten – so etwa Cook, Darwin und Humboldt.*

*Heute ist eine Expedition zum Mars eine schwierige und kostspielige Herausforderung, deren direkten Nutzen nicht klar ist. Doch alleine die gemeinsame Kraftanstrengung bei der Realisierung, die technischen Fortschritte bei Raketentechnik und Werkstoffen, die Hoffnung, dass Europa nach langer Zeit endlich wieder vom Entdeckergeist ergriffen wird, diese Aussichten wären mir Milliarden wert. Wenn wir es nicht tun und damit weiterhin auf Spitzenforschung verzichten, zwingen wir unsere klügsten Köpfe ja praktisch, in die USA auszuwandern, denn wenn es im 21. Jahrhundert um die Besiedelung des Mars geht, dann werden die Amerikaner und Chinesen dabei sein – und wir?*

#### F) Nachhaltigkeit bei der Umweltpolitik und in anderen Bereichen

*„Während in Amerika die Umwelt von nachgeordneter Bedeutung ist, ist Umweltpolitik einer der Eckpfeiler der Europäischen Union“*

Margot Wallström, EU-Umweltkommissarin

Nachhaltigkeit ist ein Konzept, das in den letzten Jahren zunehmend in Mode gekommen ist – meines Erachtens zu Recht: Nicht nur wir, sondern auch unsere Kinder sollen gut leben können. Dies erfordert, dass wir ihnen gesunde Finanzen und eine gesunde Umwelt hinterlassen. Nachhaltigkeit besagt genau das: Eine Generation soll nur so viele Ressourcen verbrauchen, wie zu ihren Lebzeiten wieder in den Kreislauf zurückgelangen. Verbraucht sie mehr, so soll sie zumindest neue Technologien bereitstellen, um die nachfolgende Generation nicht zu schädigen.

Wirtschaftet eine Gesellschaft nachhaltig und kostengerecht, so sichert sie damit auf Dauer ihren Wohlstand und hat wahrscheinlich kaum Ineffizienzen durch die Fehlallokation von Ressourcen zu tragen. Dies soll nicht heißen, dass Umweltschutz immer und um jeden Preis den Vorrang haben soll oder kann – es macht beispielsweise keinen Sinn, 100 Millionen Euro zur Beseitigung des letzten Staubkörnchens in der Luft auszugeben, wenn man mit demselben Geld durch eine andere Maßnahme viele Menschenleben retten könnte. Die vorhandenen Mittel und Ressourcen sollen möglichst effizient eingesetzt werden, um die Lebensqualität, den Wohlstand und die Lebensdauer zu maximieren.

Dazu ist es nötig, dass die Preise die tatsächlichen gesamtwirtschaftlichen Kosten eines Produkts widerspiegeln. Gerade im Verkehr ist dies aber heute oft nicht gegeben: Da Verbrennungsmotoren mehr ökologischen Schaden anrichten als durch die Preise abgedeckt wird, werden sie zuviel genutzt. Dies gilt sowohl auf regionaler, nationaler, als auch globaler Ebene. Die Steuern auf Öl und andere nicht nachhaltige Energieformen sollten daher graduell angehoben

werden, bis die Preise die wahren Kosten der Verschmutzung widerspiegeln. Dies soll aber keine Einnahmenbeschaffung für den Staat sein, wie es heute vielfach geschieht, sondern parallel dazu sollten alle anderen Steuern gesenkt werden, so dass der Bürger keine Zusatzbelastung zu tragen hat. Damit wäre die Unterstützung der Bevölkerung für eine derartige Maßnahme wohl gegeben. Durch diese Art der Besteuerung hätten alternative Energieformen automatisch bessere – und sich stetig verbessernde – Wettbewerbschancen, auch wenn man sie nicht aufwändig fördert. Auf neue Technologien umzusteigen wird dabei weder besonders leicht noch billig, doch so wie der Übergang vom Pferd zum Auto gelang, weil die Vorteile so stark überwogen, so wird auch dieser Wandel gelingen. Früher oder später braucht Europa einen derartigen Wandel ohnehin – nicht nur um Klimaschutzabkommen wie Kyoto zu erfüllen, sondern auch weil die Schadstoffbelastung sonst zu groß wird. Wir sollten die Probleme, die der hohe Energieverbrauch, der heute überwiegend aus Erdöl gedeckt wird, keineswegs auf die leichte Schulter nehmen. Ich stimme dem wissenschaftlichen Chefberater von Tony Blair, Sir David King, zu, wenn er im Jänner 2004 warnt *„Klimaerwärmung ist ein weitaus ernsteres Problem für uns als Terrorismus ... Der Klimawandel ist die größte Bedrohung, der sich die Welt gegenüber-sieht.“*<sup>176</sup> Bush und die USA ignorieren das – sie verweigern die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls (obwohl die Regierung Clinton es mitverhandelt hat) und ergreifen auch keine Maßnahmen zur Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen. So beträgt der jährliche CO<sub>2</sub>-Verbrauch pro Kopf in den USA 21 Tonnen, in Europa vergleichsweise geringe 8,4 Tonnen.<sup>177</sup> Darüber hinaus haben sich die EU-Staaten verpflichtet, bis 2010 22 Prozent der Elektrizität aus erneuerbaren Energiequellen zu gewinnen.<sup>178</sup>

Zwar lässt sich die Erderwärmung wohl nicht mehr umkehren, doch unsere heutige Politik entscheidet darüber, wann sie gestoppt wird und wie viele Katastrophen die Menschen bis dahin erdulden müssen. Was kümmert das die US-Industrie und US-Politiker? Offensichtlich nichts. Sollte es aber – sie und uns. Zwar sind jene, die am meisten getroffen werden, wohl nicht wir, sondern die Menschen in Bangladesh und anderen überschwemmungs- und sturmgefährdeten Gebieten der ärmeren Länder, doch treffen auch uns mehr Wetterkapriolen. Vor allem aber wird der Migrationsdruck aus armen Regionen Afrikas und Asiens, die mit den Katastrophen nicht fertig werden, steigen, wenn etwa jedes Jahr halb Bangladesch überflutet wird und wie 2004 allein in diesem Land 50 Millionen Menschen obdachlos werden.

Die EU ist wahrscheinlich der Wirtschaftsraum, in dem die Bevölkerung heute das größte Umweltbewusstsein hat. Das drückt sich unter anderem darin aus,

---

<sup>176</sup> Quelle: ORF Online am 9. Jänner 2004 aus „Science“, [www.orf.at/ticker/134879.html?tmp=2309](http://www.orf.at/ticker/134879.html?tmp=2309).

<sup>177</sup> Quelle: International Energy Agency: CO<sub>2</sub> Emissions from Fuel Combustion, 2002.

<sup>178</sup> Quelle: Rifkin 2004, S. 364.

dass grüne Parteien in praktisch allen nationalen Parlamenten und im EU-Parlament vertreten sind, dass Bürger wie Politiker sich öffentlich zum Schutz unserer Natur bekennen und dass der Schutz der Umwelt auch ein wichtiger Punkt in der EU-Verfassung ist. Fast 70 Prozent der Europäer halten Umweltschutz für ein dringendes Problem – im Vergleich dazu teilen nur 25 Prozent der US-Amerikaner diese Auffassung.<sup>179</sup> Wer, wenn nicht wir, sollte beim globalen Umweltschutz die Führung übernehmen? Dabei widerspricht Umweltschutz übrigens durchaus nicht gesundem Wirtschaftswachstum oder dem Gewinnstreben, denn wegweisende Technologien in diesem Bereich, die in den nächsten Jahren in Europa entwickelt werden, könnten die Exportschlager dieses Jahrhunderts werden.

Wie der Streit um gentechnisch veränderte Lebensmittel mit der EU zeigt, sind die USA derzeit nicht bereit, auch die Interessen anderer zu berücksichtigen. Bush drohte im Juni 2003 der EU mit allerlei Konsequenzen, wenn sie nicht den ungehinderten Import gentechnisch veränderter Lebensmittel zulassen würde. Nun bin ich nicht mal ein dezidiertes Gegner dieser Lebensmittel, aber der Ton macht die Musik. Bush drohte von Anfang an, war nicht bereit auf europäische Sorgen einzugehen – und das alles wegen rund 300 Millionen €, die amerikanischen Bauern scheinbar entgingen – eine hohe Summe? Verglichen mit über 300 Milliarden € US-Rüstungsbudget winzig – ein Tausendstel! Der wesentliche Punkt ist hier, dass die Amerikaner nicht verstehen können oder wollen, dass wir Europäer eben sensibler und vorsichtiger beim Umgang mit neuen Technologien sind – und dies auch weiterhin sein wollen und werden! Wir Europäer sind heute bereit, auch auf ein wenig materiellen Reichtum zu verzichten, wenn wir dafür die Lebensqualität und die Qualität unserer Umwelt verbessern können.

Nachhaltigkeit sollte aber nicht nur in der Umweltpolitik, sondern auch in den öffentlichen Haushalten das Ziel sein. Jeder private Haushalt muss es schaffen, seine Ausgaben mit dem Einkommen in Einklang zu bringen, damit er nicht irgendwann von seinen Schulden erdrückt wird. Das gleiche sollte eigentlich ganz selbstverständlich auch für Staaten gelten. Fast alle Staaten der EU haben derzeit ein beträchtliches Budgetdefizit sowie Staatsschulden von oft über 60 Prozent des BIP.

Zwar stellen solche Werte kurzfristig keine Existenzbedrohung dar, doch mittelfristig belasten sie den Bürger enorm. Durch Defizite werden nur immer neue Schulden gemacht, für die in der Folge Zinsen zu zahlen sind. Im Schnitt machen allein die Zinsen rund 10 Prozent der Staatsausgaben der EU-Länder aus – Geld, das man sonst für sinnvollere Aufgaben oder für Steuersenkungen verwenden könnte. Europa steht mit diesem Problem natürlich nicht alleine da – auch Japan und die USA haben Budgetdefizite und hohe Staatsschulden – speziell die Position der USA hat sich dabei in den letzten Jahren massiv

---

<sup>179</sup> Quelle: Rifkin 2004, S. 407.

verschlechtert, so dass es 2004 bereits ein Budgetdefizit von 5,5 Prozent seines BIP aufwies.<sup>180</sup> Gelingt es, die öffentlichen Haushalte in Ordnung zu bringen, so werden dadurch heutige und zukünftige Steuerzahler entlastet, so dass die knappen Mittel für die sinnvollsten Zwecke verwendet werden können, anstatt für Zinszahlungen ausgegeben zu werden.

#### H) Umverteilung, Pensionen und Sozialstaat

*Am Sterbebett hat sich noch niemand beklagt, dass er zu wenig im Büro war.*  
Sprichwort

Gesellschaften unterscheiden sich u.a. in ihren Wertungen für Freizeit im Vergleich zu Arbeit bzw. materiellem Wohlstand. Im direkten Vergleich mit den USA zeigt sich, dass der Freizeit in Europa ein höherer Stellenwert eingeräumt wird, was sich in erster Linie in kürzeren Arbeitszeiten und mehr freien Tagen niederschlägt. Während ein US-Bürger im Jahr durchschnittlich 1.800 Stunden arbeitet, verbringt der durchschnittliche Deutsche nur 1.450 Stunden im Büro oder in der Fabrik. Für ganz Europa ergibt sich ein Durchschnittswert von rund 1.550 Stunden jährlich. Das bedeutet, dass jeder Europäer pro Arbeitstag rund eine Stunde früher nach Hause geht als ein US-Amerikaner.<sup>181</sup> Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den freien Tagen: Während ein US-Amerikaner durchschnittlich 24 Tage im Jahr frei hat (gesetzliche Feiertage und Urlaub), sind es in Europa zwischen 34 (Belgien) und 49,5 (Finnland) – im Schnitt hat ein Europäer rund 40 Tage frei – fast doppelt so viele wie ein US-Amerikaner.<sup>182</sup> Da die Produktivität auf beiden Seiten des Atlantiks ungefähr gleich hoch ist, haben die Europäer aufgrund der kürzeren Arbeitszeiten einen etwas geringeren materiellen Wohlstand – dafür aber die Zeit, den vorhandenen Wohlstand auszukosten. Die europäischen Gesellschaften haben diese Wahl getroffen und leben meines Erachtens gut damit, denn der geringfügige Konsumverzicht durch niedrigere Produktion wird durch den Wert der zusätzlichen Freizeit mehr als wettgemacht. Ebenso drastische Unterschiede auf den beiden Seiten des Atlantiks zeigen sich bei der Gewichtung von Gleichheit und sozialer Sicherheit: Europa hat heute ein weltweit einmaliges soziales Sicherungsnetz. Dieses ist das Ergebnis eines Jahrhunderts der Steigerung staatlicher Versorgung und Rückversicherung. Nach jeder größeren Katastrophe (ob nun Natur-, Wirtschafts- oder politische Krise) wurden zusätzliche Aufgaben auf den Staat übertragen. Über Alternativen zur Staatsfinanzierung wurde kaum nachgedacht, so dass die zur Bezahlung der Kosten notwendigen Steuern und Abgaben ständig erhöht wurden. Dieses

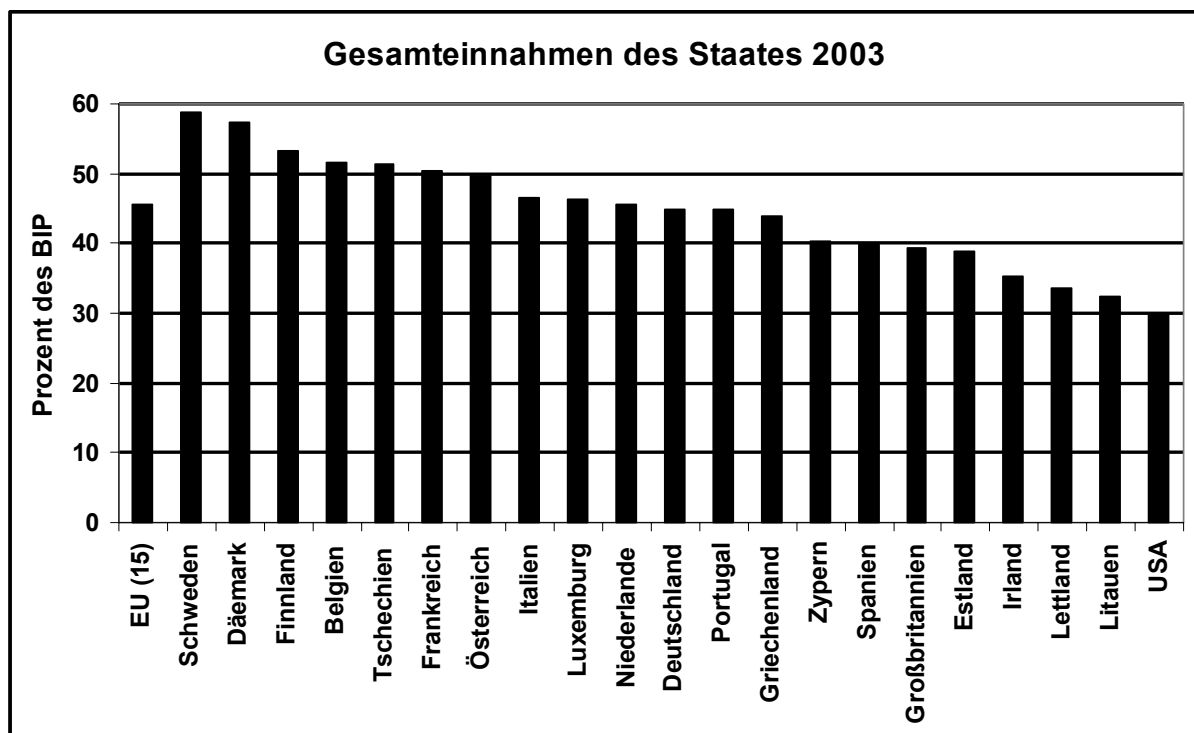
<sup>180</sup> Quelle: Kluge/Faßbender 2003, S. 165.

<sup>181</sup> Quelle: The Economist, 25. September 2004, S. 10.

<sup>182</sup> Quelle: FORMAT, Nr. 27/2004, 2. Juli 2004, S. 22.

System stößt nun aber an seine Grenzen, denn die Sozialbeiträge sind kaum noch steigerbar und die demographische Entwicklung wird in naher Zukunft zu einer Verschärfung der ohnehin angespannten Finanzsituation führen. Kluge und Faßbender drücken sehr klar aus, was unserem Kontinent bevorsteht: *„Europa wird arm und alt, wenn sich nichts ändert. Die demographischen Verschiebungen, die in den nächsten 30 Jahren auf die Staaten der EU zukommen, werden der Bezeichnung ‚Alter Kontinent‘ eine neue Bedeutung verleihen.“*<sup>183</sup>

Oft wird in den Medien vom „Problem der Überalterung“ gesprochen und tatsächlich stellt diese unser Sozialsystem vor schwierige Ausgaben. Wir sollten aber nicht übersehen, dass es vor allem ein Erfolg unseres Gesundheitssystems und der ganzen Gesellschaft ist, dass immer mehr Menschen ein hohes Alter erreichen können. Das ist erfreulich, denn es bedeutet, dass unsere Großeltern, Eltern und letztlich wir länger und besser leben. Wir müssen aber darauf achten, dass diese demographische Veränderung – gepaart mit der sinkenden Geburtenrate – nicht dazu führt, dass das ganze System zusammenbricht. Schon heute ist der Grad an Umverteilung in Europa beispiellos hoch. Einer weiteren Steigerung von Steuern und Abgaben zu deren Finanzierung sind daher Grenzen gesetzt.



**Abbildung 7: Staatsquoten in der EU und den USA 2003, Quelle: Eurostat**

Insbesondere im Vergleich zum größten wirtschaftlichen Konkurrenten ist der Aufwand für soziale Absicherung und Umverteilung in der EU enorm: Während

<sup>183</sup> Quelle: Kluge/Fassbender 2003, S. 95.

bei uns mehr als ein Viertel der gesamten Wirtschaftsleistung über den Staat umverteilt wird, beträgt diese Zahl in den USA nur 11 Prozent! Die gesamte Staatsquote ist in der EU mit über 45 Prozent rund eineinhalb Mal so hoch wie in den USA mit 30 Prozent.<sup>184</sup>

Die US-Amerikaner zahlen derzeit weniger Steuern als EU-Bürger, sie erhalten aber auch weniger Leistungen.<sup>185</sup> Die EU-Länder haben sich für vergleichsweise mehr staatliche Intervention und Umverteilung entschieden, und das ist auch legitim. Wir sollten aber darauf achten, dass die ungeheuren Mittel, die der Staat zu verwalten hat (fast die Hälfte der gesamten Wirtschaftsleistung!) auch effizient verwendet werden, denn jede Vergeudung in diesem Bereich trifft letztlich wieder uns.

Den Erfolg, bzw. die Gerechtigkeit einer Gesellschaft kann man durchaus danach beurteilen, welcher Prozentsatz der Bevölkerung neben religiösen und anderen Freiheiten auch ein materiell sorgenfreies Leben führen kann. Selbst in sehr armen Gesellschaften, wie Indonesien oder Brasilien, gibt es sehr viele Menschen, die auch nach westlichen Maßstäben reich sind, die ihre Kinder an den besten westlichen Universitäten studieren lassen und die ganze Welt bereisen. Doch sind es in den ärmeren Ländern maximal ein Prozent der Bevölkerung, die sich derartiges leisten können, während der Großteil der Einwohner kaum genug zum Überleben hat. In Europa haben wir durch das seit dem späten 19. Jahrhundert allmählich aufgebaute Sozial- und Umverteilungssystem einen guten Grad an sozialer Gerechtigkeit erreicht, der sich auch darin äußert, dass es den meisten Menschen – bei allem Klagen, das wohl in der menschlichen Natur liegt – sehr gut geht. Viele andere Gesellschaften (etwa Nordkorea oder Bangladesch) sind zu arm, in anderen (etwa Brasilien, aber auch den USA) ist der Reichtum zu ungleich verteilt, als dass die meisten Menschen sorgenfrei leben könnten. Während die EU-Staaten hier sehr gut abschneiden, nehmen die USA unter den entwickelten Nationen den drittletzten Platz ein – nur Russland und Mexiko liegen schlechter.<sup>186</sup> So verdient beispielsweise in der EU nur knapp jeder Zehnte weniger als die Hälfte des Medianeinkommens – in den USA liegt mehr als jeder Sechste unter dieser relativen Armutsschwelle. Von dauerhafter Armut ist in Europa nur einer von hundert Bürgern betroffen, in den USA sind es fünf Mal so viele.<sup>187</sup> Der amerikanische Politikwissenschaftler Jeremy Rifkin drückt die resultierenden Unterschiede in der Lebensqualität sehr schön aus, wenn er formuliert *„Wir Amerikaner haben immer gesagt, für den Amerikanischen Traum lohne es sich zu sterben. Für den neuen Europäischen*

---

<sup>184</sup> Quelle: OECD Social Expenditure, OECD Economic Outlook.

<sup>185</sup> Quelle: Rifkin 2004, S. 93f.

<sup>186</sup> Quelle: Rifkin 2004, S. 49.

<sup>187</sup> Quelle: Kluge/Fassbender 2003, S. 70.



*Traum lohnt es sich zu leben.*<sup>188</sup> Er resümiert weiter „*Amerika, so scheint es, ist das Land der unbegrenzten Möglichkeiten für ein kleines Segment Besser-verdienender und das Land des Scheiterns für viele andere.*“<sup>189</sup>

Der Preis, den die Europäer für diese relative Gleichheit bezahlen, ist hoch – sehr hohe Steuern und Sozialabgaben sowie teils beträchtliche Budgetdefizite belasten viele Bürger und Staaten der EU. In der EU werden 26 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung für soziale Umschichtungen ausgegeben, in den USA nur 11 Prozent.<sup>190</sup> Doch was wir dafür erhalten, ist meines Erachtens dieses Opfer wert: Sozialer Frieden und das Privileg, in einer Gesellschaft zu leben, in der es fast allen Menschen gut geht. Auch ich bin nicht glücklich unsere hohen Abgaben und Steuern zahlen zu müssen, doch wenn ich sehe, welche Probleme wir uns dadurch ersparen, so halte ich unser System für erhaltenswert. So beträgt die Mordrate in den USA das Vierfache jener in Europa und die Quote der Gefängnisinsassen als Anteil der Bevölkerung ist acht Mal so hoch.<sup>191</sup>

Wie oben ausgeführt, zeichnet sich Europa heute gegenüber den USA durch höhere Leistungen und mehr Freizeit, aber auch durch höhere steuerliche Belastungen aus. Ein anonymes Autor im britischen Magazin „The Economist“, der das europäische System mit dem amerikanischen System vergleicht, formuliert aber ein markantes Problem Europas sehr nett in Analogie zu einem Schönheitswettbewerb:

*„But his beauty contest between the American and European models is ultimately beside the point. Miss Europe and Miss America may each have their admirers, but Miss Europe is at a huge disadvantage because she is growing old far more rapidly. Because Europe’s society is ageing, the EU’s real economic problems are yet to come. ... The trouble with this model is not that it is illegitimate, but that it is unsustainable.“*<sup>192</sup>

Das derzeitige Leistungsniveau ist auf Dauer einfach nicht leistbar: Derzeit gibt es in der EU 35 Einwohner über 65 für 100 darunter. Bis 2050 wird diese Zahl auf 75 gestiegen sein – und dementsprechend die Lasten für unser Pensions-system.<sup>193</sup> Bereits heute werden in Italien und Österreich rund 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Abdeckung der Defizite der staatlichen Pensions-

<sup>188</sup> Quelle: Rifkin 2004, S. 410.

<sup>189</sup> Quelle: Rifkin 2004, S. 50.

<sup>190</sup> Quelle: Rifkin 2004, S. 54.

<sup>191</sup> Quelle: Rifkin 2004, S. 95f.

<sup>192</sup> Quelle: The Economist, 25. September 2004, S. 10.

<sup>193</sup> Quelle: The Economist, 25. September 2004, S. 10.

systeme ausgegeben, und in fast allen EU-Ländern liegt diese Quote bei über 10 Prozent. Bis 2050 wird die Belastung auf erschreckende 28 Prozent des BIP anwachsen, wenn es zu keinen einschneidenden Reformen kommt.<sup>194</sup> Schon heute werden für die Pensions- und Sozialsysteme in der EU zwischen 50 und 60 Prozent der Staatsausgaben aufgewendet.<sup>195</sup>

Bei der zunehmenden Alterung der Bevölkerung sind die sich abzeichnenden Kosten bald nicht mehr zu tragen. Während derzeit noch vier Personen im erwerbsfähigen Alter (15-64) auf einen Europäer im Pensionsalter (ab 65) kommen, werden es im Jahr 2050 nur noch zwei sein. Die tatsächlichen Relationen sind durch lange Ausbildungszeiten, Arbeitslosigkeit und Frühpension noch ungünstiger. So arbeiten beispielsweise in Belgien und Italien nur 30 Prozent der 55-64-jährigen, im EU-Schnitt sind es nur 40 Prozent.<sup>196</sup>

Das großzügige Pensionssystem, das nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut wurde, basiert auf einem Umlagesystem und funktioniert nur dann gut, wenn viele Beitragszahler für wenige Empfänger aufkommen. Aufgrund der seit dem Krieg drastisch gestiegenen Lebenserwartung und der sinkenden Geburtenraten herrscht jedoch mittlerweile ein Ungleichgewicht, das sich in Zukunft noch drastisch verschärfen wird. So steigt der Anteil der über 65-jährigen von derzeit rund 16 Prozent der Bevölkerung bis 2050 auf rund 29 Prozent.

Dies ist auch durch die sehr niedrigen Geburtsraten in Europa bedingt: Bekam jede Frau um 1960 noch durchschnittlich 2,60 Kinder, so liegt die Zahl heute nur noch bei 1,54.<sup>197</sup> Damit die Bevölkerung nicht schrumpfen würde, wären 2,10 Kinder pro Frau notwendig. Um eine Trendumkehr herbeizuführen, wären aber deutliche Verbesserungen beim Angebot an Kinderbetreuungsplätzen und generell eine familienfreundlichere Politik nötig.

Eingeführt wurde das derzeitige Pensionssystem als die Europäer durchschnittlich mit 17 zu arbeiten begannen und mit 65 in Pension gingen. Da die Lebenserwartung nur 67 Jahre betrug, konnte die arbeitende Bevölkerung die nötigen Zahlungen relativ leicht aufbringen. Heute dauert die Ausbildung aber länger, so dass die Menschen erst mit durchschnittlich 23 Jahren zu arbeiten beginnen, dafür gehen sie im Schnitt schon mit 60 in Pension, haben aber eine Lebenserwartung von rund 77 Jahren – die nun nötigen Zahlungen stellen für die Arbeitsbevölkerung eine sehr große Belastung dar. Bei der absehbaren Bevölkerungsentwicklung wird sich das Ungleichgewicht noch verstärken. Hatten früher 15 Beitragszahler einen Rentner zu versorgen, so werden bald je zwei einen Rentner erhalten müssen. Die Lage wird zusätzlich verschärft, weil durch

---

<sup>194</sup> Quelle: European Banking Federation 2004, S. 4.

<sup>195</sup> Quelle: Kluge/Fassbender 2003, S. 25.

<sup>196</sup> Quelle: European Banking Federation 2004, S. 14.

<sup>197</sup> Quelle: Eurostat.

die in vielen Ländern hohe Arbeitslosigkeit die Zahl der Beitragszahler sinkt, während gleichzeitig Frühpensionierungen zu noch höheren Pensionsbelastungen führen. Dasselbe Umlagesystem, das in den Nachkriegsjahren sehr gut funktionierte, ist auf dieser Grundlage nicht finanzierbar.

Eine Möglichkeit zur Entschärfung des Problems ist Zuwanderung – junge Zuwanderer sind produktiv und für viele Jahre Nettozahler in alle Sozialsysteme. Das mag sich nach Ausnutzung anhören, ist es aber nicht, denn die Leute kommen gerne und freiwillig, weil sie sich hier ein besseres Leben als in ihrer Heimat erhoffen – nehmen wir sie doch mit offenen Armen auf!

Trotz Einwanderung sind Einschnitte aber unumgänglich, denn zur Sicherung der Pensionen auf dem heutigen Niveau wären wohl zigmillionen junger und produktiver Einwanderer nötig. Nach wie vor fehlt aber vielfach noch der Mut, die nötigen Einschnitte durchzuführen. Dies ist umso erstaunlicher, als das Volk sich der Notwendigkeit durchaus bewusst ist. Jeder versteht, dass es keine einfache und für alle angenehme Lösung geben kann – entweder wir zahlen höhere Beiträge, nehmen höhere Schulden in Kauf, arbeiten länger oder erhalten wesentlich geringere Pensionen. Deshalb steigt in fast allen Ländern die private Pensionsvorsorge massiv an, doch die Regierungen schrecken mit Rücksicht auf zukünftige Wahlen vor drastischen Schritten zurück. Dies ist bedauerlich, denn ich bin überzeugt, dass die Bürger sogar erleichtert aufatmen würden, wenn endlich die dringend nötigen Reformen durchgeführt werden.

Die meisten europäischen Länder leiden heute unter einem Reformstau durch Überregulierung und die Einflussnahmen von Interessengruppen. Auch der notwendige konsequente Reformwille der politischen Entscheidungsträger ist oft nicht gegeben, da Reformen viel Weitblick erfordern und ihr Nutzen oft erst ersichtlich wird, wenn die betreffenden Politiker schon lange nicht mehr im Amt sind. Politiker bevorzugen daher oft oberflächliche Maßnahmen, anstatt die Probleme gründlich zu lösen. Dieses Dilemma sehe ich als eine potentiell tödliche Bedrohung für den Wohlstand Europas!

In Zeiten schrumpfender Bevölkerung, muss das System aber in gewissen Grenzen modifiziert werden, bzw. es muss erlaubt sein, laut über Reformen nachzudenken. Insbesondere sollten Maßnahmen nicht länger nach ihrem vordergründigen Namen beurteilt werden, sondern nach den tatsächlichen Folgen, die sich nach sich ziehen. Beispielsweise sind viele in Europa sehr stolz auf den Grad an Arbeitsplatzsicherheit, den es hier gibt. Die rigiden Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten gehen aber zu Lasten der Arbeitslosen, denn bei einem derart starken Kündigungsschutz überlegt ein Arbeitgeber in Europa zwei Mal, bevor er einen neuen Arbeiter einstellt. In den USA, wo die Arbeitnehmerrechte vordergründig viel schwächer sind, ist ein Unternehmen viel eher bereit, neue Arbeiter aufzunehmen, denn er kann ihn ja leicht wieder kündigen, wenn sich das Geschäft schlecht entwickelt. Was Europa durch seinen starken

Arbeiterschutz letztendlich erreicht ist eine wesentlich höhere Arbeitslosenrate als in den USA. Hier muss man kritisch die Frage stellen, ob derartige Gesetze tatsächlich die Lage der Arbeiter insgesamt verbessern – ich glaube nicht. Sie schützen jene, die Arbeit haben zwar vor Kündigung, nehmen den Arbeitslosen aber fast jede Chance auf eine Einstellung. Zusätzlich bezahlen die Arbeitenden ihre Sicherheit mit sehr hohen Abgaben, um die hohe Zahl an Arbeitslosen zu erhalten. Durch das europäische System des starken Kündigungsschutzes verursachen wir letztendlich ein viel größeres soziales Unrecht, nämlich Langzeitarbeitslosigkeit. Die amerikanische Lösung mag höhere Schwankungen und vielleicht sogar häufigere Kündigungen mit sich bringen, ob sie in ihrer Gesamtheit unsozialer ist als das europäische System, das wage ich nicht zu beurteilen.

Ein zweiter Bereich, wo Absicht und Wirkung weit auseinanderklaffen ist die Arbeitslosenversicherung: Sowohl in den USA als auch in Europa gibt es eine derartige Absicherung, wobei in der EU generell mehr und länger Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird. Die soziale Absicherung, die damit beabsichtigt wird, ist sehr zu begrüßen, die letztliche ökonomische Folge ist aber wiederum eine höhere Arbeitslosigkeit. Der Grund sind die Anreize, die geboten werden: In den USA erhält ein Arbeitsloser für wenige Monate eine Unterstützung von durchschnittlich 59 Prozent seines vorherigen Einkommens, doch dieses Leistungsniveau sinkt nach wenigen Monaten auf nur noch 10 bis 18 Prozent ab. Daher haben die Menschen einen starken Anreiz, bei Arbeitslosigkeit schnell wieder eine Arbeit zu finden, bzw. auch eine Stelle anzunehmen, die fachlich oder räumlich eine Veränderung erfordert.

In Europa liegt die anfängliche Arbeitslosenunterstützung bei durchschnittlich 71 Prozent, sie bleibt zudem wesentlich länger auf einem hohen Niveau – das Extrembeispiel ist Finnland, wo die Menschen noch nach jahrelanger Arbeitslosigkeit zwischen 79 und 100 Prozent ihres letzten Einkommens erhalten!<sup>198</sup>

Unter diesen Umständen sind Arbeitslose natürlich wesentlich weniger daran interessiert, schnell eine neue Anstellung zu finden, weil sie ohnehin gut versorgt sind. Auch sind die Arbeiter weniger flexibel bezüglich Umschulungen oder Umzug, da sie lieber auf eine „passende“ Stelle warten. Dies zeigt sich z.B. daran, dass Finnland EU-weit die zweithöchste Arbeitslosenquote aufweist. Die europäische Gesellschaft lastet sich damit im Vergleich zu den USA höhere Unterstützungszahlungen und höhere Arbeitslosenzahlen auf – eine anreizkompatiblere Gestaltung der Unterstützungssysteme könnte hier viel Geld sparen.

Ein weiteres Beispiel: Wie beurteilen Sie folgende Wahlkampfansage? „Wir von der XY-Partei werden den gesetzlichen Mindestlohn von 6 auf 9 Euro erhöhen!“ Wieder hört sich dies vordergründig nach einer sozialen Maßnahme an, die die Lage gerade der am schlechtesten Bezahlten verbessern sollte. Aber wird das wirklich geschehen? Wohl kaum! Ein Arbeitgeber kann einen Arbeiter nur dann

---

<sup>198</sup> Quelle: Kluge/Fassbender 2003, S. 132.

beschäftigen, wenn dieser zumindest den Gegenwert seines Lohnes erwirtschaftet. Das heisst durch die Anhebung des Mindestlohnes werden nun nur noch jene Menschen eine Arbeit finden, die produktiv genug sind, zumindest 9 Euro pro Stunde zu erwirtschaften. Jene, die 6, 7, oder 8 Euro erwirtschaften und bisher einen Job hatten, werden aber gekündigt, da sie dem Unternehmer nur Verluste bringen und er letztlich zusperrern müsste. Gerade den wenig qualifizierten Menschen bringt die Anhebung des Mindestlohnes daher nicht mehr Geld, sondern Arbeitslosigkeit oder den Weg in die illegale Beschäftigung. Die vordergründig soziale Maßnahme ist damit im Endeffekt unsozial!

### I) Bildung und Forschung als Schlüssel zur Zukunft

Damit Europa die Herausforderungen dieses Jahrtausends bewältigen kann, muss es durch eine kluge Wirtschaftspolitik seinen Wohlstand sichern. Dies kann aber nur gelingen, wenn wir unsere Position als innovativer Kontinent erneuern und ausbauen. Angesichts einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung ist das keine leichte Aufgabe. Das Fundament unserer Wirtschaft muss eine solide Bildung und Spitzenforschung sein, sonst werden wir hinter andere Regionen zurückfallen.<sup>199</sup> Nur durch reibungslosen und schnellen Wissenstransfer in Europa – sowohl zwischen Forschungseinrichtungen als auch zwischen Forschung und Industrie – können wir mit den anderen Weltregionen mithalten bzw. diese abhängen.

Immer wieder haben sich Zivilisationen der trügerischen Sicherheit hingegeben, dass sie ohnehin weiter entwickelt seien als andere und dass es lohnendere Investitionen gäbe als Bildung und Forschung. Drastische Beispiele sind die Chinesen und Japaner, die je von einem relativ hohen Niveau, wenn nicht technologischem Vorsprung um 1450 bis 1800, weit hinter Europa zurückgefallen waren, weil sie selbstzufrieden waren und sich neuen Ideen verschlossen.

Heute ist es Europa, das sich nur allzu oft auf seiner großen Vergangenheit ausruht. Unbestritten erblickten auf unserem Kontinent die meisten der modernen Wissenschaften das Licht der Welt und noch vor hundert Jahren waren von den zehn bedeutendsten Universitäten zumindest neun in Europa. Auch fast alle Nobelpreisträger wirkten in Europa – so kamen rund 90 Prozent der Nobelpreisträger bis 1920 aus Europa. Unser Kontinent hat in der Wissenschaft eine weltweit einmalige Vergangenheit und viele unserer Universitäten rühmen sich zu Recht, schon vor Jahrhunderten in der Wissenschaft weltweit führend gewesen zu sein. Doch sind sie es heute noch? Fast immer ist die Antwort Nein!

---

<sup>199</sup> Eine Studie der European Banking Federation (2004, S. 1) geht daher auch davon aus, dass Europas Anteil am Weltsozialprodukt sich in den nächsten 50 Jahren fast halbieren wird.

Mit der Katastrophe des Faschismus und der Selbstzerstörung Europas im Zweiten Weltkrieg beendete der Kontinent seine Vormachtstellung in den Wissenschaften selbst. Seit 1945 geben vor allem die USA den Ton an, was sich neben der offensichtlichen Führerschaft in vielen Hightech Industrien z.B. auch daran äußert dass seit 1980 mehr als doppelt so viele Nobelpreisträger aus den USA kamen, wie aus Europa.<sup>200</sup> Natürlich stehen wir im weltweiten Vergleich noch immer ganz gut da, hinter den USA liegen wir stabil auf Platz 2. Aber wollen wir uns wirklich damit zufrieden geben, eine bessere Forschung zu haben als Ecuador oder Kasachstan? In Europa steckt mehr – wir waren in der Forschung Jahrhunderte lang Weltspitze und wir können es wieder sein!

Dazu müssen wir intelligenter als bisher die ungeheuren Chancen nützen, die uns gerade unsere Vielfalt bietet, und wir müssen bereit sein, etwas Geld zu investieren: Geld für Forschungsanlagen, aber auch Geld als Gehalt für Spitzenforscher, die heute noch allzu oft in die USA abwandern, wo sie wesentlich bessere Bedingungen vorfinden. Dies beginnt schon bei den Jungen – jedes Jahr gehen tausende europäische Doktoranden in die USA und nur die wenigsten kommen wieder. Dabei sind es gerade die Jungen, die oft die bahnbrechenden Ideen haben: Einstein entwickelte seine Relativitätstheorie bevor er 30 war, dasselbe gilt für die wegweisenden Ideen von Heisenberg, Nash, Coase und viele andere. Für die besten Köpfe müssen Mittel da sein. Derzeit herrscht an unseren Universitäten ein starres Senioritätsprinzip: Ältere Professoren erhalten hohe Gehälter, bestimmen was publiziert und wo geforscht wird. Diese Strukturen müssen gelockert, junge Leute gefördert werden!

In den USA ist heute jeder dritte Forscher aus dem Ausland – hauptsächlich aus China und Europa – zugewandert, denn die Amerikaner bieten weltweit die besten Bedingungen und die höchsten Gehälter. Das reiche Europa lässt sich seine größten Talente und die klügsten Köpfe abspenstig machen, dabei hätten wir durchaus die Mittel diese Menschen hier zu halten – doch anstatt unsere Geldmittel in die Forschung und damit in die Zukunft zu investieren, vergeuden wir es mit teuren Subventionen für Technologien und Branchen der Vergangenheit. Während die Schulbildung bis hin zum Grundstudium an der Universität in Europa durchaus gut ist – speziell hier sind wir den USA wohl deutlich überlegen – haben wir schwere Defizite in der postgradualen Ausbildung und der Förderung von Jung- und Spitzenforschern.

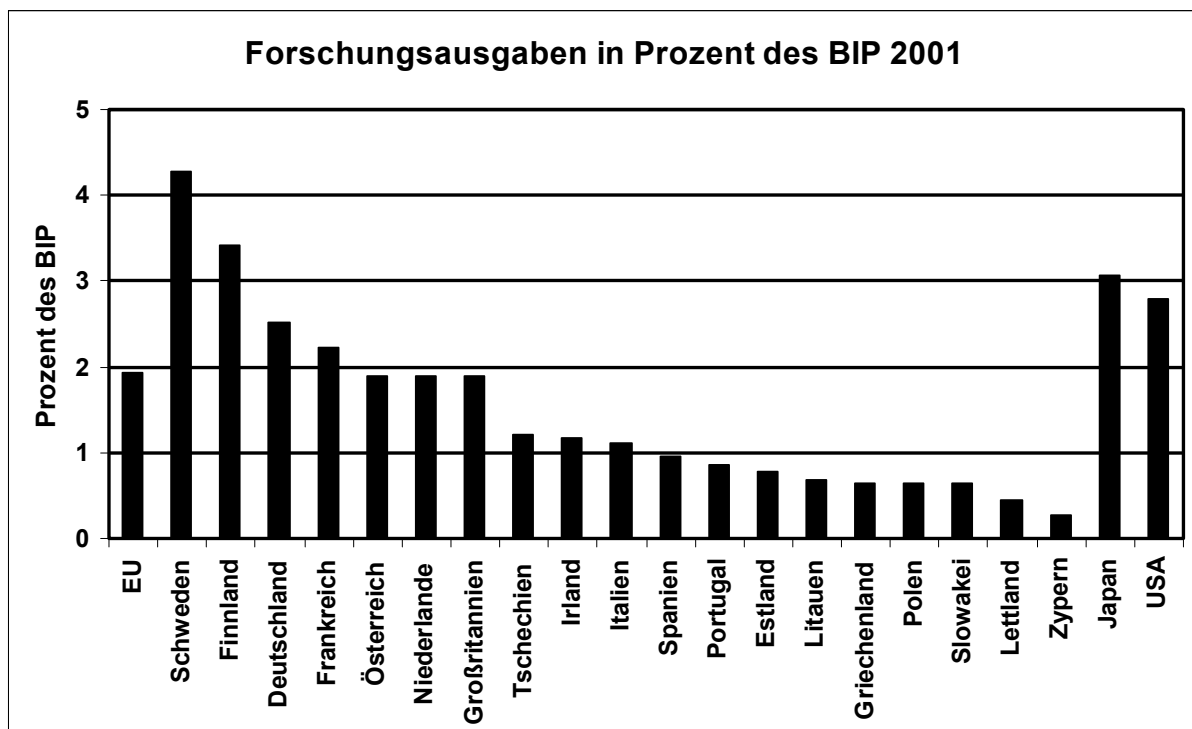
Nicht nur, aber auch darauf, ist es zurückzuführen, dass heute in den USA pro Einwohner rund doppelt so viele Forscher tätig sind wie in der EU – einzig die skandinavischen Länder können mit den USA mithalten.<sup>201</sup> Bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung liegt die EU mit knapp unter zwei Prozent des Volkseinkommens deutlich hinter den USA und Japan, mit je rund drei Prozent.

---

<sup>200</sup> Quelle: Nobel Prize Internet Archive, [www.nobel.se](http://www.nobel.se)

<sup>201</sup> Quelle: Kluge/Faßbender 2003, S. 110f.

Neben den geringeren Geldmitteln behindern aber auch administrative Hürden (vor allem bei der Anerkennung von Abschlüssen) und sprachliche bzw. kulturelle Barrieren die Ausformung einer europäischen Forschungslandschaft. Hier sind vor allem Finanz- und Bildungsminister gefordert, durch großzügigere Mittelausstattung der Universitäten, leichtere Anerkennung von Abschlüssen und höhere Gehälter bessere Voraussetzungen zu schaffen, damit Europa wieder Weltspitze in der Forschung und Bildung werden kann. Dies ist vielleicht die wichtigste Änderung, die nötig ist, um Europa wieder auf die Überholspur zu bringen. Wenn Europa nicht in Bildung und Forschung investiert, verpasst es seine Zukunft und verschenkt seine Chancen.



**Abbildung 8: Forschungsausgaben in Europa, Japan und den USA 2004,  
Quelle: Eurostat**

Nur wenn wir großzügig ausgestattete Forschungsprojekte an attraktiven Orten haben, wird es gelingen, die weltweit besten Köpfe zu uns zu holen, wie das etwa mit dem Teilchenbeschleuniger CERN bei Genf seit Jahren vorgezeigt wird. Europa sollte danach trachten, eine Position zu erreichen, dass jeder Forscher weltweit gerne zu uns kommt, um hier zu forschen, weil er hier die besten Bedingungen dafür vorfindet. Dazu müssen auch die Einwanderungsregeln für Forscher so modifiziert werden, damit diese keine administrativen Hürden mehr vorfinden.

Bildung, Wissenschaft und Forschung sind der Schlüssel zu Wohlstand, aber auch zu Toleranz und Offenheit. Die Menschheit hat sich weiterentwickelt, weil kluge und einsichtige Personen Bücher schrieben UND viele Menschen diese lasen!

Während für Europa Bildung und Spitzenforschung nötig sind, um weiterhin unseren Wohlstand zu erhalten, stellt für viele benachteiligte Weltregionen die Sicherung einer Grundbildung für die Bevölkerung noch eine unüberwindliche Hürde dar. Gerade jungen Mädchen ist es oft nicht möglich eine Schule zu besuchen – manchmal, weil die Eltern es z.B. aus religiösen Gründen nicht wollen, meist aber, weil einfach das Geld fehlt. Ich appelliere daher an die Entscheidungsträger in Europa und weltweit: Auch wenn Sie weiterhin ihre Bauern fördern und AIDS ignorieren, sorgen Sie zumindest dafür, dass jedes Kind auf der Welt eine Grundschulausbildung erhält!

Das kostet im Jahr weniger als jeden Tag für Rüstungsgüter ausgegeben wird, aber es kann innerhalb weniger Jahre die Welt verändern. Durch Bildung kann für viele der Teufelskreis der Armut durchbrochen werden, es tun sich Perspektiven auf, die es früher nicht gab, und die Menschen können Hoffnung schöpfen. Gebildete Menschen haben auch eine Chance kritisch über die politische Situation in ihrem Land nachzudenken, was einen demokratischen Wandel wahrscheinlich mehr unterstützt als jegliche Sanktionen oder gar militärische Interventionen. Ich gehe sogar so weit, zu sagen, dass Bildung ziemlich immun gegen Extremismus macht und den Menschen einen „Schlüssel zur Welt“ gibt.

Gebildete Bürger sind häufig auch aktive Bürger und solche braucht Europa und die Welt. Meines Wissens wurde noch nie eine Diktatur mit einer demokratischen Mehrheit der Bevölkerung errichtet. Hitler erhielt nie mehr als 37,9% der Wählerstimmen, bevor er alle anderen Parteien verbieten ließ. Dasselbe gilt für die Kommunisten in der UdSSR, Franco in Spanien, Mussolini in Italien, etc. Gehen die Menschen zu Wahlen, so werden zu drastische Resultate meist vermieden.

Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: 1999 erhielt der rechte Politiker Netanjahu in Israel bei 82 Prozent Wahlbeteiligung 46 Prozent der Stimmen und unterlag damit dem Sozialisten Barak. Insgesamt  $0,82 \times 46 = 38$  Prozent der Wahlberechtigten stimmten für Netanjahu. Bei den nächsten Wahlen zwei Jahre später, blieben die desillusionierten linken Wähler in Massen den Urnen fern und bei nur 62 Prozent Wahlbeteiligung erhielt der Likudführer Sharon 63 Prozent der Stimmen. Wieder haben nur  $0,62 \times 0,63 = 39$  Prozent aller Wahlberechtigten für ihn gestimmt – nur die „vernünftigen“ Leute gingen nicht abstimmen – mit katastrophalen Auswirkungen auf den Nahost-Friedensprozess und tausende von Menschen, die seither bei gewalttätigen Auseinandersetzungen starben. Bildung kann hier einen positiven Beitrag leisten. Beispielsweise stieg die Wahlbe-



teilung in Thailand parallel mit dem wirtschaftlichen Aufstieg und der Verbesserung der Bildung von nur 14 Prozent 1975 auf rund 64 Prozent 2004.

Europa braucht seine Bürger, gehen Sie daher bitte wählen – egal bei welcher Gelegenheit! Zu viele Europäer haben ihr Leben im Kampf für das Wahlrecht geopfert, als dass wir es einfach wegwerfen dürfen. In vielen Ländern der Erde sitzen Menschen im Gefängnis oder sterben auf den Straßen, um sich das Wahlrecht zu erkämpfen, welches so viele in Europa nicht nützen.



### **5) Ein Appell zum Schluss**

Ich habe dieses Buch geschrieben, weil mir die Themen, die ich angesprochen habe, auf der Seele gebrannt haben. In vielen Gesprächen habe ich erkannt, dass es sehr vielen Menschen ähnlich geht – dass sie die Untätigkeit der Politiker, die Machtlosigkeit der EU und die aggressive Politik der USA nicht mehr ertragen können und wollen. Wie wir – die Bürger Europas – etwas verändern könnten, wusste aber niemand zu sagen. Mit diesem Buch, mit diesem Aufruf, will ich versuchen, einen Beitrag zu einer Diskussion zu leisten, vielleicht sogar beim einen oder anderen Entscheidungsträger ein Umdenken zu bewirken. Gelingt es, zumindest manche zum Nachdenken anzuregen, so bin ich schon zufrieden, wird über dieses Buch diskutiert und gestritten, noch viel mehr!

Ich habe hier Ideen präsentiert, wie ich mir die zukünftige Politik Europas vorstellen könnte, und was sich in der Union ändern muss, damit dies Realität werden kann. Das ganze ist bisher nicht mehr als eine Vision, doch begannen viele grundlegenden Veränderungen so. Ich lade Sie, den Leser, ein, mit mir dafür zu arbeiten, diese Vision Realität werden zu lassen. Wer ihr aus sozialer Verantwortung folgen will, der soll es aus sozialen Gründen tun, wer ihr aus ökonomischer Rationalität folgen will, der soll es aus ökonomischen Gründen tun, wer ihr aus sicherheitspolitischem Egoismus folgen will, der soll es aus Egoismus tun und wer es aus Europabegeisterung kann, der soll mit Freude seine Europabegeisterung leben.

Ich habe in diesem Buch dargelegt, dass eine weitere Integration, die Demokratisierung und Stärkung der gemeinschaftlichen Institutionen, eine einheitliche Außenpolitik und eine engagierte Partnerschaft mit unseren Nachbarn aus sozialen, ökonomischen, und sicherheitspolitischen Gründen Sinn macht. Doch es sind vor allem jene jungen Menschen, die sich in erster Linie als Europäer fühlen und die dieses Europa so wie ich lieben, die diese Vision gestalten und zum Leben erwecken können. Oft mangelt es noch an der Bereitschaft, sich auf dieses, unser Europa einzulassen, doch genau dazu rufe ich auf – nützen wir die Chancen, die uns unser Kontinent bietet, seien wir stolz auf ihn und gestalten wir gemeinsam die Zukunft! Sehen wir uns nicht nur als Bewohner unserer Region oder unseres Staates, sondern auch als Europäer. Wenn nicht wir uns um Europa kümmern, wer dann? Nur zusammen können wir dafür sorgen, dass unsere Heimat auch in Zukunft ein wohlhabender Kontinent ist, der zum Frieden in der Welt beiträgt. Scheuen wir nicht ängstlich vor jeder Veränderung zurück, sondern begreifen wir den Wandel als Chance und nützen wir ihn um den Wohlstand der Europäer und der Welt zu steigern.

Hüten wir uns dabei vor Einseitigkeit und Extremismus, denn diese haben immer ins Verderben geführt. Egal ob rechts, links oder religiös – die Auswüchse des Faschismus, der kommunistischen Diktatur bzw. des Funda-

mentalismus und Terrors gehören zu den schlimmsten Geißeln der Menschheit. Mäßigung bedeutet selbstverständlich auch die Orientierung an der Mitte und damit das Schließen von Kompromissen, die man nur allzu leicht als „faul“ diskreditiert – doch hat noch nie ein Kompromiss so viel menschliches Leid verursacht wie ein Krieg oder eine Diktatur! Auch die EU ist das Ergebnis einer endlosen Reihe von Kompromissen, und auch wenn sie sicher nicht perfekt ist, so ist sie doch das größte Friedenswerk der Menschheitsgeschichte.

Wie alles darf man aber auch die Kompromissbereitschaft nicht übertreiben, denn wenn – wie schon so oft – weiter die gemeinsame europäische Idee auf dem Altar nationaler Interessen geopfert wird, bleibt vielleicht eines Tages nicht mehr genug davon erhalten, um die Völker Europas in Frieden aneinander zu binden. Pflegen wir daher das Ideal von der Einheit Europas und arbeiten wir gemeinsam daran, unseren Kontinent als einen Pol des Friedens und Wohlstands für die ganze Welt zu erhalten und zu stärken!

Noch mehr als Gleichgültigkeit gegenüber Europa würde ich es aber verurteilen, wenn eine Art Euro-Nationalismus entstehen würde. Europa ist nicht besser als andere Kontinente, es ist nur heute in der glücklichen Lage, reicher zu sein als die meisten anderen Regionen und ich appelliere an die Vernunft der Menschen in Europa, diesen Reichtum nicht nur zum eigenen Konsum einzusetzen, sondern einen kleinen Teil auch den weniger Glücklichen in der Welt zur Verfügung zu stellen. Europa gibt durch seine Integration und sein Zusammenwachsen die vielleicht einzig richtige Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung der Wirtschaft und der zunehmenden Wanderung von Menschen zwischen Ländern.

Im Sport und in der Musikbranche ist es selbstverständlich, dass Menschen aus ganz unterschiedlichen Ländern und Kulturen miteinander arbeiten. Die Madrilenen feiern den Briten Beckham, wenn er Tore schießt ebenso wie Mitteleuropäer Musik aus dem Maghreb oder Speisen aus Asien lieben. So wie multikulturelle Fußballmannschaften funktionieren, so kann auch ein Europa der Völker funktionieren. Durch die Vielfalt wird das Leben bunter, und die unterschiedlichen Kulturen können sich ergänzen und so letztendlich allein ein reicheres Leben bieten.

Europa, das ist schon heute grenzenlose Reisefreiheit, gemeinsames Geld und vielleicht auch bald eine gemeinsame Außenpolitik. Europa ist das schnellstwachsende gesellschaftliche, politische, kulturelle, wirtschaftliche und geistige Projekt der Erde. Die rasanten Veränderungen dabei dürfen uns bisweilen ohne weiteres ein wenig überfordern, denn es ist wohl der schnellste friedliche Wandel, der je stattfand. Wie der Euro zeigt, wird viel Undenkbares schon nach kurzer Zeit selbstverständlich, wagen wir also ruhig auch mal große Sprünge.

Europa sind wir und nur wir – machen wir etwas daraus!

## Literaturverzeichnis

- Aslan, Ibrahim, Klitzke, Dietrich: „Migration – Texte über die Ursachen und Folgen der Migration“, Express Edition GmbH, Berlin, 1982
- Balakian, Peter: „Die Hunde vom Ararat“, Zsolnay Verlag, Wien, 2000
- Brandt, Hans: „Brisante Pipelines am Kaspischen Meer“, Der Tages-Anzeiger, 19.04.2002
- Brown, Dee: „Begrabt mein Herz an der Biegung des Flusses“, Knauer, 1999
- Buschwenter, Robert: „Traumländer“, in Gürses, Hakan, Kogoj, Cornelia, Mattl, Sylvia: „Gastarbeiter – 40 Jahre Arbeitsmigration“, Mandelbaum Verlag, 2004, Wien, S. 111-119.
- Clark, Wesley: „Moderne Kriege gewinnen: Der Irak, der Terrorismus und das amerikanische Imperium“, Knauer, 2004.
- „Defense & Foreign Affairs: Strong Popular Support for Common EU Policies“, European Report, 3. Mai 2003
- Deschner, Karlheinz: „Der Moloch, Eine kritische Geschichte der USA“, Wilhelm Heyne Verlag, 2002
- „Die Türkei und Europa“, Herbert-Batliner-Europainstitut, Salzburg, 2003
- Eurobarometer Nr. 151 „Iraq and Peace in the World“, erhoben 8.-16.10.2003, [europa.eu.int/comm/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/index_en.htm)
- European Banking Federation: „The aging population: a threat to the European Union’s international role?“, FBE Letter 15, 2004
- Europäische Zentralbank: <http://www.ecb.int/home/html/index.en.html>
- Eurostat, [epp.eurostat.cec.eu.int/portal](http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal)
- Fernau, Joachim: „Rosen für Apoll. Die Geschichte der Griechen“, Ullstein Taschenbuchverlag, 2000
- Fernau, Joachim: „Halleluja, Eine Geschichte der USA“, Ullstein Taschenbuchverlag, 2002
- Fischer Weltalmanach 2002, Fischer Verlag
- Fischer Weltalmanach 2004, Fischer Verlag
- Global Marshall Plan, [www.globalmarshallplan.org](http://www.globalmarshallplan.org)
- Gürses, Hakan, Kogoj, Cornelia, Mattl, Sylvia: „Gastarbeiter – 40 Jahre Arbeitsmigration“, Mandelbaum Verlag, 2004, Wien.
- Ioannides: „The European Rapid Reaction Force“, Bonn International Center for Conversion, September 2002
- Kenndy, Paul: „Aufstieg und Fall der großen Mächte“, Fischer, 1987
- Kepel, Gilles: „Die neuen Kreuzzüge. Die arabische Welt und die Zukunft des Westens“, Piper Verlag, 2004
- Kluge, Jürgen und Fassbender, Heino: „Wirtschaftsmacht Europa“, McKinsey Perspektiven, 2003
- Le Monde Diplomatique, Atlas der Globalisierung, 2003

- Lomborg, Björn: „Apocalypse No!“, zu Klampen Verlag, 2002
- Lessing, Gotthold Ephraim: „Nathan der Weise“, Reclam Verlag, 2000
- Machiavelli, Niccolo: „Der Fürst“, Insel Taschenbuch, 1990
- Novaresio, Paolo: „Die großen Entdecker“, White Star, 1996
- OECD, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: [www.oecd.org](http://www.oecd.org)
- OPEC, Organization of Petrol Exporting Countries: [www.opec.org](http://www.opec.org)
- Rifkin, Jeremy: „Der europäische Traum“, Campus Verlag, 2004
- Russo, Raffaele: „Der Islam“, Kaiser Verlag, 2002
- Personenlexikon zur Weltgeschichte, Band 1, Chronik Verlag, 1999
- Pohly, Michael und Duran, Khalid: „Osama bin Laden und der internationale Terrorismus“, Ullstein Verlag, 2001
- Putzger, Friedrich; Lendl, Egon und Wagner, Wilhelm: „Historischer Weltatlas“, Österreichischer Bundesverlag, 1981
- Siegwart-Horst, Günther und Burchard, Bentjes: „Die Kurden“, Braumüller Verlag, 2001
- „The 9/11 Commission Report“, Cicero Dossier, August 2004
- Volf, Patrik, Bauböck, Rainer: „Wege zur Integration – Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann“, Drava-Verlag, 2001, Klagenfurt/Celovec.
- Welthandelsorganisation WTO: [www.wto.org](http://www.wto.org)
- United Nations Millennium Goals: [www.un.org/millenniumgoals](http://www.un.org/millenniumgoals)